

83. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. Dezember 2006, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6317	hierzu:	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz		Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6661, 15/6697 mit 15/6699), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6724 mit 15/6734), Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6745 mit 15/6749)	
hierzu:		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6936)	
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6589 mit 15/6597), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6601 mit 15/6606), Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6616)		Bernd Sibling (CSU)	6331
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6822)		Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	6333, 6343
Dr. Helmut Müller (CSU)	6317	Berthold Rütth (CSU)	6335
Franz Schindler (SPD)	6318	Kathrin Sonnenholzner (SPD)	6335
Christine Stahl (GRÜNE)	6321, 6329	Simone Tolle (GRÜNE)	6336, 6342, 6346
Josef Zellmeier (CSU)	6323	Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)	6339, 6342
Staatsministerin Dr. Beate Merk	6326	Staatsminister Siegfried Schneider	6343
Peter Welnhöfer (CSU)	6330	Beschluss	6348
Beschluss	6330	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 2)	6348
Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 1)	6330	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6348
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6330	Erledigung der Änderungsanträge 15/6745 mit 15/6749	6348
Erledigung des Änderungsantrags 15/6616	6330	Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus		hierzu:	
		Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6643 mit 15/6647), Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6680), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6701 mit 15/6711)	

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6934)	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 5)	6349	6382
Heinrich Traublinger (CSU)		6349	
Dr. Thomas Beyer (SPD)	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6351	6382
Dr. Martin Runge (GRÜNE)		6354	
Eberhard Rotter (CSU)		6357	
Staatsminister Erwin Huber		6360	
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)		6365	
Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN- Änderungsantrag 15/6704 (s. a. Anlage 3)	Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissen- schaft, Forschung und Kunst	6366	
Beschluss	hierzu:	6366	
Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 4)	Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD- Fraktion (Drs. 15/6662), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNIS- SES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6735 mit 15/6740), Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU- Fraktion (Drsn. 15/6750 mit 15/6754)	6366	
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium		6367	
Erledigung des Änderungsantrags 15/6680	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6942)	6367	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirt- schaft und Forsten	Engelbert Kupka (CSU)		6382
hierzu:	Wolfgang Vogel (SPD)		6384
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNIS- SES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6607 mit 15/6611), Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD- Fraktion (Drsn. 15/6626 mit 15/6629)	Ulrike Gote (GRÜNE)		6386
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6933)	Dr. Ludwig Spaenle (CSU)		6389
Kurt Eckstein (CSU)	Peter Hufe (SPD)	6367	6391
Heidi Lück (SPD)	Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU)	6369	6392
Adi Sprinkart (GRÜNE)	Staatsminister Dr. Thomas Goppel	6371	6394
Sepp Ranner (CSU)	Beschluss	6373	6397
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 6)	6376	6398
Johann Neumeier (CSU)	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6377	6398
Staatsminister Josef Miller	Erledigung der Änderungsanträge 15/6750 mit 15/6754	6377	6398
Beschluss	Schluss der Sitzung	6382	6398

(Beginn: 9.01 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 83. Vollsitzung. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6589 mit 15/6597),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6601 mit 15/6606),
Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6616)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededezeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32, auf die SPD 17, auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Staatsregierung kann deshalb bis zu 32 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Dr. Müller das Wort.

Dr. Helmut Müller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Frau Staatsministerin, ich werde mich weitestgehend auf die reinen Haushaltszahlen beschränken. Justizpolitische Ausführungen trägt für die CSU unser Kollege Zellmeier vor.

Der vorliegende und heute zu verabschiedende Entwurf des Einzelplans 04 für die Jahre 2007/08 bietet trotz der angespannten Stellen- und Personalsituation in vielen Bereichen der Justiz, wie sie uns auch aus den vier eingereichten Petitionen vor Augen geführt wurde, eine solide Grundlage für eine moderne, effektive und bürger-nahe Justiz in Bayern. Diese Aussage treffe ich so wie in den vergangenen Jahren unbeschadet der mir bekannten Engpässe mit voller Überzeugung. Es ist ein Haushalt der Kontinuität mit einigen durchaus beachtlichen punktuellen Verbesserungen. Insoweit können wir bei Zustimmung durch das Hohe Haus dem einen oder anderen Anliegen aus den Petitionen Rechnung tragen.

Die bereinigten Gesamtausgaben steigen 2007 gegenüber 2006 um 51,2 Millionen Euro auf 1,705 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung um 3,1 %. 2008 steigen sie um weitere 25,4 Millionen Euro auf dann 1,731 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs um noch einmal 1,5 %. Die durchschnittliche Steigerung um 2,3 % gegenüber dem 1,8 %igen Zuwachs des Gesamthaushalts kann durchaus den hohen Stellenwert des Justizetats unterstreichen.

Die Einnahmen im Einzelplan 04 steigen im Jahr 2007 um 10,8 Millionen Euro auf 823,2 Millionen Euro. Das sind 13 %. 2008 steigen sie nochmals um 0,4 Millionen Euro auf dann 823,6 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung um 0,05 %.

Die Einnahmendeckungsquote sinkt 2007 gegenüber dem Vorjahr von 49,1 auf nunmehr 48,3 % und 2008 auf 47,6 %. Dennoch bleibt der Justizetat der Einzelplan mit dem höchsten selbstverdienten Kostendeckungsbeitrag.

Im Rahmen des Programms „Investieren in Bayerns Zukunft“ sind im Einzelplan 04 in beiden Jahren für die Erstausrüstung der Justizvollzugsanstalten in Landshut und München – das ist bekanntermaßen ein PPP-Projekt, ein Projekt der Public Private Partnership – zusammen 7 Millionen Euro zusätzlich veranschlagt.

Ich werfe einen kurzen Blick auf den Personalhaushalt. Zunächst zu den Gerichten und Staatsanwaltschaften: Durch Umwandlung von 104 Stellen für Angestellte in Stellen für Staatsanwälte und Richter können insgesamt 50 neue, zusätzliche Planstellen der Besoldungsgruppe R 1 geschaffen werden. Dadurch kann der erhebliche Fehlbestand in diesem Bereich teilweise ausgeglichen werden.

Im Bereich des nichtrichterlichen/nichtstaatsanwaltschaftlichen Dienstes werden 57 gegenfinanzierte, also kostenneutrale Hebungen mit Gesamtkosten von jährlich 186 000 Euro realisiert.

Das Hebungsprogramm „Verwaltung 21“ mit jährlich 76 000 Euro wird im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften pro Jahr 27 bis 28 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten eröffnen.

Zum Justizvollzug: Für die Inbetriebnahme der neuen JVA Landshut und der neuen Frauenabteilung und Jugendarrestanstalt in München konnten insgesamt 64 neue kostenwirksame Stellen ausgebracht werden. Zudem konnten im Bereich des Jugendtherapiezentrum der JVA Neuburg-Herrenwörth 14 Beschäftigungsverhältnisse dauerhaft gesichert werden.

Der Justizvollzug wird vom Hebungskonzept „Innere Sicherheit“ erheblich profitieren. Rund die Hälfte der ursprünglich beantragten 655 Stellenhebungen, nämlich rund 325, wird realisiert werden können. Das ist ein Kostenvolumen von 900 000 Euro. Ich denke, das gibt den Vollzugsbediensteten einen gehörigen Motivations-schub.

Ein Wort zu den Projekten der Public Private Partnership: Haushaltsrechtlich spielt das PPP-Projekt Frauenabteilung und Jugendarrestanstalt der JVA München im kommenden Doppelhaushalt keine Rolle. Das Vorhaben wird privat vorfinanziert. Eine Rückzahlung in Raten wird erst ab Fertigstellung der Anstalt im Jahr 2009 erfolgen.

Hinzugekommen ist aber ein neues PPP-Projekt: der Neubau der JVA Augsburg. Mit 609 Haftplätzen soll es einschließlich der Vorfinanzierung und ausgewählter

Betreiberleistungen im Facility Management durch einen privaten Investor erfolgen. Die Gesamtbaukosten werden auf 85 Millionen Euro geschätzt. Für den Abschluss entsprechender Verträge findet sich bei Titel 823 11 eine Verpflichtungsermächtigung über 195 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Zahlen und Einzelheiten des Etats, der im Haushaltsausschuss eingehend beraten worden ist, werde ich Ihnen ersparen. Vielmehr darf ich abschließend feststellen, dass im Hinblick auf den großen Unterschied zwischen dem Wünschbaren und dem Machbaren im Entwurf des Einzelplans 04 das finanziell noch Darstellbare ausgewiesen ist. Deshalb müssen die eingangs erwähnten Änderungsanträge der Opposition – neun von der SPD und sechs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –, die in der Summe Mehrausgaben von 33,9 Millionen Euro im Jahr 2007 und von 34,86 Millionen Euro im Jahr 2008 mit sich bringen würden, zur Ablehnung empfohlen werden.

Namens der CSU-Fraktion bedanke ich mich bei Frau Staatsministerin Dr. Merk, bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizministerium und bei allen Angehörigen des Ressorts im ganzen Land für ihren engagierten Einsatz in den vergangenen Jahren.

Ich bitte das Hohe Haus, wie vom Haushaltsausschuss – einschließlich des CSU-Antrags – empfohlen, um Zustimmung zum Einzelplan 04 für die Jahre 2007 und 2008.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schindler.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass das Ministerium fast stärker vertreten ist als das Hohe Haus. Das zeigt auch den Stellenwert dessen, worüber wir jetzt reden.

(Joachim Herrmann (CSU): Jedenfalls stärker als die SPD-Fraktion!)

– Ich beziehe alle Fraktionen in diese Schelte ein.

Herr Kollege Dr. Müller, im Haushaltsausschuss haben Sie den Haushalt des Justizministeriums noch etwas anders charakterisiert. Ich habe genau nachgelesen und mir auch berichten lassen, dass Sie damals davon gesprochen haben, dieser Haushalt sei ein Haushalt der Kontinuität, „aber ohne besondere Highlights“ – so haben Sie damals gesagt –, worauf die Frau Staatsministerin sich sofort gemeldet und gesagt hat, es gebe Highlights, und jetzt haben Sie sie auch gebracht. Insofern funktioniert die Kommunikation innerhalb der CSU-Fraktion durchaus.

(Joachim Herrmann (CSU): Diese Bestätigung nehmen wir gern zur Kenntnis!)

Es geht um die angesprochenen 50 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte und die zusätzlichen 74 Stellen im Strafvollzug. Na bravo!

Ich darf daran erinnern, dass wir – ich meine die SPD, aber insgesamt die Opposition – bei allen zurückliegenden Haushaltsberatungen die Schaffung weiterer Stellen für Richter und Staatsanwälte gefordert hatten, aber jedes Mal am Widerstand der CSU gescheitert sind. Nicht nur das: Die seit Jahren am Anschlag arbeitende Justiz ist von der CSU zu einem Konsolidierungsbeitrag von 65,8 Millionen Euro und zum Abbau von insgesamt 409 Stellen verdonnert worden. Allein durch die Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit fallen von 2005 bis 2008 insgesamt 76 Stellen für Richter und Staatsanwälte weg. Das entspricht der Personalstärke von etwa drei mittleren Amtsgerichten. Es ist also schon etwas gewagt, wenn jetzt die Umwandlung von Stellen für Proberichter – die sind ja auch dabei – und Angestelltenstellen in 50 Stellen für Richter und Staatsanwälte als Großtat dargestellt wird. Tatsächlich fehlen dann immer noch 26 Stellen, bezogen auf das Jahr 2005, und damals schon gab es einen Fehlbestand von etwa 600 Richterstellen, der auch jetzt und künftig noch andauert. Dazu kommt noch die Wiederbesetzungssperre, die zu einer eigentlich vermeidbaren Verlängerung von Verfahren führt.

Der Befund des Kollegen Dr. Müller, dass der jetzige Haushalt in der Kontinuität früherer Haushalte steht, stimmt also leider. Die Kontinuität liegt in der Mangelverwaltung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Justiz muss weiterhin am Anschlag arbeiten. Das betrifft nicht nur Richter und Staatsanwälte, sondern auch Rechtspfleger, Mitarbeiter im mittleren und einfachen Dienst und auch Angestellte.

Es bleibt dabei, wie der Präsident des Oberlandesgerichts München und des Verfassungsgerichtshofs, Herr Dr. Huber, vor einem Jahr beklagt hat, dass allein in seinem Bezirk 153 Richter fehlen.

Ich erinnere auch an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum richterlichen Eildienst vom Dezember 2005 und vom September dieses Jahres sowie an den Hilferuf der Vorsitzenden Richter am Landgericht München wegen fehlender Mitarbeiter im Vorführungsdienst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles müsste man mit Bedauern und achselzuckend hinnehmen, wenn die Not dazu zwingen würde, auch die Justiz schäbig zu behandeln, und wenn es sich bei der Justiz um irgendeinen Teil der Staatsverwaltung handeln würde, wie einige in der Staatskanzlei und im Finanzministerium wohl meinen. Es kann aber nicht hingenommen werden, weil die Justiz die dritte Gewalt im Staat ist und einen Anspruch darauf hat, entsprechend ihrer verfassungsrechtlichen Stellung ausgestattet zu werden,

(Beifall bei der SPD)

und zwar nicht um irgendwelche Standesprivilegien zu sichern, sondern um ihre Aufgabe, unabhängig Recht

zu sprechen und Rechtsschutz zu gewähren, erfüllen zu können.

Es stimmt leider, was das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung vom November 2005 ausgeführt hat, dass es der Staat dann, wenn er der Überlastung der Gerichte nicht abhilft, hinnehmen und gegebenenfalls auch seinen Bürgerinnen und Bürgern erklären muss, dass mutmaßliche Straftäter auf freien Fuß gesetzt werden, sich der Strafverfolgung und Aburteilung entziehen oder erneut Straftaten von erheblichem Gewicht begehen. Ich weise darauf hin, dass wir dieses Problem schon mehrfach in diesem Haus diskutieren mussten. Das betrifft im Übrigen nicht nur Richter und Staatsanwälte, sondern auch die anderen Mitarbeiter im Bereich der Justiz und auch die Bewährungshelfer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin weit davon entfernt, die Justiz und alle ihre Repräsentanten generell zu idealisieren, und habe mich sehr geärgert, ja fast geschämt, als ein Vorsitzender Richter vor ein paar Monaten vor einem soeben verurteilten prominenten Straftäter geradezu einen Bückling gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich weiß, dass es auch bei der Justiz schwarze Schafe gibt, ich will die Beispiele nicht aufzählen. Dennoch: Dass die ordentliche Gerichtsbarkeit – und nur über diesen Teil der Rechtspflege reden wir beim Justizhaushalt – in Bayern, von einigen Ausreißern abgesehen, noch gut funktioniert, liegt nicht an der Fürsorge der Staatsregierung, sondern allein am Engagement und der Motivation der allermeisten Mitarbeiter,

(Beifall bei der SPD)

vom Justizwachtmeister bis zu den Präsidenten der Oberlandesgerichte, wofür ich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlichen Dank sagen möchte.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, unabhängig vom Haushalt noch einige andere Themen anzusprechen, zunächst die sogenannten Deals in Strafsachen. Ich halte es für eine höchst gefährliche und bedenkliche Entwicklung, dass immer mehr Strafverfahren durch sogenannte Absprachen beendet werden, nicht deshalb, weil eine höhere Gerechtigkeit danach verlangt oder weil neue Konfliktlösungsmethoden auch im Strafrecht ausprobiert werden sollen, sondern ausschließlich deshalb, weil aufwendige Prozesse aus Personalmangel nicht mehr geführt werden können. Sie haben alle die Beispiele im Kopf, nehme ich an, zuletzt den Ackermann-Prozess, auch der Prozess um den Weidener Oberbürgermeister ist hier zu nennen, und ganz aktuell – ich weiß nicht, ob Sie es heute schon in der Zeitung gelesen haben – der Vorschlag, wie man den Hartz-Prozess abwickeln will, nämlich dadurch, dass der Anklagesatz verlesen wird und am nächsten Tag schon die Plädoyers gehalten werden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja, da schau her!)

Es stimmt leider, was der BGH in seiner Entscheidung vom Dezember 2005 festgestellt hat, dass es bei einer Vielzahl von großen Wirtschaftsstrafverfahren dazu kommt, dass eine dem Unrechtsgehalt adäquate Bestrafung allein deswegen nicht erfolgt, weil für die gebotene Aufklärung derart komplexer Sachverhalte keine ausreichenden justiziellen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Dies ist bei aller sonstigen Fragwürdigkeit – ich verweise darauf, dass wir hier keine förmliche Beweiserhebung haben, dass die Öffentlichkeit nicht teilnehmen kann an der Herbeiführung der Entscheidung – auch ein Akt der Notwehr der Justiz.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wichtiger, als Deals zu legalisieren, wie es die Große Koalition offensichtlich vorhat, und zum Normalfall werden zu lassen, wäre es, die Justiz in die Lage zu versetzen, Verfahren nach Recht und Gesetz und ohne Tricks zu entscheiden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer einer Ausweitung der Absprachen im Strafprozess das Wort redet, leistet dem Ansehen der Justiz und des Rechtsstaats einen Bärendienst. Ein Freikaufen mittels Absprachen darf es ebenso wenig geben wie im anderen Extrem eine Fließbandjustiz, die nur noch Strafbefehle verschickt. Da hatten wir, meine ich, schon einmal eine höhere Stufe der Rechtskultur erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Strafvollzug noch einige Anmerkungen. Trotz 64 neuer Stellen für die Justizvollzugsanstalten München und Landshut wird es auch nach der Verabschiedung dieses Haushalts so bleiben, dass Bayern im Ländervergleich beim Strafvollzug einen der letzten Plätze, bezogen auf die Personalausstattung, behalten wird, dass mindestens 700 Stellen fehlen und keine ausreichenden personellen Ressourcen zur Verfügung stehen, um eine immer schwieriger werdende Klientel in den Anstalten vom ersten Tag an gezielt auf die Entlassung vorbereiten zu können. Zum Glück ist in Bayern nichts Ähnliches passiert wie in Nordrhein-Westfalen. Dennoch sind die Zustände auch bei uns alles andere als schon ideal.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Mehr als 40 % der Gefangenen sind in Gemeinschaftshafträumen untergebracht, die Anstalten sind im Durchschnitt um fast zehn Prozent überbelegt. Es bilden sich angeblich mafiöse Strukturen heraus. Gefängnispfarrer beklagen sogar unmenschliche Zustände im Justizvollzug. Das mag übertrieben sein, aber dennoch ist es so, dass auch im bayerischen Strafvollzug noch vieles zu verbessern wäre, insbesondere was die Personalausstattung und die Schaffung von Haftplätzen anbelangt.

Die Mitarbeiter, die einen schwierigen Dienst verrichten und zum Teil jahrzehntelang auf eine Beförderung gewartet haben – jetzt kommen ja 325 Gott sei Dank in den

Genuss einer Beförderung –, sind nicht an der geschilderten Lage schuld, sondern bemühen sich redlich und auch erfolgreich, die schwierige Lage zu beherrschen.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist dieser Landtag neuerdings für die Gestaltung des Strafvollzugs zuständig und aufgrund einer Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes verpflichtet, ein neues Jugendstrafvollzugsgesetz zu schaffen. Dennoch findet sich für diese bevorstehende Aufgabe in diesem Haushalt kein Euro.

Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass sich Bayern offensichtlich nicht in die Reihe der Scharfmacher einreihen will und einen vergleichsweise moderaten Vorschlag für ein Bayerisches Strafvollzugsgesetz vorgelegt hat. Dennoch hat aber das Ministerium offensichtlich der Versuchung nicht widerstehen können, die bisherige Fundamentalnorm des Strafvollzugsgesetzes, dass die Resozialisierung das vorrangige Vollzugsziel ist, zu relativieren und die selbstverständliche Aufgabe des Vollzugs, nämlich die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen, an die erste Stelle zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Das kann jedoch allenfalls eine Aufgabe, nicht aber das Ziel des Strafvollzugs sein. Wäre es nämlich das Ziel des Strafvollzugs, hätte es überhaupt keinen Sinn, dass der Strafvollzug beim Justizministerium angesiedelt ist. Man könnte ihn dann auch beim Innenministerium ansiedeln.

Unabhängig hiervon wird es insbesondere beim Jugendstrafvollzug darauf ankommen, neben schönen Worten auch Geld zur Verfügung zu stellen, damit die jungen Gefangenen behandelt, notfalls erzogen und nicht nur sicher verwahrt und damit die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes erfüllt werden können. Gerade im Interesse der inneren Sicherheit müssten jetzt eigentlich weitere Stellen für Anwärter für den Justizvollzugsdienst geschaffen und die Anwärter gezielt für den Jugendstrafvollzug ausgebildet werden.

Gestatten Sie mir auch noch einige wenige Anmerkungen zu den Beschlüssen der Justizministerkonferenz: Die Justizministerin ist in diesem Jahr Vorsitzende der Konferenz. Was haben wir nicht alles an Ankündigungen gehört? – Da war die Rede von der größten Justizreform seit der Schaffung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von einer Jahrhundertreform. Es wird allmählich Zeit zu bilanzieren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Hierbei stellt man fest, dass es weitgehend bei Ankündigungen geblieben ist, und das ist, wie ich meine, auch gut so.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Gut ist es, dass die Justizministerkonferenz zwar alles Mögliche vorschlagen kann, dass letztlich aber dann doch im Bundestag und im Bundesrat entschieden wer-

den muss. Mit uns jedenfalls wird es eine Privatisierung der Gerichtsvollzieher

(Beifall bei der SPD)

und eine Übertragung der Zuständigkeit der Nachlassgerichte erster Instanz auf die Notare nicht geben, ebenso wenig die vorgeschlagene radikale Verkürzung von Strafprozessen dadurch, dass man mehr als die Hälfte aller Verfahren im Strafbefehlswege erledigen will.

Ich weiß, dass sich die Mehrheit in diesem Haus auch von noch so guten Argumenten nicht überzeugen lässt.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die sind beratungsresistent!)

Ich nehme aber zur Kenntnis, dass wenigstens Herr Dr. Müller und auch die Justizministerin es bedauern, dass sie unseren Anträgen, die in gewisser Weise doch nicht ganz falsch sind, sondern eine gewisse Berechtigung haben, nicht zustimmen können, weil es angeblich an den Finanzen fehlt. Es ist aber ärgerlich, dass die Mehrheit alles, was von der Staatskanzlei – das sage ich ganz bewusst – vorgegeben wird, nur noch wohlgefällig abnickt.

(Beifall bei der SPD)

Das war beim Bayerischen Obersten Landesgericht so, und das war bei der Schließung der Zweigstellen der Amtsgerichte so. Ein ehemaliges Mitglied dieses Hauses, Herr Dr. Gauweiler, hat gestern oder vorgestern in einer Zeitschrift heftig kritisiert, dass wir nachgerade eine Krise des Parlamentarismus erleben, weil nur noch ein kleiner Kern von Funktionsträgern aus der Exekutive alle Entscheidungen vorgibt und das Repräsentationsorgan Parlament diese im Regelfall bloß noch abnickt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, Dr. Gauweiler hat bei seiner Einschätzung die CSU-Fraktion hier im Hause im Blick gehabt.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

– Nur gelegentlich. Ich habe es schon gelesen, Herr Kollege Christ. Aber ich glaube, er hat auch hier Erfahrung gesammelt. Im Deutschen Bundestag ist es zu meinem großen Bedauern offensichtlich nicht besser. Ich habe es gelesen. Aber er hat mit der CSU-Fraktion hier im Hause seine Erfahrungen gemacht. Er hat im Übrigen die Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichtes genauso bedauert wie ich.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU) – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

– Ich freue mich, dass es mir gelungen ist, Sie in dieser frühen Stunde aufzuwecken.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass diese große, mächtige CSU-Fraktion nur gelegentlich auftrumpft, nämlich dann, wenn sich die Justizministerin nicht, wie das offensichtlich einige von Ihnen erwarten, als Reserveinnenministerin auführt und nicht scharfmacherische Parolen hinausposaunt. Ich möchte der Frau Ministerin nicht schaden, aber dennoch sagen,

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

dass wir es als wohltuend empfunden haben, als Sie nach den schrecklichen Morden in Amberg und Bayreuth besonnen und so reagiert haben, wie man es bei Kenntnis der Sach- und Rechtslage tun musste.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem ist, dass das auch die CSU-Fraktion und ihr Vorsitzender genau wussten, aber dennoch keine Scheu hatten, angesichts der Woge der Empörung Stimmung zu machen. Hier zeigt sich, wozu es führt, wenn man wie die CSU-Fraktion die vorrangige Aufgabe der Rechtspolitik darin sieht, die innere Sicherheit zu gewährleisten, wie es in einem Prospekt der CSU-Fraktion heißt. Sie verstehen Rechts- und Justizpolitik allenfalls als Teil der Sicherheitspolitik,

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So wie bei Kindesmisshandlung!)

nicht aber als den Versuch der Verwirklichung des Rechtsstaats.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Darunter wird die bayerische Justiz leider auch in Zukunft leiden müssen.

Abschließend möchte ich hier zu Protokoll geben, dass wir – ich rede von meiner Fraktion – die Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts weiterhin für einen der größeren Fehler in dieser Periode ansehen

(Beifall bei der SPD)

und dass die Forderung nach Korrektur dieses Fehlers auf der Tagesordnung bleiben wird.

Jetzt gibt es keine Zwischenfrage mehr, weil ich am Ende meiner Ausführungen bin.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Herren und Damen, einen wunderschönen guten Morgen!

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Guten Morgen, Frau Lehrerin! So schön ist er auch wieder nicht!)

– Ich habe nicht gesagt: liebe Schülerinnen und Schüler! Aber meine Redezeit ist kurz, lassen wir deshalb das Geplänkel.

Wem der Schutz der Bürgerrechte wichtig ist, wem Rechtssicherheit und Gerechtigkeit von Bedeutung sind, wer Korruption bekämpfen will, darf die Justiz nicht schwächen. Rechtsstaatlichkeit hat ihren Preis, und der berechnet sich nicht nach der jeweiligen Haushaltslage. In Bayern erlebt die Justiz jedoch eine fortlaufende Schwächung; es begann mit der Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts und ging mit der Schließung der wohnortnahen Amtsgerichtszweigstellen weiter. Für Letztere möchte ich feststellen, dass das angepeilte Einsparziel bis jetzt noch nicht erreicht, sondern um 1 723 330 Euro verfehlt worden ist. Aber wir haben noch ein paar Schließungen vor uns.

Die Staatsregierung ist aus Spargründen bereit, in den Privatisierungsschritten derjenigen Länder einzustimmen, die nicht begriffen haben, welche Bedeutung eine unabhängige Justiz als dritte eigenständige Kraft in unserem System der Gewaltenteilung hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Unabhängigkeit gehört nun mal eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung sowie – gemessen an der demokratischen Bedeutung –, dass wichtige Aufgabenbereiche nicht Stück für Stück herausgebrochen werden und nicht bloß ein Gerippe übrig bleibt. Ich denke hier an die angedachten Privatisierungen der Gerichtsvollzieher, an die Aufgabenverlagerung an die Notare. Ich lege es jedem ans Herz, die Beschlüsse der Justizministerkonferenz hierzu zu lesen.

Es geht uns nicht nur um die längeren Wege und Kosten, die den Bürgerinnen und Bürgern entstehen. Es stellt sich uns auch die Frage, wo die Grenzen dieser Aufgabenverlagerungen liegen. Es stellt sich auch die Frage, warum die eine Säule des Rechtsstaates – hier die Exekutive – auf die dritte Säule des Rechtsstaates folgenlos zugriffen nehmen darf. Ich bitte Sie, sich einmal umgekehrt vorzustellen: die Judikative, die Justiz, würde bei der Exekutive Eingriffe vornehmen. Das ist eigentlich ein unvorstellbarer Vorgang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte das für eine äußerst bedenkliche Entwicklung, vor allem wenn es um die Privatisierung von Aufgaben geht, die mit hoheitlichen Rechten ausgestattet sind.

Ich denke hier an das Wohnungsbetreuerrecht von Gerichtsvollziehern oder an Fälle, in denen das Sorgerecht durchgesetzt werden muss. Das alles sind Bereiche, in denen ich mir Private am Werk schwer vorstellen kann. Mir klingt in diesem Zusammenhang auch noch der Satz von Herrn Landtagspräsidenten Glück zum 200-jährigen Bestehen des Verbandes der Justizvollzugsbeamten im Ohr, der Privatisierungsüberlegungen bei den Strafvollzugsanstalten zum Inhalt hat. Dort hat es geheißen: Der Betrieb der JVA muss in staatlicher Hand bleiben. Ich frage mich schon, wie lange dieser Damm halten

wird. Ich behaupte: allenfalls diese Legislaturperiode. Ich denke an sogenannte Modellprojekte mit Public Private Partnership, die sich zunächst nur auf den Baubereich beziehen, mit denen aber der Weg ins Private geöffnet wird. Ich habe außerdem die Hoffnung, dass man sich den letzten ORH-Bericht genau ansieht, in dem auf den mäßigen Erfolg von Public-Private-Partnership-Projekten im Straßenbau eingegangen wird, und genau überlegt, was man tut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich befürchte weiterhin, dass man sich in weitere Wettläufe begibt und sich zum Beispiel an Hessen messen lassen möchte, wo es bereits privatisierte Vorhaben gibt.

Sie mögen Kritikern entgegenhalten, dass die Justiz in diesem Doppelhaushalt nicht bluten muss, sondern im Gegenteil eine kleine Aufstockung erfuhr. Die Aufstockung in einem ohnehin kurz gehaltenen Bereich ist aber nicht üppig. Ich verweise auf die Ausführungen meines Kollegen. Anders kann ich mir, bezogen auf die nicht üppige Ausstattung, die anhaltenden Kritiken von Richtervereinen, Justizbediensteten und Anwälten bezüglich Ihrer Personal- und Finanzpolitik nicht erklären. So hat zum Beispiel die bayerische Justizgewerkschaft einen 11-Punkte-Katalog zum Doppelhaushalt 2007/2008 vorgelegt, der aus unserer Sicht in diesem Haushalt nur marginal Eingang gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Es bleibt bei unzähligen befristeten Arbeitsverhältnissen, die vor allem Frauen treffen; es bleibt bei der Wiederbesetzungssperre, es bleibt bei KW-Vermerken für dringend benötigte Stellen.

Einmalig war aus unserer Sicht, dass Vorsitzende Richter und Richterinnen am Münchner Landgericht einen Beschwerdebrief schreiben mussten, weil der Vorfürdienst so dünn besetzt war, dass Prozesse teilweise ausgesetzt werden mussten. Ich halte das für einen Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Justizministerium rühmt sich eines Stellenhebungskonzeptes als Reinvestition. Ich frage mich nur, wieso dann bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Beförderungswartezeit von 10 bis 21 Jahren anfällt.

Eine aktive, am Bedarf orientierte Personalplanung, die Sicherheit garantiert und von Arbeit, vor allem bei den Staatsanwaltschaften, entlasten soll, sieht aus unserer Sicht anders aus. Wie immer, wenn die Personaldecke dünn ist, wird in einzelnen Bereichen das Hohelied der Ehrenamtlichen gesungen. Frau Justizministerin Merk hat ja schon betont, wie sehr sie auf die ehrenamtliche Arbeit beispielsweise im Strafvollzug setzt. Man muss sich aber einmal ansehen, wie diese Arbeit gewertet und bewertet wird; denn das Hohelied zu singen ist das eine, zu zahlen ist das andere. Im Doppelhaushalt wurden nämlich die Zuschüsse für die Arbeit der Ehrenamtlichen in der Gefangenenpflege sogar gekürzt.

Weil wir gerade beim Strafvollzug sind, möchte ich nun auf diesen übergehen. Wie ist die Situation im Strafvollzug? Wenn wir genau hinsehen, müssen wir eine Reihe von Defiziten feststellen, die über die Defizite bei der Bezahlung der ehrenamtlichen Arbeit weit hinausgehen.

Wir haben eine Überbelegung. 12 800 Gefangene sitzen auf 11 700 Plätzen. Für die U-Haft bedeutet dies oft drei bis vier Gefangene pro Zelle. Ich möchte Ihnen einen kleinen Fall schildern, da ich glaube, dass an ihm die prekäre Situation besonders deutlich wird. Wir haben eine Acht-Mann-Zelle. Darin befinden sich auch zwei ältere Strafgefangene, die nachts schnarchen. Diese werden von den Jüngeren deswegen drangsaliert. Die Älteren wiederum können nachts nicht schlafen, weil die Jüngeren Radau machen. Ich meine, das sind Beispiele, die uns deutlich machen, dass sich die Situation in den Haftanstalten, allein was die Unterbringung anbelangt, ändern muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausgaben für die Sicherheit sind von 200 000 DM im Jahre 1993 auf 2,4 Millionen Euro im Jahr 2006 gestiegen. Beim Personal wird gespart. Wir wollen keinen reinen Verwahrvollzug, sondern einen Behandlungsvollzug – das wird ja auch immer wieder betont. Wenn aber die Ehrenamtlichen die Behandlung nicht weitgehend organisieren würden, hätten wir keine. Nur 44 % der Inhaftierten haben Arbeit. Zwar gibt es eine Reihe von Ausbildungsmöglichkeiten, ob aber die Abschlüsse erreicht werden, wird nicht überprüft. Besonders schwierig ist die Lage in der U-Haft. Dort haben wir 23 Stunden Einschluss, kaum Sportmöglichkeiten und keine Arbeit. Lockerungen werden restriktiv gewährt, obwohl Verstöße gerade einmal bei 0,09 bis 0,2 % liegen. Für die Entlassungsvorbereitung wäre dies wichtig.

Bei der Suchtbehandlung haben wir eine mangelhafte medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung. Leider kann ich aufgrund der Zeit nicht näher auf die Medikation, die psychiatrische Diagnostik etc. eingehen.

Bibliotheken sind ungenügend ausgestattet; die Straffälligenhilfe kramt am Existenzminimum dahin. 80 % der Jugendlichen mit Drogenproblemen werden nicht wirklich in eine Therapie übernommen, die Erfolg zeigt. Für uns sind diese Defizite nicht hinnehmbar.

Wir sind wie das Bundesverfassungsgericht der Meinung, dass Resozialisierung neben der Sicherheit einen gleichwertigen Stellenwert hat. Resozialisierung und Sicherheit schließen sich nicht gegenseitig aus – im Gegenteil: Resozialisierung bedeutet Sicherheit. Der Strafvollzug soll sowohl dem Sühnedanken gerecht werden als auch mit begleitenden Hilfen, zum Beispiel Bewährungshilfe, Entlassungsvorbereitung und Sozialarbeit, auf ein Leben ohne Strafe vorbereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem jetzigen Strafvollzug erreichen Sie das notwendige Maß an Sicherheit nicht. Dazu produzieren Sie viel zu viele Rückfalltäterinnen und Rückfalltäter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächstes Jahr soll es ein aus Ihrer Sicht verbessertes bayerisches Strafvollzugsrecht inklusive Jugendstrafvollzugs geben. Ich frage mich, für wen es verbessert wird: für Herrn Falthäuser, für die Gefangenen, oder für die Öffentlichkeit? Wenn Sie jetzt schon vor dem bestehenden Strafvollzug kapituliert haben, wie wollen Sie dann einen Vollzug finanzieren, der individuelle Behandlung und Lebensplanung umfasst?

Meine Herren und Damen, neben den vielfältigen klassischen Aufgaben der Justiz in Rechtsprechung und Strafvollzug übernehmen Gerichte mittlerweile eine wichtige Rolle als Regulativ gegenüber einer Politik, die Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern missachtet. Seit Beginn der großen Koalition erleben wir einen noch rasanteren Abbau von Bürgerrechten, beispielsweise in der inneren Sicherheit, oder wir müssen feststellen, dass die Sensibilität in Verbraucherschutzfragen, insbesondere beim Verbraucherdatenschutz verloren geht. Staatliche Kontrolle umfasst immer mehr Bereiche im Vorfeld von Kriminalitätsgeschehen. Der Staat wird immer häufiger präventiv tätig, obwohl die Kriminalitätsentwicklung dafür keine Anhaltspunkte für eine Verschärfung liefert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Zugriff aufs Private wird alltäglich; alltäglich wird auch der Gewöhnungseffekt. Nicht einmal mehr Journalisten, Garanten der Meinungsfreiheit, oder Rechtsanwälte und ihre Mandanten sind vor Zugriffen geschützt – ich erinnere an den Vorgang El Masri. Wir erleben eine sukzessive Aufweichung rechtsstaatlicher Grundbedingungen. Neben dem Ausbau vorhandener Datensammlungen erleben wir den Aufbau gänzlich neuer, zum Beispiel bei den elektronischen Gesundheitskarten, die die Gesundheitsdaten von 80 Millionen Versicherten speichern und die von 2000 Krankenhäusern, 120 000 Arztpraxen, Zahnärzten, Apotheken und Krankenkassen benutzt werden sollen. Echte Kontrolle findet hier überhaupt nicht mehr statt. Deswegen muss leider immer häufiger auf eine gerichtliche Überprüfung zurückgegriffen werden.

Zu befürchten ist auch, dass neue Vorhaben wieder vor Gerichte führen. Ich denke hier an das angekündigte bayerische Versammlungsrecht, vormals bei der Justiz auf Bundesebene angesiedelt, jetzt – in Anführungszeichen – dank einer Föderalismusreform beim Innenminister gelandet. Das heißt: Versammlungsrecht wird zukünftig unter dem Aspekt Gefährdung für Sicherheit und Ordnung behandelt werden, nicht als Grundrecht. Ich befürchte, wir werden auch diesbezüglich wieder vor den Gerichten landen, wenn es um eine verfassungsgemäße Bewertung geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Hüterin von Grundrechten hat die Justiz daher eine enorm hohe Bedeutung. Diese Bedeutung schlägt sich in

Ihrem Haushaltsentwurf ebenfalls nicht nieder, so wenig wie die Honorierung der klassischen Arbeit. Wir werden ihn daher ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Der nächste Redner ist Herr Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich Ihnen im Folgenden einen Überblick über die Schwerpunkte des Justizetats und unsere Bewertung dazu gebe, möchte ich ein paar Dinge ansprechen, die aus meiner Sicht elementar und wichtig sind. Sie sind wichtig für ein effektives und gut funktionierendes Justizsystem für den Wirtschaftsstandort Deutschland in einer globalisierten Welt.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ist die Justiz für die Wirtschaft oder für die Menschen da?)

– Die Justiz ist natürlich für die Menschen da. Sie ist aber auch ein wichtiger Standortfaktor. Wir reden bei der Diskussion über den Standort Deutschland über die Höhe der Löhne, über die Höhe der Abgaben und der Steuern sowie über die Bürokratie. Wir reden aber nie darüber, dass ein funktionierendes Justizsystem wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung von Bürgern und Unternehmen ist. Ich glaube, das sollten wir immer wieder betonen; denn nur ein funktionierendes Rechtssystem bietet den Menschen faire Chancen, sich zu entfalten. Das Eigentum und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger müssen deshalb geschützt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rechtsausschuss, wir waren erst kürzlich in Mexiko und haben dort mit den bayerischen Wirtschaftsvertretern gesprochen. Herr Kollege Schindler, Sie wissen vielleicht noch, dass ein bayerischer Wirtschaftsvertreter kurz nach seiner Ankunft in Mexiko überfallen und ausgeraubt wurde, und zwar nicht von Kriminellen, sondern von uniformierten Polizisten. Er hat gesagt, dass bis heute in dieser Sache nichts passiert sei.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das soll einem Ministerpräsidenten auch schon einmal passiert sein!)

Sie sehen daran, wie wichtig es ist, dass gerade Unternehmer und Wirtschaftsvertreter wissen, dass die Justiz funktioniert und zum Beispiel der Diebstahl von Firmeneigentum bestraft oder der Erwerb von Firmengrundstücken möglichst zügig durchgeführt wird. Wichtig ist auch, dass die Korruption bekämpft wird, wie das in Bayern der Fall ist.

(Werner Schieder (SPD): Das sieht man bei Siemens!)

Ein effektives Rechtssystem setzt die notwendigen Rahmenbedingungen, damit sich Unternehmen ansiedeln, damit sie gedeihen und damit die Bürger in Sicherheit und Freiheit arbeiten und leben können. Unser über

Jahrzehnte erprobtes Rechtssystem hat international einen hervorragenden Ruf. Nicht von ungefähr war das deutsche Recht schon oft ein wichtiger Exportartikel. Es wurde nach der Wende in so manchem Staat Ost- und Mitteleuropas und auch in asiatischen Staaten übernommen. Ich denke zum Beispiel an Bulgarien, wo der Freistaat Bayern die Rechtsentwicklung hin zur EU betreut.

Zahlreiche internationale Rankings zeigen, dass Deutschland im Bereich der Rechtssicherheit ganz weit vorn liegt. In einem Ranking des „International Institute for Management Development“ aus dem Jahre 2004 belegt Deutschland bei der Rechtssicherheit von Personen und Eigentum weltweit den vierten Platz. Vor uns liegen nur noch Finnland, die Schweiz und Österreich.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die werden wir auch noch einholen!)

– Mit Sicherheit. In Bayern haben wir sie bereits eingeholt. Anfang Januar hat die Heritage Foundation ihren berühmten Index of Economic Freedom veröffentlicht. Deutschland wird dort bezüglich der Finanzen und Steuern mit dem äußerst mittelmäßigen Wert von 3,5 bewertet. Beim Eigentum hingegen erzielen wir eine glatte Eins. Eigentum ist in Deutschland bestens gesichert. Die Verträge sind sicher, so die Experten aus Washington. Sowohl die Justiz als auch die Verwaltung arbeiten höchst professionell. Das Gerichtssystem ist dezentralisiert, spezialisiert und äußerst zuverlässig.

Kolleginnen und Kollegen, Deutschland kann sich beim Thema Rechtssicherheit weltweit sehen lassen. Innerhalb Deutschlands – wen würde es wundern – belegt Bayern den ersten Platz im Qualitätswettbewerb. Die durchschnittliche Verfahrensdauer beträgt 1,2 Monate bei der Staatsanwaltschaft und drei Monate bei den Amtsgerichten in Strafsachen. Das ist ein bundesweiter Rekord. Zivilverfahren werden von Amtsgerichten durchschnittlich in 3,8 und bei Landgerichten in 6 Monaten erledigt. Das ist ebenfalls ein bundesweiter Spitzenwert.

Gleichzeitig steht die Belastung der bayerischen Richter bundesweit an erster Stelle. Das wissen wir. Auch die bayerischen Staatsanwälte sind bundesweit gesehen überdurchschnittlich belastet. Hier besteht sicherlich in den nächsten Jahren Handlungsbedarf. Wir können aber nicht alles auf einmal machen; denn auch der ausgeglichene Haushalt ist ein wichtiges Ziel, dem sich alle unterordnen müssen. Nicht nur die Menge, sondern auch die Qualität der Arbeit stellen zunehmend höhere Anforderungen. Das grenzüberschreitende Geflecht der organisierten Kriminalität erfordert einen anderen Arbeitsinsatz als zum Beispiel ein Ladendiebstahl. Der Schadenersatzprozess eines geprellten Aktienkäufer stellt natürlich höhere Anforderungen als die Rückabwicklung eines Gebrauchtwagenkaufs.

Spezialkammern, wie sie etwa am Landgericht München I eingerichtet wurden, garantieren höchste Qualität und größtmögliche Schnelligkeit, auch bei schwierigsten Rechtsmaterien. Die hohe fachliche Qualifikation der bayerischen Richter und Staatsanwälte wird überall geachtet und geschätzt, gerade auch in den Kreisen

der Unternehmer. Kurzum: Zu Bayerns Attraktivität als Wirtschaftsstandort trägt auch die erstklassig arbeitende Justiz bei.

Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, ich freue mich, dass die bereinigten Gesamtausgaben des Einzelplans 04 für den Geschäftsbereich des Justizministeriums gegenüber dem Vorjahr um 51 Millionen Euro angestiegen sind. Das sind 3,1 % im Haushaltsjahr 2007. Weitere 25 Millionen Euro kommen im Jahr 2008 hinzu. Dies unterstreicht, dass die Bayerische Staatsregierung der nachhaltigen Sicherung der hohen Qualität des bayerischen Justizwesens höchste Bedeutung einräumt.

Gleichzeitig – darüber freue ich mich – steigen die Einnahmen im Justizhaushalt. Aufgrund der hohen Ausgabensteigerungen wird die Einnahmedeckungsquote leicht auf rund 48 % absinken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotzdem hat der Justizetat die höchste Einnahmedeckungsquote, den höchsten selbstverdienten Kostendeckungsbeitrag, ausgenommen natürlich die Finanzverwaltung und das Wirtschaftsministerium, wo entweder durch Steuern oder Zuschüsse des Bundes oder der EU sehr hohe Einnahmen zu verzeichnen sind. Wir ruhen uns aber nicht auf unseren Erfolgen aus. Wir investieren in die Justiz im Rahmen des Programms „Investieren in Bayerns Zukunft“. So sind im Einzelplan 04 in beiden Jahren für die Erstausrüstung der Justizvollzugsanstalten Landshut und München zusammen insgesamt rund 7 Millionen Euro zusätzlich veranschlagt.

Herr Kollege Schindler, auch beim Stellenplan tut sich etwas. Sie haben gesagt, dies sei zu wenig. Ich denke aber, wir unternehmen einen wichtigen Schritt. Mit den 50 neuen Stellen der Besoldungsgruppe R 1 kann ein Teil des Fehlbestandes ausgeglichen werden. Wesentlich sind auch die Hebungen. Es wird 57 gegenfinanzierte – also kostenneutrale – Hebungen geben sowie zusätzlich 27 bis 28 Beförderungen durch das Hebungsprogramm „Verwaltung 21“.

Außerdem wird die Staatsregierung unter dem Stichwort „Innere Sicherheit“ ein Hebungsprogramm in Höhe von insgesamt 300 000 Euro in den kommenden beiden Jahren auflegen. Ich denke, das darf man nicht verachten. Natürlich ist auch die Justiz für eine schlanke Verwaltung wesentlich. Auch hier müssen Stellen abgebaut werden, wo dies irgendwo vertretbar ist. So werden auch bei der Justiz rund 60 Stellen eingespart. Weitgehend eingespart bleibt davon der höhere Dienst, weil wir dort bereits deutlich abgebaut haben. Vorher wurde bereits die Zahl von 76 Stellen genannt.

Ich möchte jetzt noch auf den Justizvollzug zu sprechen kommen. Für die Inbetriebnahme der neuen JVA Landshut, für die neue Frauenabteilung und für die Jugendrehabilitationsanstalt in München – beides PPP-Projekte – konnten insgesamt 64 neue kostenwirksame Stellen ausgebracht werden. Zudem konnten im Bereich des Jugendtherapiezentrum der JVA Neuburg-Herrenwörth 14 dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse gesichert werden.

Vom bereits erwähnten Hebungsprogramm „Innere Sicherheit“ wird der Justizvollzug erheblich profitieren; denn

rund die Hälfte der beantragten 655 Stellenhebungen wird in diesem Bereich realisiert werden können. Dies bedeutet Kosten von 900 000 Euro. Das ist keine Kleinigkeit. Natürlich leistet auch der Justizvollzug einen Sparbeitrag; denn hier werden acht Stellen eingespart.

Nun zum Sachhaushalt: Ich kann Ihnen mitteilen, dass für den Betrieb der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Doppelhaushalt, verglichen mit dem Sollnachtrag 2006, insgesamt 2,2 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen. Bei den Auslagen in Rechtssachen ist aufgrund der Entwicklung eine Erhöhung im Jahr 2007 um 13,9 Millionen auf insgesamt 255 Millionen und im Jahr 2008 um weitere 7 Millionen erforderlich. Seit dem Jahr 2005 sind die Vergütungen für Betreuer mittelloser Mündel deutlich angestiegen, und zwar um rund 20 Millionen auf 78,3 Millionen. Ich möchte anmerken, dass die eingeführte Pauschalierung ab 01.07.2005 leider zu keinem Rückgang der Betreuerkosten geführt hat.

Im Hochbau haben wir eine Entwicklung, wie wir sie auf vielen anderen Feldern kennen. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel müssen immer mehr für Sanierungen verwendet werden. Neubaumaßnahmen sind nur noch eingeschränkt möglich. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass auf diesem Sektor die Mittel für das Jahr 2007 um 2,1 Millionen Euro auf 20,1 Millionen Euro angehoben werden können und auch im Jahr 2008 steigen werden.

Beim Justizvollzug wird das Budget um knapp 5,7 Millionen – das sind 11,5 % – erhöht. Die Budgeterhöhung im Jahr 2008 beträgt, wenn man sie hinzunimmt, insgesamt 12,4 % – eine wesentliche Steigerung. Dies ist vor allem auf die zwei neuen Anstalten zurückzuführen, nämlich Landshut und die Frauenabteilung sowie der Jugendarrest der JVA München, die ausgestattet werden müssen.

Die Erhöhung des allgemeinen Bauunterhalts beträgt immerhin 12,6 %; das sind 900 000 Euro. Damit können wir dem Verfall der Bausubstanz Einhalt gebieten, die natürlich durch die hohen Gefangenzahlen und das Alter der Gebäude sehr beansprucht ist. Auch bei den kleinen Baumaßnahmen der Arbeitsbetriebe haben wir eine Steigerung um 54 %; das sind 700 000 Euro. Beim Hochbau ergeben sich gegenüber dem Jahr 2006 Erhöhungen von 2 Millionen. Die Mittel werden etwa zur Hälfte für Neubauprojekte – vor allem für die JVA Landshut –, im Übrigen für Sanierungen eingesetzt. Die Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und für Erweiterungen werden fortgesetzt.

Ich möchte auch die JVA Straubing erwähnen, in der eine Versorgungszentrale saniert und neu errichtet wird – insgesamt 18 Millionen Euro, wovon im Doppelhaushalt 7 Millionen Euro zum Tragen kommen. Auch in anderen Bereichen wird Public Private Partnership weiterhin fortgesetzt. Dies ist wichtig, um die Zahl der Plätze in den JVAen zu erhöhen. Das könnten wir nicht ohne private Finanzierungen. Hinzu kommt ein neues Projekt, nämlich Augsburg/Gablingen mit insgesamt 600 neuen Haftplätzen. So können wir erstmals auch Erfahrungen mit Privatfinanzierungen bei großen Justizvollzugsanstalten

sammeln. Der Mangel an Haftplätzen wird damit erheblich reduziert.

Mir ist es ein besonderes Anliegen, am Ende meiner Ausführungen allen Angehörigen der bayerischen Justizverwaltung besonders zu danken. Mein Dank gilt natürlich auch der Rechtsanwaltschaft, den Notaren und unserer bayerischen Polizei. Besonders danken möchte ich auch allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die bei der Justiz ehrenamtlich mitarbeiten. Das ist kein Nachteil, wie es Frau Stahl gesagt hat, sondern ein großer Vorteil.

Im Bayerischen Landtag möchte ich besonders den Mitgliedern des Verfassungs- und Rechtsausschusses sowie den Mitgliedern des Haushaltsausschusses mit seinem Vorsitzenden Manfred Ach und meinem Mitberichterstatler Dr. Helmut Müller danken. Besonders danke ich auch unserer Justizministerin, dir liebe Beate, für deine besondere Arbeit. Du setzt die Prioritäten völlig richtig, und zwar beim Opferschutz und nicht beim Täterschutz.

(Beifall bei der CSU)

– Genau, das ist einen Applaus wert.

Dein juristischer Sachverstand, dein Organisationstalent und vor allem dein Charme tragen wesentlich dazu bei, unserem Justizsystem neue Impulse zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss meiner Ausführungen will ich noch eine Neuerung erwähnen, die deutlich macht, wie wichtig uns eine funktionierende Justiz ist, und zwar die zusätzlichen freien Tage für den Ausgleich der Schichtarbeit. Wir sind immer bestrebt, die Arbeitsbedingungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst gut zu gestalten. Das Können und das Engagement unserer Vollzugsbediensteten im Besonderen ist für uns äußerst wichtig. Ich freue mich deshalb, dass für unsere Polizei- und Justizbeamten eine Erhöhung der freien Tage zum Zwecke des Freizeitausgleichs möglich ist. Der mögliche Zusatzurlaub wird um zwei Tage erhöht. Das ist deshalb wichtig, weil Schichtdienstleistende gesundheitlich und familiär besonders belastet sind. Immerhin sind fast die Hälfte unserer Polizeibeamten, nämlich 17 000 von 36 000, Schichtdienstleistende, im Justizvollzug sind es 2800 von 5000 – das entspricht fast 60 % der Mitarbeiter.

Ich glaube, wir setzen hiermit Maßstäbe und machen deutlich, dass wir diese Belastung honorieren und schrittweise Verbesserungen einführen. Die großen organisatorischen und finanziellen Anstrengungen müssen wir immer wieder nach außen darstellen. Gerade was das Finanzielle angeht, setzen wir mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 Maßstäbe. Die von der Opposition in ihren Anträgen geforderten weiteren Mittel würden den Rahmen des Haushalts sprengen und im Wesentlichen nicht die Verbesserungen erzielen, die wir für wichtig erachten. Die CSU wird deshalb die Anträge der Opposition ablehnen. Lediglich beim Bauunterhalt der Justizvollzugsanstalten – wir haben das beantragt und in der Fraktion beschlossen – soll eine Erhöhung des Ansatzes um 200.000 Euro jährlich erfolgen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zum Entwurf des Justizhaushalts für die Jahre 2007 und 2008 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses, die den Änderungsantrag der CSU beinhaltet.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Frau Staatsministerin Dr. Merk.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, guten Morgen! Der Justizhaushalt, über den wir heute sprechen, umfasst nur ein schmales Segment des gesamten Kuchens, keine 5 % der bayerischen Staatsausgaben. Ich freue mich, dass dennoch heute Morgen einige gekommen sind, um sehr ernsthaft über diesen Haushalt zu diskutieren, der es wirklich wert ist. Die Justiz leistet etwas, das für jeden modernen Staat unverzichtbar ist, etwas, das zum absoluten Kernbestand jedes Gemeinwesens gehört. Damit ist dieses kleine Segment auch ein sehr wichtiges Segment. Die Justiz ist Wahrerin des sozialen Friedens. Gemeinsam mit der Polizei sorgt sie für die innere Sicherheit. Sie ist für jedermann Garant dafür, dass er auf die Gesetze vertrauen kann, dass ihm sein Recht gewährt wird – sogar gegenüber dem Staat selbst – und dass er vor Missachtung dieses Rechts geschützt wird.

Deswegen sehe ich es als Anerkennung dieser zentralen Rolle an, dass der Haushaltsentwurf für die Jahre 2007 und 2008 für den Einzelplan 04 einige wichtige Verbesserungen, einige Highlights enthält – als Anerkennung nicht nur für mich, sondern als Anerkennung für unsere Justiz insgesamt. Natürlich kann und muss man immer mehr Stellen fordern. Natürlich hätten wir uns auch mehr Stellen gewünscht. Natürlich müssen wir aber auch einsehen, dass wir dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts eine gewisse Zurückhaltung schuldig sind und dass öffentliche Gelder nicht unbegrenzt verfügbar sind.

Der Entwurf zum Doppelhaushalt 2007/2008 sieht für uns – wir haben es gehört – 50 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte vor – das sind Stellen, die wir dringend benötigen; das sind Stellen, mit denen zugleich der bei der Justiz bestehende Bedarf anerkannt wird,

und es sind Stellen, mit denen wir dem Haushalt nicht zusätzlich zur Last fallen; das muss man auch immer betonen; denn sie werden durch die Umwandlung von Überkapazitäten aus dem Unterstützungsbereich gewonnen.

Der Entwurf zum Doppelhaushalt enthält für uns außerdem umfangreiche Stellenhebungen in allen Bereichen und Besoldungsgruppen, über 300 zum Beispiel im Justizvollzug. Das ermöglicht uns eine nachhaltigere Personalentwicklung. Damit geben Sie uns mehr Chancen, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und ihre Leistungen anzuerkennen. So können wir noch mehr Motivation wecken und den Menschen Mut machen, Verantwortung zu übernehmen.

Besonders wichtig sind mir schließlich die 64 neuen Planstellen für den Strafvollzug für die Anstaltsneubauten in

Landshut und in München. Außerdem erhalten wir Mittel, um bis zu 14 Bedienstete für das neue Therapiezentrum in der Jugendstrafanstalt Neuburg-Herrenwörth einstellen zu können. Diese Investition zur Betreuung der jungen Straftäter ist mir ganz wichtig.

Besonders wichtig ist für uns auch die Verpflichtungsermächtigung für das PPP-Projekt in Augsburg mit 600 Haftplätzen.

Der Wert des inneren Friedens lässt sich nicht in Geld aufwiegen, und er lässt sich auch nicht in Geld ausdrücken, noch nicht einmal über den Justizhaushalt. Aber wenn Sie den Justizhaushalt verabschieden, so wie er im Entwurf vorgesehen ist, meine Damen und Herren, setzen Sie damit trotzdem ein Zeichen. Sozialer Friede und innere Sicherheit sind nicht selbstverständlich. Das ist heute in Ihren Reden auch immer wieder angeklungen. Beides existiert, weil wir Menschen haben, die dafür arbeiten. Ein staatliches Gewaltmonopol kann nur bestehen, wo eine Institution für einen effektiven Ausgleich von Konflikten sorgt, und diese Institution ist die Justiz.

Richter, Staatsanwälte und gerade auch die Beschäftigten des Strafvollzugs sind es, die diese Leistungen erbringen. Ihnen dafür, soweit wir das können und es wirtschaftlich machbar ist, die notwendigen Mittel zu geben, muss uns der innere Friede und die Sicherheit der Menschen wert sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Fokus auch deutlich auf den Strafvollzug richten, so wie Sie das in Ihren Reden auch getan haben. Der grauenvolle Mord in Siegburg zum Ende des Jahres hat den Blick der Öffentlichkeit auf die Welt hinter den Gefängnistoren gelenkt. Das ist wichtig und gut so. Es ist wichtig, dass diese Welt stärker in das Bewusstsein der Menschen tritt. Die innere Sicherheit hat für mich als Justizministerin oberste Priorität. Ihre Gewährung ist der Maßstab für unser Handeln. Wichtig ist mir aber auch, dass unsere Häftlinge in unseren Anstalten ordentlich untergebracht sind und dass sie vor allen Dingen zielgerichtet behandelt werden.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU) – Joachim Wahnschaffe (SPD): Das gilt auch für die Forensik, obwohl Sie da nicht zuständig sind!)

– Ja, da bin ich nicht zuständig, aber man kann darüber sprechen. Zur inneren Sicherheit gehört notwendigerweise die Sicherheit in den Anstalten. Das betrifft auch unsere Mitarbeiter selbst. Wir alle wissen, dass eine Beschneidung der Freiheit Aggressionen im Menschen fördert, und zwar bei jedem Menschen. Strafgefangene sind nun einmal Menschentypen, denen der Umgang mit der eigenen Aggression genauso wie mit fremder Aggression ganz besonders schwer fällt. So kann es im Strafvollzug immer wieder zu Gewalt unter Gefangenen kommen. Deswegen sind wir in unseren bayerischen Anstalten auch extrem sensibel für jedes Anzeichen dafür. Was tun wir alles, um in Bayern möglichst Fälle wie in Siegburg zu verhindern? – Das Wichtigste ist, dass wir unsere Gefan-

genen nicht aus den Augen lassen. Wir zeigen Präsenz. Jeder Rückzug des Personals würde dazu führen, dass sich Subkultur entwickeln kann.

Es wird sichergestellt, dass jeder Gefangene mindestens dreimal täglich von einem Bediensteten gesehen wird, sei es bei der Essensausgabe oder sei es bei besonderen Kontrollen. Wenn bei den Kontrollgängen oder den Außenrunden Unruhen bemerkt werden, wenn Lärm bemerkt wird, wird dem selbstverständlich sofort nachgegangen. Diese Kontrollgänge sind vorgeschrieben; das heißt, sie erfolgen nicht bloß aus Zufall. Wird in einer Gemeinschaftszelle der Notruf betätigt, so nehmen die Beamten selbstverständlich vor Ort die Aufklärung wahr, und zwar auch dann, wenn die Hafträume mit einer Gegensprechanlage ausgestattet sind, wie wir es in den meisten bayerischen Haftanstalten haben.

Ich habe angeordnet, dass die Abklärung vor Ort in Zukunft in allen Anstalten unabhängig von der Situation geschieht. Außerdem haben wir in den Anstalten erfahrenes und hochqualifiziertes Personal. Da möchte ich auch einmal etwas Positives sagen. Wir sagen immer, der Justizvollzug sei unterbesetzt. Das ist richtig; wir haben ein knappes Personaltableau. Aber was wir ganz bestimmt nicht machen – das sage ich gezielt an Sie, Frau Abgeordnete Stahl –, ist, dass wir auf private Bedienstete übergehen. Hessen kann uns in diesem Fall kein Beispiel sein; denn genau das wollen wir nicht.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU))

Wenn wir schon knapp besetzt sind, dann müssen wir darauf vertrauen können, hochkompetentes, erfahrenes Personal zu haben, das ganz gezielt ausgebildet ist von Menschen, die unsere Strafanstalten von innen kennen und die in der Justizvollzugsschule in Straubing zwei Jahre Ausbildung genießen und wenn es um den Jugendvollzug geht, sogar drei Jahre. Das ist elementar wichtig.

(Beifall bei der CSU und bei der SPD)

Dann können sich die Beamten auch ein Bild von jedem Gefangenen machen; sie kennen seinen Hintergrund, und sie kennen ihn persönlich. Wenn im Einzelfall jemand als besonders gefährlich eingestuft wird, kommt er auch bei uns in eine Strafanstalt, die einen hohen Sicherheitsstandard gewährleistet. Auch das ist klar.

Erstverbüßer werden generell getrennt von den übrigen Gefangenen untergebracht, und in den Jugendstrafanstalten befinden sich rund drei Viertel aller Insassen in Einzelhafträumen. Das möchte ich auch einmal unterstreichen. Bei den Übrigen wird die im Bundes-Strafvollzugsgesetz zugelassene Maximalbelegung pro Zelle nur in ganz wenigen Fällen ausgeschöpft, dann nämlich, wenn es wirklich nicht anders geht. Generell kann man sagen: Wir dulden keine rechtsfreien Räume in unseren Anstalten; wir greifen konsequent durch, wenn etwas passiert. Das können unsere Bediensteten. Und ich muss eines dazusagen: Wenn man hier immer von Schabigheit redet, dann bedeutet doch die Tatsache, dass wir die gerings-

ten Haftkosten in Deutschland haben, noch lange nicht, dass die Qualität im Strafvollzug darunter leidet.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU))

Ganz im Gegenteil: Ich muss immer wieder darauf hinweisen, was wir alles in unseren Strafvollzugsanstalten tun. Der Begriff „Verwahrvollzug“ wird unserer bayerischen Haftanstalten schlichtweg nicht gerecht.

Noch einmal kurz zurück zur Sicherheit. Wir gehen immer wieder alle denkbaren Bereiche durch, um Schwachstellen zu finden. Wir nehmen auch alle Vorkommnisse, die irgendwo passieren, zum Anlass, um zu analysieren und zu untersuchen, was wir noch verbessern können. Wir haben zwischen den Anstalten wechselnde Sicherheitspartnerschaften ins Leben gerufen mit gegenseitigen Kontakten und Austauschmöglichkeiten, um Sensibilität für wirkliche Probleme noch stärker zu wecken.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Selbstverständlich bei den Bediensteten. Wir haben in fast allen großen Anstalten spezielle Sicherungsgruppen. So hat beispielsweise die Sicherungsgruppe Straubing in diesem Jahr 360 Haftraumkontrollen außerhalb der üblichen Dienstzeit durchgeführt. Das ist speziell geschultes Personal, das für die Sicherheit in den Anstalten enorm wichtig ist.

Ein Wort nun zur Unterbringung. Das war auch ein zentrales Problem in Siegburg: eine Gemeinschaftszelle unter Einschluss über längere Zeit. Wir haben in Bayern massiv gegengesteuert, damit solche Vorkommnisse vermieden werden. Aber wir können natürlich auch eines sagen: In jedem anderen Land gibt es wie in Bayern Überbelegung in den Haftzellen. Gefangene müssen auch bei uns teilweise gemeinsam untergebracht werden. Das ist so. Dabei muss man sehen, dass wir in vielen Fällen eine gemeinsame Unterbringung auch gezielt wollen, dann nämlich, wenn es sich um einen psychisch instabilen Gefangenen handelt, um den man Sorge haben muss. Wir haben immer wieder festgestellt: Wenn man einen solchen Menschen mit einem geeigneten Mitgefangenen zusammentut, hilft das. Dann stärkt das seine Psyche, und wenn er tatsächlich einmal in eine wackelige Situation geraten würde, wären diese Mitgefangenen da. Das darf man nicht unterschätzen.

Außerdem müssen wir uns darüber klar werden, dass wir vermehrt auch ausländische Gefangene bei uns haben, die es normalerweise gewohnt sind, in einer größeren Familie zu leben oder in einer größeren Gruppe und für die eine Einzelhaftzelle eine zusätzliche Strafe wäre, sodass man sich hier darum bemüht, solche Gefangene mit Gefangenen gleicher Herkunft zusammenzulegen. Es sind also in vielen Fällen die Gefangenen selbst, die eine gemeinsame Unterbringung wünschen.

Damit möchte ich aber nichts bagatellisieren. Es ist klar, dass auch wir unter der Raumnot leiden. Wir haben in Bayern immerhin mehr als die Hälfte der Erwachsenen in Einzelhafträumen untergebracht. Dieser Anteil könnte

noch höher werden, wenn wir versuchen würden, die Unterbringungssituation von einer Unterbringung in Gemeinschaftsräumen zu einer Unterbringung in Einzelhaftsräumen oder kleineren Gemeinschaftsräumen zu verändern.

Dazu haben wir in der Vergangenheit extreme Anstrengungen unternommen. Wir müssen auch berücksichtigen, dass wir seit 1991 einen extremen Anstieg der Zahl der Häftlinge haben. Die Zahl der Häftlinge ist um ein Drittel angestiegen. Das ist enorm. Seit dieser Zeit haben wir 1450 zusätzliche Haftplätze geschaffen. Wir haben 508 Millionen Euro in Baumaßnahmen investiert. Seit dem Jahr 2005 haben wir im Durchschnitt 13 000 Gefangene in Bayern. Im letzten Jahr haben 32 000 Gefangene unsere Anstalten durchlaufen. Damit haben wir einen wirklich extremen Zuwachs, mit dem kein Investitionsprogramm mithalten kann. Wichtig ist es, die Augen offenzuhalten und gegenzusteuern. Das tun wir auch.

Wenn wir über Nacht sämtliche Gemeinschaftszellen auflösen und sämtliche Gefangene in Einzelzellen unterbringen wollten, was in vielen Fällen – wie schon gesagt – gar nicht so sinnvoll ist, bräuchten wir auf einen Schlag 3000 neue Haftplätze. Das ist ein Viertel unseres Bestandes. Das würde Baukosten in Höhe von 585 Millionen Euro bedeuten. Dafür bräuchten wir auch 780 zusätzliche Planstellen. Dazu muss man schlichtweg sagen: Dieses Geld haben wir nicht. Wir werden aber im Rahmen unserer Möglichkeiten weiterhin alles tun, um die Raumsituation in den Anstalten zu verbessern.

Lassen Sie mich einen kurzen Schlenker zur ärztlichen und therapeutischen Versorgung von suchtkranken Gefangenen machen. Es wird immer wieder behauptet, diese Versorgung sei nicht ausreichend. Das muss ich schlichtweg ganz energisch zurückweisen. Es ist nicht so. Die ärztliche wie auch die therapeutische Betreuung ist ausreichend. Natürlich haben wir auch externe Betreuer. Uns wird wohl auch niemand vorschreiben wollen, dass alle Ärzte und Therapeuten in unserem Dienst stehen müssen. Dort, wo es sinnvoll ist, können diese Leistungen von außen ergänzt werden.

Ich möchte auch das Jugendstrafvollzugsgesetz kurz ansprechen. Vielleicht hat Sieburg dem einen oder anderen bewusst gemacht, wie wichtig es ist, was hinter Gittern geschieht. Resozialisierung ist der beste Schutz. Das sind keine leeren Worte. Das Jugendstrafvollzugsgesetz taucht deswegen noch nicht im Haushalt auf, weil das Gesetz erst im nächsten Jahr beraten wird. Wir werden es dann im Nachtragshaushalt vorfinden. Die Aussage ist nicht richtig, dass in unserem Gesetzentwurf die Sicherheit vor der Resozialisierung an die erste Stelle tritt. In unserem Gesetzentwurf steht etwas ganz anders: Sicherheit und Resozialisierung werden darin als gleichberechtigte Vollzugsziele erwähnt. Von Frau Stahl haben wir es heute schon gehört. Ich kann es immer nur wiederholen: Resozialisierung und Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Wenn ich einen resozialisierten Häftling entlassen kann, der nicht mehr straffällig wird, bedeutet das Sicherheit für unsere Gesellschaft. Aus diesem Grunde gehören diese beiden wichtigen Ziele auch zusammen. Wir alle wünschen uns, dass Haftgefangene, wenn sie entlassen werden, keine Straftaten mehr bege-

hen. Wenn wir das wollen, müssen wir auch wissen, dass wir dafür in unseren Gefängnissen eine ganze Menge tun müssen und dass unsere Gefängnisse gerade keine Verwahranstalten sein dürfen. Daran arbeiten wir in Bayern hart; das möchte ich hier auch sehr deutlich sagen.

In unseren Anstalten können Gefangene zum Beispiel ihren Schulabschluss nachholen, und zwar in großer Zahl. In unseren Anstalten erhalten die Gefangenen eine Berufsausbildung. In unseren Anstalten gibt es für Gefangene richtige und zielgerichtete Therapien. Da gibt es nicht bloß ein Schild mit der Aufschrift „Sozialtherapie“, sondern wir kümmern uns um die Gefangenen mit ihren jeweiligen Defiziten. Unsere Anstalten sorgen dafür, dass die Gefangenen an der Therapie teilnehmen, indem sie dazu motiviert werden. Wir hatten im letzten Jahr fast 200 Schulabschlüsse hinter Gittern. Wir hatten über 100 im Gefängnis erworbene Gesellenbriefe. Das heißt also, dass unsere Justizvollzugsanstalten in Bayern auch ein Ort sind, an dem die persönlichen und sozialen Defizite der Menschen hinter Gittern aufgearbeitet werden können.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU) – Jürgen Dupper (SPD): Das ist ja besser als in der Schule!)

Dabei sind wir frei von jeder Ideologie. Für viele junge Gefangene sind unsere Haftanstalten – das war für mich beeindruckend und gleichzeitig erschreckend – der erste Ort, an dem sie zum ersten Mal eine Tagesstruktur und einen Tagesablauf erleben. Sie müssen morgens früh aufstehen und dürfen nicht im Bett liegen bleiben. Sie haben etwas zu tun, egal ob sie lernen oder arbeiten. Sie sitzen nicht vor dem Fernseher, sondern treiben Sport. Team-sport ist dabei ein ganz wichtiges Wort.

Noch viel beeindruckender war für mich die Tatsache, dass unsere jungen Strafgefangenen gern in die Therapie gehen, und zwar auch in die Präventivtherapie, die ich vor Kurzem in Neuburg eingeführt habe. Nicht bestätigt wurde dabei unsere Angst, dass die jungen Täter fürchten, sie würden damit für die Zukunft stigmatisiert. Im Gegenteil, sie haben zu uns gesagt, dass sich zum ersten Mal jemand mit ihnen unterhält, der sie anhört und der sich um sie kümmert und mit ihnen gemeinsam einen Weg aus dem Schlamassel sucht. Wenn das die Einstellung ist, zeigt das, dass wir gerade bei unseren jungen Gefangenen mit Resozialisierung viel bewirken können. Deswegen ist das eine wichtige Aufgabe. Ich betone immer wieder, dass das hinter unseren Gefängnismauern geschieht und dass dort von allen unseren Bediensteten gemeinsam eine außerordentlich gute Arbeit geleistet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das Thema Ehrenamt ist vorher erwähnt worden. Ich möchte nicht alles auf die Ehrenamtlichen abschieben, nur weil es dann günstiger wäre. Die Ehrenamtlichen arbeiten gern mit uns zusammen. Sie stehen mit uns in engem Kontakt. Sie haben ihre Strukturen oftmals so aufgebaut, dass sie auch Fachpersonal in ihren Kreisen beschäftigen. Resozi-

alisierung ist nicht nur eine Aufgabe des Staates, sondern ist selbstverständlich auch eine Aufgabe der Gesellschaft, wenn die Gefangenen aus dem Gefängnis entlassen werden. Das dokumentieren die ehrenamtlichen Entlassenenhilfen in einer ganz besonderen Weise. Dafür haben sie auch meine Hochachtung.

Dieses Thema möchte ich im Zusammenhang mit der Änderung des Strafvollzugsgesetzes ausbauen, weil die ehrenamtliche Arbeit ein wichtiger Teil der Sicherheit und der Resozialisierung ist. Wir wissen, dass ein Gefangener, der nach längerer Zeit aus dem Gefängnis entlassen wird und sich erstmals in der Gesellschaft wieder zurechtfinden muss, schnell ins Straucheln geraten kann. Dazu braucht er Begleitung und Unterstützung, damit er auf dem Weg in eine straffreie Zukunft bleiben kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Strafgefangene, die sich trotz aller Motivationsbemühungen unserer Mitarbeiter einer Resozialisierung verweigern und eine Therapie nicht mitmachen wollen, Strafgefangene, die auch im Gefängnis immer wieder durch Gewalttaten gegenüber ihren Mitgefangenen auffällig werden, Strafgefangene, die auch nach Vollverbüßung ihrer Strafe als gefährlich einzustufen sind, können wir natürlich nicht entlassen. Kein Mensch in der Bevölkerung würde es verstehen, wenn man einen solchen Menschen in die Freiheit entlässt. Hier muss schon sehr deutlich zwischen dem Bürgerrecht auf Freiheit und dem Recht der Bürger auf Sicherheit unterschieden werden. Hier gilt der Grundsatz, dass Opferschutz, auch der Schutz potenzieller Opfer, Vorrang vor Täterschutz hat. Danach werden wir auch in Zukunft handeln.

(Beifall bei der CSU)

Das gilt natürlich auch für die vorzeitige Haftentlassung von Gewalttätern. Mehrfachtäter und Täter, die körperliche Delikte gegen andere verüben, zum Beispiel Vergewaltigung, Sexualdelikte, versuchter Mord oder Mord, sind in aller Regel nicht diejenigen, die vorzeitig freigelassen werden können. Mit diesem Thema befassen wir uns momentan, und dabei sagen wir, im Rahmen und auf der Basis des Rechtsstaats müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass unsere Bevölkerung, soweit wir es nur können, geschützt wird.

Herr Schindler, zum Deal muss ich mich nicht mehr äußern, das habe ich bereits getan. Ich muss allerdings dazusagen, dass meine Meinung auch in der Justiz umstritten ist, und zwar nicht nur aus Gründen der Kapazität. Das ist ein Thema, über das man sich trefflich streiten kann. Ich glaube, von mir ist dazu alles gesagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, ich möchte zum Schluss allen Angehörigen der bayerischen Justiz für die großartige Arbeit danken. In diesen Dank möchte ich die Rechtsanwaltschaft, die Notarinnen und Notare sowie unsere grün gewandeten Kollegen von der Polizei einschließen. Besonders hervorheben möchte ich die Arbeit derjenigen, die sich ehrenamtlich bei der Justiz engagieren und die damit einen sehr wertvollen Beitrag für unsere Arbeit leisten und unsere Leistungsbilanz stärken.

Mein besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Landtag für die Unterstützung der bayerischen Justiz. In erster Linie gilt dies für die Mitglieder des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen sowie des Petitionsausschusses. Wir haben eine sachliche, an der Arbeit der Justiz orientierte sowie die Arbeit der Justiz anerkennende Diskussion geführt, für die ich Ihnen sehr dankbar bin. Mein besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, allen voran dem Vorsitzenden Manfred Ach und dem Berichterstatter Dr. Müller.

Im Interesse unserer gemeinsamen Sache, der Gewährleistung des Rechts im Freistaat Bayern, wünsche ich mir auch für die kommenden Jahre eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit. Ich bitte Sie deshalb herzlich um Zustimmung zum Entwurf des Justizhaushalts für die Jahre 2007 und 2008 und wünsche Ihnen allen frohe Festtage.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat für eine Minute und 45 Sekunden Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Herren und Damen und vor allem Herr Kollege Zellmeier! Ich werde jetzt ganz uncharmant die Ausführungen von Frau Justizministerin Dr. Merk konterkarieren. Ich frage mich nicht nur als Juristin, sondern vor allem als Sozialarbeiterin, die ich auch bin, wieso die Wohlfahrtsverbände immer wieder die schwierige Situation beklagen, wenn doch in den Justizvollzugsanstalten alles halbwegs gut läuft. Ich frage mich, wieso sie beklagen, dass sie kaum Ansprechpartner finden, wenn es um die Organisation von Angeboten geht. Ich frage mich, wieso sie kritisieren, dass vieles von ihnen organisiert werden muss, weil es in der Justizvollzugsanstalt kaum Angebote für den Behandlungsvollzug gibt.

Dabei verlange ich noch nicht einmal, dass die Zellen alle in Einzelzellen umgebaut werden. Das ist wahrscheinlich wirklich nicht auf einen Schlag zu erreichen. Es sollten aber wenigstens die Räumlichkeiten für die Gruppenarbeit zumutbar gestaltet werden. Dass Familien sich in normalen Besuchsräumen ohne Spielmöglichkeiten für Kinder aufhalten müssen, sollte in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Ich frage mich, wieso sich die Wohlfahrtsverbände darüber beklagen müssen, dass die Zuschüsse vonseiten der Justiz so spärlich fließen.

Die Behandlung von Drogenkranken ist sehr wohl ein großes Problem, weil die Medikation unsystematisch bis kaum erfolgt. Oft wird ein kalter Entzug durchgeführt. Es gibt keine durchgängige psychiatrische Diagnostik. Die Atteste zur Therapievermittlung werden von Anstaltsärzten erst nach Aufforderung durch den Kostenträger erstellt. Überhaupt haben wir Probleme betreffend die Kostenträger bei Maßnahmen in der Haft. Es gibt zum Beispiel Probleme bei der Finanzierung stationärer Maßnahmen der Jugendämter. Wir haben auch Probleme bei der Refinanzierung der Straffälligenhilfe usw., usw.

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich danke Ihnen, kann Sie aber leider nicht charmant in die Weihnachtsferien entlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Welnhofer.

Peter Welnhofer (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CSU-Fraktion hat noch 7 Minuten und 54 Sekunden. Keine Angst, ich werde das nicht ausschöpfen. Herr Kollege Schindler, ich möchte nur eine Anmerkung machen, nachdem es leider nicht möglich war, eine Zwischenfrage zu stellen. Unter Bezugnahme auf eine Broschüre der CSU-Landtagsfraktion tun Sie so, als wären innere Sicherheit und Verwirklichung des Rechtsstaats ein Gegensatz. Meine Damen und Herren, ich sehe das ganz anders.

(Beifall bei der CSU)

Die Gewährleistung innerer Sicherheit und die Verwirklichung des Rechtsstaats sind gleichsam die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Denn ohne innere Sicherheit gibt es keinen Rechtsstaat, und ohne Rechtsstaat gibt es nach unserem Staatsverständnis auch keine innere Sicherheit; denn die innere Sicherheit – oder die vermeintliche innere Sicherheit – totalitärer Staaten haben wir nicht und wollen wir nicht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer unter rechtsstaatlichen Verhältnissen leben will, braucht innere Sicherheit. Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Justiz, die innere Sicherheit zu gewährleisten, und in diesem Sinn ist sie – auch – eine Säule der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6589 mit 15/6597, 15/6601 mit 15/6606 und 15/6616 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6822 zugrunde.

Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6822 genannten Änderung zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom federführenden Ausschuss empfohlenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Ersteres war die Mehrheit.

Damit ist Einzelplan 04 angenommen. Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderung erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und Teile bzw. größere Teile der SPD-Fraktion. – Alle?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Alle!)

– Ich weiß nicht, ob Sie bevollmächtigt sind, das zu erklären.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ich darf das sagen: Alle!)

– Also mit den Stimmen der CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6822 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 15/6616 seine Erledigung gefunden hat. Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6661, 15/6697 mit 15/6699),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6724 mit 15/6734),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6745 mit 15/6749)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededezeit von einer Stunde und 57 Minuten vereinbart.

Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 40 Minuten, auf die SPD-Fraktion 22 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 40 Minuten sprechen. Das entspricht der üblichen Regelung.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Sibler.

Bernd Sibler (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 05 für das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus steigt im Jahr 2007 auf 8,4 Milliarden Euro, für das Jahr 2008 sind 8,5 Milliarden Euro vorgesehen. Damit ist der Einzelplan 05 der größte Einzelplan im Staatshaushalt. Bezogen auf das Soll des Jahres 2006 steigt der Einzelplan 05 für 2007 um 2,2 %, für das Jahr 2008 um 1,2 %. Bereinigt man diese Zahlen um die durchgeleiteten Mittel aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ – IZBB – des Bundes, so steigt der Etat für 2007 sogar um 2,8 % und für 2008 um 2,5 %. Bereinigt man diese weiterhin um die Mittel für Pensionen und Beihilfen, steigt der Etat immer noch deutlich an.

Diese beeindruckenden Zahlen machen deutlich, dass der Freistaat Bayern einen Schwerpunkt im Bereich der Bildung setzt. Zudem ist anzumerken, dass Bayern anhaltend hohe Schülerzahlen hat. Wir erreichen jedoch auch einen Höchststand bei den Lehrerkapazitäten. In Bayern sind noch nie so viele Unterrichtsstunden gehalten worden wie in den letzten Jahren. Zudem stellt der Freistaat weitere 784 echte Lehrerplanstellen zusätzlich in seinem Etat bereit, um die wachsenden Schülerzahlen an Gymnasien und Realschulen bewältigen zu können.

In der Tat ist es richtig, dass von den Volksschulen weitere Stellen an diese Schularten verlagert wurden. Bereits im Nachtragshaushalt hat man dies mit 412 Stellen aus dem Volksschulbereich getan. Demgegenüber steht jedoch ein Schülerrückgang von 15 200, was rechnerisch ein Minus von 735 Stellen bedeutet hätte. Es ist Kultusminister Siegfried Schneider zu verdanken, dass zunächst alle Stellen im Schulbereich verbleiben konnten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Differenz von 323 Stellen im Schuljahr 2006/2007 wird voll der Hauptschule zur Verbesserung der pädagogischen Situation belassen. Wir bauen damit die Ganztagschule aus, verbessern die individuelle Förderung und intensivieren die Sprachförderung. Trotz Rückgang der Schülerzahlen bleiben also mehr Planstellen bei der Volksschule, als rechnerisch hätten eingezogen werden können. Dieser Trend setzt sich für das Schuljahr 2007/2008 weiter fort.

Und was macht die Opposition? Bei den Haushaltsberatungen haben wir immer wieder das böse Wort von der Hauptschule als Restschule hören müssen.

(Karin Radermacher (SPD): So ist es doch auch ganz genau! – Thomas Mütze (GRÜNE): Ich habe es einmal gesagt, und dazu stehe ich!)

Sie schütten damit Öl ins Feuer und verstärken den Trend zur Abkehr von der Hauptschule. Viel besser wäre es, wenn Sie an konstruktiven Vorschlägen zur Verbesserung der Lage mitarbeiten würden.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere an die Vorschläge von Minister Schneider zur Modularisierung und zur Schaffung eines stärkeren beruflichen Bezugs der Hauptschule. Sie sollten die Hauptschule nicht schlechtreden, und Sie sollten vor allem die Schülerinnen und Schüler dieser Schulart nicht diffamieren; denn immerhin besuchen 38 % der bayerischen Schülerschaft die Hauptschule.

Woher kommen die steigenden Schülerzahlen? – Wesentlicher Grund dafür ist die innerdeutsche Zuwanderung. Die Leute kommen nach Bayern, weil sie hier eine bessere Situation auch und gerade im schulischen Bereich vorfinden als in anderen Bundesländern. Das Stichwort „Pisa“ darf hier natürlich nicht fehlen. Bei den Stellungnahmen, die die Opposition gestern zur Lage in Bayern abgegeben hat, fühlt man sich gar an ein Entwicklungsland erinnert, wo es am Nötigsten fehlt. Ich glaube, ein Bundesland wie Berlin wäre sehr froh, wenn es sich nur mit solchen Problemen zu beschäftigen hätte, wie wir sie in Bayern haben.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Berlin darf ich auch an die Rütli-Schule erinnern, deren Brief nicht einmal beantwortet wurde. In Berlin besuchen nur noch 7 % der Schülerinnen und Schüler die Hauptschule. Und was hört man von der Opposition? – Die CSU sei eine Provinzpartei.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das stimmt doch auch!)

Ich bin sehr froh darüber, dass die CSU ab und zu eine Provinzpartei ist, wenn diese Bezeichnung aussagt, dass die CSU die Bedürfnisse der Menschen in diesem Land erreicht.

– An den GRÜNEN ist ja wohl das bayerischste die Namensänderung von „Dr. Josef Dürr“ in „Sepp“.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Obermeier (CSU) – Hans Ulrich Pfaffmann (SPD): Das war jetzt aber sehr lustig!)

– Mindestens so lustig wie Sie, Herr Pfaffmann.

Wir müssen aber sicher weiterarbeiten an den großen Klassenstärken in der Realschule und an den Gymnasien. Wir müssen sie für die weiteren Jahre in den Blick nehmen.

Trotzdem sei auf die sehr guten Ergebnisse der bayerischen Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte bei der Pisa-Studie verwiesen, wenn Sie das auch nicht gerne hören; denn hier wird deutlich, dass allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz das bayerische Schulsys-

tem leistungsfähig ist und den internationalen Vergleich wahrlich nicht zu scheuen braucht.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das glauben aber auch nur Sie!)

Positive Akzente setzt der Etat auch im Bereich der Ganztagschulen, die maßvoll ausgebaut werden.

(Simone Tolle (GRÜNE): „Maßvoll“ ist aber hübsch formuliert!)

Hier hat insbesondere die CSU-Fraktion einen weiteren Ausbau herbeigeführt. Positiv und deutlich hervorheben möchte ich zudem, dass auch jenen Schulen geholfen wird, die bei den Mitteln des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ – IZBB – bislang zu kurz gekommen sind. Im Etat ist im Kapitel 05 19 bei den Titeln 883 91 und 883 92 nachzulesen, dass zusätzliches Geld für die Gymnasien vorgesehen ist. Jene Gymnasien, die bislang nicht zum Zug gekommen sind, werden nach den gleichen Modalitäten wie beim IZBB-Programm aus Landesmitteln gefördert.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Für 2007 stehen 30 Millionen Euro, für 2008 stehen 28 Millionen Euro zur Verfügung. Wir erfüllen damit die Forderung des Bayerischen Philologenverbandes, der bei seiner Jahreshauptversammlung in Würzburg vor wenigen Tagen diese Forderung gestellt hat. Diese Forderung war allerdings schon erfüllt, als sie aufgestellt wurde.

Zudem werden wir über das Finanzausgleichsgesetz auch die anderen Schularten aus Landesmitteln für den Ausbau der Ganztagschule fördern. Wir werden hier einen Mindestansatz von 50 % der förderfähigen Kosten für Baumaßnahmen anbieten. Wichtig ist aber die Absenkung der Bagatellgrenze von 100 000 Euro auf 10 000 Euro, weil damit auch viele kleinere Maßnahmen gerade an Volksschulen in den Genuss der Förderung kommen können.

Positiv für den Schulbereich wirkt sich ebenfalls eine Maßnahme aus dem Einzelplan 10 aus, nämlich die Aufstockung der Jugendsozialarbeit an Schulen. Hier werden wir in den beiden Haushaltsjahren 70 neue Stellen schaffen, damit wir wieder den ursprünglichen Zeitplan der Ausweitung erreichen. Gerade mit dieser Maßnahme werden wir auch die erzieherische Situation an den Hauptschulen deutlich verbessern können. Hier muss aber noch ein weiterer Ausbau stattfinden.

Zudem halte ich es für absolut richtig, dass man diese Arbeit im Sozialministerium ansiedelt. Als ehemaliger Kreisjugendring-Vorsitzender habe ich intensiv mit der Jugendsozialarbeit im Landkreis Deggendorf zusammengearbeitet. Dabei habe ich feststellen können, dass nur ein Miteinander und ein deutlich über die Schule hinausgehender Einsatz der Jugendsozialarbeiter einen ganzheitlichen Ansatz gerade im Interesse der Jugendlichen ermöglicht. Wir müssen in die Gesellschaft hinein arbeiten und dürfen nicht nur in der Schule bleiben. Deshalb ist

es richtig, dass wir Jugendsozialarbeit an Schulen haben und nicht nur die Schulsozialarbeit, wie die Opposition es gerne hätte.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist das dein Lebenslauf?)

– Ich habe wenigstens einen, Herr Dürr.

Einen weiteren Akzent setzt die CSU-Fraktion im Bereich der Schulverwaltungskräfte. Gerade dadurch kann man Schulleitungen effektiv entlasten. Durch die Erhöhung der Leistungen im Härtefonds kommen wir auch den privaten Schulträgern ein Stück entgegen.

Zudem gehen wir mit dem Entwurf zum Doppelhaushalt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem zweiten Förderlehrerinstitut im südbayerischen Raum. Förderlehrer sind eine bayerische Besonderheit. Gerade mit ihnen kann man intensiv und individuell fördern. Ein Ausbau dieser Lehrergruppe scheint mir sehr sinnvoll, auch die Lage im südbayerischen Raum; denn der nordbayerische Raum ist durch das Institut in Bayreuth bestens versorgt.

Akzente setzen wir auch im Bereich der Sportförderung. Mit der Erhöhung der Mittel um 1,875 Millionen Euro – eine Initiative der CSU-Fraktion –

(Beifall bei der CSU)

erreichen wir genau die vom Bayerischen Landessportverband – BLSV – geforderte Summe von netto 15 Millionen Euro nach der Einführung der Vereinspauschale. Diese ist übrigens ein deutlicher Beitrag zur Entbürokratisierung und zur Vereinfachung des Antragsverfahrens, weil der Arbeitsaufwand für die Vereine deutlich geringer ausfällt.

Auch im Bereich der Jugendarbeit können wir mit der Erhöhung der Mittel um ein Million Euro einen positiven Akzent setzen. Damit können wir die sehr gute präventive Arbeit des Bayerischen Jugendringes – BJR – würdigen. Hier finden Jugendliche Heimat, werden an die Demokratie herangeführt und lernen außerschulisch sich selbst zu organisieren, Sozialkompetenzen eben. Wenn wir dem Bayerischen Jugendring beim Vollzug des Haushaltes noch etwas entgegenkommen könnten, wäre ich persönlich darüber alles andere als traurig. Bereits in den letzten Jahren konnten wir trotz Sparzwängen bei Themen wie der globalen Minderausgabe und Haushaltssperre immer wieder helfen.

Auch mit Mitteln des Kulturfonds und der Bayerischen Landesstiftung – wie eben erst in den letzten Tagen für die Aktion „Drei Tage Zeit für Helden“ – konnten wir dem BJR trotz Sparzwangs immer wieder helfen.

Erwähnen möchte ich zudem den investiven Bereich. Hier gibt es Probleme beim Bayerischen Jugendring. Mit Mitteln außerhalb des Haushaltes könnten wir jedoch gut weiterhelfen, wie wir das in verschiedenen Bereichen immer wieder getan haben. Ich erinnere an das Beispiel der privaten Förderschulen.

Persönlich freut es mich, dass der Freistaat Bayern mit der Unterstützung des NS-Dokumentationszentrums in der Landeshauptstadt München ein Zeichen für historisches Bewusstsein setzt, zumal zurzeit diese aberwitzige Holocaust-Konferenz stattfindet.

Abschließend darf ich feststellen: Der Einzelplan 05 sichert eine akzeptable Grundversorgung an Bayerns Schulen. Bei den in der Höhe nicht dotierten Pflichtaufgaben setzen wir „Duftmarken“ zur Stärkung des Ehrenamtes. Ich darf Sie bitten, diesem Etat mit den von der CSU vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hans-Ulrich Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute einen Haushalt, der die Grundlage für die Bildungspolitik in den nächsten zwei Jahren legt. Wir beraten einen Haushalt – das möchte ich erwähnen –, der kurz vor der Landtagswahl 2008 entscheidend sein wird. Mit dem Haushalt wird die Entscheidung getroffen, ob das Bayerische Parlament eine Politik machen will für oder gegen gleiche Bildungschancen in diesem Land, für oder gegen eine möglichst individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, für oder gegen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für oder gegen den Erhalt der wohnortnahen Schule, kurz: für oder gegen die Zukunftschancen unserer Kinder in diesem Lande.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Ihrem Haushaltsentwurf kann ich attestieren: Sie entscheiden sich in allen Punkten gegen die Kinder und Familien in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Herbert Fischer (CSU))

Ich möchte hier ein paar Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten von gestern zitieren. Herr Dr. Stoiber hat gestern hier erklärt: „Wir werden die Hauptschulen gezielt stärker fördern.“

(Lachen bei der SPD)

Die Wahrheit sieht völlig anders aus. Die Wahrheit ist: Sie streichen 1660 Stellen bei Grund- und Hauptschulen in Bayern. Wenn Sie das nicht glauben, empfehle ich Ihnen die Quelle. Lesen Sie Ihren eigenen Haushaltsentwurf, Kapitel 05 12, Seite 308, Stellenplan – 1660 Stellen weniger in den Grund- und Hauptschulen. Darunter verstehen Sie also die Stärkung der Hauptschule.

Meine Damen und Herren der CSU, Sie hatten in den letzten 15 Jahren durch verschiedene bildungspolitische Maßnahmen wie Stundenkürzungen, Erhöhung der Klassenmindestgrößen, Reduzierung der Mobilien Reserven, Arbeitszeitkonto und Stellenstreichungen wegen Schülerrückgang eine Kürzung von insgesamt 7864 Stellen zu

verantworten. Das also ist die Stärkung der Hauptschule, wie Sie sie verstehen. – Darauf können die Hauptschüler und ihre Eltern in diesem Land gerne verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Sie werfen uns immer wieder vor, wir würden die Hauptschule schlechtreden. Ich darf Sie an Ihr eigenes Papier erinnern, das heute nicht mehr existieren darf und über dem steht: Die Hauptschule ist am Ende. Diese Meinung wird auch noch vernünftig begründet. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Hauptschule an die Wand fährt -niemand anderer in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie machen die Hauptschulen platt. Das passiert nicht nur durch das Zurückfahren der Ressourcen. Sie schließen auch weiterhin Standorte in Bayern. Sie haben 486 Grund- und Hauptschulen in den letzten Jahren geschlossen, davon überwiegend Teilhauptschulen. 41 Vollhauptschulen und Grundschulen wurden dichtgemacht. Soll das die Stärkung der Hauptschule sein? – So sieht die Stärkung aus, die der Ministerpräsident in diesem Hohen Hause verlauten lässt. Ich meine, was Sie mit den Hauptschulen veranstalten, ist ein bildungspolitischer Erdbeben. Sie behaupten hier im Hause aber das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Hauptschulen in den letzten Jahren systematisch an die Wand gefahren. Die Einführung der R 6 war der Beginn des Endes der Hauptschulen. Das haben Sie zu verantworten, sonst niemand in diesem Lande. Sie haben in den letzten Jahren die Hauptschulen durch Sparmaßnahmen auf die unterste Ebene ihrer Möglichkeiten gebracht. Sie nehmen mit der gnadenlosen Selektion im zehnten Lebensjahr den Hauptschulen die Schülerinnen und Schüler, die bessere Möglichkeiten haben und andere mitziehen würden. Sie stehen zur Dreigliedrigkeit des Schulwesens, obwohl die ganze Welt um Sie herum bereits darüber diskutiert, das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen. Sie klatschen trotzdem dem dreigliedrigen Schulsystem Beifall. Ich sage: Sie wissen nicht, was Sie bildungspolitisch tun.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Stoiber sagte gestern: „Wir wollen die beste Bildung für beste Chancen unserer Kinder“. Auch hier sieht die Wahrheit völlig anders aus: 10 % der Kinder in Bayern haben keinen Abschluss. 10 % der Kinder haben einen schlechten Schulabschluss. Das sind 20 % der Kinder in diesem Lande, denen Sie eine schlechte Zukunftsperspektive bieten. Diese Kinder haben nicht die besten Chancen, wie der Ministerpräsident das immer wieder glauben machen will, sondern sie haben die schlechtesten Chancen in diesem Lande. Das haben Sie zu verantworten, sonst niemand.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen: In manchen Schulen schreiben die Schüler auf das Namensfeld des Heftes nicht mehr ihren Namen, sondern sie schreiben „loser“. Das ist Ergebnis der zynischen Politik, die Sie zu verantworten haben. Viele Schülerinnen und Schüler der Hauptschule fühlen sich als Verlierer der Gesellschaft, weil Sie nicht in der Lage sind, eine vernünftige Förderung und eine vernünftige Schulpolitik zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen stets mit Pathos – hauptsächlich ihr „grandioser“ Ministerpräsident –,

(Markus Sackmann (CSU): „Grandios“ ist richtig!)

Sie wollten der kommenden Generation keine Schulden hinterlassen. Das ist im Ansatz sicherlich ein guter Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

– Ja, hier dürfen Sie Beifall klatschen.

In Wahrheit hinterlassen Sie den Kindern und der Gesellschaft aber einen Berg sozialer Probleme. Was glauben Sie denn, was die 20 % Kinder ohne Ausbildung und Zukunftschancen in Bayern machen werden? – Sie werden der Sozialhilfe anheimfallen. Das kommt teurer, als heute vernünftig in die Schulen zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die steigenden Sozialhilfekosten zu verantworten, wenn Sie weiterhin akzeptieren, dass 20 % der Schülerinnen und Schüler keine Zukunftsperspektive haben. Dr. Stoiber sagte gestern: „Der Maßstab für unsere Politik ist Generationengerechtigkeit und Chancengleichheit.“ Auch hier sieht die Wahrheit völlig anders aus. Ist es denn Chancengleichheit, meine Damen und Herren, wenn die Bildungs- und Zukunftschancen vom Geldbeutel der Eltern abhängen? – Das ist in Bayern so: Einführung des Büchergeldes, Einführung der Studiengebühren, hohe Kosten der Schule, die die Eltern heute schon zu tragen haben. Die Bildung wird immer mehr privatisiert und den Familien aufgedrückt. Das ist die Chancengleichheit, wie Sie sie verstehen. Eine solche Chancengleichheit wollen wir nicht.

Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass mittlerweile jedes dritte Kind in den dritten und vierten Grundschulklassen Nachhilfeunterricht von Studenten, Nachhilfelehrern und, wenn es nicht anders geht, von den Opas und Omas braucht, obwohl die Kinder erst im neunten Lebensjahr stehen. Sie machen eine zynische Politik. Leider kann sich nicht jeder Nachhilfe leisten. Diejenigen in den fünften und sechsten Jahrgangsstufen der Gymnasien, die sich keine Nachhilfe leisten können, fallen durch den Rost. Wollen Sie mir sagen, dass das Chancengleichheit wäre? – Nein, das ist eiskalte Politik auf dem Rücken der Kinder und der Familien.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen Familien, Eltern, Großeltern, Brüder oder Schwestern zu Ersatzlehrern,

(Engelbert Kupka (CSU): Die Eltern haben das schon immer gemacht!)

weil Unterricht, lieber Herr Kupka, immer mehr nach Hause verlagert wird.

Die Kinder kommen nach Hause und haben den Stoff nicht verstanden, weil die Schule keine Zeit hat, den Kindern den Stoff vernünftig zu vermitteln. Was tun Sie aber mit den Kindern, denen die Eltern nicht helfen können? Was tun Sie mit diesen Kindern? – Diese Kinder fallen in Ihrem System durch den Rost. Ihr Bildungswesen ist ein Weg nach unten für diejenigen, die nicht so schnell mitkommen, die etwas langsamer sind, die entwicklungspsychologisch noch nicht so weit sind. All diese Kinder lassen Sie gnadenlos durch den Rost fallen. Das ist Ihre Bildungspolitik! So viel zum Thema Chancengerechtigkeit in Bayern.

Ist es vielleicht Chancengerechtigkeit, meine Damen und Herren, wenn man Kinder bereits im zehnten Lebensjahr aussortiert und in Schubladen steckt? Ist das Chancengerechtigkeit? Ist es gerecht, dass man ein Kind, wenn es eine Mathearbeit verhaut und dann eine schlechte Note im Übertrittszeugnis hat, nicht mehr aufs Gymnasium schicken kann? – Das hat nichts mit Chancengerechtigkeit zu tun. Das ist das politisch gewollte Lenken von Schülerströmen. Nichts anderes wollen Sie in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber keine Politik für die Kinder, sondern eine Politik gegen die Kinder. Es ist eine Politik gegen die Familien und gegen die Zukunftschancen der Kinder. Ich sage Ihnen: Weg mit dem Büchergeld! Weg mit den Studiengebühren! Machen Sie endlich eine Politik, mit der jeder eine Chance hat, nicht nur die, die es sich in diesem Lande leisten können. Das ist der Weg, auf dem Sie sich bewegen, Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD – Engelbert Kupka (CSU): Sie werden doch nicht behaupten, dass irgendein Kind in diesem Land keine Bücher hat!)

– Lieber Herr Kollege Kupka, wir werden uns noch ausführlich über die Bildungspolitik unterhalten. Gestern hat Herr Stoiber hier erklärt: Wir wollen mehr Ganztagsangebote. – Guten Morgen, liebe CSU-Fraktion, guten Morgen, liebe Staatsregierung! Noch vor einigen Jahren haben Sie Ganztagsangebote strikt abgelehnt. Jetzt sind Sie, wohl auch aufgrund des Drucks einer internationalen und einer deutschen Bewegung, endlich zu dem Schluss gekommen, dass wir mehr Ganztagsangebote brauchen, und zwar nicht nur, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sondern auch, um die Pädagogik in den Schulen zu verbessern. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das haben Sie zwar erkannt, aber Sie tun leider gar nichts dafür. Mit Ihren Alibi-Ganztagsklassen kommen Sie auch keinen Schritt weiter. Soll ich Ihnen sagen, wie es geht, wenn Herr Stoiber sagt: Wir wollen

mehr Ganztagsklassen? – Das geht so: Wir machen zehn Ganztagsklassen für Hauptschulen und zehn Ganztagsklassen für Grundschulen, doch damit ist dann Schluss.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Das bedeutet, bei 5000 Schulen haben wir 20 Ganztagsklassen. Schämen Sie sich!

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber noch nicht alles. Die Öffentlichkeit sollte nicht meinen, bei Ihnen wäre auch nur irgendetwas umsonst. Sie schaffen 20 Ganztagsklassen, und im Gegenzug kürzen Sie, sozusagen zur Strafe, weil Ganztagsklassen eingeführt wurden, die Lehrerstunden. Was also tun Sie? – Sie kürzen von zusätzlichen 19 Lehrerstunden für Ganztagsklassen 7, so dass nur 12 bleiben. Nichts ist bei Ihnen umsonst. Der Preis für 20 Ganztagsklassen ist: – die Kürzung von Lehrerstunden. Das ist Ihre Politik. Wie soll das funktionieren? – Jeder weiß, dass Ganztagsklassen mehr Personal brauchen. Sie geben dann als Ausgleich 5000 Euro ins Budget.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das stimmt doch nicht! Das ist doch nur die halbe Wahrheit!)

Das ist eine bürokratische Katastrophe; denn die Schulen wissen nicht, wie sie das Geld verwalten sollen. Hier stellt sich das gleiche Problem wie beim Büchergeld. Das aber ist Ihre Politik.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Pfaffmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Rüth?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Von Herrn Rüth immer. Herr Rüth hat im Ausschuss nämlich zu mir gesagt, meine Behauptung, es würden 1660 Lehrerplanstellen an den Grund- und Hauptschulen gekürzt, sei „erstunken und erlogen“.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was?)

Ich habe Ihnen, Herr Rüth, daraufhin gesagt, wo Sie das nachlesen können. Sie können aber gerne noch eine Frage stellen.

Berthold Rüth (CSU): Herr Präsident, ich habe eine Frage, denn mir scheint, dass es Herr Pfaffmann mit seinen Äußerungen nicht immer so ganz ernst meint. Hier nun meine Frage: Herr Pfaffmann, ist Ihnen bewusst, dass wir in Bayern an 700 Standorten offene Ganztagsangebote haben und dass wir darüber hinaus rund 100 gebundene Ganztagsangebote haben? Wissen Sie das, Herr Pfaffmann?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist mir bekannt. Sie versuchen immer, die Definitionen zu vermischen. Wir haben in der Tat viele Betreuungsplätze, aber ist Ihnen bekannt, dass die Betreuungsplätze zum großen Teil von

den Eltern bezahlt werden? Es ist also gar nicht Ihr Verdienst, dass wir die Plätze haben.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Köstlich!)

Sie geben doch allenfalls einen kleinen Zuschuss, und damit hat sich für Sie dann die Sache.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Pfaffmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nein, jetzt mache ich hier weiter. Schauen wir mal, ob wir dann noch Zeit haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den Ganztagschulen sieht es in Bayern zappenduster aus. Wir haben einen riesengroßen Bedarf, damit die Familien Beruf und Schule vereinbaren können, damit wir in den Schulen mehr Zeit haben, um den Kindern zu vermitteln, was notwendig ist. Wir brauchen deshalb bessere Angebote. Doch die Antwort von der CSU besteht in 20 Ganztagsklassen. Damit kommen Sie doch in Bayern nicht hin.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Pfaffmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Sonnenholzner?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Kollege Pfaffmann, haben Sie Herrn Kollegen Rüth und den anderen CSU-Mitgliedern des Ausschusses schon gesagt, dass diese Mittagsbetreuungsplätze nicht nur von den Eltern finanziert werden, sondern dass die meisten dieser Plätze seit Jahren von den Eltern zum Beispiel auch organisatorisch getragen werden? Sonst gäbe es sie nämlich gar nicht in diesem schönen Land.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Kollegin Sonnenholzner, das habe ich den CSU-Kolleginnen und -Kollegen im Ausschuss schon mehrmals gesagt. Doch es ist wie immer, die Wahrheiten hören sie nun einmal nicht gern.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat gestern von einem Dreiklang gesprochen: „Sparen, reformieren, investieren.“ Ich möchte noch einmal darstellen, wie dieser Dreiklang bei näherer Betrachtung aussieht. Sparen – jawohl, das tut der Herr Ministerpräsident. Er spart an den Schulen, er spart an den Lehrerinnen und Lehrern, er spart zulasten der Kommunen und auf dem Rücken der Eltern. Der Herr Ministerpräsident privatisiert die Bildung. Das ist seine Definition von Sparen. Auf dieses Sparen können wir in diesem Land aber verzichten, Kolleginnen und Kollegen! Noch immer hat Bayern die größten Grundschulklassen im bundesdeutschen Ländervergleich und die drittgrößten im Hinblick auf die Schülerzahl. Die Ressourcen an unseren Schulen sind schlecht. So viel zum Verständnis von Sparen und zu dem, was der Ministerpräsident hier gestern zum Besten gegeben hat. Darauf können wir verzichten.

Reformieren will der Herr Ministerpräsident. Auch darauf können wir im Hinblick auf die Schulen verzichten. Die Schließung der Schulstandorte in großem Stil, die Einführung der R 6 und damit das Ende der Hauptschule, die Umwidmung des G 9 zum G 8, all das waren die großen Reformen der Bayerischen Staatsregierung. All diese Reformen haben Sie in den Sand gesetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU!

(Beifall bei der SPD)

Gehen Sie doch einmal in das achtjährige Gymnasium und reden Sie dort mit den Eltern. Sprechen Sie darüber, was in den fünften, sechsten und siebten Klassen abläuft. Sie werden sehen, was für eine Katastrophe Ihre Reform in diesem Land angerichtet hat. Ihre Reformwut ist noch nicht zu Ende, jetzt werden so genannte Kombiklassen eingeführt. Sie sparen bei den Kleinsten Lehrer ein, indem Sie Klassen zusammenlegen. Sie legen die ersten und zweiten Grundschulklassen zusammen und schaffen teilweise Klassen mit 29 Kindern in den ersten und zweiten Grundschulklassen. Wenn das Ihr Verständnis von der Förderung der Kleinsten ist, dann können wir darauf verzichten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum letzten Punkt, zum Investieren. Da muss ich schon einmal fragen: Wo investieren Sie, meine Damen und Herren von der CSU? – Sie werfen bei den Haushaltsdaten mit Nebelkerzen. Das haben wir eben wieder hören können. Es gibt eine Presseerklärung des Kultusministeriums vom 4. Dezember 2006, in der Sie von einer Steigerung der Ausgaben im Bildungshaushalt um 0,14 Prozent ohne Versorgung sprechen. Es gibt auch eine Haushaltsrede von Herrn Kultusminister Schneider im Haushaltsausschuss. Er sprach dort von einer Steigerung von 1,6 % ohne Versorgung. Einmal rechnen Sie die kirchlichen Ausgaben mit ein, einmal wieder nicht. Einmal rechnen Sie ohne den kommunalen Finanzausgleich und die dort vorgesehenen bildungspolitischen Ausgaben, dann rechnen Sie wieder mit diesen Ausgaben. Dann rechnen Sie die IZBB-Mittel hinein, dann rechnen Sie diese Mittel wieder heraus. Können Sie sich endlich einigen, auf welche Zahlen Sie sich festlegen wollen? Wenn Sie die Wahrheit wissen wollen, dann sage ich sie Ihnen gerne.

Sie haben bei den Ausgaben für Schulen ohne Versorgung im Jahr 2006 17,45 % vorgesehen. Für 2007 sehen Sie 17,3 % und für 2008 17,06 % vor. Das ist für den Bildungshaushalt eine Kürzung und keine Auswirkung um minus 0,39 %. Um diesen Betrag fahren Sie die Schulausgaben in diesem Land zurück, auch wenn Sie hier Nebelkerzen werfen, um diese bitteren Wahrheiten zu vernebeln und zu vertuschen.

Wenn Sie die Ausgaben allein des Jahres 2006 von 17,45 % des Gesamthaushalts bis 2008 um zwei Jahre fortgeschrieben hätten, das heißt bis zu dem Doppelhaushalt, den wir jetzt diskutieren, dann hätten Sie 195,6 Millionen Euro mehr in der Kasse. Das ist Ihr Sparbeitrag auf

dem Rücken unserer Kinder. Das ist die bittere Wahrheit, die wir zu diskutieren haben.

(Beifall bei der SPD)

Auf diesen Dreiklang „Sparen, reformieren, investieren“ auf dem Rücken unserer Kinder, unserer Familien und der Zukunft können wir gern verzichten. Das ist ein Dreiklang, der nach unten führt, ein Dreiklang der bildungspolitischen Rücksichtslosigkeit und nichts anderes.

Ich nenne weitere Konsequenzen aus diesem Bildungsdoppelhaushalt. Wir haben an den Realschulen weiterhin Klassen bis zu 38 Schülerinnen und Schüler. Dazu haben Sie überhaupt noch nichts gesagt. Wir haben an Gymnasien einen prognostizierten Unterrichtsausfall von 8 %. Das sagt der Bayerische Philologenverband. Geben Sie den Schulen und Eltern endlich eine Unterrichtsgarantie. Stundenplanunterricht muss gehalten werden und darf nicht ausfallen.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie politisch organisieren. Aber den dazu vorgelegten Antrag haben Sie auch schon abgelehnt.

Sie haben von Schulsozialarbeit gesprochen. Zur Lösung der Probleme an unseren Schulen fällt Ihnen nichts anderes ein, als Killerspiele zu verbieten. Sie reden von Werten an unseren Schulen. Um die Wertevermittlung an unseren Schulen zu organisieren und Werte zu unterrichten, brauchen wir Zeit, Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeit und Fachleute. Genau das wollen Sie aber nicht finanzieren. Deswegen ist Ihr Gerede in diesem Hause nichts anderes als Vertuschen, Schönreden und Wegdiskutieren der Probleme, die wir haben.

(Zuruf von der CSU: Ihr Gerede ist dummes Zeug!)

Ich bedanke mich bei den Lehrerinnen und Lehrern, auch bei den Eltern für ihr Engagement. Die Eltern sind es, die die Probleme aufarbeiten müssen. Allerdings ist Ihr Dank heuchlerisch. Sie belasten unsere Lehrerinnen und Lehrer in diesem Lande, indem Sie ihnen die Ressourcen nicht bereitstellen. Deswegen meine ich, dass hier eine Umkehr notwendig ist. Wir wollen eine Politik unter der Überschrift: Kein Kind in diesem Land darf verloren gehen. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und keinen Sparhaushalt in Sachen Bildung.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen – das sage ich auch für die Zuhörer – über den Bildungshaushalt des Freistaats Bayern.

Aus dem Bildungsausschuss sind aufseiten der CSU zwei Mitglieder anwesend. Das finde ich beschämend.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Herr Kollege Sibler geht während der Debatte hinaus.

Der Ministerpräsident hat die Föderalismusreform, in der die Bildung für die einzelnen Länder eine große Stellung hat, sehr begrüßt. Der Stellenwert, den die Bildung bei der CSU hat, bemisst sich genau an der Präsenz, die Sie bei diesem Bildungshaushalt zeigen.

Ich habe gesagt, dass von der CSU nur zwei Mitglieder des Bildungsausschusses anwesend sind. Das sind Herr Kollege Waschler und Herr Kollege Rüth. Sie haben ansonsten zehn weitere Mitglieder. Da muss ich mich schon fragen, welchen Stellenwert Sie dem Bildungshaushalt beimessen. Ich finde dies traurig; denn Bildung ist eine Chance eines jeden Einzelnen. Bildung ist Verfassungsauftrag.

(Thomas Kreuzer (CSU): Von den GRÜNEN ist nur ein einziges Mitglied da!)

– Die GRÜNEN im Bildungsausschuss sind zu 100 % anwesend, Herr Kollege Kreuzer.

Wenn ich mir den Haushalt und die vielen Nebelkerzen, die Sie werfen, Herr Kollege Sibler, ansehe, dann muss ich überlegen, welche Überschrift man diesem Haushalt geben sollte. Dazu ist mir ein Wort des Apostels Paulus aus seinem Brief an die Kolosser eingefallen: „Gott gebe euch viel Kraft, damit ihr in allem Geduld und Ausdauer habt.“ Dies ist ein wichtiges Wort; denn mit diesem Haushalt ändert sich nicht viel. Eigentlich wird nur das vollzogen, was ich schon seit Jahren angemahnt habe. Sie haben nämlich für die Realschulen und Gymnasien jetzt endlich mehr Stellen bereitgestellt. Da kann ich aber nur sagen: Guten Morgen, das hätten Sie schon viel länger machen müssen.

Sie haben mit diesem Haushalt eingestanden, dass das, was ich seit Jahren gesagt habe, wahr ist, nämlich: Realschulen, Gymnasien und anderes, was Sie aus der Hüfte geschossen haben, brauchen eine gute Unterfütterung. Die haben Sie, wenn ich es für das G 8 sagen darf, endlich nachvollzogen. Wir haben in Gymnasien und Realschulen Klassenstärken von 28,8 oder 28,7. Was Sie jetzt machen, ist doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Schauen wir einmal, wie sich das auswirkt.

Herr Minister Schneider, dazu, dass Sie nach drei Jahren endlich da angekommen sind, wo ich Sie schon lange haben wollte, möchte ich Sie herzlich beglückwünschen.

Bei Paulus heißt es, Herr Sibler: „Gott gebe euch viel Kraft, damit ihr in allem Geduld und Ausdauer habt.“ Das ist die Überschrift über Ihrem Haushalt. Es klingt vielleicht sehr nett. Aber die Leidtragenden waren und sind die Schüler und Lehrer, die Ihren rigiden Sparkurs aushalten und mit dem Mangel leben müssen und mussten und bei denen Sie viel Vertrauen verspielt haben.

Ich denke an gestern, an den personifizierten Anachronismus mit dem Namen Edmund Stoiber. Ich glaube, über die Jahre hinweg haben Sie eine Schularart vergessen. Die rückt Herr Stoiber jetzt in seinen Fokus. Das halte ich aber überhaupt nicht für gut; denn wenn der Ministerpräsident einmal etwas in seinen Fokus rückt, dann wird es wirklich schlimm. Jetzt kündigt der Ministerpräsident an, dass die Hauptschulen in den Fokus gerückt werden sollen.

Es ist schon seltsam, wie Sie Ihre Fokussierung ausgestalten. Im Haushalt werden im Bereich der Volksschule die Grund- und Hauptschule haushaltstechnisch gemeinsam abgebildet. Da werden 1652 Stellen gestrichen. Im letzten Doppelhaushalt haben Sie der Hauptschule 1200 Stellen genommen. Der BLLV hat gestern eine Liste mit Streichungen herumgeschickt und kommt seit 1998 auf 4984 Stellen, die Sie den Hauptschulen genommen haben. Ich möchte nicht in Ihrem Fokus stehen; denn das ist immer mit Stellenkürzungen gleichbedeutend.

Ich muss Ihnen schon die Frage stellen, wie es gehen soll, dass Sie etwas in den Fokus nehmen, wenn Sie gleichzeitig die dafür notwendigen Mittel abziehen. Dies ist eine sehr schwierige Sache. Für mich bedeutet das nichts anderes, als dass Sie die Hauptschule am ausgestreckten Arm verhungern lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Des Weiteren möchte ich die Tatsache erwähnen, dass Sie rund 40 % der ursprünglichen Hauptschulen geschlossen haben. Das stand auch in diesem Papier des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes – BLLV –, und wir haben in einer Aktuellen Stunde schon über die Schulen im ländlichen Raum geredet. Außerdem stand es in der Antwort auf meine Schriftliche Anfrage. Das ist kein Super-GAU, aber es ist ein GAU für die Hauptschulen, Herr Kollege Sibler. Dabei liegt die Krise der Hauptschulen seit Jahren auf der Hand. Wenn ich über Krisen und Probleme rede, geht es mir nicht darum, die Hauptschule schlechtzureden. Wir müssen aber die Probleme benennen, denn nur wenn wir ein Problem benennen, können wir es lösen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat in ihrer gestrigen Ausgabe einige Dinge sehr treffend beschrieben. Dort steht:

Die Hauptschule ist ausgelaugt, denn sie ist zum Makel geworden, und niemand will sich als Verlierer abstempeln lassen.

Dort steht weiter, Herr Kollege Schramm:

Die Eltern werden die Hauptschule abschaffen, auch in Bayern.

Eltern wissen genau, dass die Hauptschule ihren Kindern keine Perspektive mehr bietet. Dies hat sich nun auch bis in den letzten Winkel des Bayerischen Waldes – und bis nach Kulmbach, Herr Schramm – herumgesprochen.

Ein paar Wochen vorher schrieb die SZ:

Das dialektische Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft kann man an den Hauptschulen auf einen Satz bringen: Seit im Jahre 2000 entschieden wurde, dass die Realschulen eine 5. Klasse anbieten, haben die Hauptschüler endgültig keine Zukunft mehr.

Dort heißt es auch:

Die Hauptschule wird verenden, die Eltern können sich nicht formieren, die Schüler werden immer schwieriger, irgendwann kann man nicht mehr unterrichten.

Es gibt Schüler und Schülerinnen, Herr Kollege Freller, die der Herr Ministerpräsident gestern zitiert hat, wie die aus Schwabach. Ich hatte aber in den letzten Wochen auch Begegnungen. Eine war im Sommer, im September, in Dachau. Da war der Herr Kollege Thätter dabei. Da ist in einer Veranstaltung eine Hauptschülerin aufgestanden und hat gesagt: „Wir fühlen uns wie Menschen zweiter Klasse.“ Vor einigen Wochen waren Hauptschüler aus meinem Landkreis zu Besuch, und Herr Minister Sinner war dabei. Da ist ein Schüler aufgestanden und hat gesagt: „Wir fühlen uns minderwertig.“

Was meinen Sie, Herr Schneider, was diese Kinder denken, wenn sie den sogenannten neuen Dreiklang des Ministerpräsidenten hören, der da heißt: „Kinder – Bildung – Arbeitsplätze?“ Was, meinen Sie, denken die 30 % Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, von diesem Dreiklang?

Im vorhin erwähnten SZ-Artikel steht die Antwort darauf. Diese Kinder schreiben „Loser“ auf ihr Heft und nicht mehr ihren Namen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen es nicht weiter gestatten, so vielen Jugendlichen, die heute die Hauptschulen besuchen, von vornherein eine ungünstige oder aussichtslose Ausgangsposition am Ausbildungs- und Berufsmarkt und damit in der Gesellschaft zuzuweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst die jüngste Shell-Studie belegt, dass die Hauptschüler und Hauptschülerinnen sehr genau wissen, wie gering ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft sind.

Dazu kommt das demografische Problem. Dazu habe ich auch schon sehr viel in der Aktuellen Stunde gesagt. Die Schulen werden das Land verlassen, und mit den Schulen wird die Zukunft aus dem Dorf verschwinden. Der BLLV spricht in einer Pressemitteilung von gestern von einem Rückgang von 30 %. Ich kann Ihnen vier Landkreise in Unterfranken nennen – weil ich der Meinung bin, Unter-

franken wird als Erstes sehr schnell davon berührt sein, Herr Kollege Ach –:

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Oberpfalz auch!)

24,3 % Schüllerrückgang im Landkreis Rhön-Grabfeld, 20,4 % Aschaffenburg-Land, 21 % Miltenberg, 15,3 % Main-Spessart.

Und was tut die CSU-Fraktion? Ich erinnere mich sehr genau an die Ausschusssitzung vor zwei Wochen, in der es wieder um die Hauptschule ging. Sie leugnen diese Probleme. Ihr Verhalten erinnert mich immer an den Philosophenkongress von Bertold Brecht. Da treffen sich die Teilnehmer in einem Kloster, um die Frage zu entscheiden, ob es die Außenwelt wirklich gibt. Sie kommen aber zu keiner Antwort, weil eine Überschwemmung das Kloster mit sich reißt.

Wenn es nur um Sie ginge, Herr Kollege Waschler, dann wäre es vielleicht nicht schade. Aber Sie reißen mit Ihrer Verleugnungstaktik Schülerinnen und Schüler mit, und das finde ich beschämend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was tut der Minister? Der Minister kündigt ein zehntes Schuljahr an, wohlgermerkt, mit 1652 Lehrern und Lehrerinnen weniger. Sie machen im Frühjahr einen Kongress, und seit diesem Schuljahr gibt es 23 Modellversuche. Damit aber nicht genug, Herr Minister: In der „Main-Post“ vom 27. November lese ich von einem weiteren Modellversuch im kommenden Herbst,

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU): Hervorragend!)

wo ausgewählte Hauptschulen nach einem veränderten Lehrplan und mit veränderter Methodik unterrichten. Herr Kollege Ach, ich halte das nicht für hervorragend, weil wir wissen, wie es geht. Wir brauchen keine Modellversuche mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Eben! – Manfred Ach (CSU): Ihr wisst eh alles besser!)

Modellversuche verzögern nur die Entwicklung, und das heißt für mich: Die Hauptschule muss mindestens bis 2010 auf eine Lösung warten.

Ich frage Sie: Wie soll es funktionieren, eine einzügige Hauptschule in drei Zweige aufzuteilen, ohne dass Sie die Schulen zusammenlegen und die Schüler und Schülerinnen in der Gegend herumkarren und auf diesem Umweg die Teilhauptschule wieder einführen?

Ich prophezeie, dass außer ein paar Modellversuchen und einer weiteren Reduzierung nichts geschehen wird. Wenn der Ministerpräsident so etwas „Fokussierung“ nennt, dann kann es mir nur leidtun um jeden und jede, die in den Fokus des Ministerpräsidenten gerät.

Dass Sie die Hauptschüler und Hauptschülerinnen nicht weiter kümmern, zeigt auch die Tatsache, mit wie wenigen Sozialarbeiterinnen Sie diese Schule ausstatten. Für 1100 Hauptschulen werden wir – und das finde ich nicht glorreich, Herr Kollege Siblinger – in zwei Jahren rund etwa 150 Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen haben.

Ich will auch erwähnen, dass Sie bei der Zuweisung der IZBB-Mittel die Hauptschule benachteiligt haben. Sie haben damit das achtjährige Gymnasium finanziert. 60 % der Hauptschulen sind leer ausgegangen. Sie, Herr Kollege Siblinger, sagen jetzt: Wir stellen etwas über FAG-Mittel bereit. Das finde ich überhaupt nicht glorreich, weil da die Kommunen 50 % selber zahlen müssen. Sie haben ganz offenkundig die Hauptschule nicht nur überhaupt benachteiligt, sondern auch bei der Zuweisung der IZBB-Mittel. Wenn Sie die Hauptschule stärken wollen, müsste Ihr Haushalt anders aussehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Dann müssten Sie die Stellen im Haushalt stehen lassen, damit man sich auf die individuelle Förderung konzentrieren kann.

Herr Minister, ich glaube gar nicht, dass das so schädlich ist. Wir haben eine große Pensionierungswelle, und wenn dann die Probleme gelöst sind, dann könnten Sie über die Pensionierung Stellen abfedern.

Die beste Stärkung der Hauptschule wäre ihre Abschaffung und die Errichtung einer Schule für alle.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das hat mir auch ein Schüler gesagt: „Warum können nicht alle gemeinsam in eine Schule gehen?“

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Woanders geht es auch!)

Ich zitiere einen Schüler, denn nicht nur Sie vertreten Bayern, wir vertreten es auch. Das wäre für mich die Lösung, und wenn Sie immer nur Chancengerechtigkeit anführen, dann verweise ich Sie auf den bayerischen Bildungsbericht.

Meine Redezeit ist leider zu Ende. Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Bildung ist ein Grundrecht, das durch die Bayerische Verfassung garantiert ist. Dafür müssen Sie Geld in die Hand nehmen. Wir brauchen zukunftsfähige Schulen, wir brauchen nicht nur Geld, sondern wir brauchen eine Reformdynamik in diesen Schulen, und wir brauchen vor allen Dingen, sehr geehrte Damen und Herren, ein Ministerium und auch Kollegen aus der CSU-Fraktion, die sich den Problemen stellen und sie nicht immer nur leugnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Wechsel müsste jetzt eingeleitet werden.

Wir müssen ein neues Haus bauen, weil das alte für die Herausforderungen dieser Zeit nicht mehr taugt. Dabei will ich es belassen. Ich verweise auf die Äußerungen meines Kollegen Mütze zu unseren Haushaltsanträgen. Ihr Haushalt ist beschämend. Er wird der Überschrift „Gott gebe euch viel Kraft, damit ihr an allem Geduld und Ausdauer habt“ gerecht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Schülerinnen und Schüler können aber nicht mehr so lange warten.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf eingangs die von Frau Kollegin Tolle gemachte Unterstellung, die CSU-Fraktion führe eine Verleugnungstaktik, in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Stimmt aber! – Zurufe von den GRÜNEN)

Frau Kollegin Tolle, Sie hätten statt Brecht eher Platon, nämlich das Höhlengleichnis, zitieren sollen; denn Sie beschreiben hier eine Situation, die den Personen im Höhlengleichnis ähnlich ist, die meinen, dass die Schatten der durch ein Feuer an der Wand abgebildeten Personen die Wirklichkeit wären. An dieser Wirklichkeit, die wir haben, gehen Sie meilenweit vorbei.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Sie zitieren Paulus, wonach man Kraft und Geduld braucht. Das ist in der Tat richtig, wenn man sich über die Wochen und Monate alle Unterstellungen, Vorhaltungen, fiktiven Zahlen und sonstigen Ergüsse der Opposition anhören muss.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich werde das mit Fakten belegen und Ihnen auch sagen, weshalb gestern Herr Kollege Maget völlig an der Realität vorbei argumentiert hat, als er gemeint hat, wir hätten an unseren Schulen eine „verlorene Generation“.

(Zuruf von den GRÜNEN: Mein Gott!)

Hierzu kann ich nur fragen: Hat er sich da auf die Schule bezogen? Das kann wohl nicht sein, wie die Fakten zeigen. Aber möglicherweise hat er hier, rückblickend auf die Mitglieder seiner eigenen Fraktion, eine Analogie verwendet; vielleicht ist das die verlorene Generation. Jedenfalls sind es nicht unsere Schülerinnen und Schüler in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Die Opposition verdreht permanent Tatsachen, ignoriert Fakten und vergleicht Äpfel mit Birnen.

Außerdem ist festzustellen, dass auch in den Ausschussberatungen – gerade auch hier wieder – in erheblichen Längen und unnötigen Wiederholungen in der Substanz überhaupt nichts Neues mehr aufgetischt wird. Ein Paradebeispiel hat leider Herr Kollege Pfaffmann wieder in einigen Punkten geliefert. Ich kann nicht alle Punkte herausgreifen, es mögen wenige für alle stehen. Er spricht von Ganztagsklassen von 10 plus 10 von 20 und unterschlägt dabei, dass es gebundene Ganztagschulen sind. Er unterschlägt auch, lieber Manfred Ach, dass die Fraktion entschieden hat, das zu verdoppeln. Gebundene Ganztagsangebote, gebundene Ganztagschulen sind teuer, weil sie mit den Jahrgangsstufen entsprechend hoch wachsen. Wir haben somit für die nächsten beiden Haushaltsjahre 20 plus 20. Herr Kollege Rütth hat es bereits richtig gestellt: Man darf in keiner Weise vergessen, dass die offenen Ganztagsangebote mit erheblichen Haushaltsmitteln unterstützt werden. Wir werden zum Ende der Legislaturperiode auch hier die vom Ministerpräsidenten 2003 angepeilte Zahl von 1000 erreichen. Bei den gebundenen werden wir, Herr Kollege Pfaffmann, wohl rund 110 erreichen können, wobei in der Regierungserklärung 100 angesetzt waren.

Ich betone noch einmal, völlig unterschlagen wurde hier auch – vielleicht unbewusst, deswegen ein klein wenig Nachhilfe, auch das muss manchmal sein –, dass der staatliche Anteil bei den offenen Angeboten pro Schüler und Jahr 753 Euro beträgt, wobei natürlich der kommunale Anteil in gleicher Höhe dazukommt und über Fördervereine und örtliche Institutionen der Rest ergänzt wird. Dies nur als Beispiel. Deswegen mein Zwischenruf: „Halbe Wahrheit!“ Herr Kollege Pfaffmann hat zwar richtig gesagt, dass jetzt die Stundenanzahl bei den gebundenen Ganztagsangeboten mit zwölf festgesetzt werde, aber den finanziellen Zuschlag in Höhe von 3000 Euro bei Grundschulen sowie die 6000 Euro bei den Hauptschulen hat er verschwiegen; ich frage nur, warum? Will man denn hier in der Öffentlichkeit und vor den Medien mit Nebelkerzen arbeiten? – Ich übernehme jetzt den Sprachgebrauch der SPD.

Aber da wird, wie gesagt, noch ganz anderes behauptet. Ich kann wiederum nur einige Beispiele nennen. Am 04.12. gab die SPD eine Pressekonferenz und behauptete, dass der Bildungshaushalt im Vergleich zum Gesamthaushalt ohne Versorgungslasten angeblich sinke; das ist heute von der Opposition nochmals gekommen. Man könnte also meinen, Sie haben sich hier mit den tatsächlichen Gegebenheiten beschäftigt. Aber das ist nicht der Fall. Die von der SPD genannten Zahlen zum Rückgang des Anteils am Einzelplan 05 am Gesamthaushalt sind nicht nachvollziehbar. Problematisch ist ein Vergleich ohne Versorgungsausgaben ohnehin; denn hierbei werden die Versorgungsleistungen der verbeamteten Lehrer einfach unterschlagen, und das kann es nicht sein. Denn es lässt sich sehr wohl eine Steigerung feststellen, wenn man die Schulausgaben im Einzelplan 05 ohne Versorgungslasten und Beihilfen mit dem Gesamthaushalt vergleicht. Wenn man redlich ist, gehört das dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

– Herr Kollege Pfaffmann, hören Sie doch hin, vielleicht hilft es Ihnen weiter! Gehen Sie doch, wenn Sie einem Missverständnis unterliegen, zum Kollegen Manfred Ach. Er hilft Ihnen gerne weiter, wenn bei Ihnen mit der Entzifferung des Haushalts Probleme bestehen; denn auch die Vergleichszahlen des Gesamthaushalts müssen dann um die Versorgungsleistungen bereinigt werden, damit kein verzerrtes Bild entsteht. Da dürfen nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ebenso redlich ist es – das ist dann auch teilweise geschehen –, die Vergleichszahlen des Gesamthaushalts um die durchlaufenden Posten zu bereinigen. Es gehört dann natürlich dazu, die Gesamtzahl für den Schulbereich um die IZBB-Bundesmittel zu bereinigen. Das hätte insgesamt zur Redlichkeit vonseiten der Opposition gehört. Dann ergibt sich ein völlig anderes Bild. Ich möchte zwar nicht zu viel mit Zahlen arbeiten, aber das ist hier einfach notwendig. Bereinigt man das nämlich entsprechend um die IZBB-Leistungen, dann haben der Einzelplan 05 im Jahr 2007 eine Steigerung um 2,8, der Gesamthaushalt um 2,1 %, im Jahr 2008 der Einzelplan 05 um 2,5 %, der Gesamthaushalt um 1,4 %. Auch hier ist bereits eine deutliche Steigerung zu verzeichnen.

Herr Kollege Pfaffmann, lassen Sie sich jetzt bloß nicht ablenken, jetzt kommen für Sie und für Ihre Fraktion ganz wichtige Dinge: Der Schulbereich an sich steigt um insgesamt jeweils 2,7 %.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber damit nicht genug: Der Anteil der Schulausgaben im Einzelplan 05 am Gesamthaushalt, Herr Kollege Pfaffmann, steigt im Haushaltsjahr 2006 um 18,95 %, im Haushaltsjahr 2007 um 19,10 % und im Haushaltsjahr 2008 um 19,24 %. Das kann ich jetzt drehen und wenden, wie ich will. Mit den Maßgaben, die wir mit unseren Änderungsanträgen zur Verbesserung der Situation erreichen wollen, steigen diese Zahlen noch einmal. Kollege Manfred Ach als Vorsitzender des Haushaltsausschusses und des Haushaltsarbeitskreises, kann es belegen, selbst jeder Laie kann ablesen, dass 18,9, 19,1 und 19,2 % Steigerungen des Anteils der Schulausgaben im Einzelplan 05 am Gesamthaushalt sind. Wer kann da noch von sinkenden Einnahmen reden? Das ist also eine Merkwürdigkeit der besonderen Güte.

Eine weitere Merkwürdigkeit muss noch draufgesetzt werden. Dieses Mal muss ich ein klein wenig in die Geschichte zurückblenden, nämlich in das berühmte Sommerloch in diesem Jahr. Leider ist jetzt die Spitze des Haushaltsarbeitskreises der SPD nicht mehr anwesend.

(Zuruf von der SPD)

Zur besten Urlaubszeit wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht, wonach in der Regierungszeit von Edmund Stoiber der Anteil der Ausgaben für den Bildungsbereich von 1993 bis 2006 deutlich gesunken sei. Man hat dann nachgerechnet und aufgrund der Fakten des Haushalts festgestellt, dass dies nicht nachgewiesen werden kann,

wenn man seriös nachfragt. Man musste auch feststellen, dass die SPD nur vergessen hatte, dass 1993 der Freistaat noch keine Zahlungen in den Länderfinanzausgleich geleistet hatte. Bereinigt man den Gesamthaushalt entsprechend, beträgt der Anteil der Schulen am Gesamthaushalt rund 21,4 %.

Eine weitere Besonderheit, ein kleines Sahnehäubchen, war in der Rechnung mit drinnen: Es wurde nämlich von der Opposition vermutlich auch vergessen, dass im Einzelplan 05 im Jahr 1993 noch die Leistungen an die Kindergärten und Kinderhorte enthalten waren. Diese Leistungen wurden vor einigen Jahren in den Einzelplan 10 umgesetzt. Ich kann also nur sagen: klassisches Eigentor und doch ein klarer Unfall im Umgang mit Vergleichen.

Da muss man wirklich aufpassen. Ein etwas schärferer Blick in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren wäre sehr zielführend und würde die Presse und die Menschen im Lande, die das alles glauben, nicht unnötig verwirren.

Gestern und heute fand das nächste Stück in diesem Verdrehungstheater statt: Die permanente Behauptung, dass 1660 Lehrerstellen – die Opposition ist sich da nicht ganz einig; einmal wird von 1660, ein andermal von 1620 Lehrerstellen gesprochen – gestrichen werden. Richtig ist vielmehr – Herr Kollege Pfaffmann, passen Sie doch auf; es ist guter Wille, dies einmal endgültig richtig zu stellen, damit Sie wissen, wo Sie nachsehen können –

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie sind doch nicht der Oberlehrer!)

– Das hat mit Oberlehrer nichts zu tun. Das hat damit etwas zu tun, dass es hier um Fakten geht, und diese Fakten sollten ausgetauscht werden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das sagen sie alle!)

Bei den 1620 Stellen geht es in der Tat um 972 Stellen, die im Vollzug des Haushaltes mit sogenannten KW-Vermerken versehen sind. Informieren Sie sich bitte beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, was es mit KW-Vermerken auf sich hat. Das ist wirklich nicht so schwierig. Das ist laufender Haushaltsvollzug.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist wirklich unglaublich!)

– Herr Kollege Dürr, Ihre Zwischenrufe werden durch die Lautstärke nicht richtiger. Das ist auch für Sie dienlich; denn auch Ihre Fraktion behauptet dies permanent. 648 Stellen werden im neuen Doppelhaushalt an die Fachoberschulen, Berufsoberschulen bzw. an die Gymnasien umgesetzt. Die 972 vorhandenen zusammen mit den 648 genannten Stellen im System ergeben 1620 – Kollege Siblinger hat dies schon völlig richtig dargestellt. Dazu kommen noch weitere Lehrkräfte mit Zeitverträgen. Rund 700 Lehrkräfte erhalten Zeitverträge. 90 Planstellen für Förderlehrer kommen ebenfalls hinzu. Alles das wird von Ihnen schlicht und ergreifend unterschlagen.

Ein kleines Kuriosum am Rande, das auch zum Einzelplan 05 gehört. Ich muss aber doch noch einmal kurz zurückblenden – ich bitte um Nachsicht. Es wird gesagt, dass etwas gestrichen wird. Tatsache ist, dass Schüler von der Hauptschule in die Realschule und ins Gymnasium gegangen sind. Man kann doch nicht einfach dort die Lehrer belassen, wo keine Schüler mehr sind. Dabei geht es nicht um ein Streichen, sondern die Schüler haben sich entsprechend orientiert. Lehrer sind zum Teil mitgegangen; ein signifikanter Teil ist zur Verbesserung der pädagogischen Situation an den Hauptschulen geblieben. Das darf nicht unter den Tisch fallen; wir als CSU-Fraktion lassen auch nicht zu, dass dies permanent behauptet wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu einem weiteren Kuriosum, das den Einzelplan 05 betrifft. In einer Pressemitteilung der SPD-Fraktion von vor wenigen Tagen, am 05.12., wird gefeiert: Erhöhung der Übungsleiterpauschale von 1848 Euro auf 2100 Euro sowie Erhöhung der Befreiungsgrenze von der Körperschaft- und Gewerbesteuer von 30 678 Euro auf 35 000 Euro. Dies wird als SPD-Erfolg von Steinbrück gefeiert. In der Pressemitteilung steht, dass die SPD etwas tue, die CSU hingegen kürze. Das ist, mit Verlaub gesagt, der Gipfel. Das war eine gemeinsame Arbeitsgruppe. Vielleicht ist der SPD völlig entgangen, dass dies eine Koalitionsarbeitsgruppe war und dass in der Bundesregierung die SPD zusammen mit der Union und mit der CSU regiert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Lesen Sie doch einmal die CSU-Pressemitteilungen, was dort steht!)

Herr Staatsminister Faithauser hat diesen Vorschlag mit Nachdruck eingebracht. Nicht nur das – auch die bürokratischen Pläne zur Benachteiligung des Ehrenamtes einer Arbeitsgruppe, die vom SPD-geführten Ministerium eingesetzt wurde, sind nun endlich beerdigt. Man muss hier schon bei den Tatsachen bleiben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was Sie immer tun!)

Ich kann angesichts dieser wenigen Punkte nur Folgendes feststellen. Vorhin wurde Paulus zitiert. Ich nehme gerne das Matthäus-Evangelium, Kapitel 12, Vers 36, zu Hilfe. Dort heißt es – bitte hören Sie doch hin; dort steht etwas, das man sich als Warnung von biblischem Charakter ins Stammbuch schreiben soll –: Ich sage euch aber, dass die Menschen Rechenschaft geben müssen am Tage des Gerichts, von jedem nichtsnutzigen Wort, das sie geredet haben. Das müsste die Opposition nachhaltig beachten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest: Das Motto des Ministerpräsidenten weist den Weg: Kinder, Bildung, Arbeitsplätze. Dieser Weg stimmt. Wir werden diesen Weg mit allen Kräften beschreiten. Ich danke Staatsminister Schneider dafür, dass er diesen Weg in bester Weise in engem Schulterschluss mit der CSU-Landtags-

fraktion, an der Spitze der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Manfred Ach, beschritten hat. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Bildungsarbeitskreises und allen Kolleginnen und Kollegen in der CSU-Fraktion, die geholfen haben, einen bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschule, die Sprachförderung, die Jugendsozialarbeit, die Ausfüllung und Belebung all der Reformvorhaben im schulischen Bereich zu gestalten. Ich möchte hier nicht ins Detail gehen. Wir haben uns nach Kräften und nach den Möglichkeiten des Haushaltes allen Problemen gestellt. Man kann uns in keiner Weise eine Ignoranz gegenüber unseren Aufgaben ins Stammbuch schreiben.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Man muss die Aufgaben lösen!)

Der Ministerpräsident hat völlig richtig an die Opposition gewandt gesagt: Hören Sie endlich auf, die Hauptschule und die Schulen in Bayern permanent schlechtzureden.

(Beifall bei der CSU)

Der Ministerpräsident hat einen Brief aus einer siebten Klasse einer Hauptschule zitiert. In diesem Brief steht, dass man endlich aufhören solle, die Hauptschule schlechtzureden. Die Hauptschule hat dies nicht verdient. Dies ist auch ein Auftrag an die Opposition. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass es bei uns keine verlorene Generation gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Die verlorene Generation macht höchstens permanent Zwischenrufe. Wir stehen nämlich im nationalen und internationalen Vergleich zum Leidwesen der Opposition, aber zum Wohl unserer Kinder wahrlich gut bis sehr gut da. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir sehr wohl wissen, dass die Politik nur Rahmenbedingungen geben kann, und dass es wichtig ist, dass es von der Vorschule bis hin zu den Abschlüssen an den Landesuniversitäten und im gesamten beruflichen Bereich zu einem Zusammenwirken von Erziehern, Eltern und Lehrern kommen muss, dass die Verwaltung hierbei eine wichtige Rolle spielt und dass dies ein Zusammenwirken nach Kräften sein muss.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht alles, was Sie permanent ins Feld führen, ist in Euro und Cent zu werten. Wenn ich „wertend“ sage, so gehört dazu auch die Fokussierung auf den Begriff „Werte“ dazu. Dazu gehören Höflichkeit, Zuverlässigkeit und Leistungsbereitschaft. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich sage:

(Zurufe von der SPD)

Wenn man den Schülern diese Leistungsbereitschaft nahebringt, dann kann jeder etwas werden. Sie unterschlagen nämlich einen weiteren, ganz entscheidenden Punkt, nämlich die Durchlässigkeit. Ich danke deswegen dem Minister, der gesagt hat: kein Abschluss ohne Anschluss. Dies werden wir regelmäßig mit Leben erfüllen. Die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, also die Opposition,

sagen permanent, das dreigliedrige Schulsystem möge abgeschafft werden. Überall dort, wo es dieses System nicht gibt, ist weitgehend Chaos eingekehrt. Das kann es nicht sein. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen, deswegen ein eindeutiges Bekenntnis zum dreigliedrigen Schulwesen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aber herzlich gerne, Frau Kollegin Tolle.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE): Herr Kollege Waschler, Sie haben von Leistungsbereitschaft gesprochen. Das finde ich gut. Ich spreche jetzt von Vorbildern. Schauen Sie einmal bei Ihrer CSU in die Menge.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, stellen Sie bitte eine Frage.

Simone Tolle (GRÜNE): Wie viel Leistungsbereitschaft zeigen denn die CSU-Mitglieder des Bildungsausschusses, wenn es beispielsweise in dieser Debatte um ihren Haushalt geht?

(Thomas Kreuzer (CSU): Bei uns sind vier Leute anwesend!)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Tolle, das ist das berühmte Problem: Man versucht, irgendwo ein Haar in der Suppe zu finden. Ich kann sagen: Mein Bildungsarbeitskreis ist der qualitativ hochwertigste, den man sich vorstellen kann. Das ist die beste Zusammenarbeit, und das sind die besten Ideen und die beste Bündelung, die wir insgesamt für das Wohl unserer Kinder in Bayern bekommen können. Insofern habe ich Ihre Frage beantwortet. Ein großer Dank von mir dafür, dass Sie sich um unsere Struktur sorgen, Frau Kollegin Tolle!

(Zurufe von den GRÜNEN – Glocke der Präsidentin)

Frau Kollegin Tolle, nehmen Sie sich selbst zum Vorbild. Ich spreche von den Schülerinnen und Schülern Bayerns. Hier geht es um die Beratung des Einzelplans 05, nicht um die Beratung Ihrer Probleme, wenn meine Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion nicht anwesend sind.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie haben doch die Probleme!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die GRÜNEN reden permanent von Bildungsgerechtigkeit. Kollege Pfaffmann versucht immer wieder, die Klamotte aufzuführen, dass es in Bayern nicht gerecht zugehe.

Sehen Sie sich einmal die Auswertung des Pisa-Berichts an. Ich habe das bereits in der letzten Plenardebatte zitiert. Die Auswertung zeigt, dass die Mittel in Bayern gut und gerecht investiert sind. Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Büchergeld als Kronzeugen für die Bildungsungerechtigkeit angeführt und behauptet, dass in Bayern Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhinge. Ich halte das nicht für seriös. Gerade beim Büchergeld gibt es für sozial Schwächere Ausnahmen, die uns im Vollzug Schwierigkeiten bereiten und den Vorwurf einbringen, dies sei bürokratisch. Diese Bürokratie nehmen wir aber in Gottes Namen auf uns, damit wir keine soziale Sonderung bekommen. Das sollten Sie inzwischen gelernt haben.

Bayern wird bescheinigt, dass seine Bildung gut und gerecht sei. Herr Kollege Pfaffmann und Frau Kollegin Tolle, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir uns in einem Punkt einig sind – ich hoffe es zumindest: Wir richten den Fokus auf die frühe Bildung; denn wenn wir in der frühen Bildung sowohl bei der Lernbereitschaft als auch bei der Entwicklung vieles korrigieren, was uns später Probleme bereiten würde, ist dies in jeder Hinsicht kindgerecht. Außerdem können wir noch etwas in Richtung Elternbildung tun. Wissenschaftliche Studien zeigen nämlich, dass Kinder, die keine entsprechende Förderung erhalten, nicht mehr in vollem Umfang über ihre Entwicklungsmöglichkeiten verfügen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage und zwar des Herrn Kollegen Pfaffmann?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ja.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Prof. Dr. Waschler, würden Sie die Einführung von Büchergeld und Studiengebühren im Hinblick auf das schmale Budget mancher Familien als gerecht bezeichnen?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben jetzt zwei Punkte herausgenommen. Das ist Ihr gutes Recht. Ich stelle fest, dass wir im Parlament zu beiden Punkten bereits ausführlich diskutiert haben. Ich habe Ihre Unterstellung, dass das Büchergeld zu einer sozialen Sonderung führe, mit klaren Fakten zurückgewiesen. Eine Person, die aus sozialen Gründen durch das Büchergeld belastet würde, kommt in den Genuss eines Erlasses. Ein Bürger zahlt kein Büchergeld, wenn er das Geld nicht hat.

Sie wissen sehr genau, dass die Studiengebühren zu 100 % den Studierenden zugutekommen. Kein Student muss ein Studium aufgeben oder muss auf ein Studium verzichten, wenn er das Geld nicht hat. Dass damit ein Darlehen verbunden ist, das durch ein höheres Einkommen später kompensiert wird, ist eine völlig andere Baustelle. In beiden Punkten kann ich Ihnen argumentativ nicht zustimmen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nein. Ich komme jetzt zum Ende. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der Gesamtbewertung ergeben sich für mich zwei Möglichkeiten, die ich kurz vorstellen möchte: Die eine Möglichkeit ist, dass die Opposition all das ernst nimmt und tatsächlich Denk- und Rechenfehlern unterlegen ist. In diesem Fall wäre eine Nachschulung das Gebot der Stunde. Das ganze Gerede wäre in diesem Falle gerade noch verzeihlich. Die andere Möglichkeit wäre, dass die Opposition bewusst an den Tatsachen vorbeigeht und bewusst Fakten verdreht. In diesem Fall wäre die Folgerung schlimm; denn dann würde die Opposition die Menschen bewusst an der Nase herumführen, vielleicht nur um der schnellen Schlagzeile willen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wählen den geraden Weg.

(Simone Tolle (GRÜNE): Den geraden Weg in die Deckung!)

Wir sagen, was machbar ist und was wir nach Kräften verbessern wollen und verbessern können. Dieser Einzelplan 05 ist zusammen mit unseren Änderungsanträgen ein Weg in die richtige Richtung. Wir laden die Opposition ein, uns auf diesem Weg zu begleiten. Wir tun dies nicht für uns, sondern zum Wohl unserer Kinder und für deren Bildung, damit sie auf ihrem Lebensweg bestens gerüstet sind.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Staatsminister Schneider das Wort erteilen.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Ich habe keinen Bibelspruch parat, den ich als Motto über den Haushalt stellen könnte. Ich habe auch nicht extra nachgeschaut, und momentan fällt mir auch keiner ein, der passen würde. Ich möchte aber sagen: Wir haben einen entscheidenden Auftrag, nämlich die Schule von heute so zu gestalten, dass die jungen Menschen die Welt von morgen gut bewältigen können. Das ist unser Auftrag. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bildungshaushalt der Bayerischen Staatsregierung wird genau diesem Auftrag gerecht.

Wir orientieren uns dabei an zwei Leitgedanken: Der erste ist die Verantwortung für die Zukunft, die Verantwortung für die jungen Menschen. Der zweite Leitgedanke ist die Nachhaltigkeit; denn wir müssen sehen, dass wir alles, was wir ausgeben, im Rahmen des Möglichen über die Einnahmen des Staatshaushalts bezahlen müssen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen den jungen Menschen die Startposition geben, die notwendig ist, damit sie ein eigenverantwortliches und selbstgestaltetes Leben führen können, dass sie in der Schule und im Beruf Erfolg haben, dass sie letztendlich befähigt werden, Zukunft in Bayern, aber auch Zukunft in Deutschland zu gestalten. Der Schlüssel dazu – das hat der Ministerpräsident gestern sehr deutlich gemacht – liegt in der Bildung.

Ich kann im Rahmen dieser Haushaltsrede nicht auf alle Teilbereiche eingehen. Ich werde mich aber an drei

Grundsätzen orientieren. Der erste Grundsatz lautet: Wir müssen alle Talente fördern. Der zweite Grundsatz lautet: Es darf keinen Abschluss ohne eine weitere Anschlussmöglichkeit geben. Der dritte Grundsatz lautet: Wir brauchen wieder Mut zur Erziehung und müssen das Erziehungshandeln unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Zum ersten Grundsatz: Wir müssen alle Talente umfassend fördern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder wird gebraucht, ob Forscher, ob Entwickler, ob Facharbeiter, ob Handwerker, ob Meister, ob Ingenieur, ob Unternehmer, ob Lehrer, ob Arzt oder Pfleger. Deshalb müssen wir allen jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Begabungen und Talente zu entfalten; denn sie alle tragen dazu bei, dass die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft erhalten bleibt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Stimmt!)

Es gibt Unterschiede in den Voraussetzungen, es gibt Unterschiede in den Talenten, und es gibt Unterschiede in den Begabungen. Deshalb müssen sich diese Begabungen und Talente ergänzen, gegenseitig anregen und gegenseitig anspornen. Es geht nicht darum, alle Schüler gleich zu machen, sondern es geht darum, jeden gemäß seinen eigenen Begabungen zu fördern und in seinen Möglichkeiten zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb war, ist und bleibt der Schwerpunkt der Bildungsarbeit der Staatsregierung und der CSU-Fraktion die individuelle Förderung.

(Unruhe)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, ich möchte Ihnen etwas mehr Ruhe verschaffen.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Die Ruhe tut auch meiner Stimme gut.

Wir beginnen damit bereits im Vorschulalter; denn in vielen Untersuchungen hat sich herausgestellt, dass eine möglichst frühe Förderung die unentbehrliche Basis für den späteren Bildungserfolg und den späteren Berufserfolg ist. Wir werden diese individuelle Förderung in der Schule systematisch fortführen. Wir haben sie bereits in allen Schularten, in allen Bildungsgängen und in allen Kompetenzstufen. Die Flexibilisierung bei der Einschulung ist ein Teilbereich. Das Prinzip der Individualisierung nimmt aber auch im Regelunterricht der Schularten durch den Einsatz moderner Methoden und durch differenziertes Lernen und Lehren einen wichtigen Raum ein.

In den Grund- und Hauptschulen sind zum Beispiel 1500 Förderlehrer im Einsatz. Diese gibt es so in keinem anderen Land Deutschlands. Manche Länder – zum Beispiel Berlin unter der SPD – beginnen jetzt, so etwas mit Ein-Euro-Jobs einzuführen. In Bayern sind 1500 Förderlehrer an Grund- und Hauptschulen vorhanden, um indi-

viduelle Förderangebote zu machen. In den Realschulen wird Förderunterricht im Rahmen des Wahlbudgets angeboten.

Wir haben dieses Modell seit zwei Jahren sehr erfolgreich an den Realschulen ausgebaut. Über 80 % der Schüler, die diesen Förderunterricht nach dem Zwischenzeugnis besuchen, bestehen diese Jahrgangsstufe und sind erfolgreich. Das ist Ausdruck der Individualisierung an den verschiedenen Schularten.

Am Gymnasium haben wir als Kernstück die Intensivierungsstunden. Uns wird von allen Seiten – von Schülern, Eltern und Lehrern – bestätigt, dass das ein wichtiger Beitrag ist, um das einzelne Kind zu unterstützen. Zentrales Thema der Hauptschulinitiative wird sein, das einzelne Kind individuell und in seinen Stärken zu sehen, es zu unterstützen und vorhandene Schwächen auszugleichen. In erster Linie wollen wir, dass jeder Schüler, der die Hauptschule verlässt, auch die Ausbildungsreife besitzt. Ich spreche bewusst von Ausbildungsreife, weil das umfassender ist. Es geht darum, dass die Kernkompetenzen in Deutsch und Mathematik gesichert sowie das Sozial- und Arbeitsverhalten gewährleistet sind.

Wir werden die Hauptschule noch stärker berufsorientiert ausbauen und müssen einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Ganztagsangebote an den Schulen legen. Es wird nach wie vor die Möglichkeit geben, an der Hauptschule die Mittlere Reife zu machen. Wenn ich höre, die Hauptschüler seien Loser, so muss ich sagen: Etwa 20 % der Hauptschüler erwerben an der Hauptschule die Mittlere Reife und gehen ihren Weg weiter über die vielfältigen Bildungsmöglichkeiten, die wir anbieten.

Um dies zu unterstützen, habe ich in diesem Schuljahr einen Modellversuch der Modularisierung eingeführt. Das ist gar nicht einfach. Man kann auch nicht sagen, wir wüssten das alles und machen es nächstes Jahr einfach so. Sprechen Sie mit Vertretern der Schulen, die in der Modularisierung dabei sind, und Sie werden erfahren, wie viel Anstrengung es bedeutet und wie viel Organisation notwendig ist, um diese auf den Weg zu bringen. Ich möchte nicht, dass wir etwas starten, ohne die Sicherheit zu haben, dass dies für den Schüler besser wird und er dadurch erfolgreicher wird. Im nächsten Jahr werden keine Modellversuche eingeführt, Frau Kollegin Tolle, sondern es werden – ich habe das gesagt – Pilotschulen im nächsten Schuljahr beginnen, dies umzusetzen. Wir werden das Stück für Stück machen. Es geht dabei nicht um ein neues Modell, sondern vielmehr beginnen Pilotschulen, dies umzusetzen.

Zu diesem Thema der Hauptschulinitiative gehört die Frage, wie gute Bildungschancen im ländlichen Raum garantiert werden können. Der Schwerpunkt muss in einem qualitativ hochwertigen Angebot liegen. Wir müssen flexibel reagieren, auch mit Schulverbänden und Kooperationen, um möglichst viele Standorte im ländlichen Raum bei zurückgehenden Schülerzahlen zu gewährleisten. Die demografische Entwicklung ist nicht nur in Bayern sichtbar, sondern sie tritt in ganz Deutschland auf; sie ist weder das Verdienst der SPD noch durch die CSU verursacht, sondern sie ist eine Tatsache, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Der Schwerpunkt bei der individuellen Förderung liegt in der Sprachförderung; denn mit der Sprachkompetenz steht und fällt der Bildungserfolg. Ich bin sehr dankbar, dass mittlerweile in der Politik von allen Seiten die Forderung, jedes Kind müsse Deutsch können, bevor es eingeschult wird, akzeptiert wird. Vor einigen Jahren haben wir mit Ihnen eine sehr schwierige Debatte darüber geführt.

(Beifall bei der CSU)

Da gab es noch das böse Wort von der Zwangsgermanisierung vonseiten der SPD. Heute wissen wir, dass Sprachförderung der Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration, zu politischer Partizipation und zur Teilhabe an Schule und Beruf ist.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben deshalb die Sprachförderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren systematisch ausgebaut. Ich erinnere an die Vorkurse Deutsch vor der Einschulung – 160 Stunden für altersgemäße Deutschförderung, davon 80 Stunden durch die Erzieherin und 80 Stunden durch die Grundschullehrkraft. Wir haben im laufenden Schuljahr über 1600 Kurse eingerichtet, über 13 700 Kinder werden im Kindergarten bereits jetzt unterstützt. Das entspricht einer Zunahme um mehr als Doppelte im Vergleich zum vergangenen Schuljahr. Damit erreichen wir nahezu flächendeckend auch die sprachliche Förderung aller Kinder mit Migrationshintergrund.

Wir müssen darauf achten, dass die Sprachförderung auch bei Kindern ohne Migrationshintergrund konsequent durchgeführt wird, weil wir auch bei deutschen Familien und deutschen Kindern spüren, dass die Sprachförderung nicht mehr so gewährleistet ist, wie es notwendig wäre. Wir führen die Sprachförderung in den Schulen weiter – Deutschförderklassen im laufenden Schuljahr 300, Übergangs- und Eingliederungsklassen 100 für ältere Kinder, die später nach Deutschland kommen, und wir haben Angebote für Deutschförderkurse im Umfang von circa 6000 in diesem Schuljahr.

Zur individuellen Förderung gehört auch der sehr konsequente Ausbau der Ganztagschulen. Wie rührend, fast putzig waren die Frage-Antwort-Spielchen – ich dachte fast, es sei abgesprochen gewesen –, wonach die Eltern bei offenen Ganztagsangeboten alles bezahlen müssten. Herr Pfaffmann, wie kommen Sie denn darauf? 80 % zahlen Staat und Kommunen, die Eltern finanzieren 20 %. Sie haben gesagt, die Eltern zahlten den Großteil. 80 % zahlen Staat und Kommunen für die offenen Ganztagschulen und genauso 80 % für die Mittagsbetreuung.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Bayern etwa 700 offene Ganztagschulen. Wir sprechen ganz bewusst von offenen Ganztagschulen, weil die SPD-regierten Länder nur offene Angebote kennen; sie haben keine gebundenen in großem Umfang.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Es sind in der Regel offene Ganztagschulen. Wir haben in Bayern 700, und wir haben alle Anträge genehmigt. Es gibt keinen einzigen Antrag in Bezug auf offene Ganztagschulen, der nicht genehmigt worden ist.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Schulen oder Klassen?)

Unser Ziel ist es, diese im nächsten Jahr auf 1000 auszubauen, um sie an circa 1000 Schulen zu bekommen. Wir haben die gebundenen Ganztagschulen kontinuierlich ausgebaut und werden dies auch weiter tun. Schwerpunkt wird die Hauptschule sein, und zwar mit zwölf Stunden. Ich bitte, einen Blick über die Grenzen Bayerns zu werfen. Sie werden kaum ein Land finden, das eine höhere Ausstattung hat. zwölf Stunden sind das höchste, das angeboten wird, plus 6000 Euro. Sie können sich weit umschauen, bis Sie ein solches Angebot finden. Der Ausbau der Mittagsbetreuung wird so weitergeführt und der Modellversuch gebundene Ganztagsgrundschulen ist sehr erfolgreich. Ich bin der Fraktion sehr dankbar, dass die Fraktion noch ein Stück dazu gegeben hat, um dieses wichtige Tätigkeitsfeld ausbauen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Auch zu IZBB eine kurze Berichtigung: In der Hauptschule wurde bisher jeder berücksichtigt, der einen entsprechenden Antrag gestellt hat, mit Ausnahme der Anträge im jetzigen Jahr, weil die Mittel zu Ende gegangen sind. Es war ein begrenztes Programm, das einmal zu Ende geht. Es wird – Sie werden das im Einzelplan 13 noch mitverfolgen können – ein Zusatzprogramm geben, das gerade für die Hauptschulen, für die Schulen in kommunaler Sachaufwandsträgerschaft greift, um eine angemessene Förderung zum Ausbau der Ganztagschulen zu gewährleisten.

Das zweite Thema, das mir in der Debatte viel zu kurz gekommen ist, ist der Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Letztendlich ist die Durchlässigkeit das wichtige Pendant in einem gegliederten Schulwesen. Sie können nicht das gegliederte Schulwesen ohne die Durchlässigkeit betrachten. In Bayern können wir festhalten: Es gibt keinen Abschluss ohne Anschluss. Jeder, der eine Stufe erklommen hat, hat die Möglichkeit, auch weiterzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Heute – auch das zur Feststellung – haben über 43 % der Hochschulzugangsberechtigten die Hochschulzugangsberechtigung außerhalb des Gymnasiums erworben. Sie sind also nicht nach der vierten Klasse an das Gymnasium gegangen und sind damit in Ihren Augen die Loser. Nein, sie sind einen anderen Weg gegangen, sei es über die Hauptschule, über die Wirtschaftsschule oder die Realschule.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Tolle?

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Wenn Sie anschließend wieder ruhiger ist, gern.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE): Herr Minister, gibt es Zahlen darüber, wie viel von den 43 % dieser Hochschulzugangsberechtigten aus der Hauptschule kommen, oder handelt es sich dabei nur um bloße Vermutungen?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich habe die Zahlen jetzt nicht präsent; ich werde Ihnen aber nachliefern, wie viele von der Hauptschule auf die Fachoberschule gehen und über die Fachoberschule die Möglichkeit haben, das Abitur zu machen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Von den 43 %!)

Vom Prinzip der Durchlässigkeit her hat jeder Schüler, wenn er die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen hat, strukturell die Möglichkeit, das Abitur zu machen und an die Hochschule zu gehen und zu studieren. Nicht jeder hat allerdings das Zeug dazu. Auch das muss man ehrlich zugeben. Aber jeder hat die Möglichkeit, diesen Weg zu gehen. Und es ist unsere politische Verantwortung, jedem, egal welchen Weg er nach der vierten Klasse einschlägt, diese Möglichkeit zu eröffnen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, nämlich des Abgeordneten Dr. Goppel?

(Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich habe zwei Meldungen gesehen. Ich wollte eigentlich meine Rede beenden und lehne deshalb beide ab.

Mit der Einführung der beruflichen Oberschule wollen wir gerade diese beiden Säulen – Fachoberschule und Berufsoberschule – in den Köpfen der Menschen besser verankern. Auch in den Köpfen eines Teils der Lehrer muss verdeutlicht werden, dass dieser Weg über die Fachoberschule und über die Berufsoberschule gleichwertig ist.

Dem Haushaltsplan können Sie entnehmen, dass im Haushaltsjahr 2007 58 Stellen und im Haushaltsjahr 2008 68 Planstellen zusätzlich vorgesehen sind, um den Schulbesuch FOS 13 auszuweiten, um die Einführung einer Fremdsprache an der Fachoberschule zu gewährleisten sowie den Ausbau von BOS-13-Standorten zu ermöglichen. Es handelt sich dabei um insgesamt 126 Stellen, die gerade in diesem Bereich für die Durchlässigkeit sorgen sollen.

Wir werden auch die Zahl der Schulversuchsklassen von 20 auf 44 Standorte ausdehnen. Mein Ziel ist es, in den nächsten Jahren entsprechend der Nachfrage bedarfs-

gerecht eine 13. Klasse in Bayern mit anzubieten. Ich bin sehr froh, dass es mit diesem Haushalt auch gelingen wird, Förderangebote an den Fachoberschulen gerade für Schüler aus der Wirtschaftsschule und aus der Hauptschule zu ermöglichen.

Wir setzen damit ein Zeichen, die Bildungswege an den beruflichen Schulen, die zur Hochschulreife führen, auszuweiten. Sie sind keine zweite Wahl, sondern sie sind dem Gymnasium gleichwertig. Damit eröffnen wir mehr jungen Menschen den Zugang zur Hochschule, ohne das Niveau am Gymnasium absenken zu müssen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Allerdings kann es nicht darum gehen, nur den Anteil an Abiturienten als einzigen Maßstab zu nehmen. Damit würden wir der Leistung der beruflichen Bildung alleine nicht gerecht; denn diese Leistungen sind enorm. Auch das duale System, das in den Debatten leider zu kurz gekommen ist,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir haben nur 22 Minuten Redezeit im Gegensatz zu den 40 Minuten für die Staatsregierung!)

ist ein Exportschlager. Bei vielen Gesprächen mit ausländischen Gästen wird die Frage gestellt: Wie organisiert ihr die duale Ausbildung? Wie ist es bei euch möglich, dass dies im Verbund Staat und Betrieb, Staat und Unternehmen, geleistet wird?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da stimmen wir ja auch zu! Das kritisiert niemand!)

Deshalb ist es für mich ein großes Anliegen, das duale System in seiner Gesamtbedeutung in die Öffentlichkeit zu tragen – bis nach Europa. Wir haben derzeit auf europäischer Ebene eine Debatte zum europäischen Qualifikationsrahmen über die Vergleichbarkeit von schulischer und beruflicher Bildung. Bei uns ist der Abschluss der dualen Ausbildung die Sekundarstufe II. Wer einen Gesellenbrief gemacht hat, hat einen sehr, sehr wichtigen Abschluss.

(Beifall bei der CSU)

Wer den Meister oder den Techniker gemacht hat, hat einen Aufstiegsabschluss.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch unstrittig!)

Diese Bedeutung des dualen Systems müssen wir auch auf europäischer Ebene einfordern. Da bitte ich um die Unterstützung auch der Opposition. Dass beruflich qualifizierte sich auch mit akademisch qualifizierten auf einer Stufe wiederfinden, ist unser gemeinsamer Auftrag.

(Beifall bei der CSU und der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich nutze an dieser Stelle die Gelegenheit, den Unternehmen und Betrieben meinen Dank auszusprechen.

(Engelbert Kupka (CSU): Ja!)

Auch in einer schwierigen Situation stellen sie Praktikumsplätze zur Verfügung für die Hauptschüler und zum Teil auch für die Realschüler. Es gibt auch immer mehr Gymnasiasten, die anknöpfen und fragen, ob sie im Betrieb ein Praktikum ableisten können. Gleichzeitig bemüht sich die Wirtschaft, die Zahl der Ausbildungsplätze zu steigern. Das ist auch einen großen Dank vonseiten der Bildungspolitik wert. Damit verbinden wir natürlich die Bitte, in diesem Bemühen nicht nachzulassen; denn schlussendlich stehen die Fachkräfte von morgen heute schon vor der Tür, und wir brauchen in den kommenden Jahren die Fachkräfte, damit wir unsere wirtschaftliche Leistungskraft erhalten und die sozialen Leistungen auch in Zukunft finanzieren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Garant für den Erfolg unserer Bemühungen sind unsere Lehrkräfte. Mit ihnen steht und fällt die Wirksamkeit unserer Weichenstellungen. Ich darf an dieser Stelle meinen Dank an die Lehrkräfte ausdrücken. Sie leisten die tägliche Unterrichts- und Erziehungsarbeit. Sie tun das mit großer Fachkompetenz, mit viel Engagement und im hohen Bewusstsein ihrer Verpflichtung gegenüber ihrem Auftrag. Herzlichen Dank an unsere Lehrkräfte!

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Dieser Auftrag ist ganzheitlich und umfassend. Wir feiern dieses Jahr 60 Jahre Bayerische Verfassung. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle an den für mich wichtigen Artikel 131 der Bayerischen Verfassung erinnern. Dort wird in Absatz 1 gesagt, dass die Schulen nicht nur Wissen und Können zu vermitteln, sondern auch Herz und Charakter zu bilden haben. Damit das gelingt, brauchen wir wieder das Bekenntnis zur Erziehung, das Bekenntnis auch zu Tugenden und Werten und den Mut, diese Erziehung umzusetzen.

Wir brauchen Lehrkräfte, meine sehr geehrten Damen und Herren, die junge Menschen zum Lernen motivieren, aber ihnen auch die Grenzen aufzeigen. Wir brauchen Lehrkräfte, die für Werte einstehen und gleichzeitig die notwendige Autorität ausstrahlen. Wir brauchen Lehrkräfte, die auch die Tugenden vermitteln. Ich habe durchaus die Kommentare gehört, als Kollege Waschler einige davon aufgezählt hat. Es sind keine Sekundärtugenden. Sie sind nicht zweitrangig. Fleiß, Höflichkeit, Pünktlichkeit, Gewissenhaftigkeit, Anstrengungsbereitschaft, Disziplin, Selbstdisziplin – all das gehört zu einer umfassenden Bildung für junge Menschen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Die Lehrkräfte stehen also im Mittelpunkt einer erfolgreichen Unterrichts- und Erziehungsarbeit. Deshalb schaffen wir auch zusätzliche Planstellen. Im Doppelhaushalt finden Sie 784 völlig neue zusätzliche Lehrerplanstellen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung – dazu hat Kollege Waschler Ihnen vieles bereits dargelegt – werden insgesamt 648 Stellen von den Volksschulen an die Gymnasien und die beruflichen Schulen umgewidmet. Außerdem werden wir 700 bisher befristete Zeitverträge verlängern können.

Frau Tolle hat angemerkt, dass wir jetzt endlich etwas für die Realschulen und Gymnasien täten. Nur zu Ihrer Information: Seit 1999, also mit der Reform der Realschule, sind an der Realschule neue Kapazitäten im Wert von 3355 zusätzlichen Planstellen geschaffen worden und am Gymnasium 3485. Das ist kein Einzelfall im Haushalt, sondern es wird kontinuierlich weitergeführt. Aber es ist ein besonderes Zeichen, wenn in dieser schwierigen Phase zusätzliche Planstellen erwirtschaftet werden konnten. Herzlichen Dank, Herr Ausschussvorsitzender!

Wir haben trotz zurückgehender Schülerzahlen an den Volksschulen einen Teil der Lehrkräfte dort belassen können. In diesem Schuljahr sind es 313 Lehrkräfte, die vor allem zur individuellen Förderung an unseren Hauptschulen verblieben sind. Jede Schulart hat dieses Budget gesondert ausgewiesen bekommen. Die Rückmeldungen der Schulämter und der Schulen vor Ort bestätigen, dass diese Stunden bestmöglich eingesetzt werden.

Ich bin sehr froh, dass es gelingt, ein zweites Förderlehrerinstitut im südbayerischen Raum einzurichten, um noch mehr qualifizierte Förderlehrer zu gewinnen. Damit werden wir die individuelle Förderung noch weiter unterstützen, die differenzierte Förderung, die Vermittlung von Lernkompetenzen, aber auch von berufsrelevanten Schlüsselpraktiken.

Für die Förderschulen sind 18 Stellen hinzugekommen. Dazu werden 90 Planstellen aus bisherigen Aushilfsmitteln geschaffen. Für die Realschulen gibt es 386 zusätzliche Stellen im Doppelhaushalt, für die Gymnasien 774 und für die beruflichen Schulen 175 zusätzliche Stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Doppelhaushalt 2007/2008 verbindet Investitionen in die Zukunft mit Verantwortung für die Zukunft. Er beweist erneut, dass Bildung in Bayern Priorität hat. Herr Kollege Waschler und Herr Kollege Pfaffmann haben Ihnen von den Debatten über die Steigerungen bereits berichtet. Eine Zahl ist ehrlich: Wenn Sie aus allen Haushalten die Pensionen herausrechnen und dann alle Haushaltstitel miteinander vergleichen, werden Sie feststellen, dass der Anteil des Schulhaushalts am Gesamthaushalt von 18,8 % auf 19,1 % und dann weiter auf 19,2 % steigt. Ihre Berichterstatterin im Haushaltsausschuss hat das bereits verstanden.

Investitionen in die Zukunft und Verantwortung für die Zukunft bedeuten, dass wir die jungen Menschen ernst nehmen, dass wir ihnen die Möglichkeiten eröffnen, die notwendig sind, damit sie ihr Leben selbst gestalten können. Wir haben in Bayern eine gute Ausgangsposition. Jede Studie, egal ob Pisa, Iglu oder Timms, bestätigt das. Wir werden daran weiterarbeiten, damit wir Bayern nach wie vor als das Bildungsland in der Bundesrepublik präsentieren können.

Ich danke dem Bayerischen Landtag für die bisherige Unterstützung. Ich danke den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, allen voran dem Vorsitzenden, Herrn Kollegen Ach, und dem Berichterstatter, Herrn Kollegen Siblinger. Ich bedanke mich aber auch bei den beiden anderen Berichterstattern, bei Frau Radermacher und Herrn Mütze. Ich danke auch den Mitgliedern des Bildungsausschusses, allen voran Prof. Dr. Waschler als Vorsitzendem. Ich bitte den Landtag um Zustimmung zum Haushalt des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6661, 6697 mit 6699, 6724 mit 6734 und 6745 bis 6749 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6936 zugrunde.

Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6936 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 05 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine.

Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und

Finanzfragen auf Drucksache 15/6936 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6745 mit 15/6749 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis. Damit ist die Beratung des Einzelplans 05 abgeschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen sind darin übereingekommen, jetzt in die Mittagspause zu gehen. Die Mittagspause dauert, wie vorgesehen, bis 13.15 Uhr. Ich bitte Sie, sich wieder pünktlich einzufinden. Es geht dann weiter mit dem Einzelplan 07.

(Unterbrechung von 12.16 bis 13.15 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich rufe auf – –

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Präsident, man hört Sie nicht!)

– Tut mir leid, bei mir ist angezeigt, dass es funktioniert. Entschuldigung. Ich wiederhole:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6643 mit 15/6647),
Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6680),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6701 mit 15/6711)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 32 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Rededzeit der Fraktionen verlängert.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Von der Staatsregierung ist niemand da!)

– Auf Zwischenruf wird festgehalten, dass die Staatsregierung nur durch den Staatsminister Sinner vertreten ist.

(Staatsminister Eberhard Sinner: Nur? – Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

– Heißt das, dass Ihnen Staatsminister Sinner nicht ausreicht?

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Den Herrn Huber hätten wir schon gern!)

– Gut, ich kann es aber nicht ändern. Ich muss allerdings monieren - und das war schon seit ziemlich langer Zeit bekannt -, dass heute der Haushaltsplan 2007/2008, Einzelplan 07, ab 13.15 Uhr beraten wird. Ich bitte, das Thema bei der nächsten Ministerbesprechung zu behandeln.

(Zuruf von der CSU)

– Nein, das hat damit nichts zu tun. 13.15 Uhr ist Beginn. Es geht um einen Doppelhaushalt, und da sollte der Minister eigentlich hier sein.

Bevor ich die Aussprache eröffne, mache ich darauf aufmerksam, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Einzelabstimmung in namentlicher Form über den Änderungsantrag auf Drucksache 15/6704 beantragt hat. Das ist die Nummer 9 der aufgelegten Liste. Das bitte ich bekannt zu geben.

Ich eröffne nun die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Traublinger.

Heinrich Traublinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 07 baut auf Bewährtem auf und setzt dieses fort, setzt aber auch neue Akzente, auf die ich noch im Einzelnen eingehen werde. Erfreulicherweise ist in diesem Zusammenhang festzustellen, dass wir heuer seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder von einer boomenden Wirtschaft in Deutschland sprechen können. Das hat mehrere Ursachen. Ich bin davon überzeugt, die Opposition – insbesondere die SPD – wird dazu sagen, das liegt an der Großen Koalition und daran, dass in Berlin die Weichen richtig gestellt werden, was ich übrigens nicht in Abrede stelle. Entscheidend ist aber, was Bayern daraus macht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Zu wenig!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Bayern daraus macht, ist an den Wirtschaftsdaten abzulesen. Wenn Sie sich heute die Wirtschaftsdaten ansehen – –

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Mittelmaß!)

– Ich sage Ihnen, was nicht Mittelmaß ist: Das reale Bruttoinlandsprodukt liegt in Bayern deutlich höher als in Deutschland insgesamt. Auch bei der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen liegt Bayern mit einem Plus von 1 % bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen deutlich vor Deutschland. Das macht übrigens in Bayern eine Steigerung um 70 000 Beschäftigungsverhältnisse aus. Bei uns konnte die Zahl der Arbeitslosen um 10,3 % gesenkt werden, im Bund um 6,8 %. Die Arbeitslosenquote liegt in Bayern bei 6,9 %, im Bund bei 10,9 %. Wenn das alles Mittelmaß ist, dann

sage ich Ihnen ganz ehrlich: Dann lebe ich gern im Mittelmaß.

Wir haben unsere Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren ausschließlich auf den Export gestützt. Heuer können wir erstmals feststellen, dass die Binnenkonjunktur angesprungen ist. Das lässt sich an einer Reihe von Daten feststellen. Lassen Sie mich als ein Indiz für die Entwicklung des Binnenmarktes die Entwicklung im Handwerk aufzeigen. Im Handwerk gibt es derzeit ein nominales Plus von 4 %, was in etwa einem realen Plus von 2,5 % bis 2,6 % entspricht. Die Arbeitslosenzahl liegt in Bayern erstmals unter 400 000. Ich glaube, daran sieht man sehr deutlich, dass die bayerische Politik greift. Es wird im Bund zwar mittlerweile auch eine vernünftige Politik gemacht, aber – lassen Sie mich das deutlich sagen – in Bayern eine noch bessere.

Nachdem im Ausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen die Kritik geäußert wurde, dass Bayern nur auf die Boomregion München und Oberbayern setze, darf ich eine Pressemitteilung der Handwerkskammer für Oberfranken zitieren. Oberfranken meldet mit Datum von vor zwei Tagen einen Fachkräftemangel im Handwerk, nämlich 1800 offene Stellen. Ich glaube, an dieser Zahl wird deutlich, dass sich die Entwicklung in Bayern nicht auf die Boomregion München beschränkt, sondern dass es mit einer vernünftigen Strukturpolitik gelungen ist, das gesamte Land einzubeziehen. Insbesondere an die Adresse der GRÜNEN gerichtet, sage ich: Zu dieser vernünftigen Strukturpolitik zählt auch die Unterstützung des Flughafens Hof. Auch dies ist ein Thema, über das wir uns noch zu unterhalten haben.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, wir haben damit eindeutig die richtigen Weichen gestellt. Der Bund hat das Richtige getan – Stichwort: Binnenmarkt – mit der Einführung der Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen und dem energetischen Sanierungsprogramm. Das will ich alles nicht in Abrede stellen.

Aber der entscheidende Punkt ist, dass wir in Bayern aufgrund der Politik, die wir hier machen, noch etwas draufgesetzt haben. Die Wirtschaftsdaten bestätigen uns.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das anhand einiger Eckdaten, die aus dem Haushalt gegriffen sind, feststellen. Schon viele Jahre – ich erinnere mich an solche Diskussionen aus den letzten vier oder fünf Jahren – diskutieren wir über die Ethylen-Pipeline. Die GRÜNEN wollten sie aus den letzten Haushalten streichen und haben das auch den Medien gegenüber so dargestellt: Diese Pipeline kommt nie, weil Brüssel nicht zustimmen wird. Jetzt hat Brüssel zugestimmt, jetzt kommt sie, und damit sichern wir 25 000 Arbeitsplätze im bayerischen Chemiedreieck. Das ist bayerische Politik, nachhaltige Politik und erfolgreiche Politik.

Ein nächstes Beispiel ist der Transrapid. Auf das Thema Verkehrspolitik wird mein Kollege Rotter noch eingehen. Die Verpflichtungsermächtigung im Haushalt haben wir von 180 Millionen auf 300 Millionen Euro aufgestockt. Damit wollen wir ein Zeichen setzen, nachdem es Minister Huber gelungen ist, im Bund auch die Sicherheit dafür

zu bekommen und zu erreichen, dass sich der Bund hinter das Projekt stellt. Er sagt nicht: Das ist ein Thema Bayerns. Er macht vielmehr mittlerweile deutlich, dass der Transrapid auch ein Thema für die Bundesrepublik ist; dies wird in das entsprechende Gesetzgebungsverfahren münden.

Die Cluster-Politik ist der dritte Punkt. Auch sie ist aus unserer Sicht ein vernünftiger Weg, um gerade in Bayern, in einem Flächenstaat, eine Vernetzung zwischen Wissenschaft – Stichwort Hochschule – und Wirtschaft herzustellen und um so vor allem auch kleineren und mittleren Unternehmen, die keinen unmittelbaren Zugang zu Wissenschaft und Hochschule haben, durch eine Vernetzungsstrategie die Möglichkeit zu geben, an deren Wissen heranzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sich den Einzelplan 07 anschauen, werden Sie feststellen, dass die Schwerpunkte genau dort gesetzt werden, wo die Stärken Bayerns liegen, nämlich im Binnenmarkt, Stichwort: Handwerk und Berufsbildung. Gerade die Berufsbildung ist ein Bereich, mit dem wir punkten können. Bayern hat immer auf die berufliche Bildung gesetzt, und wir werden das auch in Zukunft tun.

Auch die Ansätze für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ haben wir angehoben. Die Absicht, die Wirtschaft in Bayern zu stärken, zieht sich wie ein roter Faden – das hat mit Ihrer Partei nichts zu tun – durch unseren Wirtschaftshaushalt. Mit unserer Politik stärken wir neben der Exportwirtschaft auch den Binnenmarkt. Dazu hat vieles – das gestehe ich offen – der Bund beigetragen. Ich denke etwa an die Erbschaftsteuerreform. Aber woher kam der Anstoß? Vielleicht schaffen wir es tatsächlich, rückwirkend zum 1. Januar 2007 eine Erbschaftsteuerreform hinzubekommen. Die Probleme, die noch vorhanden sind, etwa die Betriebsübergaben auch in der Landwirtschaft, müssen noch gelöst werden. Die Initiative dazu ist von Bayern ausgegangen, nämlich vom ehemaligen bayerischen Wirtschaftsminister Otto Wiesheu. Dass diese Initiative jetzt zu einem positiven Ergebnis führt, ist dem amtierenden bayerischen Wirtschaftsminister zu verdanken.

Das ist auch deshalb ein wichtiger Punkt, weil es uns damit erstmals gelingt, einen, wenn man so will, leisen Zwang auf Betriebsinhaber auszuüben, die Unternehmen im Erbschaftsfall nicht zu versilbern und Kasse zu machen, sondern Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern. Das ist vernünftige Politik, die ihren Ursprung in Bayern hat, auch wenn sie letztlich in ein Bundesgesetz mündet.

Ich komme zur Unternehmensteuerreform. Es war bayerische Initiative, dafür zu sorgen, dass entgegen der ursprünglichen Absicht des Bundesfinanzministers nicht nur die Körperschaften, sondern auch die Personenunternehmen entlastet werden, die Firmen in der Rechtsform der natürlichen Person. Hier braucht es die Entlastung. Die bisherige Splittung zwischen Einkommen- und Lohnsteuer auf der einen Seite und Körperschaftsteuer auf der anderen Seite ist jetzt aufgehoben. Wir bekommen de

facto eine Unternehmensteuerreform, die rechtsformneutral ist. Diese Dinge machen bayerische Politik aus.

(Beifall bei der CSU)

Die Eckdaten im bayerischen Wirtschaftshaushalt zeigen, dass all diese Dinge realisiert sind: all diese Änderungen haben gegriffen.

Das Mittelstandskreditprogramm ist der nächste Punkt, den ich dezidiert ansprechen möchte und bei dem wir uns übrigens quer durch alle Fraktionen einig sind. Es wird auf unseren Antrag hin von 25 Millionen um 2 Millionen je Haushaltsjahr aufgestockt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Der ganz entscheidende Punkt ist der, dass es uns gelingen muss, das Programm ganzjährig offenzuhalten. Das ist aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit. Wir stellen uns ganz klar hinter das Mittelstandskreditprogramm, nicht nur weil wir seit der Evaluierung wissen, welche hohe Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und damit Wirtschaftskraft mit ihm verbunden ist, sondern weil das Mittelstandskreditprogramm eigentlich auch eine bayerische Wertmarke ist.

Meine Damen und Herren, wir werden in der Debatte auch über die Investitionsquote sprechen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Oh ja!)

Die Investitionsquote ist ein Ausfluss des von uns, der CSU, gewollten ausgeglichenen Haushalts. Wir wollen mittelfristig selbstverständlich wieder eine Investitionsquote von 15 % erreichen.

Wir haben mit diesem Haushalt eine solide Basis vorgelegt. Ich darf an das erinnern, was ich eingangs sagte: Auf dieser Basis setzen wir Bewährtes, setzen wir erfolgreiche bayerische Politik fort, wir setzen aber auch neue Akzente. Lassen Sie mich zum Thema Cluster noch einmal feststellen: Die Cluster-Initiative, die mit 50 Millionen pro Jahr, je 10 Millionen im jetzigen Doppelhaushalt, dotiert ist, hat natürlich die Zielsetzung, Innovation gerade in kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken. Damit wird auch der Standort Bayern gestärkt. Die konkrete Netzwerkarbeit, die jetzt mit 19 Clustern begonnen hat, lässt sich – das kann jetzt schon zu Beginn dieser Initiative sagen – sehr hoffnungsvoll an.

Diese Schwerpunkte – das Mittelstandskreditprogramm, der Fremdenverkehr, der ein ganz entscheidender Punkt letztlich für die bayerische Wirtschaft ist, der Transrapid, die Investitionen – lassen uns in Bayern zu Recht von einer positiven Situation reden, und zwar von einer noch positiveren Situation im Vergleich zu allen anderen Bundesländern.

Dies ist der Erfolg bayerischer Politik. Insbesondere die Entwicklung in Oberfranken zeigt, wie flächendeckend erfolgreich unsere Politik gelungen ist. 1800 offene Stel-

len alleine beim Handwerk sind signifikant für die gesamte Wirtschaft. Das lässt sich sehen. Wir sind heute in der Situation, dass wir in sogenannten strukturschwachen Gebieten freie Stellen aufgrund des Facharbeitermangels nicht mehr besetzen können. Wir sind mit unserer Wirtschaftsförderungspolitik auf dem richtigen Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushaltsausschuss hat dem Antrag der CSU, das Mittelstandskreditprogramm um zwei Millionen Euro aufzustocken, zugestimmt. Die Anträge der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurden abgelehnt. Ich bitte um Zustimmung in der Fassung des Haushaltsausschusses.

Ich möchte schließen mit einem herzlichen Dank, Herr Staatsminister, an Sie, aber insbesondere an die Damen und Herren Ihres Hauses, weil das, was als Erfolg verbucht werden kann, der Erfolg des gesamten Hauses ist.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Thomas Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich Herrn Kollegen Traublinger für die Einführung in das Thema und die sachliche Darstellung. Sie werden feststellen, dass in vielem Übereinstimmung besteht. Allerdings wurden Ihre Aussagen immer dort unkonkret oder unzutreffend, wo Sie über den Anteil des Freistaates Bayern geredet haben und besser über den Nichtanteil hätten reden müssen. Die Zahlen waren nicht so deutlich, dass die Öffentlichkeit umfassend informiert worden wäre.

Kurz zur Sprichwortkunde: Die Entstehung des Begriffs „Roter Faden“ hat natürlich seine Begründung.

Zu Anfang der Debatte war das Plenum seitens der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses schlecht besucht – auch jetzt sind es nicht sehr viel mehr, auch wenn Kollege Pschierer seit Kurzem anwesend ist und Minister und Staatssekretär zu uns gestoßen sind. Mir tut das leid.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Wo ist die stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses?)

– Sie haben mich vor sich, Herr Kollege Pschierer, ich denke, damit ist der Platz gut besetzt.

(Herbert Ettengruber (CSU): Von der SPD sind auch nicht viele anwesend!)

Dass das Wirtschaftsministerium nicht von Anfang an an der Debatte teilnimmt, zeigt die Richtigkeit der Aussage, dass es das Ressort ist, das am meisten überschätzt wird. Das gilt für den Bund genauso wie für Bayern. Dabei rede ich gar nicht von den handelnden Personen, sondern vom Zuschnitt des Ministeriums und wie es sich im Einzelplan 07 darstellt.

Ihr Etat, Herr Staatsminister Huber, beläuft sich im kommenden Doppelhaushalt – sieht man von kleinen Zuschlägen des Bundes und der EU in der Nachschubliste ab – auf 1,56 bzw. 1,55 Milliarden Euro pro Jahr, auf 3,6 % des gesamten Haushaltes. Der Wirtschaftsetat schrumpft im Jahr 2007 um 46 Millionen Euro gegenüber 2006 und im Jahr 2008 noch einmal um 16 Millionen Euro. Wollte man den Bedeutungsverlust quantifizieren, beträgt dieser für das Haus Huber 62 Millionen Euro im Doppelhaushalt.

Die in diesem Jahr spürbare wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung freut uns genauso wie Sie, Herr Kollege Traublinger. Wir stellen Sie in Deutschland wie in Bayern gleichermaßen fest. Ich betone insbesondere, dass wir froh und dankbar sind, dass sie sich auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Das ist entscheidend. Bereits nach dem bisher Gesagten wird jedoch deutlich, Herr Staatsminister, dass das nichts mit Ihrer Politik zu tun haben kann. Ich würde Ihnen das gönnen. Damit hätte ich kein Problem. Aber die schlichte Faktenlage spricht dagegen, dass Sie sehr viel bewerkstelligen können. Die Arbeitslosenzahl in Deutschland konnte im Vergleich zum Vorjahresmonat um eine halbe Million reduziert werden; in Bayern um 70 000. Wenn der Aufschwung überhaupt mit einem Namen verbunden ist, dann mit dem des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

(Beifall bei der SPD)

Dass sich die jetzigen Akteure den Erfolg gerne an ihre Fahne heften, ist menschlich verständlich; historisch korrekt ist es nicht.

(Zurufe der Abgeordneten Manfred Ach (CSU) und Franz Josef Pschierer (CSU))

Die Große Koalition hat allerdings nicht den Fehler begangen, der 2004 in Bayern gemacht wurde, dass die Wirtschaft abgebremst wurde. Die Große Koalition hat den Haushalt 2006 – Maastrichtkriterien hin oder her – laufen lassen. Damit ist sie gut gefahren.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist gut damit gefahren, indem sie mit den Programmen für Wachstum und Innovation zum Beispiel für das Handwerk und den Mittelstand echte Beschäftigung geschaffen hat. Der jetzige Aufschwung ist also – das ist heute entscheidend – nicht der Aufschwung des bayerischen Wirtschaftsministers.

Der bayerische Wirtschaftsminister hätte eine Menge zu tun. Er könnte die in wirtschaftlichen Fragen offenbar heillos überforderte CSU-Fraktion mit klaren Vorgaben bedienen. Wenn wir bei der SPD keinen Arbeitskreis „Hohn und Spott“ hätten, würden Sie sich um diesen Titel bewerben können. Wegen des Ladenschlusses haben sie das halbe Land der Lächerlichkeit preisgegeben. Beim Mittelstandsförderungsgesetz sind Sie nach dreieinhalb Jahren immer noch nicht sehr viel weiter mit der Beratung. Wegen der Pkw-Maut und des Wettmonopols streiten Sie innerhalb Ihrer vermeintlichen Führungsriege. Beim Antrag zum BaFin – Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – vor wenigen Wochen kam es zur offenen Konfrontation.

Kollege Dr. Runge erinnert sich gerne daran. Wegen der Breitbandversorgung müssen CSU-Abgeordnete eine Initiative ergreifen; so war in der „Welt am Sonntag“ zu lesen, oder mit uns stimmen, weil das Ministerium untätig bleibt. Beim Transrapid stehen Sie vor dem Eingeständnis des Finanzierungsdesasters. Jetzt droht die Bahn mit einem Machtwort und macht endlich Druck. Herr Minister Huber, ich verstehe, dass das für Sie besonders bitter sein muss; denn wie bei der AEG wäre es wieder Ihr Vorgänger, der die Dinge gerichtet hätte. Ich bin interessiert, was Sie uns heute zu diesem Thema sagen werden.

Sie könnten viel zu den Grundwerten der sozialen Marktwirtschaft sagen, weil es innerhalb der CSU Klärungsbedarf gibt. Es gibt irrlichternde Aussagen des Generalsekretärs der CSU, wonach Wohlfahrt und Wohlstand für alle nicht mehr zu den Kernaufgaben der Staatlichkeit gehören. Das ist sehr interessant. Sie könnten darüber reden, wie es im Verfassungsjahr mit dem Ausstieg des Landes Bayern aus der Wirtschaftsfassung bestellt ist.

Was ist damit, dass die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit als dem Gemeinwohl unterworfen gilt? – Bei Ihnen diktiert aktuelle, gewesene und bald gewesene Industrieführer dem Ministerpräsidenten die Versatzstücke einer ihnen genehmen Politik. Was ist mit dem Anspruch auf Ausbildung? – Zehntausende junger Menschen sind ohne Ausbildungsplatz oder befinden sich in der Warteschleife. Was ist mit dem Recht auf auskömmliche Arbeit? – Auch das ist ein Grundrecht der Bayerischen Verfassung. Ein Recht auf Arbeit kennt die CSU nur in Freising, nicht in Hof und nicht in Nürnberg-Muggenhof. Das werden wir immer wieder anprangern. Was ist mit den existenzsichernden Mindestlöhnen? – Diese verweigert die CSU genauso wie die Ausweitung des Tarifreuegesetzes, wie die Einbeziehung einer Ausbildungsleistung eines Unternehmens in die Vergabekriterien. Ich erinnere mich daran, dass mich Kollege Spitzner belehrt hat, das gehe nicht. Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Ich fordere Sie auf: Tun Sie das.

Vor allem aber wäre es die Aufgabe des bayerischen Wirtschaftsministers, dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten einen wirklichen Gestaltungshaushalt abzutrotzen. Wie sieht es damit aus? – Nimmt man von den 1,56 Milliarden Euro die Regionalisierungsmittel des Bundes und die sonstigen Bundes- und EU-Mittel weg, bleibt ein Betrag von 430 Millionen Euro, die der Freistaat Bayern für die Wirtschaft und damit für die Menschen in diesem Land in die Hand nimmt. 430 Millionen Euro macht der Landesanteil des Freistaates Bayern im Einzelplan 07 aus. Herr Minister Huber, bei aller Freundschaft: Dafür braucht man keinen Wirtschaftsminister mehr.

(Lachen bei der SPD)

Dieses Geld kann jeder gute Kreiskämmerer verwalten. Ich jedenfalls kenne einen, der das könnte.

(Manfred Ach (CSU): Übernehmen Sie sich nicht! Sie meinen sich selbst!)

Nun zu den Schwerpunkten, die Kollege Traublinger zwar angekündigt, aber nur gestreift hat. Die Clusterbildung ist

ihr Kernstück. Nach den Geldausgabewellen der High-Tech-Offensive ist das seit zwei Jahren der neue Ansatz. Seit 2006 ist er mit 10 Millionen Euro finanzpolitisch unterlegt. Die Grundsatzprobleme, auf die wir von Anfang an hingewiesen haben, bleiben. Mit dem Instrument unterstützen Sie in erster Linie die Großunternehmen. Ein Mittelständler sagte letztes Jahr zu mir, ich solle denen in München erklären, dass es Blödsinn sei, die F- und E-Abteilungen der Großfirmen zu unterstützen, während der Mittelstand nichts von der Clusterpolitik habe.

Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass Ihr Ansatz eine grundlegende Schwäche hat, weil Sie zwar von „Stärken stärken“ sprechen, Ihnen aber die regionalpolitische Ausrichtung fehlt. Das möchte ich ausdrücklich feststellen.

Bei der Hightech-Offensive haben wir gesehen: Profiteure solcher Aktionen sind, zumindest in den ersten zehn Jahren, immer die kapitalstarken Räume. Mit Ihrem Ansatz, auch wenn er gut gemeint ist, kommen Sie nicht weiter. Das müssten Sie eigentlich eingestehen, zumal es Ihnen inzwischen auch der DGB vorgerechnet und bestätigt hat. Wenn Sie immer die Starken stärker machen, dann werden Sie – wenn auch ungewollt – die regionalen Disparitäten immer größer machen. Dagegen muss etwas getan werden.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Kolleginnen und Kollegen, die CSU hat das auch endlich eingesehen. In der Nachschubliste findet sich, wenn auch etwas versteckt, der Hinweis, dass man die Cluster-Politik um eine regionale Säule ergänzen müsse. Wir sagen: Danke, jetzt gehen Sie in die richtige Richtung. Sie müssten dann aber auch zugeben, dass Ihr ursprünglicher Ansatz damit im Kern gescheitert ist, bevor die Sache überhaupt zum Laufen kam. Jetzt müssen Sie schon nachsteuern, hier tun Sie das zum Glück auch. Sonst sind Sie meist nicht in der Lage, einmal eingeschlagene, fehlleitende Pfade zu verlassen.

(Manfred Ach (CSU): Dazu brauchen wir Sie nicht!)

– Herr Ach, über Organisieren reden wir hier nicht, sonst müssten wir auch über Ihren Ausschuss reden. Das wollen wir hier aber heute nicht tun.

(Manfred Ach (CSU): Darüber können Sie gut reden! Da können Sie mir nicht das Wasser reichen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, dazu passt auch, dass die neue Zeile ein Leertitel ist. Sie sagen jetzt zwar, man kann auch den Kommunen, den Städten, Märkten und Gemeinden für die Cluster-Bildung Geld geben, doch sie legen keinen einzigen Cent drauf. Deshalb ist das auch wieder nichts anderes als Täuschung.

Herr Traublinger, zur regionalen Wirtschaftsförderung: Das ist ja alles schön und gut, doch die Wirklichkeit ist anders, als Sie sie in Ihrem eleganten Darüberhinwegre-

den dargestellt haben. Wenn man die EU-Mittel nämlich wegnimmt, dann sehen wir, dass der Freistaat Bayern auch hier seine Mittel gekürzt hat. Der Freistaat kürzt die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung auf 75,7 Millionen Euro. Das ist zu wenig, dieser Betrag ist nicht genug, um die Herausforderungen in den strukturschwachen Räumen in Bayern auch nur im Ansatz zu meistern. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, im regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm den Betrag um 10 Millionen Euro zu erhöhen. Man könnte sogar noch wesentlich mehr fordern. Wir haben 10 Millionen gefordert. Sie haben den Antrag jedoch abgelehnt, wie Sie auch den richtigen Antrag der SPD abgelehnt haben, beim Mittelstandskreditprogramm 5 Millionen draufzulegen.

(Manfred Ach (CSU): Das meinen aber auch nur Sie, dass der Antrag richtig war!)

Auch hierzu nenne ich die Zahlen: 2002 hat das Mittelstandskreditprogramm 40,9 Millionen Euro umfasst. Seit 2006 stehen wir jetzt bei 25 Millionen Euro. Was hat Ihr Vorgänger, Herr Wiesheu, uns damals im Ausschuss gesagt, Herr Staatsminister Huber? – Er hat bei der Beratung des letzten Haushalts gesagt: Wir wollen in der schlechten Phase nicht nur Mitnahmeeffekte generieren, wir warten, bis der Aufschwung kommt; dann werden wir, in den Aufschwung hinein, beim Mittelstandskreditprogramm investieren, wir werden dieses Programm dann aufstocken. Jetzt haben wir Gott sei Dank den Aufschwung, doch die Geschichte und die CSU strafen Herrn Wiesheu Lügen: Es bleibt bei den 25 Millionen Euro.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Aufschwung dauert halt!)

Herr Traublinger, die zwei Millionen Euro, die sind doch Augenauswischerei, die werden Ihnen doch hinten und vorn nicht reichen.

Rosstäuscherei betreiben Sie auch in der Verkehrspolitik; denn Sie wissen, dass die Mittel für die Personenbeförderung im Ausbildungsverkehr nicht reichen. Trotzdem setzen Sie diese so gering an, dass Sie sie aus Regionalisierungsmitteln auffüllen müssen. 40 Millionen Euro werden immerhin aus Regionalisierungsmitteln genommen. Diese Gelder missbrauchen Sie; denn es wäre die Aufgabe des Freistaats, den Ausbildungsverkehr sicherzustellen.

Fast schon tragisch wird es, wenn wir die erneuerbaren Energien ansehen. Im Jahr 2000 weist der Haushalt dafür 40 Millionen Euro auf. Im Haushalt 2007/2008 sind dafür 9,2 Millionen angesetzt. Das entspricht einer Absenkung auf ein Viertel. So also trotz die CSU dem Klimawandel? – Herzlich willkommen in der Realität!

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Die Mittel für den Schienenpersonennahverkehr im Ansatz 2007 sind das Herzstück des Haushalts. Dabei sind das Bundesmittel. Wir haben hier eine Streichung hinzunehmen, das wissen Sie alle, von 1,072 auf 1,005 Millionen Euro. Das heißt, es sind 67 Millionen Euro in diesem Jahr, und weitere 15 Millionen Euro werden 2008 gekürzt. Wir

haben den Antrag gestellt, die Kürzungen durch die Mehreinnahmen bei den Steuern auszugleichen. So hatte das der Ministerpräsident dieses Landes auch angekündigt. Doch auch diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Ich habe schon einmal gesagt. Hier zeigt sich, was das Wort des Ministerpräsidenten in Bayern wert ist.

(Beifall bei der SPD)

Nach wie vor geben Sie etwa 80 % für Bestellungen aus, und wir werden auch weiterhin nachfragen, wie Sie die Zweckbindung einhalten. Wir haben das in der Vergangenheit schon getan, und immerhin wissen wir jetzt, was Sie auf der hohen Kante haben.

Zum Ausbildungsverkehr kann ich nur eines sagen: Ich habe den Betrag von 40 Millionen genannt. Sie zweckentfremden die Gelder. Das Gleiche tun Sie für Planungskosten beim Transrapid; denn, Herr Pschierer, wir haben uns jetzt darauf geeinigt, dass es sich nicht um ein innerörtliches Verkehrsmittel handelt.

(Manfred Ach (CSU): Warum reden Sie dann noch darüber?)

GVFG-Mittel sollen deshalb nicht zum Einsatz kommen. Wenn Sie dieses Projekt, entgegen aller Vernunft, doch in Angriff nehmen wollen, dann dürfen Sie keine Regionalisierungsmittel dafür verwenden.

Dann gibt es den Punkt „Streichung der ÖPNV-Investitionsmittel an die Kommunen“, es geht weiter um die privaten Verkehrsunternehmen und die Busförderung. Wenn Sie alles zusammennehmen, kürzen Sie in diesem Haushalt etwa 100 Millionen Euro bei einer Kürzung der Regionalisierungsmittel um 67 Millionen. Das heißt, Sie kürzen die Investitionsmittel noch mehr als die zur Begründung angeführten Regionalisierungsmittel des Bundes, wogegen wir gekämpft haben, anders als Sie. Der Landesverband der Omnibusunternehmer, nicht unbedingt eine Arbeitsgemeinschaft der SPD, sagt Ihnen, das führt zu einer rein rechnerischen Erhöhung der Tarife um 7,7 %. Was das in Bayern in der Fläche bedeutet, nachdem Sie durch die Zuweisungskürzungen um 37,5 Prozent 2004 schon manchen Bus gestrichen haben, muss ich Ihnen nicht erklären.

Aus diesem Überblick folgt: Sie legen einen Haushaltsentwurf vor, der nicht auf der Höhe der Zeit ist. Schlimmer aber - Sie begehen den historischen Fehler, die Investitionsquote abzusenken. Wir sagen, wir brauchen 15 %. Das sagt auch Herr Faltlhauser. Doch Sie machen das Gegenteil. Seit Herr Stoiber Ministerpräsident ist, hat sich die Investitionsquote halbiert auf 12,85 %. Die Landeshauptstadt hat hierzu im Vergleich eine Investitionsquote von 17,2 %.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

– Herr Ach, die Investitionsquote sinkt im Jahr 2008 auf 11,75 %, Sie sollten deshalb etwas ernsthafter bei der Sache sein. Unter Herrn Stoiber hat sich die Investitionsquote trotz der 7 Milliarden Euro aus den Privatisierungserlösen halbiert. Das ist ein Armutszeugnis!

(Beifall bei der SPD)

Trotz der erkennbaren Auswirkungen ändern Sie Ihr Handeln nicht. Draußen liegen die aktuellen Zahlen druckfrisch aus – vielen Dank, Herr Staatsminister Huber –, und die konjunkturellen Daten zeigen die Entwicklung im ersten Halbjahr 2006. In diesem Zeitraum ist das Wirtschaftswachstum in Bayern nicht überdurchschnittlich, verehrter Herr Kollege Traublinger. Mit 2,1 % liegen die Zahlen exakt im Bundesdurchschnitt der alten Länder, sie liegen sogar hinter manchem neuen Bundesland. Der Freistaat liegt auf Platz 5, und das bedeutet, der Freistaat ist wirtschaftspolitisch gesehen Mittelmaß.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

– Das sind die Zahlen, die der Minister in seiner Broschüre heute vorlegt. Nachdem Sie die Zahlen nicht lesen wollten, musste ich sie eben vortragen.

(Manfred Ach (CSU): Sie sollen richtig lesen, dann lesen Sie was Gescheites raus!)

Wir haben eine andere Politik vorgeschlagen und konkrete Vorschläge für Investitionen gemacht. 220 Millionen Euro sind – das wissen Sie, Herr Staatssekretär Meyer –, richtig finanziert. Es wurde hier etwas Falsches behauptet, wir fordern keinen einzigen Euro Neuverschuldung. Sie kennen den Gegenvorschlag, den wir gemacht haben. Herr Kollege Dupper wird ihn morgen vorstellen. Es geht um 220 Millionen Euro, die Sie nicht investieren, nicht in den Wohnungsbau fließen lassen, nicht in den Straßenbau, nicht in den öffentlichen Personennahverkehr, nicht in die Sportstätten, nicht in den Mittelstand, nicht in die Breitbandversorgung im ländlichen Raum, nicht in die Erhöhung der Mittel für den Hochwasserschutz, nicht in die regenerativen Energien, nicht in die Kläranlagen, nicht in die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, nicht in die Schulhaussanierung, nicht in die maroden Universitätsbauten. All das könnten Sie mit uns zusammen tun. Ohne neue Kreditaufnahme würden Sie dann die Investitionsquote um 0,6 % steigern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist zwar nicht sehr viel, aber es wäre ein deutlicher Schritt in die richtige Richtung. Das wäre eine Politik für mehr Arbeits- und für mehr Ausbildungsplätze, das wäre eine Politik für mehr Wachstum in Bayern. Ich fordere Sie deshalb heute noch einmal auf, gerade bei der Investitionsförderung umzudenken. Dazu gehört auch der Länderfinanzausgleich. Wir haben gestern konkrete Vorschläge gemacht, die allein eine Erhöhung der Investitionsquote in Bayern um 1,5 % bewirken würden. Ich fordere Sie auf, mit uns an einem Strang zu ziehen; denn so wird dieser Haushalt den wirtschaftspolitischen Möglichkeiten dieses schönen Landes nicht gerecht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Beyer aufzugreifen: Dies hier ist ein kleiner

Haushalt. Zum großen Teil sind die Mittel, wie wir alle wissen, durchlaufende Mittel. Trotzdem widerspreche ich Ihnen, Herr Kollege Dr. Beyer. Wir sagen, das ist ein wichtiger Haushalt, ein wichtiges Ressort.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Dieser Haushalt umfasst bedeutende Aufgaben, und zwar die Wirtschaftspolitik, in erster Linie die Wirtschaftsförderung. Hinzu kommen der öffentliche Personennahverkehr, die Energiepolitik, die Technologiepolitik und neuerdings auch die Raumordnung und die Landesentwicklung. Das sind Gegenstände, die alle nicht gerade unwichtig sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir konstatieren auch in der Amtsführung einige wohlthuende Änderungen, zumindest verbaler Natur. Es ist betont worden, jetzt komme es zu einer Abkehr von der Staatswirtschaft und vom Interventionismus à la Stoiber und Wiesheu. Wir freuen uns natürlich, dass man aus der Erfahrung lernt. Was Staatswirtschaft und Interventionismus waren, haben wir ja alle hinreichend mitbekommen. Es waren Pleiten, Pech und Pannen, viel zu häufig aber auch eine Spezlwirtschaft und Filz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist also recht so, wenn Sie sagen, dass Sie so nicht weitermachen wollen.

Die neuen Instrumente klingen auch angenehmer: Allianz Bayern Innovativ mit den Bausteinen Cluster-Offensive, Regionalmanagement. Das klingt, Herr Minister Huber, schon viel besser, viel weniger hochtrabend als „Offensive Zukunft Bayern“ oder gar „Hightech-Offensive“. Allerdings wissen wir, dass es da jetzt um bedeutend weniger Geld geht.

Wir waren hochofret, Herr Minister, als wir unlängst lesen durften, Sie seien mit Leib und Seele Wirtschaftsminister. Wir erinnern uns noch mit Schaudern an die letzte Haushaltsrede Ihres Vorgängers vor ungefähr zwei Jahren. Da wurde alles lustlos vorgetragen. Wahrscheinlich war der Minister in Gedanken schon längst woanders. Es stimmt uns sehr hoffnungsfroh, dass es jetzt heißt – ich zitiere –:

Mein irdisches politisches Glück stellt das Wirtschaftsministerium dar. Wenn mir der Ministerpräsident die Wahlmöglichkeit ließe, würde ich ihn bitten, im Wirtschaftsministerium bleiben zu dürfen.

Hut ab vor dieser Festlegung! Das Ganze geht dann noch mit einer Selbstbenotung einher: eins bis zwei. Das lassen wir jetzt einfach mal so dahingestellt.

Wenn wir über Noten reden, Herr Minister, dann müssen wir feststellen, dass es wie überall jede Menge Ver-

besserungsbedarf gibt. Es gibt eine Menge von Feldern und Themen, bei denen wir von Ihnen mehr Einsatz fordern. Es geht zum einen um Einsatz inhaltlicher Art, zum anderen auch um Einsatz, der dazu dienen sollte, Ihre eigenen Leute zu überzeugen. Ich nenne das Stichwort Ladenschluss. Wir meinen, Herr Kollege Beyer, einem Wirtschaftsminister steht es gut an, sich für Öffnungen einzusetzen; denn der Wirtschaftsminister hat sich um die Belange der Wirtschaft zu kümmern. Das sind die Unternehmen, aber auch die Verbraucher. Es gibt andere Argumente, die man dagegenhalten kann. Aber bei dem Wirtschaftsminister sind die Dinge schon richtig aufgehoben.

Herr Minister, bevor Sie sich so weit aus dem Fenster lehnen und sagen: wenn die Länder das machen dürfen, dann machen wir das gleich anders und besser und viel toller, bevor Sie also den Mund so voll nehmen, hätten Sie sich einmal in der eigenen Fraktion vergewissern und für die entsprechenden Mehrheiten sorgen sollen.

Das Mittelstandsförderungsgesetz ist schon angesprochen worden. Das ist eine ganz irre Geschichte. Jahrzehntlang passierte gar nichts. Da mussten wir als kleinste Fraktion einen Gesetzentwurf vorlegen, weil sich einiges an den Rahmenbedingungen und Hintergründen geändert hatte. Wir mussten sagen: Kümmert euch um das Coaching, um die Betriebsübernahmen; sorgt dafür, dass die Wettbewerbsbedingungen für die Kleinen annähernd denen der Großen entsprechen, was die Finanzierung, die Forschungsförderung und vieles mehr angeht. Dazu hieß es aus dem Wirtschaftsministerium: Das brauchen wir nicht, das ist so. Aber nach einer Schamfrist wird ein eigener Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem zieht man durch die Verbände und lässt sich feiern. Danach wird alles aber wieder in der Schublade versenkt, weil es der Innenminister nicht goutiert.

Was Sie jetzt vorgelegt haben, Herr Minister, ist in Ansätzen schon eine Verbesserung. Aber wir sagen weiterhin ganz klar, dass wichtige Punkte fehlen. Konkret führe ich an: Das Subsidiaritätsprinzip muss hinreichend und fassbar formuliert werden. Wir sagen weiter: Es muss eine drittsschützende Wirkung geben, wie sie schon in dem Gesetzentwurf Ihres Vorgängers zu lesen gewesen ist; dieser Gesetzentwurf ist dann ja in der Schublade verschwunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier gibt es tatsächlich noch großen Handlungsbedarf. Vieles ist nachzubessern.

Jetzt möchte ich kurz einige unserer Anträge streifen. Es gibt Anträge und Anliegen, bei denen wir nie zusammenfinden werden. Als Beispiel nenne ich den Transrapid, den Herr Traublinger wieder angesprochen hat. Unsere Argumente dagegen sind hinlänglich bekannt. Wir sagen: Er ist haushalts- und finanzpolitisch nicht zu verantworten. Zu behaupten, dass er zu einem verkehrspolitischen Nutzen führt, ist Unfug. Wir sagen auch, dass die industrie- und arbeitsmarktpolitischen Effekte bei Weitem überschätzt bzw. von interessierter Seite bewusst überzeichnet werden.

Ich möchte auf ein paar andere Argumente eingehen. Ich führe ein paar Streiflichter dazu an, was zuletzt diskutiert worden ist.

Wir sagen weiterhin: Es handelt sich nicht um ein Leuchtturmprojekt, wie es die Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung festgelegt hat, sondern – um mit einem Münchner Stadtrat zu sprechen – um ein Armleuchterprojekt, welches Ihrer Prunk- und Protzsucht entspringt.

Herr Minister Huber, Kollege Magerl hat mich gerade wieder darauf aufmerksam gemacht, dass gefragt werden muss, was bei Ihnen der Zeitraum „in Kürze“ bedeutet. Im März hatte Ihr Staatssekretär verkündet, die Finanzierung werde „in Kürze“ stehen. Viele Monate sind bei Ihnen wohl auch noch „in Kürze“. Aber wir wissen ja auch noch, wie es uns hier im alten Plenarsaal von dieser Stelle aus entgegengeschallt ist: Spätestens zur Fußballweltmeisterschaft 2006 sind wir im kommerziellen Regelbetrieb.

Es gibt eine riesige Finanzierungslücke. Herr Huber, Sie gehen zusammen mit Herrn Tiefensee an die Öffentlichkeit und sagen, es sei alles wunderbar und man nähere sich bei der Finanzierung an. Dem folgen Aufforderungen an die Industrie, die Bahn und die Flughafengesellschaft, sich endlich finanziell zu beteiligen bzw. solches zu signalisieren. Im Falle der Bahn wurde gesagt, sie möge mehr zahlen, als sie bisher signalisiert habe. Das zeigt, wie sehr Sie schwimmen und wie hilflos Sie sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Staatshaushalt finden wir jetzt einen Einnahmetitel. Für das Projekt Transrapid sollen Mittel vom Bund kommen. Da fragen wir uns schon: Wie steht es um den Streit und um die immerwährende Behauptung des Bundes, es handle sich um ein Landesprojekt, und um die Gegenbehauptung der Bayerischen Staatsregierung, es sei ein Bundesprojekt? Wenn es ein Bundesprojekt ist, wie Sie behaupten, warum finden wir dann hier einen Einnahmetitel bezüglich der Gelder, die der Bund dafür gibt? Dies sollten Sie zumindest herausstreichen.

Was die Sondermittel, Herr Minister Huber, betrifft – ich rede jetzt nicht über die Gelder vom Bund –, so sollten wir uns einmal die Mittel des Freistaates ansehen. Die CSU-Fraktion im Haushaltsausschuss hat das, was in dem Entwurf des Ministeriums stand, großzügig durch eine Verpflichtungsermächtigung auf 300 Millionen Euro aufgestockt. Das geht jetzt nicht mehr einseitig zulasten des Kapitels 07 07, damit man weniger angreifbar ist.

Herr Traublinger, der Freistaat könnte die Mittel in Höhe von 300 Millionen Euro für die Investitionen, wie sie jetzt benannt sind, auch für jede andere Aufgabe geben. Dann könnten diese Mittel in die Bildung fließen, in den Kindergarten fließen, in den Nahverkehr fließen, wo jetzt massiv gekürzt wird. Wir wünschen uns also sinnvollere und andere Verwendungszwecke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne weiter stichwortartig Gebiete, auf denen wir nie zueinanderfinden werden: Flughafen München II, Donau-

ausbau, Förderung der Kleinflughäfen. Ich erinnere an die jüngste Debatte zum Thema Hof, wo es um 31 Millionen Euro ging. Aber das ist nicht alles, worum es geht. Im Haushaltsplanentwurf findet sich auch die Formulierung zum Verkehrsdurchführungsvertrag zu der Strecke Frankfurt – Hof. Der Vertrag läuft Ende 2007 aus. Da haben wir für 2008 wieder eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5 Millionen Euro, damit der überaus wichtige Flug von Frankfurt nach Hof je Fluggast in spürbarer Höhe subventioniert werden kann.

Wir haben hier eine namentliche Abstimmung beantragt. Wir sagen, dass die Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens zu beenden ist. Schon der Begriff „Nahluftverkehr“ ist im Grunde etwas Anachronistisches. Der Grund, weshalb wir diesen Antrag herausgezogen haben, ist der folgende: Es ist schon ein komisches Spiel, vor Ort immer gegen die Regionalflughäfen und den Nahluftverkehr anzugehen, während man hier im Bayerischen Landtag für die Förderung der Nahflughäfen aus Steuergeldern stimmt. Deswegen bitten wir Sie nochmals, unserem Antrag, über den namentlich abgestimmt werden soll, zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn was hier an Geldern fließt, ist massiv. Die Gelder fließen beispielsweise indirekt über die Kammern, über Beteiligungen oder in Form von Zuschüssen, die durch die Flughafengesellschaft München gegeben werden, aber auch aus dem Haushaltstitel, den wir aufgeführt haben. Mittlerweile ist die Staatsregierung, nachdem wir vor dem Verfassungsgerichtshof Erfolg hatten, genötigt, uns die einzelnen Summen bekannt zu geben.

Herr Kollege Pschierer, ich nenne einmal ein paar Beispiele. Augsburg hat in den letzten Jahren eineinhalb Millionen Euro bekommen. Bayreuth hat 900 000 Euro bekommen, Coburg 300 000 Euro, Eggenfelden 800 000 Euro. So geht diese Liste weiter. Es ist massiv mit Steuermitteln gefördert worden.

Dem wollen wir ein Ende bereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt gehe ich noch kurz auf Anträge ein, von denen wir sagen: Da müsste eigentlich die Mehrheit mit uns sein. Das sind Anliegen, wo man nicht sagen kann: Da machen wir einen Dollpunkt und da streiten wir uns ganz fürchterlich, beispielsweise Breitbandinfrastruktur auch im ländlichen Raum. Dazu gibt es Anträge von der SPD, Anträge von uns. Sie können nicht zustimmen mit einer ganz tollen Begründung, Herr Traublinger. Sie sagen nämlich: Damit fördern wir die Deutsche Telekom. Da frage ich Sie: Was machen Sie denn mit dem Kabelgroschen, was machen Sie mit den regulären Geldern der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien – BLM –?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist doch viel massiver und viel mehr auf das Unternehmen gerichtet.

Sie sagen, Sie können das nicht unterstützen, haben aber de facto für „Bayern online“ Millionen über Millionen vergeigen lassen. Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Mittelstandskreditprogramm hat Sie Kollege Beyer dankenswerterweise schon mit Zitaten konfrontiert. Es war der Nachtragshaushalt 2004, wo es zu dieser Kürzung kam. Was hat der Minister damals gesagt? – Er hat gesagt: Die Mittel werden nicht abgegriffen, weil die Konjunktur schlecht läuft. – Er redet aber nicht nur hier im Landtag, sondern auch an anderer Stelle. Bei der Jahrespressekonferenz der LfA hat er etwas ganz anderes gesagt, nämlich: Wir mussten die Mittel bedauerlicherweise aus Spargründen kürzen. Das klingt schon etwas anders als hier im Hause. Aber er hat dazu gesagt: Wenn die Konjunktur anzieht, dann stocken wir auf.

Jetzt kommen Sie mit zweimal zwei Millionen Euro. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, schließen Sie sich der SPD und uns an und erhöhen wenigstens um fünf Millionen Euro je Jahr. Wir haben von Ihnen gelesen, Herr Minister – wo sind Sie denn? Da hinten ist er –, es gebe zurzeit einen Run auf die Mittel. Wir sind alle dafür, das ist eine gute Einrichtung. Dann lasst uns doch diesen Run mit den Mitteln befriedigen, so wie es angekündigt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm wollen wir wie die Kollegen erhöhen. Es ist ja massiv gekürzt worden, auch zu dem Zeitpunkt, den ich beim Mittelstandskreditprogramm schon genannt habe. Wir meinen, eine entsprechende Erhöhung – wir haben sie moderat beantragt – ist nur recht und billig. Und was sagen Sie, Herr Traublinger? Sie beziehen sich auf etwas mehr Gelder bei der Gemeinschaftsaufgabe – GA – und sagen – ich darf Sie aus dem Protokoll der Haushaltsausschusssitzung zitieren –:

Mit der Erhöhung der GA-Mittel um jedes Jahr 5,4 Millionen Euro sei die Stärkung der strukturschwachen Regionen gewährleistet.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die aus strukturschwachen Regionen kommen, mögen dieses Zitat nachlesen. Mit den 5,4 Millionen Euro GA mehr sei also die Stärkung der strukturschwachen Regionen in Bayern gewährleistet.

Förderungen und Maßnahmen im Energiebereich: Da ist auch gekürzt worden. Wir haben den Antrag gestellt, die Mittel wieder zu erhöhen. Wie existenziell der Klimaschutz ist, wie wichtig Energieeffizienz und Energiesparen sind, das ist in den letzten Wochen und Monaten doch wirklich hinreichend kommuniziert worden. Was passiert? – Sie kürzen bei den Landesmitteln, sie greifen aber munter all das ab, was vom Bund kommt, und lassen sich dafür feiern. Das ist zum einen nicht redlich, zum anderen völlig verkehrt. Also folgen Sie auch da unseren Anträgen und unseren Anliegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum öffentlichen Personennahverkehr und den Regionalisierungsmitteln haben wiederum die SPD und die GRÜNEN massive Forderungen gestellt, dass der versprochene Ausgleich stattfindet. Herr Kollege Rotter, Sie sprechen noch dazu. Ich möchte Sie daran erinnern, als die Länder zum ersten Mal mit dem Begehren des Bundes konfrontiert wurden, bei den Regionalisierungsmitteln zu kürzen, da gab es einen Antrag, initiiert von Ministerpräsident Beck von Rheinland-Pfalz. Drei Länder sind dem nicht gefolgt, unter anderem Bayern. Bayern hat gesagt, es sei ein Gesamtpaket, dafür kriegen wir an anderer Stelle mehr, Mehrwertsteuer usw., und dieses Geld stecken wir dann in den Personennahverkehr.

Wir fordern ein, dass das jetzt auch geschieht,

(Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE) – Glocke des Präsidenten)

dass die Pendler und Pendlerinnen in Bayern eben nicht im Regen stehen müssen, in Wind und Wetter oder in überfüllten Zügen, sondern dass für ein hinreichendes Angebot gesorgt wird.

Ich muss zum Schluss kommen – das war Ihre Glocke? Ich hatte gedacht, Sie wollen die Kollegen ermahnen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es gibt noch viel zu tun, Herr Minister. Es gibt jede Menge Handlungsbedarf. Die regionalen Disparitäten sind riesengroß. Wir haben Lücken bei den Ausstellungsplätzen. Das LEP war ein Torso, wie Sie zugegeben haben, Sie wollen bald ein neues auflegen. Ich erinnere an den Streit bei der Zentralörtlichkeit, den Streit bei den Großmärkten. Note eins bis zwei habe ich eingangs angesprochen. Der Weg dorthin ist also noch lang. Wir unterstützen Sie aber gerne, wenn Sie so weit kommen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege Runge. Ein Tipp aus der Praxis: Ein Blick auf die Uhr fördert das Zeitgefühl. – Als Nächster hat Herr Kollege Rotter das Wort.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Aufschwung in unserem Lande ist unbestreitbar. Gestritten wird allenfalls darüber, wer dafür die Verantwortung trägt.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie natürlich!)

Da kann ich nur schmunzeln, wenn der frühere Bundeskanzler jetzt auch diesen Aufschwung für sich reklamiert. Er hat schließlich Erfahrungen mit dem Reklamieren von Aufschwüngen. Als Kohl noch an der Regierung war, hat er im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 auch schon gesagt: Das ist mein Aufschwung, der jetzt kommt. Und jetzt soll es wieder sein Aufschwung sein.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die Geschichte gibt ihm recht!)

Aber während der sieben Jahre Schröder war nichts mit Aufschwung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): 2000!)

Da war Abschwung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Stimmung in unserem Land ist deutlich schlechter als die Lage. Die Unternehmer haben wieder Vertrauen in den Standort gefasst und investieren kräftig. Die Arbeitslosenzahl in Deutschland ist um mehr als eine halbe Million zurückgegangen.

(Manfred Ach (CSU): So ist es!)

Im Übrigen liegen von den zehn Arbeitsagenturbezirken mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten acht in Bayern, die übrigen beiden in Baden-Württemberg. Von diesen acht Arbeitsagenturbezirken ist die ganz große Mehrheit im ländlichen Raum.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Freising!)

Gar so schlimm scheint es dort also auch nicht zu sein. Die Strukturschwäche des ländlichen Raumes ist also weiß Gott nicht so tragisch, wie es von der Opposition immer wieder kolportiert wird.

Meine Damen und Herren, jeden Tag entstehen derzeit 1000 neue Arbeitsplätze in Deutschland. Noch vor einem Jahr wurden 1000 pro Tag abgebaut. Deutschland weist das stärkste Wirtschaftswachstum aller Industriestaaten auf, und das Konsumklima ist auf einem Höchststand seit November 2001. Der Freistaat Bayern ist sowohl beim Abbau der Arbeitslosigkeit als auch beim Beschäftigungszuwachs vorne mit dabei.

Der Dank für diese Erfolge, liebe Kolleginnen und Kollegen, gebührt zunächst einmal den Unternehmern, die umfassende Umstrukturierungen vorgenommen haben, insbesondere auch in klein- und mittelständischen Unternehmen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Denken Sie an die Firma Siemens, an die Firma Infineon?)

– Das ist kein mittelständisches Unternehmen, Herr Kollege Wahnschaffe. Das sollten Sie eigentlich wissen. Von daher habe ich diese ganz besonders hervorgehoben. Aber der Dank gebührt ganz genauso auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Lande, die nämlich Lohnzurückhaltung, teilweise gegen den Rat der Gewerkschaften, geübt haben im Interesse der Arbeitsplatzsicherung und des wirtschaftlichen Erfolges ihres Betriebes.

Mitentscheidend war natürlich auch das, was an guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jetzt wiederum im Bund und im Freistaat Bayern schon seit Jahrzehnten vorgegeben wird. Dass daran natürlich auch die Poli-

tik des Freistaates ihren ganz wesentlichen Anteil hat, sieht man daran, dass weit über die Hälfte aller ausländischen Investitionen im Freistaat Bayern und hier wiederum im Großraum München erfolgen. Daran ist messbar und nachweisbar, dass für die Rahmenbedingungen im Standort Bayern sehr viel getan worden ist. Daher gebührt natürlich unserem Staatsminister Erwin Huber ein Glückwunsch,

(Beifall bei der CSU)

der die erfolgreiche Politik seines Vorgängers Otto Wiesheu fortgesetzt hat, genauso Staatssekretär Hans Spitzner und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums. Ebenso bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit, die das Parlament und insbesondere unser Ausschuss traditionell mit dem Hause pflegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die klein- und mittelständischen Unternehmen in Bayern werden effektiv unterstützt durch die Regionalförderung, durch die Mittelstandsförderung und die Technologieförderung. Durch Gelder der Europäischen Union erfolgt eine Mittelverstärkung, die vor allem in die Grenzgebiete zu Thüringen, Sachsen und Tschechien fließt. 330 Millionen Euro der sogenannten EFRE-Mittel der Europäischen Union erhält das Wirtschaftsministerium in den Jahren 2007 bis 2013.

Diese Finanzhilfen der EU ergänzen die weiterhin in erheblichem Umfang zur Verfügung gestellten Landesmittel, die unter anderem zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms vergeben werden. Diese sehr stark nachgefragten Darlehen gehen überwiegend an kleine Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten. Erfreulich ist es, dass nun die Mittel für die Jahre 2007 und 2008, einem CSU-Antrag folgend, noch um 2 Millionen auf jetzt 27 Millionen Euro jährlich aufgestockt werden konnten. Dass die Opposition höhere Anträge stellt und etwas mehr will, erinnert mich an den alten Metzger, bei dem ich als Bub immer eingekauft habe und der auch bei jeder Bestellung gefragt hat: Darf es noch etwas mehr sein? Aber es muss natürlich auch finanzierbar sein. Dass die Richtung richtig ist und dass es notwendig ist, hier zusätzlich etwas zu tun, haben wir mit unserem Antrag nachgewiesen.

Für die Regionalförderung sieht der Doppelhaushalt gegenüber 2006 insgesamt 9 Millionen Euro pro Jahr mehr vor. Das verteilt sich wie folgt: 2,5 Millionen Euro per annum mehr für das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm, für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 5,4 Millionen Euro per annum mehr, schließlich für die Förderung der Tourismus-Infrastruktur 1,1 Millionen Euro pro Jahr. Hinzu kommt, dass wir aus Gewinnen der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung für den Tourismus ein Kreditprogramm auflegen werden, um – ich zitiere Erwin Huber – „den Charme der Sechziger- und Siebzigerjahre aus unseren Beherbergungsbetrieben herauszubekommen“. Ich hoffe, dass in Schwaben und Oberbayern insbesondere dieses Programm stark in Anspruch genommen wird.

Die in der Koalitionsvereinbarung genannte Kürzung der Regionalisierungsmittel hat uns natürlich große Sorgen gemacht. Gerade auch durch den Einsatz Bayerns und unseres Wirtschaftsministers konnten zwar die Einschnitte um insgesamt 500 Millionen Euro reduziert werden,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

aber sie waren dennoch schmerzlich. Was Ihre Forderung betrifft, dass die Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer dafür verwendet werden sollten, müssen Sie schon so ehrlich sein und sagen, dass Sie diese Mehreinnahmen in anderen Anträgen und Haushalten des Freistaats Bayern ohnehin schon längst verfrühstückt haben. Ich nehme an, dass auch zu Ihnen in die Sprechstunden Lehrer, Eltern und Studenten kommen, die in Schulen und Hochschulen natürlich einen Mittelmehreinsatz fordern, sodass wir mit den Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer natürlich nicht die weggefallenen Regionalisierungsmittel ausgleichen können, was ich persönlich bedauere.

Die Aussetzung der Busförderung in den Jahren 2007 und 2008 empfinde auch ich als nicht sehr erfreulich; das ist überhaupt keine Frage. Aber es handelt sich zunächst einmal um eine Aussetzung. Wir sollten natürlich alles dafür tun, dass wir auf diesem Gebiet in den folgenden Jahren wieder Fördermittel einsetzen können.

Als besonders positiv möchte ich im Umgang mit der Kürzung der Regionalisierungsmittel hervorheben, dass auf diesem Gebiet keine Abbestellungen erfolgt sind, dass wir den Bayerntakt so fortsetzen, wie er sich seit zehn Jahren zu einem Erfolgsmodell entwickelt hat, und dass wir im Gegensatz zu anderen Bundesländern – leider auch im Gegensatz zu Baden-Württemberg, unserem unmittelbaren Nachbarland – nicht weniger Verkehr auf der Schiene bestellen und finanzieren, sondern mehr Verkehr. Allein im kommenden Jahr werden auf der Schiene zusätzlich 800 000 Kilometer gefahren werden.

In diesem Bereich wollen wir vor allem durch Kostensenkungen infolge verstärkten Wettbewerbs und durch Ausschreibungen Einsparungen erzielen. Allerdings darf das natürlich nicht zu Serviceeinschränkungen führen, die auch mir nicht gefallen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Zugbegleiterabbau!)

– Herr Kollege Dr. Beyer, weniger Zugbegleiter, genau darauf möchte ich hinaus. Im nächsten Jahr soll es 5 % weniger Zugbegleiter geben. Das bedeutet ein Defizit an Sicherheit; das bedeutet fehlende Ansprechpartner im Zug. Hinzu kommt, dass künftig im Zug kein Fahrsccheinverkauf mehr stattfinden soll. Wer weiß, wie häufig Automaten gestört sind und dass es immer noch sehr viele Bahnbenutzer gibt, die ihre Fahrkarte nicht im Internet kaufen, kann sich vorstellen, dass hier die DB Regio alles andere als eine praktikable Maßnahme ergreift.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Private Betreiber machen es der DB Regio vor, wie man das besser lösen kann. Beispielsweise können Sie im ALEX, im Allgäu Express zwischen München und Oberstdorf, ohne Mehrkosten nachlösen. Auch ist dieser Zug nach wie vor mit zwei Zugbegleitern besetzt. Das ist also machbar. Wir dürfen die DB Regio und die Betreiber sich nicht darauf hinausreden lassen, dass sie aus Kostengründen zu dieser Maßnahme gezwungen seien.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Die Überschüsse, die die DB AG erzielte, stammen im Wesentlichen aus dem Regio-Bereich. Daher kann auf diesem Gebiet eine angemessene Qualität geboten werden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sehr gut, Herr Kollege!)

Die Qualität ist auch im Busverkehr nicht gerade optimal, dies gilt vor allem für Schulbusse. Wir sollten auf die Aufgabenträger und natürlich auch auf die durchführenden Unternehmen einwirken, dass sie auch Schüler als normale Fahrgäste und Kunden betrachten, nicht nur als Beförderungsfälle. Wir geben auch für diesen Bereich sehr viel Geld aus. Daher sollten wir auch überprüfen und wissen, was draußen damit gemacht wird.

Als positiv möchte ich erwähnen, dass wir die allgemeinen ÖPNV-Zuweisungen in den Jahren 2007 und 2008 um je 4 Millionen Euro erhöhen konnten.

Unerfreulich ist die lange Dauer vieler Investitionsvorhaben in die Schiene und in die Straße. Der schleppende Ausbau der Infrastruktur behindert die Wirtschaft und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger. Die Mittel für den Staatsstraßenbau konnten wir durch einen Antrag der CSU-Fraktion nun um jeweils 5 Millionen Euro pro Jahr erhöhen – das haben wir gestern beim Haushalt des Innenministers gehört –, sodass wir in den Jahren 2007 und 2008 jeweils 141 Millionen Euro zur Verfügung haben werden. Diese Mittel werden im Wesentlichen der Bestandserhaltung und dem Neubau von Ortsumfahrungen zugutekommen.

Beim Ausbau des Schienennetzes erleben wir immer wieder Verzögerungen und die Nichteinhaltung von Zeitplänen; hierfür einige Beispiele, jedoch ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Das „Neitech-Projekt Allgäu“ sollte 2001 fertig gestellt sein. Derzeit ist die erste Stufe dieses Projekts im Bau, und es wird, wenn wir Glück haben, Ende des nächsten Jahres fertig sein. Hinsichtlich der zweiten Stufe sind noch nicht einmal detaillierte Planungen erfolgt. Ich verweise auch auf das Ausbauprogramm der S-Bahnen in München und Nürnberg. Auch da hinkt die Realität den ursprünglichen Planungen weit hinterher. Gleiches gilt für den Regio-Schientakt Augsburg und für die Schienenanbindung des Flughafens München. Hier haben wir zum einen den Erdinger Ringschluss und die Walpertskirchener Spange, zum anderen den Ausbau zwischen Erding und München-Ost. Noch vor eineinhalb Jahren hat uns Otto Wiesheu im Ausschuss erklärt, er gehe davon aus, dass diese Projekte im Jahr 2010 beenden

seien. Mittlerweile sind wir froh, wenn wir bis dahin mit dem Bauen beginnen können. Dies zeigt natürlich, dass wir dafür zu wenig Mittel zur Verfügung haben. Auch ich wünsche mir insofern einen Nachtragsetat, damit wir künftig die Investitionsquote wieder erhöhen und das hier notwendige Geld effektiv einsetzen können.

Von 2006 bis 2010 sind für Aus- und Neubaumaßnahmen durch den Bund lediglich 4,1 Milliarden Euro für den Schienenbereich vorgesehen. Dies reicht natürlich bei Weitem nicht aus, um auch nur die dringendsten Ausbauprojekte des Bundesverkehrswegeplans voranzubringen.

Positiv zu vermelden ist, dass sich bei der Anbindung des Chemiedreiecks endlich etwas bewegt. Auch in Bezug auf die Güterzugumfahrung Fürth haben wir positive Signale bekommen, um hier den Eisenbahnknoten Nürnberg – Fürth entflechten zu können. Auch für die Elektrifizierung der Strecke München – Memmingen – Lindau zeichnet sich eine Lösung ab, zumal hier der Nutzen-Kosten-Faktor 1,9 beträgt, was für ein entsprechendes Projekt sehr hoch ist, und das ohne die von der Schweiz angebotenen Vorfinanzierungsmittel in Höhe von 75 Millionen Schweizer Franken. Es geht hier darum, die Finanzierungsverhandlungen zwischen dem Freistaat Bayern, dem Bund und der DB AG alsbald zu beenden, um in die Planung und in den Bau einzusteigen; denn es handelt sich hier um eine äußerst wichtige Anbindung an die neue Eisenbahn-Alpentransversale der Schweiz. Wir wissen, dass neben dem Ost-West-Verkehr insbesondere auch der die Alpen querende Verkehr in den nächsten Jahren sehr stark zunehmen wird.

Bayern ist als bedeutendes Transitland Schnittpunkt der transeuropäischen Netze Paris – Stuttgart – München – Wien – Budapest/Bratislava und Berlin – München – Verona – Neapel – Palermo. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass im Freistaat Bayern keine Engstellen zwischen Augsburg und Stuttgart bzw. zwischen München und Kufstein entstehen und daher auch gegenüber der Bahn und dem Bund immer wieder anmahnen, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die von der EU-Osterweiterung besonders betroffenen Verkehrsverbindungen müssen für das zusammenwachsende Europa fitgemacht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem meine Vordredner auch auf den Transrapid eingegangen sind, auch von mir einige Sätze dazu. Wir sehen ihn nach wie vor als ideales Verkehrsmittel zur Verbesserung der Flughafenanbindung in München an.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das haben wir uns gedacht!)

– Ja, sehen Sie; jetzt habe ich Sie nicht überraschen können. Auch Sie haben mich mit Ihren Anträgen nicht überraschen können, die wir ablehnen werden. Von daher also: Warum machen wir überhaupt dieses Spiel, wenn wir ohnehin schon vorher wissen, dass es keinen Wert hat? Von den GRÜNEN sind drei oder vier getrennte Anträge gestellt worden.

Wir sehen im Transrapid nach wie vor eine hoheverkehrliche Bedeutung angesichts des in den nächsten Jahren starken Wachstums des Flughafens. Die derzeitige Anbindung an den Münchner Hauptbahnhof ist nicht ausreichend. Mit dem Transrapid können wir die Reisezeit von derzeit über 40 Minuten auf 10 Minuten verkürzen und haben damit eine hohe Attraktivität und erhebliche zeitliche Vorteile für Reisende, die insbesondere als Umsteiger aus Nürnberg, Ingolstadt, aus Ulm, Augsburg, aus Lindau, Kempten, aus Garmisch und aus Rosenheim am Münchner Hauptbahnhof ankommen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Regen Sie sich wieder ab! Die Verkehrsprognosen für das Jahr 2020 gehen davon aus, dass rund 8 Millionen Personen pro Jahr den Transrapid nutzen werden, davon rund 3 Millionen Umsteiger vom Auto. Neben dieserverkehrlichen Bedeutung hat der Transrapid natürlich auch eine industriepolitische Bedeutung. Das ist im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ja auch explizit festgelegt: hoher technischer Innovationsgrad und Potenzial für den Export und von daher ein Symbol für die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Rotter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Volkmann?

Eberhard Rotter (CSU): Nein, meine Redezeit ist demnächst zu Ende. Er kann sich dann zu Wort melden.

Bei den Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund ist im November ein wichtiger Schritt nach vorne gemacht worden. Es handelt sich um ein Projekt in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Freistaat. Der Bund wird hierfür ein Gesetz erlassen, und der Freistaat Bayern hat bei der Finanzierungszusage seinen Anteil auf 300 Millionen Euro erhöht; der Bund wird seinen Anteil auf 925 Millionen Euro, sprich: die Hälfte der veranschlagten Kosten erhöhen.

Ganz entscheidend für die Zustimmung zum Transrapid ist für mich persönlich und auch für meine Fraktion, dass Bayern keine Regionalisierungsmittel und keine GVFG-Mittel für den Transrapid einsetzen wird. Dies ist in diesem Haushalt auch deutlich klargestellt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Thomas Beyer (SPD):
Nachdem wir gebohrt haben!)

– Nein, das war nicht Ihr Bohren, sondern das war von Anfang an unsere Überzeugung.

Die Alternative Express-S-Bahn, die unter dem Stichwort „MEX“ bekannt ist, würde nämlich genau das hervorrufen, was Sie dem Transrapid immer vorhalten: Die dafür notwendigen Mittel müssten aus den Regionalisierungsmitteln und aus den GVFG-Mitteln genommen werden, also aus den Nahverkehrsmitteln, die der Bund gemäß § 8 Absatz 2 des Schienenwegeausbaugesetzes zur Verfügung stellt. Von daher ist nur mit dem Transrapid sichergestellt, dass uns die übrigen Nahverkehrsmittel für die Ballungsräume und auch für das Land erhalten bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Verkehrswegeausbau ist für die Wirtschaft und für die Menschen in unserem Lande von erheblicher Bedeutung. Viele Milliarden Euro gehen Jahr für Jahr im Stau verloren. Verkehrsadern sind Lebensadern für die Wirtschaft. Sorgen wir für die nötigen Mittel, um den Bestand zu erhalten und ergänzende Ausbauten und Kapazitätserweiterungen zur Verfügung zu haben. Dem trägt dieser Doppelhaushalt Rechnung. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Huber, wenn er uns die Ehre geben würde.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Er geht nur widerwillig ans Rednerpult!)

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist der erste Doppelhaushalt, den ich dem Hohen Hause in meiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister vorlegen darf. Ich möchte mich zunächst für die sehr pragmatische, kompetente und gute Beratung im Haushaltsausschuss bedanken. Ich bedanke mich bei den Berichterstattern und beim Haushaltsausschuss insgesamt. Eines ist klar, meine Damen und Herren: Das ist zwar kein üppiger, großer Haushalt, weil er keinen Verwaltungshaushalt darstellt, dieser Haushalt ist aber für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns, für die Infrastruktur, für die Technologie und deshalb für die Arbeitsplätze wichtig. Dieser Haushalt gibt uns Möglichkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung auch im nächsten Jahr weiter fortzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von den Kollegen Traublinger und Rotter ist gesagt worden – ich bedanke mich auch für die hervorragende Berichterstattung –: Wir haben im Jahr 2006 einen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland, besonders in Bayern, der weit über die Erwartungen hinausgeht. Wir werden in Bayern ein Wachstum von rund 2,5 % haben. Wir haben – das ist ganz erfreulich – diesen Aufschwung nicht nur im Bereich der Exporte, sondern dieser Aufschwung geht erfreulicherweise quer durch die gesamte Wirtschaft. Wir haben einen Boom bei den Exporten. Wir haben erfreulicherweise nach elf mageren Jahren in der Bauwirtschaft eine deutliche Erholung. In einzelnen Bereichen der Bauwirtschaft bekommt man im Moment die Rohstoffe nicht mehr, die man einsetzen könnte. Wir haben bei der Industrie eine Wende zum Besseren, und wir haben erfreulicherweise auch beim Handwerk ein Umsatzplus von 4 %. Wir haben also ein Wirtschaftswachstum, das quer durchgeht, das erfreulich ist und das auch einen guten Ausblick auf das Jahr 2007 ermöglicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Wirtschaftswachstum, das eben nicht der Statistik dient oder für die bunten Prospekte da ist, sondern das bei den Menschen ankommt. Wir haben im November 2006 in Bayern rund 70 000 Arbeitsplätze mehr als im Vorjahr gehabt. Das heißt, dass 70 000 Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz haben. Wir haben erfreulicherweise im

ganzen Land ein gutes Angebot an Ausbildungsplätzen. In diesem Zusammenhang möchte ich – ich nehme an, auch in Ihrer aller Namen – vor allem den mittelständischen Unternehmen, den Handwerkern herzlich danken für die Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen. Das ist ein Ausdruck sozialer Verantwortung gerade des Mittelstandes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wir sollten gerade diese Ausbildungsbereitschaft des Mittelstandes und des Handwerks weiter stärken. Das Angebot an Ausbildungsplätzen geht über den Bedarf der nächsten Jahre hinaus. Dort wird auch auf Vorrat und aus sozialer Verantwortung ausgebildet. Das ist außerordentlich positiv.

Herr Kollege Beyer, ich würde Ihnen empfehlen, die Lachnummer, diesen Aufschwung dem gescheiterten Bundeskanzler Schröder zuzuschreiben, nicht mehr zu bringen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Thomas Beyer (SPD): Die Geschichte gibt einem eben recht!)

Ich könnte im Gegenzug sagen: Huber kam, und mit der Wirtschaft ging es aufwärts.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Ich habe nicht gesagt, dass das eine unmittelbare Kausalität ist. Widerlegen können Sie das aber auch nicht. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir gemeinsam die Weichen so stellen, dass es auch in der Zukunft weitergeht.

Meine Damen und Herren, besonders freut mich, dass wir in diesem Jahr wiederum eine Stärkung der Exportfolge haben werden. Wir haben bei der Industrie eine Exportquote von etwa 47 %. Erfreulich ist, dass wir in der Zwischenzeit auch beim Mittelstand eine Exportquote von nahezu 30 % haben. Das heißt, auch die kleinen und mittleren Unternehmen sind zunehmend auf den europäischen und den Weltmärkten erfolgreich. Wir geben durch unsere Außenwirtschaftspolitik auch entsprechende Unterstützung.

Meine Damen und Herren, mein Eindruck ist, dass die deutsche Wirtschaft am Ende dieses Jahres selbstbewusster in diesen globalen Wettbewerb geht als in den vergangenen Jahren. Wir konnten die Standortqualität in Bayern deutlich verbessern. Ich bin stolz darauf, dass es gerade in den letzten Wochen wichtige Investitionsentscheidungen ausländischer Unternehmen für den Standort Bayern gab. So hat zum Beispiel das österreichische Unternehmen OMV angekündigt, im Chemiedreieck bis zum Jahr 2010 Investitionen in einer Größenordnung von 1,3 Milliarden Euro vorzunehmen. Das ist ein überzeugender Beweis für die Qualität des Standortes Bayern.

Der finnische Papierkonzern Myllykoski wird eine Papierfabrik mit einem Investitionsvolumen von 500 Millionen Euro bauen. Der Konzern hat ursprünglich einen Stand-

ort in Tschechien gewählt. Wir sind ins Rennen gegangen und haben die Standortqualität, die Rechtssicherheit, die Verkehrsbedingungen, die Energieversorgung, die Rohstoffversorgung und insgesamt die Stabilität Bayerns in die Waagschale geworfen. Wir haben dann knapp vor einem tschechischen Standort das Rennen gemacht. Diese 500 Millionen Euro werden im östlichen Bayern eingesetzt. Diese zwei ausländischen Konzerne haben nicht nach Standortpatriotismus entschieden. Sie sind nach Bayern gegangen, weil wir die besseren Bedingungen stellen. Meine Damen und Herren, ich ersehe daraus, dass die langjährige Arbeit der Staatsregierung mit dem Ziel, den Standort für den internationalen Wettbewerb zu rüsten, bereits heute Erfolge zeitigt.

(Beifall bei der CSU)

Das sind nur zwei Beispiele. Es gibt eine Reihe weiterer Beispiele dafür, dass Unternehmen nach Bayern zurückkehren. Offenbar gab es in den vergangenen Jahren bei Entscheidungen, bei denen hauptsächlich Zahlen, Fakten und Daten eine Rolle spielen sollten, die Grundstimmung, man müsse in Tschechien oder in Osteuropa investieren. Das ist auch nicht völlig falsch; denn um diese Märkte zu bedienen, muss man dort gelegentlich investieren. Die Verlagerungen von Produktionen nach Osten waren aber mehr oder weniger ein Mainstream. Mancher hat gedacht, wenn er hier nicht dabei ist, hätte er keine Chance mehr.

Heute erleben wir, dass immer mehr Mittelständler wieder zurückkommen, dass sie Investitionen und Fabrikationen aus Osteuropa zurückführen und wieder auf den Standort Bayern setzen. Das ist für mich – über alle Zahlen hinweg – ein unwiderleglicher Beweis dafür, dass wir attraktiv und im weltweiten Wettbewerb erfolgreich sind. Die hohe Qualifizierung unserer Menschen und die höhere Flexibilität, die wir heute haben, bieten gute Chancen für die Zukunft. Wir sollten das Jammern über den Wirtschaftsstandort beenden und stattdessen zu Entscheidungen kommen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Wer war denn immer am Jammern?)

Wir brauchen auch gute Verkehrsverbindungen. Meine Damen und Herren, die Politik der GRÜNEN, neue Technologien schlichtweg abzulehnen und alle Verkehrsinvestitionen zu bekämpfen, führt uns mit Sicherheit nicht in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen die Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre, wie sie mir vorschwebt, skizzieren. Als Erstes möchte ich das innovative Bayern herausstellen. Um in einem Hochpreisland wettbewerbsfähig zu sein, müssen wir bei den Produkten und bei den Prozessen besser und schneller als die Wettbewerber sein. Das ist leicht gesagt und schwer umgesetzt. Ich sehe aber nicht nur bei den großen Unternehmen, sondern auch beim Mittelstand, dass die Investitionsbereitschaft, die Anpassung an den technischen Fortschritt und die Flexibilisierung, zum Beispiel bei der Arbeitszeit, zunehmen.

Die Staatsregierung wird diese Innovationsfähigkeit des Landes weiter unterstützen und fördern. Die „Offensive Zukunft Bayern“ und die „Hightech-Offensive“ haben uns ein großes Stück und einen gewaltigen Sprung nach vorne gebracht. Ein Satz zum Wissenschaftsminister: Bayern hätte nicht zwei von drei Elite-Universitäten in Deutschland, wenn diese Initiative nicht gewesen wäre.

(Beifall bei der CSU)

Damit kann man weltweit punkten. Wir werden diese Innovationsfähigkeit durch die Clusterinitiative „Allianz Bayern Innovativ“ weiter stärken, die Sie im Prinzip mittragen. Ich bedanke mich, dass dafür rund 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Wir werden diese Initiative nutzen, um dem Mittelstand im ganzen Land die Möglichkeit zu geben, an den Forschungsergebnissen und am Technologietransfer teilzunehmen. Herr Kollege Dr. Beyer, der Mittelständler, den Sie genannt haben, hat keine Ahnung von der Clusterinitiative. Ich empfehle Ihnen: Fragen Sie lieber den Huber als irgendeinen rückständigen Mittelständler.

(Zurufe von der SPD: Der alte Huber! – Rückständiger Mittelständler, das muss man sich merken!)

– Wer Herrn Dr. Beyer etwas Falsches sagt, kann nur rückständig sein.

Die genannten 50 Millionen Euro waren nie für die Eröffnung von Forschungs- und Entwicklungstöpfen gedacht. Dieses Geld geht in den Prozess der Vernetzung. Im Moment haben wir etwa 2600 Unternehmen nach einem Dreivierteljahr. Das ist ein gutes Ergebnis. Unser Ziel ist, im Endausbau etwa 10 000 Unternehmen in Bayern zur Mitwirkung an der Clusterinitiative, an diesen 19 Clustern, zu bewegen.

Ich füge hinzu: Die großen Unternehmen in den Ballungszentren – ich nenne nur München oder Nürnberg – haben kein Problem mit der Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachhochschulen. Der kleine Mittelständler aus dem flachen Land kommt jedoch in der Regel gar nicht in die Forschungszentren der Universitäten hinein. Diesem kleinen Mittelständler müssen wir die Türe öffnen.

Die Clusteroffensive war von Anfang an darauf angelegt, dem Mittelstand Chancen zu geben und die Möglichkeiten des ländlichen Raums zu fördern, weil dies in Ballungsgebieten und bei Global Playern nicht nötig ist. Dies ist ein Angebot zu einer großen Offensive der Innovation für den Mittelstand in Bayern.

Hinsichtlich der zweiten Säule hatten wir von Anfang an vor, der Kommunalpolitik ein Angebot zu machen. Wir bieten dem Landkreistag und den Landräten ein Regionalmanagement an. Wir wollen regionale Konzepte ausarbeiten, um – wie man das so sagt – endogene Potenziale zu schöpfen.

Als zweiten Punkt möchte ich den Mittelstand und das Handwerk ansprechen. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze – es sind

sogar fast drei Viertel der Arbeitsplätze – bei den mittelständischen Unternehmen sind. Die Global Player und der Mittelstand stehen jedoch nicht gegeneinander; vielmehr gibt es zahlreiche Verflechtungen. Ich möchte die Leistungen der mittelständischen Unternehmen in besonderer Weise würdigen; denn sie sind es, die in schwierigen Jahren Arbeitsplätze gehalten und Arbeitsplätze geschaffen haben. Der Mittelstand ist das Rückgrat der Arbeitsplätze in Bayern. Ich habe seine Ausbildungsleistung gewürdigt.

Ich bedanke mich dafür, dass der Haushaltsausschuss für die Mittelstandsförderungen die Gelder für das Mittelstandskreditprogramm – MKP – für die Jahre 2007 und 2008 erhöht hat. Wir können diese Gelder für die Mittelstandsförderung sehr gut gebrauchen. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben kritisiert, dass wir diese Mittel in der Vergangenheit abgebaut hätten. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass kein Antrag, der bei der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung – LfA – eingegangen ist, deshalb abgelehnt wurde. Natürlich hat die Investitionstätigkeit in dieser Zeit wirtschaftlicher Schwäche und konjunkturellen Abschwungs abgenommen. In diesem Jahr hat die Anzahl der bei der LfA eingegangenen Anträge jedoch um mehr als 50 % zugenommen. Auch die Darlehensvolumina sind um mehr als 50 % gestiegen. Wir können dieses Programm selbstverständlich das ganze Jahr aufrechterhalten.

Das zeugt davon, dass der Mittelstand Zuversicht gewonnen hat und dass er wieder investiert. Wir werden ihn selbstverständlich dabei begleiten. Ich glaube aber, wir müssen noch mehr tun, um die Eigenkapitalbasis des Mittelstandes zu stärken. Deswegen hat Bayern gesagt: Wenn es zu einer Unternehmensteuerreform kommt, dann muss eine starke Mittelstandskomponente hinein. Der der SPD angehörende Finanzminister in Berlin hat einen Entwurf vorgelegt, der zuerst nur die Kapitalgesellschaften begünstigt hat, während er für die Kleinen nichts übrig gehabt hat. Es war die Leistung Bayerns, dass diese Komponente mit hineinkommt.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden diese Mittelstandsförderung auch in der Zukunft fortsetzen. Ich glaube, dass der Gesetzentwurf, der dem Hohen Hause zur parlamentarischen Beratung vorliegt, eine gute Grundlage dafür ist. Wenn das Hohe Haus den einen oder anderen Punkt weiter verbessert, kann ich das nur begrüßen.

Ich möchte als besondere Chance den Tourismus herausstellen. Ich habe den Eindruck, dass diese Branche unterbewertet ist. Man muss sich vor Augen halten – Bayern ist das Tourismusland Nummer 1 in Deutschland –, dass mehr als 300 000 Arbeitsplätze vom Tourismus abhängen und dies zusammen mehr ausmacht als die Arbeitsplätze bei der Automobilproduktion und bei den Zulieferern. Bayern hat natürlich gute Chancen, seine Position weiter auszubauen, obwohl wir in einem weltweiten Wettbewerb stehen. Ich kann nicht verstehen, wie man zu einem Preis von 19 Euro, 29 Euro oder 39 Euro nach Mallorca oder sonst wohin fliegen kann, ich will damit aber nur die Wettbewerbssituation darstellen. Wir haben gute Karten.

Die Zahl der Ankünfte steigt, bei den Übernachtungen geht es manchmal etwas zurück, weil die Aufenthaltsdauer kürzer ist, aber wir werden einen deutlichen Schub beim Winter- und Sommertourismus geben. Ich darf dem Hohen Haus mitteilen, dass die Staatsregierung am Montag beschlossen hat, aus Geldern unseres Haushalts und des Haushalts der LfA ein Sonderförderprogramm mit zinsverbilligten Darlehen in der Größenordnung von 100 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre aufzulegen, um Modernisierungen und Investitionen bei der Hotellerie durchzuführen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sehe unser Land dabei in einem Wettbewerb mit Österreich, glaube aber, dass wir sehr gute Chancen haben. Wir werden auch die Skiweltmeisterschaft 2011 in Garmisch-Partenkirchen dazu nutzen, Garmisch zu einem der besten Wintersportstandorte der ganzen Alpen zu machen. Ich werde am Donnerstag und am Freitag bei der Eröffnung von Beschneiungsanlagen in Oberfranken und Oberbayern sein, weil ich meine, wer den Wintertourismus will, muss auch den Mut zu Investitionen haben.

(Beifall bei der CSU)

Man sieht auch: Die GRÜNEN sind im grünen Abseits, so wie wir es von Ihnen gewohnt sind.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

– Sie werden ja wohl nicht das Skifahren verbieten wollen. Ich trauen Ihnen zwar alles zu, aber das glaube ich doch nicht. Ich bitte Sie, einmal unter ökologischen Gesichtspunkten zu überlegen, ob es nicht vielleicht vorteilhaft ist, am Tegernsee, Spitzingsee oder auch im Allgäu Beschneiungsanlagen zu bauen, um zu vermeiden, dass die Menschen nach Südtirol fahren, wo sie mit einer Wahrscheinlichkeit von 60 % beschneite Pisten vorfinden. Ich meine, wer eine ökologische Bilanz zieht, muss ein klares Ja zum Standort Bayern sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte als weiteren Punkt das Themenfeld Industriestandorte herausgreifen. Es gab in der Wissenschaft und bei den Medien in den letzten Jahren ein Schlagwort: Die Zukunft ist die wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft. Viele reden das nach, obwohl ich glaube, dass das nicht sehr durchdacht ist. Natürlich werden wir die Chancen des Dienstleistungsbereichs nutzen, wer aber einen Dualismus darstellt und sagt, die Zukunft sei die Dienstleistung, während wir die Produktion und Industrielleistung nicht bräuchten, der unterliegt einem verhängnisvollen Irrtum. Wir müssen ein attraktiver Produktionsstandort bleiben. Wer meint, von Blaupausen leben zu können, muss wissen: Wer nicht produziert, wird auch bald keine Blaupausen mehr machen können.

(Beifall bei der CSU)

Die Forschung folgt der Produktion. Hierfür gibt es gute Beispiele. Wir sollten – die Vereinigten Staaten von Ame-

rika haben eine geringere Industriedichte und einen höheren Dienstleistungsgrad – uns die Vereinigten Staaten nicht zum Vorbild nehmen und die Industrie weiter zurückfahren. Wer bei den Industrieprodukten wettbewerbsfähig ist, der hat eine bessere Zukunft. Deshalb sage ich Ihnen zu: Ich werde in meiner Arbeit alles daran setzen, dass auch der Produktionsstandort Bayern auf allen Produktionsfeldern – Automobil, Chemie oder auf anderen Feldern – wettbewerbsfähig bleibt, denn nur dann werden wir vor- und nachgelagert die zukunfts-trächtigen Arbeitsplätze bei uns haben.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist es erfreulich, dass beispielsweise ein DAX-Unternehmen wie Linde sein Hauptquartier von Wiesbaden nach München verlegt. Der Freistaat Bayern ist das Land mit den meisten DAX-Unternehmen. Ich möchte den Industrieunternehmen sagen: Die Staatsregierung ist ein verlässlicher Partner für die Zukunft.

Ich möchte auch deutlich machen, dass diese Entwicklung nicht nur den Ballungsräumen zugutekommen darf, sondern auch dem gesamten ländlichen Raum zugutekommen muss. Die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion arbeiten an weiteren Programmen und Konzepten für den ländlichen Raum. Ich freue mich, dass wir in den Jahren 2007 bis 2013 deutlich mehr als in den letzten Jahren für die Regionalförderung tun können. Es stehen uns aus dem EFRE-Programm – europäische Mittel – mehr als 570 Millionen in diesem Zeitraum zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um mehr als 10 %, nahezu 15 % gegenüber der letzten Haushaltsperiode der Europäischen Union. Wir können die Gemeinschaftsaufgabe weiterführen. Wir haben das Gebiet der Gemeinschaftsaufgabe in Ostbayern ausdehnen können. Wir haben 11 % der Gemeinschaftsaufgabe in der Zukunft, und das wird eine deutliche Stärkung der ländlichen Räume bewirken. Wir lassen auch das Grenzland beim Strukturwandel vor dem Hintergrund des Fördergefälles in Bezug auf den Osten nicht im Stich.

(Beifall bei der CSU)

Sehr erfreulich ist, dass Oberfranken bei der Erholung des Arbeitsmarktes einen großen Sprung nach vorne gemacht hat. Wenn man gelegentlich sagt, in Bayern gebe es Unterschiede, dann darf man nicht vergessen: Es wird auf der ganzen Welt kein einziges Land geben, welches eine völlig homogene wirtschaftliche Situation aufweist. Eine solche Annahme wäre auch weltfremd. Dass die Gebiete mit den größten Schwierigkeiten wie Oberfranken und die nördliche Oberpfalz bei der Arbeitslosigkeit unter dem Bundesdurchschnitt West liegen, bringt zum Ausdruck, dass in den letzten Jahrzehnten mit Zähigkeit und Können sowie unter schwierigen Bedingungen die wirtschaftliche Entwicklung vorangebracht wurde. Wir werden diesen Kampf für die Stärkung der peripheren Räume auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Was die sogenannten Datenautobahnen angeht: Wir haben der Telekom deutlich gesagt: Wenn wir beispielsweise der Änderung des Telekommunikationsgesetzes am Freitag im Bundesrat zustimmen, verbinden wir damit

die Erwartung, dass ein gewisser Teil des Wettbewerbsvorteils, den die Telekom hat, auch für Investitionen in das DSL – Digital Subscriber Line – in ganz Bayern zugutekommt. Unser Ziel ist, dass es ein schnelles und breitbandiges Internet in allen Landesteilen gibt.

(Beifall bei der CSU)

Dabei ist die Telekom gefordert. Kabel Deutschland wird modernisieren und ausbauen. Die Bundesnetzagentur hat die Frequenzen bei den Funkmöglichkeiten ausgeschrieben. Wir werden dies in besonderer Weise nutzen. Das Gleiche gilt für die Satelliten. Ich kündige Ihnen an, dass ich den nächsten Monaten ein breit gefächertes Angebot für schnelles Internet in ganz Bayern darstellen werde.

Ein gewaltiges Problem für die wirtschaftliche Entwicklung stellen die Energiepolitik und die Energiepreise dar. Wir haben nach Italien die zweithöchsten Strompreise in Europa.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Beim Gas und bei anderen Energiequellen droht entweder eine starke Abhängigkeit vom Ausland oder eben auch ein starker Preisdruck nach oben. Deshalb muss es unser Ziel sein, im Bereich der Energiepreise ein für die Wirtschaft, aber auch für die Haushalte in Bayern finanzierbares Angebot zu machen. Das ist selbstverständlich.

In diesem Zusammenhang sage ich zur linken Seite des Hohen Hauses: Wer niedrige Strompreise fordert und zugleich aus der Kernenergie aussteigt, tut selber einen gewaltigen Schritt, um die Strompreise in die Höhe zu jagen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Aus der Kernenergie gewinnen wir ganz eindeutig den preisgünstigsten Strom, den wir anbieten können. Daran besteht kein Zweifel.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wer aus der Kernenergie aussteigt, wird in Zukunft schmutzigen und teuren Strom haben.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Und was ist mit der Endlagerung? – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Ich weiß schon, das ist bei Ihnen eine Glaubensfrage, und da hört das Denken auf.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist eine Überlebensfrage!)

Die Alternative wäre, die Kernkraftwerke durch Kohle- oder Gaswerke zu ersetzen, da die regenerativen Energien, die wir fördern und unterstützen, nur einen Teil des Bedarfs auffangen können.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wie ist das mit dem Müllproblem?)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nur zwei Zahlen bringen. Es wird darüber gestritten, ob man die CO₂-Belastung in Deutschland um 10 oder 12 Millionen Tonnen reduzieren kann. Es wird darüber gestritten, ob wir vielleicht noch die eine oder andere zusätzliche Tonne reduzieren können. Wer aus der Kernenergie aussteigt, riskiert eine zusätzliche CO₂-Emission von 150 Millionen Tonnen. Wer da aussteigt, macht wirklich ein Schurkenstück zulasten des Klimas nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wenn Sie mir nun die Stichworte zurufen, Müll-Problematik, abgebrannte Brennelemente und dergleichen mehr, dann nur der Hinweis: Der Salzstock in Gorleben ist fertig, lediglich Umweltminister Gabriel ist nicht in der Lage, dort etwas politisch umzusetzen.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich in den paar Minuten Redezeit, die ich noch habe, etwas zur Verkehrspolitik sagen. Darauf warten Sie doch schon ganz gespannt. Ich bin ja nun auch für die Schiene zuständig. Dazu darf ich Ihnen, Kollege Beyer, gleich sagen, dass in den Zahlen, die Sie zur Busförderung genannt haben, ein Verdreher enthalten war. Ich möchte das kurz richtig stellen. Was die Regionalisierungsmittel angeht, haben wir bei den Mitteln, die wir vom Bund bekommen, einen Rückgang von 150 Millionen und nicht von 67 Millionen. Schauen Sie einmal in den Haushalt hinein. Wir kürzen in der Tat und setzen in den zwei Jahren die Busförderung aus. Und wenn Sie nun die Busförderung zum Zentrum Ihrer Argumentation machen, darf ich Sie daran erinnern, dass lediglich vier Länder in Deutschland eine Busförderung betreiben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich möchte dem Hohen Haus mitteilen, dass ich das Angebot trotz der Kürzung der Regionalisierungsmittel im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs verbessern kann. Überall dort, wo wir neu ausschreiben, sei es das Regionalnetz Augsburg, das Regionalnetz Würzburg oder das Regionalnetz Regensburg – Passau wird in Kürze vergeben –, verbessern wir das Angebot. Wir intensivieren die Takte, und wir werden durch den Wettbewerb mit gleichen Preisen oder sogar mit niedrigeren Preisen ein besseres Angebot bekommen.

(Manfred Ach (CSU): Sehr gut!)

Ich sage dem Hohen Haus zu: Mein persönliches Anliegen ist, einen attraktiven Personennahverkehr in allen Landesteilen zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Aber wir brauchen natürlich auch die großen Verbindungen. Es ist ganz eindeutig so, dass der Flughafen München an seinen Kapazitätsgrenzen angelangt ist.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Stimmt nicht!)

– Herr Magerl, Sie sind bei jeder Prognose des Flughafens immer falsch gelegen; warum sollten wir Ihnen denn jetzt glauben?

(Beifall bei der CSU)

Wir sind jetzt bei rund 30 Millionen Passagieren. Die Landbahnen schaffen im Grund nicht mehr.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und was hält das Klima aus?)

Wir haben folgende Alternative: Entweder wird dieser Magnet für die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Bayern weiter ausgebaut – ich erinnere nur daran: Frankfurt baut, und Berlin baut auch –, oder aber wir bremsen die wirtschaftliche Entwicklung, und zwar nicht nur in Freising oder Erding, sondern in ganz Bayern; denn der internationale Flughafen von München ist heute ein so gewaltiges Plus für die auf Export angelegte Wirtschaft, dass wir ohne diesen Flughafen diese Entwicklung so nicht hätten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Alternative: Entweder wir wollen weiterhin wirtschaftliches Wachstum, moderne Industrie, moderne Wirtschaft und Arbeitsplätze, oder wir bremsen uns ein. Ich bin der Überzeugung, ein Leben und Überleben irgendwo versteckt in einer Nische, kann keine Zukunft dieses Landes sein.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich hat der Flughafen einen Nachteil; er hat keinen Anschluss an die Fernbahn.

(Ludwig Wörner (SPD): Wer ist daran schuld?)

– Mit Sicherheit nicht die, die ihn gebaut haben. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, gäbe es den Flughafen gar nicht.

(Beifall bei der CSU)

Es müssen hier also weitere Maßnahmen hinzukommen. Ich nenne nur den Erdinger Ringschluss. Dazu habe ich den Planungsauftrag gegeben. Leider dauern Planungen und Genehmigungen etwa vier Jahre; wir wollen den Erdinger Ringschluss einschließlich der Walpertskirchner Spange. Ich bin auch ein Befürworter der Marzlinger Spange, weil ich glaube, Ostbayern braucht eine direkte Anbindung an den Flughafen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Ich bin auch ein ganz entschiedener Befürworter des Transrapids. Der Transrapid ist ein hochattraktives und zukunftssträchtiges Transport- und Verkehrsmittel und trägt darüber hinaus zum besonderen Glanz des Tech-

nologiestandortes Bayern bei. Wer den Transrapid nicht fahren lassen möchte, muss die Express-S-Bahn bauen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber diese Express-S-Bahn geht voll in die Regionalisierungsmittel und in das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG – ein. Sie schadet den anderen Verkehrsprojekten in Bayern im Gegensatz zum Transrapid.

(Beifall bei der CSU)

Den Münchnern, auch denen von der SPD, sage ich jetzt noch eines. Wenn Sie die zweite Stammstrecke wollen, die München langfristig auch braucht, dann dürfen Sie nicht glauben, dass Bayern und der Bund gleichzeitig zwei S-Bahn-Projekte in München finanzieren können. Der Transrapid, der aus Sondermitteln finanziert wird, ist die einzige Chance, die großen Verkehrsprobleme vom Flughafen nach München zu lösen. Wir sind uns mit dem Bund einig, dass dies ein Projekt in gemeinsamer Verantwortung ist. Wir wollen bis etwa Februar die Finanzierungsprobleme klären. Damit hoffe ich, im Jahre 2008 mit dem Bau beginnen zu können.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Die Wirtschaft in Bayern läuft gut. Wir werden die wirtschaftliche Entwicklung weiter fördern. Bayern soll das Chancenland Nummer 1 in Deutschland sein und bleiben. Wir wollen die Innovationsfähigkeit weiter stärken. Wir wollen Unternehmerland sein, und wir wollen Gründerland sein, weil das das Beste für die Menschen ist. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nachdem Herr Staatsminister zwar nur ganz knapp, aber doch überzogen hat, können die Fraktionen natürlich darauf bestehen, dass sie diese Zeit zusätzlich bekommen. Ich bitte, mir die Überziehung anzuzeigen. – Eine Minute und 50 Sekunden hat Herr Staatsminister überzogen. Das ist aber nicht weiter schlimm.

(Wortmeldung des Abgeordneten Christian Magerl (GRÜNE))

– Lieber Herr Kollege Magerl, ich bitte Sie, Ihre Zeit einzuhalten. Ich hatte vorhin zwar keine Sitzungsleitung, aber die GRÜNEN haben auch schon fast eine Minute überzogen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das war aber nicht ich! – Widerspruch bei der CSU)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Jetzt heißt es einteilen. – Herr Staatsminister Huber, ich möchte noch ein bisschen auf den Verkehrsteil eingehen. Sie sind absolut auf dem Irrweg. Sie erkennen die Zeichen der Zeit überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Schauen Sie sich doch die neuesten Prognosen an. Die Energie gehört auch zu diesem Haushalt. Am letzten Freitag war im Wirtschaftsteil der „Süddeutschen Zeitung“ ein großes Interview mit einem Berater der amerikanischen Regierung, der fernab jeglicher grüner Umtriebe ist. Er hat klar gesagt, dass er 2010 den Ölpreis bei 200 Dollar pro Fass sieht. Das bedeutet, dass Sie für die Verkehrspolitik die Weichen völlig anders stellen müssen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

nicht für eine dritte Startbahn, nicht für den Transrapid, nicht – auch wenn es in einen anderen Bereich hineingehört – für den riesigen Ausbau des Straßennetzes. Wir brauchen die Busförderung. Wir brauchen den Umweltverbund. Wir brauchen den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs,

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Und Fahrradwege!)

und da sind Sie völlig auf dem Irrweg. Sie fahren dieses Land verkehrs- und energiepolitisch an die Wand.

(Thomas Kreuzer (CSU): Fahrrad- und Wanderwege!)

Sie sagen, wir hätten bei den Prognosen immer falsch gelegen. Ich kann Ihnen genau sagen, wo Sie völlig falsch liegen.

(Manfred Ach (CSU): Das halte ich für ein Gerücht, Herr Kollege!)

Sie liegen diesmal wieder falsch. Sie werden es sehen. Das sind keine Gerüchte. Regen Sie sich nicht auf, Herr Kollege. Ich habe die Sachen nicht dabei.

(Manfred Ach (CSU): Ich will es schwarz auf weiß sehen!)

Ich kann es Ihnen aber schriftlich belegen. Sie sind hier völlig auf dem Irrweg. Kehren Sie um und stimmen Sie insbesondere bezüglich der Luftfahrt unseren Anträgen zu. Das ist der richtige Weg. Kehren Sie um!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Von der SPD-Fraktion wird mir signalisiert, dass Herr Dr. Beyer auf seine Wortmeldung verzichtet.

(Beifall bei der CSU – Manfred Ach (CSU): Das ist lobenswert! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Es ist schon alles gesagt!)

Damit liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6643

mit 6647, 6680 und 6701 mit 6711 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6934 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den zur Ablehnung empfohlenen Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – „Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden“ – auf Drucksache 15/6704 in der beantragten namentlichen Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.04 bis 15.09 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen! Ich unterbreche die Sitzung, bis gezählt ist, ich bitte Sie aber hierzubleiben, weil wir dann noch über den Einzelplan 07 endgültig beschließen müssen.

(Unterbrechung von 15.09 bis 15.13 Uhr)

Ich bitte, Platz zu nehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, Platz zu nehmen.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 15/6704 bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 131 Abgeordnete. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6934 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge – soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist – gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung

zugleich als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 15/6934 – weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 15/6680 seine Erledigung gefunden hat. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6607 mit 15/6611), Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6626 mit 15/6629)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Deshalb sind hier 32 Minuten vorgesehen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erstem Redner darf ich Herrn Kollegen Eckstein das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Kurt Eckstein (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Folge der Forstreform und der daraus entstandenen Ämter für Landwirtschaft

und Forsten wurden im Doppelhaushalt 2007/2008 die beiden ehemals selbstständigen Haushalte 08 und 09 zusammengelegt, um die sich abzeichnenden Probleme zweier Haushalte in einem Haus abzuwenden. Die Kapitel der gemeinsamen Verwaltung werden zusammengelegt, um die Verwaltungsaufgaben einheitlich darstellen zu können. Die Fach- und Förderkapitel bleiben dagegen wie bisher getrennt in eigener Zuständigkeit. Die Gesamtausgaben im neuen Einzelplan 08 erhöhen sich um die Summe des Forsthaushalts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl auch dieser Doppelhaushalt wieder ohne Neuverschuldung auskommt, gehen die Probleme, die es im Landwirtschaftshaushalt in diesem Jahr gibt, nicht von Bayern, sondern von der EU aus. Wie bekannt und schon häufig beklagt, werden die Mittel der zweiten Säule von der EU in der neuen Programmplanungsperiode 2007 bis 2013 gekürzt. Diese Kürzungen wirken sich in unserem Haushalt sehr negativ aus, und zwar im Jahr 2007 mit minus 80 Millionen Euro und im Jahr 2008 mit minus 85 Millionen Euro.

Natürlich wurde von der Opposition und auch von anderen sofort gefordert, dass Bayern die Kürzungen aus Landesmitteln ausgleichen solle. Dass dies für den gesamten Betrag nicht möglich ist, war klar, wenn der Gesamthaushalt nicht aus den Fugen geraten soll; denn es wird von der EU auch in anderen Haushalten eingespart, und auch dort wäre sofort die Forderung nach einem hundertprozentigen Ausgleich gekommen.

Durch intensive Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister und durch den Einsatz und mit der Unterstützung vieler Kolleginnen und Kollegen – ich nenne hier nur den Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses, Herrn Brunner, und unseren Ausschussvorsitzenden Manfred Ach sowie den Kollegen Kupka – ist es gelungen, hier Verbesserungen zu schaffen. In den Haushaltsentwurf des Finanzministers wurden schon neue Mittel eingestellt, und – was in keinem anderen Bundesland der Fall ist – die Kofinanzierungsmittel von 107 Millionen Euro wurden im Landwirtschaftshaushalt belassen.

(Beifall bei der CSU)

Wie gesagt, das ist nur in Bayern der Fall. Alle anderen Bundesländer kürzen die Kofinanzierungsmittel.

Ferner werden im Entwurf für die einzelbetriebliche Förderung pro Jahr 20 Millionen Euro neu bereitgestellt, für die Dorferneuerung werden jährlich Mittel in Höhe von 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CSU)

Auf Antrag der CSU-Fraktion werden im Haushaltsjahr 2007 zusätzlich 15 Millionen, im Haushaltsjahr 2008 weitere 4,5 Millionen neue Mittel zur Verfügung gestellt. Das ist eine Kraftanstrengung, zumal man dazurechnen muss, dass im Einzelplan 12 3,6 Millionen mehr für Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz bereitgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Da kann man durchaus von einem Kraftakt der CSU-Landtagsfraktion und der Staatsregierung zum Wohle der Landwirtschaft sprechen. Im Haushalt 07 werden damit insgesamt 40 Millionen Euro frische Landesmittel bereitgestellt. Das ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können. Ich bedanke mich ausdrücklich bei meiner Fraktion dafür, dass sie diese Vorschläge mitgetragen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass aber die dann noch fehlenden 40 Millionen aus der Kürzung der EU zu Umgestaltungen von Programmen führen werden, ist leider nicht zu verhindern. Besonders schmerzlich ist, dass sich die Kürzungen der EU direkt auf die Einkommen der Landwirte auswirken werden, was bei den Kürzungen, die wir im Bereich der Landwirtschaft natürlich auch vornehmen mussten, bei unseren Sparhaushalten, nie der Fall war. Wir haben es immer geschafft, die Direktzahlungen außen vor zu lassen. Die veränderte Programmplanung muss so gestaltet werden, dass die Einsparungen auf alle Bereiche gerecht verteilt werden. Das wird noch eine große Aufgabe für das Ministerium, aber auch für uns alle werden, um auch weiterhin eine flächendeckende Landbewirtschaftung in Bayern zu gewährleisten. Denn wir sind uns, glaube ich, alle in der Auffassung einig: Die preiswerteste Landschaftspflege wird durch Landwirte garantiert.

(Beifall bei der CSU)

Jede Gemeinde, die, aus welchen Gründen auch immer, die Landschaftspflege von ihrem Bauhof erledigen lassen muss, wird das gerne bestätigen. Die Meisterung dieses Problems wird sicherlich nicht leicht werden. Aber davon zu sprechen, dass die Kulturlandschaft in Bayern massiv bedroht sei und der Untergang der Öko-Landwirtschaft bevorstehe, wie es der Bund Naturschutz und seine Hilfstruppen

(Heidi Lück (SPD): Wir sind keine Hilfstruppen!)

tun, ist überzogen. Ich warne, vor allem in Richtung der Opposition, sehr nachdrücklich davor, wieder mit der Unterscheidung zwischen großen und kleinen Betrieben zu beginnen. Wir hatten diese Unterscheidung schon mal nach dem Muster: hie die Guten, hie die Bösen. Bayern braucht nämlich für die Erhaltung der Kulturlandschaft, wenn sie flächendeckend bleiben soll, ein festes Gerüst von starken und leistungsfähigen – ich sage ausdrücklich nicht „großen“ – Vollerwerbsbetrieben, umgeben von einem leistungsfähigen Netz von Zu- und Nebenerwerbsbetrieben, die aber auch einen Anspruch auf Gewinnerzielung aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit haben. Mit einer reinen Hobby- oder Nostalgielandwirtschaft werden wir die gesteckten Ziele nicht erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben das Zahlenwerk im Haushaltsausschuss sehr ausführlich beraten. Darum will ich hier nur einige wichtige Zahlen nennen. Die bereinigten Gesamtausgaben im Jahr 2007 belaufen sich auf rund 1,2 Milliarden Euro. Das bedeutet gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 eine Minderung von 3 %. Das ist genau die Kürzung, die uns die EU verordnet hat. Im Haushalt 2008 wird der Ansatz wieder

auf etwas über 1,9 Milliarden Euro ansteigen. Zusätzlich werden pro Jahr 990 Millionen Euro an Direktzahlungen der EU in der ersten Säule an die bayerische Landwirtschaft ausbezahlt. Wie bereits aufgeführt werden die EU-Mittel von 250 Millionen Euro auf 191 Millionen Euro im Jahr 2007 und auf 182 Millionen Euro im Jahr 2008 sinken. Davon stehen 170 bzw. 165 Millionen Euro für das neue Programm ELER zur Verfügung, und das LEADER-Programm ist mit 13,6 Millionen Euro ausgestattet. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – GAK –, die von Bund und Land im Verhältnis 60 zu 40 finanziert werden, sinken leicht um 1 Million Euro. Die GAK-Mittel entfallen – hier nenne ich nur die wichtigsten Posten – auf das einzelbetriebliche Förderungsprogramm, auf Flurordnung und Dorferneuerung, auf die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete. Hier will ich darauf hinweisen, dass Bayern eines der wenigen, eines der letzten Länder ist, die das bezahlt. In dieser Höhe wird es nirgends bezahlt.

(Beifall bei der CSU)

In Kapitel 08 03/08 05 sind die sonstigen Förderprogramme mit 226 Millionen Euro eingestellt.

Ich komme zum Forst im neuen Einzelplan 08. Die Zusammenführung der beiden Haushalte war eine sinnvolle und konsequente Schlussfolgerung aus der Verwaltungsreform. Die Ämter für Land- und Forstwirtschaft vor Ort hätten unnötige Reibungspunkte und Doppelarbeit bekommen, wenn in einem einzigen Amt zwei Haushalte hätten geführt werden müssen. Auch die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Abteilungen ist vor Ort wesentlich besser, als gemeinhin dargestellt wird. In dieser Frage ist es, wie es oft im Leben ist: Wenn etwas ruhig und gut verläuft, wird nicht darüber gesprochen. Wenn aber irgendwo Schwierigkeiten auftreten, werden sie aufgebauscht, um die Reform in ein schlechtes Licht zu rücken. Wenn man nachfragt, ergibt sich oft, dass die Probleme häufig im persönlichen Bereich und in Reibungen von Personen begründet sind. Alles in allem ist die Reform auf einem guten Weg.

Ich bedanke mich ausdrücklich im Namen der CSU-Landtagsfraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Forstbetrieb und im hoheitlichen Bereich für die Erfüllung der sicher nicht leichten Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte Sie, Herr Minister Miller, diesen Dank weiterzugeben.

Ich warne aber davor, die erreichte Zweistufigkeit durch organisatorische Maßnahmen wieder zu unterlaufen. Wir werden dies sehr sorgfältig beobachten.

(Beifall bei der CSU)

Aufgrund der gestiegenen Holzpreise und der Steigerung des Absatzes ist es möglich geworden, die geplanten Einnahmen und auch die Gewinnablieferung zu erhöhen. Die teilweise Verwendung dieser Beträge außerhalb des

Forstes kann unter den gegebenen Umständen verantwortet werden, sollte aber nicht zur Regel werden.

(Beifall bei der CSU)

Im Entwurf des Doppelhaushalts der Staatsregierung bewegte sich die Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes mit 18,5 Millionen Euro auf dem gleichen Niveau wie 2006. Angesichts der aktuellen Borkenkäfersituation und der dadurch notwendigen Wiederaufforstungsmaßnahmen sind zusätzliche Mittel erforderlich. Darum hat die CSU-Fraktion in diesem Bereich für das Jahr 2007 eine Erhöhung um 5 Millionen Euro vorgesehen, im Jahr 2008 ist eine Erhöhung von 2 Millionen beantragt und vom Haushaltsausschuss beschlossen worden. Auch dafür gilt mein herzlicher Dank der Fraktion.

In den neuen forstlichen Förderrichtlinien wird der waldbauliche Schwerpunkt auf den vorbeugenden Waldumbau gesetzt. Ziel sind weniger schädlingsanfällige Mischwälder und die Verjüngung und der Umbau von Schutzwäldern. Um die im Rahmen des Waldpaktes getroffenen Zusagen halten zu können, wird der Ansatz für die Förderung der forstlichen Zusammenschlüsse um 900 000 auf jährlich 3 Millionen Euro erhöht.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig wird als neuer Schwerpunkt der Abschluss von Waldpflegeverträgen festgelegt. Mit den Mitteln kann eine Förderung in den Fällen erfolgen, in denen forstliche Zusammenschlüsse bei der Zusammenfassung des Holzes aus kleineren Strukturen höhere Kosten zu tragen haben. Dies ist umso notwendiger, als wir in Bayern sehr viel zersplitterten Waldbesitz im Privatbereich haben.

Die Änderungsanträge der Opposition haben wir im Ausschuss sehr ausführlich behandelt. Einige dieser Änderungsanträge waren mit unseren Vorstellungen überhaupt nicht vereinbar, andere waren in der Tendenz unserem Änderungsantrag sehr ähnlich. Leider wurden aber Beträge in einer Höhe gefordert, die wir mit Blick auf den Gesamthaushalt nicht vertreten konnten. Darum mussten wir auch diese Anträge ablehnen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Auch der vorliegende Doppelhaushalt zeigt wieder einmal, dass sich die bayerische Landwirtschaft auf die Staatsregierung und auf die CSU-Landtagsfraktion verlassen kann, auch in sehr schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der CSU – Heidi Lück (SPD): Von wegen!)

Abschließend möchte ich mich recht herzlich bei Herrn Staatsminister Miller und all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium für die Erstellung des Haushalts bedanken. Mein Dank gilt allen, die für die bayerischen Bäuerinnen und Bauern tätig sind, in der Landesanstalt, in der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – FÜAK – und in den Ämtern für Landwirtschaft und Forsten vor Ort, für die

gute Beratung und Betreuung der Betriebe. Im Namen der CSU-Fraktion kann ich signalisieren, dass wir dem Einzelplan 08 für Landwirtschaft und Forsten zustimmen werden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Lück. Bitte schön.

Heidi Lück (SPD): Frau Präsidentin, werte Kollegen, werte Kolleginnen! In einem kann ich mich meinem Vorredner anschließen, und zwar dem Dank an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Forstverwaltung und der Landwirtschaftsverwaltung.

(Markus Sackmann (CSU): Das ist ein guter Beginn!)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben – meist gegen uns – viele Entscheidungen getroffen, die die Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Räume betreffen, was leider hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des Sparens passierte. Sie reichen von den Entscheidungen zur Zerschlagung des Staatsforstes, von der Verwaltungsreform, der Schleifung der Abteilung Landwirtschaft in den Bezirksregierungen über ein auf reine Wirtschaftlichkeit ausgerichtetes Landesentwicklungsprogramm – LEP – bis hin zum Agrarwirtschaftsgesetz, dem Bleigürtel, den Sie als Freischwimmhilfe für Landwirte und Selbsthilfeeinrichtungen darstellen. Wer behauptet, dass das alles für Bayern und für die Betroffenen zufriedenstellend gelaufen sei, müsste eigentlich sofort zum Beichten gehen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wenn auch der massive öffentliche Aufschrei fehlt, so erreichen mich – und ich denke, auch Sie alle – täglich massenhaft Briefe und Mails mit Beschwerden gegen die getroffenen Entscheidungen. Oberflächlich betrachtet könnte man meinen, dass Sie im Grunde recht haben, wenn Sie sowohl die Landwirtschaft als auch die Forstwirtschaft als pure Stiefkinder behandeln, weil diese trotzdem permanent um Ihr Wohlwollen buhlen und sich schon sehr darüber freuen, wenn die Ohrfeige mal nicht so heftig ausfällt. Das Dilemma der Landwirtschaft, Herr Minister Miller, resultiert nicht aus diesem Jahr oder aus Ihrer Amtszeit. Nein, die Kurve für den Landwirtschaftshaushalt geht, seit Herr Dr. Stoiber Ministerpräsident ist, permanent nach unten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Während zwischen 2006 und 2008 der bayerische Gesamthaushalt um über 4 % wächst, sinken die Mitteln im Agrar- und Forsthaushalt um 3,1 %, von 2006 auf 2007 sogar um 3,3 %, und – wer möchte es nicht glauben? – es wird im Wahljahr 2008 wieder ein klein wenig aufgebessert auf insgesamt 3,1 %. Es wird ein bisschen zugegeben. Das ist üblich. Im Wahljahr muss man ein paar Geschenke verteilen.

Das Finanzvolumen des Einzelplans 08/09 betrug 1994 noch 5,53 % des Gesamthaushalts, während es 2008 gerade noch 3,28 % sind. Das sollten Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber und Staatsminister Miller, den Bauern sagen, wenn Sie draußen Ihre „großartigen“ Reden schwingen.

Ihr besonderes Anliegen bei der Verwaltungsreform war der Personalabbau. Im Landwirtschaftsbereich wird vor allem in den unteren Rängen gestrichen. Der Wasserkopf bleibt. Die überzähligen Ministerien bleiben auch. Dort könnte man wirklich massiv einsparen.

Das Landwirtschaftsministerium selbst ist mit 3,07 Stellen, das sind 1,1 %, dabei. Zur Sache geht es dann bei den nachgeordneten Behörden: ein Minus von 3,2 % bei den Ämtern für Land- und Forstwirtschaft und den Fachschulen, minus 4,6 % beim Landesamt für Landwirtschaft und vor allem ein Minus von 5 % bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung, obwohl Ihnen die doch angeblich so sehr am Herzen liegen.

Im Übrigen zeigt sich das auch in dem vor Kurzem verabschiedeten Bayerischen Agrarwirtschaftsgesetz. Unter dem Motto „Bürokratieabbau“ propagieren Sie ein schlankes Gesetz, das aber vor Unverbindlichkeiten strotzt. Zusagen werden, wenn überhaupt, in der Erläuterung verklausuliert, damit sich später wirklich niemand sicher darauf berufen kann.

Bürokratieabbau wird lautstark propagiert. Das Gegenteil wird – zumindest bei den Bildungseinrichtungen und Selbsthilfeorganisationen – erreicht. Aber auch das ist nicht neu. Der Bayerische Bauernverband – BBV –, der nicht verdächtig ist, CSU-feindlich zu sein, hat errechnet, dass die Bürokratie unsere Bauern in Deutschland jährlich 800 Millionen Euro kostet und dass einzig in Bayern EU-Vorgaben nicht zu 100 %, sondern meist zu 200 % umgesetzt werden, während sich die anderen Länder mit 80 % bis 100 % zufriedengeben.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Ranner (CSU))

– In Bayern, Herr Kollege Ranner.

Sie propagieren mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Zu welchem Preis die Bauern sich diese bei der dann ausgegliederten Beratung erkaufen müssen, lassen Sie offen. Anstatt ein ordentliches Gesetz zu machen, packen Sie alles in Verwaltungsverordnungen. Diese sind erfahrungsgemäß nicht so dünn wie Ihr Gesetz, sondern einen Meter hoch. Das ist schlimm. Ich sage den Kolleginnen und Kollegen der CSU noch einmal deutlich: Wir sind außen vor, weil das eine reine Verwaltungssache ist und Sie dies mit aller Macht so belassen wollten. So leicht, werte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, lassen Sie sich entmachten.

Herr Minister Miller, um an den legendären Minister Eisenmann anzuknüpfen, hätten Sie Nägel mit Köpfen machen und etwas mehr auf uns hören müssen. Das fängt beim guten Titel, der den ländlichen Raum umfasst, an. Im Gesetz ist dann leider davon überhaupt nichts mehr zu lesen. Ländlicher Raum ist aber mehr als nur Landwirt-

schaft, wenn diese auch das Rückgrat des ländlichen Raums ist.

(Beifall bei der SPD)

Damit fehlen zentrale Ansätze wie bessere Bildungs- und Betreuungsangebote, Sicherung des öffentlichen Verkehrs, neue Einkommensmöglichkeiten beim Fremdenverkehr, Handwerk, Kunsthandwerk, Energieerzeugung und Dienstleistungen. Die unselige Entwicklung aus dem Landesentwicklungsprogramm setzt sich im Agrarwirtschaftsgesetz und jetzt leider auch im Haushalt fort. Obgleich – ich sage es zum wiederholten Male – es keine EU-Vorgabe gibt, konnten Sie sich nicht dazu durchringen, eine Grundförderung für die Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum festzuschreiben. Das bedeutet, dass zum verstärkten Bürokratieaufwand auch noch die Finanzierungsunsicherheit speziell für das Personal kommt, ganz zu schweigen von den fehlenden Möglichkeiten für längerfristige Planungen und Projekte. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Sie angesichts der Fakten neben dem BBV nicht auch die anderen wichtigen Ständesvertretungen wie Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern – LVÖ – und Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. – ABL – in das Gesetz einbezogen haben. Total unangemessen ist Ihre Weigerung, die Forstwirtschaft nicht einzufügen. Hoffentlich ist daraus und im Blick auf das Gespräch mit der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – FÜAK – nicht zu schließen, dass die Forstwirtschaft insgesamt aus Ihrem politischen Blickfeld verschwindet, sozusagen vollkommen in der Landwirtschaft aufgeht.

Außerdem stellt sich mir die Frage, ob die CSU außer Placebos überhaupt noch etwas für unsere Heimat übrig hat.

(Beifall bei der SPD)

Einer der wichtigsten Bereiche in der Förderkulisse der Landwirtschaft Bayerns waren und sind die Programme der zweiten Säule, eben der bayerische Weg, den Minister Eisenmann seinerzeit mit uns gemeinsam begründete. Stolz konnten wir darauf verweisen, dass speziell die Kulturlandschaftsprogramme und die Ausgleichszulagen in benachteiligten Gebieten unser Bayern so erhalten haben, wie wir es lieben, und zwar durch eine kleinteilige, bäuerliche, flächendeckende Landbewirtschaftung.

Obgleich gerade der Ministerpräsident immer darauf gepocht hat, dass mehr Selbstständigkeit und mehr Eigenverantwortung von der EU auf die Länder übertragen werden müssen, knickt er schon beim ersten Schritt der EU – in diese für ihn richtige Richtung – ein. Wieder einmal sind es die anderen, die schuld sind, wenn wir den Haushalt nicht in einer für Bayern gerechten Weise gestalten. Immer sind es die anderen. Dabei hätten wir die fehlenden EU-Mittel in Höhe von 80 Millionen Euro jährlich aus den Geldern aufstocken können, die aus Berlin aufgrund der höheren Steuereinnahmen fließen. So aber lässt die CSU diejenigen, die für das Gesicht Bayerns sorgen, am ausgestreckten Arm verhungern. Es ist ungehörig, was Sie hier tun. Im Haushalt sind für

das Kulap, das Kulturlandschaftsprogramm, lediglich die Mittel eingestellt, die notwendig sind, um die Altverträge zu bedienen. Für neue Verträge ist kein Geld da. Ihre Vorstellung, zum Ausgleich rückwirkend die Altverträge bis zu 20 % zu kürzen, ist für mich eine Vertragsverletzung, für die jedermann vor den Kadi käme.

(Beifall des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Die offensichtlich intern gegebenen Zusagen, im Nachtragshaushalt 2007 eine Erhöhung der Ausgleichszulage zu gewähren, ist für mich eine Frechheit, nichts anderes als ein Wahlversprechen. Wenn die finanziellen Mittel da sind, dann soll der Finanzminister – er ist leider nicht da, offensichtlich interessiert ihn das Thema nicht – das Geld rausrücken, und zwar jetzt und nicht zum Wahlkampf.

(Beifall bei der SPD)

Anders herum gesagt: Wenn es so leicht geht, rückwirkend Verträge zu verändern, warum verändern Sie dann die Verträge mit der Klausner-Gruppe nicht rückwirkend? Da könnten Sie die nötigen Millionen locker für diejenigen hereinbekommen, die auf diese Programme angewiesen sind. Sie können doch nicht laufend mit stolz geschwellter Brust rumlaufen und die tolle Leistung dieser Menschen, unsere Bauern loben, doch wenn es zum Schwur kommt, die Leute über den Löffel balbieren! Genau das tun Sie nämlich in dem festen Glauben, dass es sich hier um so treue CSU-Wähler handelt, dass diese durch nichts zu erschüttern und durch nichts zu verprellen sind. Ich sage Ihnen, auch die Landwirte werden die durchsichtigen Manöver irgendwann durchschauen. Die bisherigen Reaktionen der Politikverdrossenheit sind für mich einzig und allein auf solche Machenschaften zurückzuführen.

(Zurufe von der CSU)

Wir wissen um den Erhalt der Kulturlandschaft und um den Erhalt unserer Almen und Alpen. Wir wissen, dass das nicht zum Nulltarif zu haben ist. Wir kämpfen deshalb für eine gerechte Verteilung der Gelder. Wir kämpfen, Sie tun das aber nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Investitionen für den Erhalt unserer Natur, für den Erhalt unserer ländlichen Räume sind Investitionen in unsere Gesamtgesellschaft.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Staatsforst kann ich nur sagen: Es war schon unglaublich, mit welcher Unsensibilität die Staatsforsten in wirklich jedes Fettnäpfchen getreten sind. Das fing an bei der Betretungsgebühr und ging bis zur Reviervergrößerung:

(Ludwig Wörner (SPD): Bis zum Opferstock!)

Kein Feld wurde ausgelassen, um die Ängste der Forstformgegner am Leben zu erhalten. Erst politische Macht Worte konnten diesem Treiben Einhalt gebieten. Dank der hervorragenden Holzpreise sind die Staatsforsten

zumindest wirtschaftlich gut gestartet und haben überraschend große Gewinne eingefahren. Das haben sie allerdings auch deswegen, weil sie sich einer Menge Personal entledigen konnten, doch darüber sprechen wir nicht. Zu meinem Leidwesen wurden diese Gewinne nicht, wie das zu hoffen und auch nötig gewesen wäre, der notleidenden Forstverwaltung gegeben. Nein, das Geld hat Finanzminister Faltlhauser eingesteckt, während die Forstverwaltung an den Fingern saugen konnte.

(Beifall bei der SPD)

Es gab nicht nur keine der notwendigen Umschulungen, auch die Fortbildungskurse für die Waldbauern konnten wegen mangelnder Ressourcen und fehlender staatlicher Geräte oft nur eingeschränkt und dann auch noch nur mit den eigenen Geräten abgehalten werden. Wenn Sie das von den Förstern verlangen, warum verlangen Sie dann nicht das Gleiche von den Ministern? – Die Kabinettsmitglieder könnten ihre Schreibtische und Schränke doch auch selbst mitbringen. Wenn Sie den Ämtern für Land- und Forstwirtschaft die nötige Grundausstattung verweigern, auch wenn es sich dabei nur um rund 10 000 Euro handelt, dann könnte man durchaus solche Forderungen in den Raum stellen.

Abgesehen davon ist das Geld für die notwendigen Waldumbaumaßnahmen nicht vorhanden, weil das vorhandene Geld lediglich für Wiederaufforstungen nach Kalamitäten, nach Windwürfen und nach Übergriffen von Borkenkäfern gereicht hat. So ist das leider. Der Waldschadensbericht zeigt, dass dieses Vorgehen insbesondere im Hinblick auf die notwendige Sanierung der Alpenschutzwälder mehr als fahrlässig ist. Auch wenn Sie immer wieder hier und dort etwas nachbessern, setzen Sie unterm Strich im Haushalt für Land- und Forstwirtschaft auf Einsparungen, koste es, was es wolle. Sie tun das ohne die notwendige Schwerpunktbildung, die den Bauern, der Natur und somit der ganzen Gesellschaft dienen würde.

Wir lehnen den Haushalt deshalb ab, weil Sie mit diesem Haushalt die Zukunft Bayerns ganz sicher nicht gewinnen werden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Sprinkart steht schon bereit. Bitte schön.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Frau Präsidentin, ich wollte den Beifall für meine Kollegin nicht abwürgen. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, vor meinen Ausführungen, möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landwirtschaftsministeriums für die Erstellung des Haushalts bedanken.

Dieser Haushalt spiegelt die Neuausrichtung der bayerischen Agrarpolitik, die sich schon im Agrarwirtschaftsgesetz in Grundzügen abzeichnete, wider. Die Neuausrichtung ist auf Wachstum und auf Intensivierung gestellt. Kürzungen bei den EU-Mitteln für ländliche Entwicklung, Herr Kollege Eckstein, sind im Übrigen nicht durch die EU-Kommission erfolgt, sondern es handelt sich hier um das Ergebnis des EU-Gipfels im Dezember letzten Jah-

res, als unsere Bundeskanzlerin Merkel es fertig brachte, so zu verhandeln, dass wir diese Kürzungen bekamen. Das geschah ganz im Gegensatz zu den Österreichern und zu sieben anderen Staaten. Diese Länder haben zunächst ihre zweite Säule festschreiben lassen, bevor der gekürzte Rest verteilt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Das zeigt uns, dass die Landwirtschaft gerade in einer CDU/CSU-regierten Bundesregierung, mit einem Landwirtschaftsminister und Staatssekretär von der CSU einen deutlich geringeren Stellenwert hat, als man immer vorgibt. Die Landwirtschaft hat aber ganz sicher einen geringeren Stellenwert als bei dem immer wieder zitierten Nachbarn Österreich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Und was war bei Künast? – Unruhe bei der CSU)

– Sie werden mir erst beweisen müssen, dass den Landwirten unter der rot-grünen Regierung so viel Geld gestohlen wurde wie jetzt in diesem Haushalt. Wenn Sie mir das vorrechnen können, dann sind Sie gut.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will sehr wohl anerkennen, dass Bayern einen Teil der Defizite aus Landesmitteln aufgestockt hat. Die Art und Weise der Aufstockung allerdings und auch die Verteilung der Mittel kann unsere Zustimmung nicht finden. Sie haben 20 Millionen Euro für Investitionsförderung und 15 Millionen Euro für das Kulap zusätzlich bereitgestellt. Für die Investitionsförderung wird also künftig fast genauso viel Geld bereitgestellt wie für das Kulap. Doch während nur 1 % der bayerischen Bauern von der Investitionsförderung erreicht wird, profitieren über 60 % der Betriebe vom Kulturlandschaftsprogramm. Nun werden Sie argumentieren: Wir müssen die Betriebe durch Neuinvestitionen wettbewerbsfähig machen. – Wenn das so wäre, könnte ich dem nichts entgegenhalten. Tatsache ist aber: Auch nach diesen Investitionen erhalten diese Betriebe die gleichen Fördermittel aus der ersten und aus der zweiten Säule wie die Betriebe, die nicht investiert haben und die nicht wettbewerbsfähig gemacht wurden. Das ist doch ein Missverhältnis, das kann so nicht sein.

Ganz im Gegenteil, diese Betriebe, mit staatlichen Mitteln durchrationalisiert, machen doch die Preise. Und der Rest der Bauern kann schauen, wie er damit zurechtkommt.

Sie fördern mit der Investitionsförderung in der neuen Förderperiode auch die Bestandsaufstockung bei Schweinemastbetrieben. Bisher waren diese Betriebe nicht förderungsfähig. Jetzt ist es in das Ermessen der Länder gestellt. Bayern hat sich bewusst dazu bereit erklärt, diese Aufstockung zu fördern. Im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ lese ich, dass der Landkreis Landshut eine Schweinedichte wie Vechta hat. Das hat aber nichts mehr mit bäuerlicher Landwirtschaft zu tun; denn da sind wir auf dem besten Wege in die agrarindustrielle Produktion.

Wir wollen die 20 Millionen Euro lieber im Kulap sehen. Würde die Aufstockung der Schweinemastbetriebe wie in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen von der Förderung ausgenommen, dann würde den Milchviehbetrieben unter dem Strich trotz der Umschichtung deutlich mehr bleiben.

Herr Kollege Eckstein, Sie haben davon gesprochen, dass Sie die Mindereinnahmen oder die Kürzungen gerecht verteilen wollen. Davon kann ich leider überhaupt nichts erkennen. Die Verlierer der Kürzungsmaßnahmen sind eindeutig die Bio- und Grünlandbetriebe, vor allem in den benachteiligten Gebieten. Die Kürzungen pro Hektar liegen zwischen 105 und 205 Euro. Das heißt, dem durchschnittlichen Betrieb im Berggebiet mit 33 Hektar – das können Sie dem Agrarbericht entnehmen – fehlen ab dem nächsten Jahr zwischen 3500 und 6700 Euro pro Jahr. Diesen Betrieben brechen demnach im Durchschnitt 30 % der Beihilfen oder 20 % des Gewinns weg. Ist das die Art und Weise, wie Sie diese Betriebe wettbewerbsfähig machen wollen, wie Sie sie für die zunehmende Globalisierung stärken wollen, wie es im Agrarwirtschaftsgesetz heißt? Genau das Gegenteil ist der Fall.

Wissen Sie, was die größte Dreistigkeit ist? – Dass der Landwirtschaftsminister sagt, bei der Bewertung der Kürzungen dürfe man die Direktzahlungen der ersten Säule nicht außer Acht lassen, seit dem letzten Jahr werde Grünland mit fast 90 Euro gefördert. Im Klartext heißt das: Was Renate Künast mit Hilfe der anderen Länderagrarminister den Grünlandbetrieben im letzten Jahr gegeben hat, stehlen Sie ihnen, Herr Miller, in trauter Eintracht mit der CSU-Fraktion in diesem Jahr wieder. Das ist Ihre Agrarpolitik; das muss man ganz klar sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sowohl Sie, Herr Minister Miller, als auch die CSU waren von Anfang an dagegen, den Wettbewerbsnachteil der Milcherzeuger an den Grünlandstandorten gegenüber den Kollegen an den Maisstandorten zu reduzieren. Einen Ausgleich stellen nämlich die 90 Euro bei Weitem nicht dar. Aber auf diese Tour setzen Sie das wieder durch.

Wissen Sie, was das Schlimmste ist? – Die Grünlandbetriebe lassen sich das ganz offensichtlich auch noch gefallen. Einzig die Alm- und Alpwirtschaft kommt einigermaßen ungeschoren davon. Dort wird weder die Ausgleichszulage noch die Grünlandprämie angetastet. Aber vielleicht hat es sich auch schon bei Ihnen herumgesprochen, dass ohne funktionierende Talbetriebe die Alpwirtschaft auch mit höchsten Fördersätzen keine Zukunft hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas zur Deckelung beim Kulap sagen; auch das macht deutlich, wohin die Reise geht. Beim Kulap, also dort, wo die Bauern das Geld für konkrete Leistungen bekommen, wird gedeckelt. In der ersten Säule dagegen, wo die Bauern wesentlich höhere Summen – wiederum nach dem Willen der Mehrheitsfraktion dieses Hauses – auch für einmaliges jährliches Mulchen bekommen, wobei der Beitrag zur Landeskultur in diesem

Fall wohl mehr als fraglich ist, widersetzen Sie sich mit aller Gewalt jeder Deckelung. Sie sind nicht einmal bereit, über die Höhe der Kappungsgrenzen zu diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächstes Beispiel. Vor einigen Jahren haben Sie die Ausgleichszulage in die Gunstlagen ausgedehnt. Jetzt wird aber überall wieder gleichmäßig gekürzt, ausgenommen die Alpen. Zudem wird bei den Betrieben, wo bisher Härtefallregelungen angewandt wurden, weil sie bei der letzten Ausdehnung über 200 Euro weniger bekommen haben, ab nächstem Jahr gestrichen.

Wenn Sie einmal sehen wollen, wie man die zweite Säule als das Instrument zur Erhaltung der Landschaft, zur artgerechten Tierhaltung und vor allem zur Erhaltung der bäuerlichen Struktur einsetzen kann, dann sollten Sie sich einmal anschauen, was die Kollegen in Österreich machen. Bei der Ausgleichszulage gibt es eine Degression ab 60 Hektar. Die Prämien für landeskulturelle Leistungen sind differenzierter, umfassender und in der Summe deutlich höher als bei uns. Da gibt es Prämien für artgerechte Tierhaltung und sogar für silagefreie Milcherzeugung. Da spürt man den Willen, die Betriebe in den benachteiligten Gebieten zu erhalten. Diesen Willen spürt man in Bayern leider nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Anmerkung zum Erschwernisausgleich für die Almen und Alpen ohne Zufahrt machen. Was ich dem Protokoll des Haushaltsausschusses entnehmen konnte, war eine Diskussion – wenn eine solche überhaupt stattfand – auf erbärmlichem Niveau. Es freut mich, dass der Alpwirtschaftliche Verein Oberbayern mit seinen Forderungen, nicht erschlossenen Alpen eine höhere Ausgleichszulage zu zahlen, in die gleiche Richtung stößt wie wir. Ich hoffe, dass Sie mit diesem Vorstoß etwas korrekter umgehen als mit unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuallerletzt etwas zum Agrarwirtschaftsgesetz. Wir haben gefordert, dass wir zeitnah informiert werden. Herr Minister, Sie haben uns zugesagt, dass Sie dies machen. In dem Gesetz konnten wir es nicht verankern. Aber zu dem Beamtenengesetz haben wir heute den Bericht erhalten, bevor er ins Kabinett geht.

Die Richtlinien zur Ausgestaltung des Agrarwirtschaftsgesetzes, Herr Landwirtschaftsminister, konnte ich letzte Woche im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ nachlesen. Dazu habe ich in diesem Haus von Ihnen leider nichts erfahren. Das sind die feinen Unterschiede. Sie wollen uns nicht informieren. Sie wollen Ihr eigenes Süppchen kochen.

Einem Agrarhaushalt, wie er hier vorgelegt worden ist, können wir auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächster hat Herr Kollege Ranner das Wort.

Sepp Ranner (CSU): Verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Lück hat zum Etat leider Gottes sehr wenig ausgeführt. Es war sehr oberflächlich. Ich bedauere sehr, dass sie nicht tiefer eingestiegen ist. Im Ausschuss war das um einiges besser.

(Zurufe: Sie müssen lauter sprechen!)

– Kolleginnen und Kollegen, Lautstärke bedeutet nicht Qualität.

Die Agrarpolitik steht an einem Wendepunkt, und zwar hier und heute auch in Bayern. Wir haben eine ganz andere Situation als noch vor 60 Jahren: Nachwachsende Rohstoffe zur Energieerzeugung werden ein Konkurrent zur Nahrungsmittelproduktion. Das ist eine Erscheinung nicht nur in Bayern, sondern in Deutschland sowie international und global. Dies wird durch die Entwicklung der Weltbevölkerung noch verstärkt. In 50 Jahren werden wir 9,2 Milliarden Menschen haben, davon allein 5 Milliarden im asiatischen Raum. Täglich wächst die Menschheit um die Stadt Augsburg. In einem Jahr sind das 80 Millionen Menschen.

Die zweite Erscheinung ist der Energiehunger. Er ist kaum zu stillen. Eine Untersuchung eines internationalen Instituts hat ergeben, dass wir bei Milch bis zum Jahr 2030 ein Nachfrageplus von 213 % haben werden.

Das sollte dem Milchstandort Nummer 1 in der Bundesrepublik, nämlich Bayern, zu denken geben. Beim Fleisch werden wir ein Nachfrageplus von 200 % haben. Das sind Dinge, die wir an einem solchen Tag wie heute auch ins Kalkül ziehen und darüber nachdenken müssen: Was sind die globalen Situationen? Wir leben doch nicht allein in einem Glashaus, sondern wir sind global verflochten. Der Energiehunger der Welt wächst und wird zum Konkurrenten für die Nahrungsmittel.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Ranner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Lück?

Sepp Ranner (CSU): Nein, nichts da. Das geht von meiner Zeit ab.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das ist schade um die Zeit.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): 16 Minuten!)

– Dann werde ich nicht fertig.

Die Amerikaner sind dabei, Mega-Bioethanolanlagen zu errichten. Sie wollen bis zum Jahr 2015 – das steht gleich vor der Türe – 20 % ihres Sprits vom Acker holen. Das heißt, Amerika ist bis zum Jahr 2015 kein Agrarexporteur mehr. Sie werden ihre eigenen Produkte in Bioethanol

verwandeln, und die Welternährungssituation wird sich dramatisch verändern.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Peters (SPD))

– Ich kann es noch lauter, wenn Sie meinen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Thema verfehlt!
– Glocke der Präsidentin)

Hier bei uns in Bayern – und da möchte ich an die Handelsketten und Molkereien appellieren – werden, wenn sich in Sachen Milchpreis nicht bald etwas tut, die Kuhställe leer, und es gibt Biogasanlagen. Die Bauern werden vom Ernährungsproduzenten zum Energieproduzenten. Wir haben Regionen, zum Beispiel Niedersachsen, in denen schon 12 % des Stroms aus der Landwirtschaft kommen. Das ist auch ein Thema, das man ins Auge fassen muss.

Wenn wir schon von der globalen Ernährungslage reden, die sich direkt auf uns durchschlägt, müssen wir wissen, dass die künftig fünf Milliarden Menschen im asiatischen Raum in Zukunft Schweinefleisch und Geflügel essen werden. Das heißt, die Menge wird um ein Drittel, zwei Drittel verringert.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

– Frau Kollegin Lück, Sie täuschen sich. Sie können mich nicht stören, höchstens dreinschreien. Da haben Sie Pech gehabt.

(Heidi Lück (SPD): Will ich gar nicht!)

Ein weiterer Punkt, der zu denken geben sollte – das habe ich erst gestern gelesen –: Ein Grad Welterwärmung bringt 10 % weniger Ertrag global. Das sind die Rahmenbedingungen, in denen sich die bayerische Agrarpolitik bewegt. Das ist das, was wir brauchen. Hunger in der Welt kann man nicht mit Umverteilen allein beseitigen, sondern durch Investitionen in die Landwirtschaft. Das tun wir in Bayern. Das macht unser Minister.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ha, ha, ha!)

Das machen wir, die CSU, und niemand anderer.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ihr aber verweigert euch, nein, die GRÜNEN wollen mit dem Agrarwirtschaftsgesetz keine moderne Landwirtschaft, sondern wollen zurück zur Steinzeit. Das ist auch eine Politik.

(Lachen der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Das ist eure Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Diese große Herausforderung, vor der wir stehen, ist für uns Chance und Auftrag für den Agrarstandort Bayern. Das wird politisch begleitet durch die WTO: Liberalisierung mit eklatanter Wettbewerbsverzerrung, Kinderarbeit, Umweltzerstörung etc., kein Verbraucherschutz, nichts. Mit denen sollen wir in Wettbewerb treten. Da müssen wir schon geschlossen vorwärtsgehen – dazu könnt ihr auch in Berlin etwas tun. Dazu seid ihr aufgerufen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt ist die Entkoppelung. Die Agrarreform macht uns natürlich schon zu schaffen, das war auch vorher die Aussage des Herrn Kollegen Sprinkart mit seiner zweiten Säule. Er will offenbar dafür, dass, wenn ich als Milchbauer sieben Cent weniger bekomme und dann 1,6, 2,6 und 3,55 Ausgleich bekomme mit 5 % Modulationsabzug, dieser Verlust – das sind auf meinem Hof einige tausend Euro – in eine zweite Säule fließt, die die Bürgermeister für Dorferneuerung usw. bekommen. Da machen wir nicht mit. Das steht denen zu, die den Verlust haben, auch im Allgäu und auch in Schwaben.

(Christine Stahl (GRÜNE): Jetzt wissen wir, für wen der Haushalt gemacht wird!)

Diese Herausforderung, meine Damen und Herren, ist für uns auch eine Chance. Der Freistaat Bayern gibt die Antwort, der Herr Staatsminister und die CSU-Fraktion geben die Antwort darauf.

(Heidi Lück (SPD): Die Antwort passt nicht!)

Wir tragen nach wie vor das Leitbild einer bäuerlichen Landwirtschaft auf unserer Fahne

(Heidi Lück (SPD): Nein!)

und keiner industriellen.

(Heidi Lück (SPD): Da hat sich was geändert!)

Dazu zählen natürlich Ausgleichs- oder Hilfsmaßnahmen. Nach Professor Schön in Weihenstephan haben wir in Bayern allein durch die Strukturverschiedenheit, die Größenordnung usw. ein Defizit pro Hektar von 250 Euro. Das muss man natürlich, so gut es geht, ausgleichen, das ist selbstverständlich. Darum brauchen wir das Investitionsprogramm, weil dieses Defizit nicht zu erwirtschaften ist. Ihr seid dagegen. Ich muss sagen: Wer das tut, der ist gegen die Bauern.

(Beifall bei der CSU)

Er ist gegen die Praktiker, die die Landwirtschaft ausüben.

Nächster Punkt ist Forschung und Bildung, ein ganz entscheidender Faktor. Bayern muss in allen Bereichen bis hin zur Gentechnik die Wissensführerschaft behalten – das vertrete natürlich auch ich –, bis hin zu Weihenstephan. Die Anwendungswissenschaften müssen genauso aufrechterhalten werden wie die Grundlagenwissen-

schaft. Das räumen wir ein, das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Aber keine Gentechnik!)

Der nächste Punkt ist Absatzförderung. Wir erleben, dass – gegen alle Unkenrufe und alle Fehleinschätzungen – die neuen Ostländer Agrarimportländer sind. Wenn unser Herr Staatsminister diese Länder bereist als Botschafter bayerischer Agrarprodukte, dann können wir eigentlich nur dankbar sein. Das ist der richtige Weg, unsere Exporte zu sichern, unsere Stellung als Agrarregion. Wir sind eine Gunstproduktionsregion – Rio hat das bestätigt – in Europa. Man kann nicht von Überschüssen reden – das ist ein dummes Gerede –, wenn man die optimalen Produktionsbedingungen hat. Die Absatzförderung ist also ein ganz wichtiger Punkt.

Ich habe vorhin noch etwas vergessen, was die Strukturen anbelangt. In „top agrar“ war ein Artikel über sechs junge Landwirte, die sich zusammengeschlossen haben und ihre Flächen mit Pachtvereinbarung bereinigt haben – mit dem Ergebnis, dass sie pro Hektar 80 Euro und 3,5 Arbeitsstunden eingespart haben. Man sieht also, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Deshalb muss die Flurbereinigung weiterhin gefördert werden und ihren Rang behalten, um den Standort zu sichern.

Nachwachsende Rohstoffe: Ob es Holz, Biogas, Bioethanol, Isolierstoffe oder Werkstoffe sind, darf ich nach wie vor ganz bescheiden sagen – wir sind nicht gerade die Sprüchemacher,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Manchmal schon!)

wir brauchen auch nicht einmal Sprüche zu machen, sondern es ist so –: Bayern ist, was nachwachsende Rohstoffe anbelangt, der Standort Nummer eins in Deutschland. Das ist belegbar.

(Susann Biedefeld (SPD): Beim Gammelfleisch Standort Nummer eins!)

Ein weiterer Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der für uns wichtig ist, ist die soziale Abfederung des Strukturwandels. Es ist schon seit Hanns Seidel unsere Politik – und diese hat sich über alle Ministerpräsidenten fortgesetzt –, im ländlichen Raum Arbeitsplätze zu schaffen, nicht zu verweigern, wie es die GRÜNEN machen, sondern Arbeitsplätze für die Zukunft zu schaffen. Das ist unsere Politik. Damit wird auch der Strukturwandel positiv begleitet und die soziale Abfederung gesichert.

Ein weiterer Punkt: die Selbsthilfeeinrichtungen. Es war unser von allen – damals habt ihr noch mitgemacht – geschätzter Dr. Hans Eisenmann, der anno 70 das Landwirtschaftsgesetz gemacht hat. Jetzt hat unser Staatsminister Müller mit unserem Ausschuss, lieber Helmut Brunner, gemeinsam in knallharter Arbeit – und ihr habt auch

mitgetan, so ist es nicht, es waren auch ein paar gute Gedanken dabei, das geben wir zu –

(Heidi Lück (SPD): Die Ihr leider nicht aufgegriffen habt!)

das neue Agrarwirtschaftsgesetz gemacht. Wir haben dieses historische Werk des Hans Eisenmann, das eigentlich an die Gedanken von Raiffeisen anknüpft, auf die Ist-Zeit transformiert und für die Selbsthilfeorganisationen eine Zukunft geschaffen,

(Heidi Lück (SPD): Welche? – Susann Biedefeld (SPD): Für die Raiffeisenbanken!)

ob das die TWG ist, ob es die LKP, LKV ist, ob es die Dorfhelferinnen sind, ob es die Landvolksschulen sind. Eines möchte ich vor allem im Blick auf die linke Seite sagen:

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Von wo aus gesehen?)

– Ich schaue schon hin zu euch. Diese Selbsthilfeorganisationen haben mit den höchsten Wirkungsgrad. Von jedem Euro, den sie einsetzen, haben sie einen Wirkungsgrad von weit über zwei, drei – das kann man hochrechnen. Der Wirkungsgrad in diesem Bereich ist sehr hoch, und ich bin dem Haushaltsausschussvorsitzenden sehr dankbar – und freue mich, dass du wieder genesen bist, Manfred Ach – und dem Kollegen Kupka, dass ihr gemeinsam erkannt habt, welchen Wert das für die Zukunft der Landwirtschaft hat.

Ein herzliches Vergelt's Gott für eure Arbeit. Landwirtschaft ist weit mehr als Nahrungsmittelproduktion.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Lebensmittel!)

– Ich brauche keine Nachhilfe, ich kenne mich aus. Aber sie ist weit mehr als Lebensmittel- und Nahrungsmittelproduktion. Die Multifunktion, die kein marktfähiges, quantifizierbares Produkt ist, kann man nicht wie beispielsweise Weizen oder Kartoffel verkaufen; sie muss eingerechnet werden.

Meine lieben Kollegen von der CSU, es ist interessant, dass fast alle Länder, die früher von der SPD regiert wurden, in diesem Bereich nichts gehabt haben; Niedersachsen etwa hat null, kein Kulturlandschaftsprogramm gehabt. Ein solches Programm gibt es nur in den schwarzen Ländern, und das sind Baden-Württemberg, Sachsen und Bayern. Alle anderen, früher von der SPD geführten Länder haben in diesem Bereich nichts. Und da wollen Sie uns etwas vorhalten? Das ist Heuchelei. Das ist ein scheinheiliges Geschwätz, nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Dass in Bayern 55 000 Bauern nach dem Kulap gefördert werden und 90 000 Bauern eine Ausgleichszulage erhalten, ist ein Signal und die Bilanz einer erfolgreichen

Politik für diesen Bereich „multifunktionelle Leistungen der Landwirtschaft“. Deshalb verfolgen wir das weiter. Es kann aber nicht so sein, dass man mir den Milchausgleich nimmt, ihn anderen Bereichen gibt und damit den Veredler ruiniert. Das ist euer Ziel, da habt ihr natürlich eine ganz andere Vorstellung als wir.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Ich komme langsam zum Schluss, nämlich zu einem ganz entscheidenden Punkt, die Qualitätsstandards. Da liegen wir, glaube ich, nicht auseinander. Ich weiß als praktizierender Milcherzeuger, wie wir jahrzehntelang beim Export im Vorteil waren, weil unsere Qualitäten weit höher als die der Holländer oder Franzosen lagen. Wir haben in Italien wegen der Qualität die Geschäfte gemacht. Und in diesem Punkt werden wir uns nicht dividieren lassen. Auch da haben wir in den letzten 60 Jahren in der Milchwirtschaft wegen unserer Qualitätssicherungssysteme keine Auffälligkeiten gehabt. Auch das sollte man in diesem Zusammenhang einmal sagen. Das ist ein ganz wichtiger Bereich.

Wir brauchen eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Der Agrarstandort Bayern ist zu sichern.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Das ist zentrale Aufgabe aller Politiker. Die Landwirtschaft sichert ungefähr 600 000 bis 700 000 Arbeitsplätze im Ernährungsgewerbe; Wert 30 Milliarden Euro. Ich möchte wiederholen – ich habe mir das extra aufgeschrieben: Man sollte wirklich an die Handelsketten appellieren, dass sie verantwortungsbewusst handeln, um den Bauern für ihre Produkte den gerechten Lohn zu geben. Da bin ich mit einigen von euch sicher auf der gleichen Schiene.

Meine lieben Freunde, wenn ich die Anträge der Opposition anschau, muss ich sagen,

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

der Antrag der GRÜNEN zum Kulap ist kontraproduktiv, weil die Umweltleistung ohne produzierende Bauern nicht möglich ist. Dazu, die Almwegeförderung zugunsten anderer Bereiche einzustellen, muss ich sagen: Wer das sagt, soll einmal einen Almbauern machen. Der braucht das nur einmal mit einem Rucksack praktizieren und eine Alm bewirtschaften! Was man da von uns fordert, ist Steinzeitlandwirtschaft.

Ich möchte vor allem die Damen und Herren der Opposition bitten – bei der CSU ist das Zehnerl schon lange gefallen –, nach dem Motto des berühmten Benediktinerabtes Odilo Lechner zu verfahren: Visionen und Träume schaffen Zukunft. Lassen wir uns nicht von dem Streben über alle Parteien hinweg eingrenzen, sondern Visionen und Zukunft entwickeln für unsere Bauern und für den ländlichen Raum, Visionen und Zukunft entwickeln, die den Bauern den Sauerstoff für sie als Unternehmer geben.

(Heidi Lück (SPD): Das tun wir ja, wenn Ihr mitmachen würdet!)

Es geht nicht darum, den Bauern einzugrenzen, wie ihr es immer wollt, dass hinter jedem Bauern ein Kontrolleur stehen muss, sondern es geht um die Eigenverantwortung und um den Sauerstoff für den Unternehmer. Dann haben wir unseren Auftrag erfüllt. Geben wir unseren bäuerlichen Familienbetrieben den rechten Stellenwert in dieser Gesellschaft!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir jetzt natürlich schwer, nach dem Kollegen Ranner zu reden. Das war in den Anfängen mehr eine Wahlrede für die UNO denn ein Beitrag zum bayerischen Staatshaushalt. Aber eines gestatte ich mir schon zu sagen: Sie reden hier vom unendlichen Energiehunger; das sehe natürlich auch ich so. Aber jetzt weiß ich endlich, warum Sie eine dritte Startbahn brauchen: damit wir noch ein bisserl mehr Energie hinauspulvern können.

(Thomas Kreuzer (CSU): Und jetzt zum Transrapid, oder wie sieht es aus?)

Aber nun einige Punkte zu den Wäldern im Freistaat Bayern, nachdem gerade dieser Bereich uns GRÜNEN besonders am Herzen liegt. Dieser Bereich sollte bei einer Beratung zum Staatshaushalt für Landwirtschaft und Forsten nicht zu kurz kommen.

Wo stehen wir auf diesem Sektor? Wir haben im Moment einen außerordentlich guten Holzpreis. Infolgedessen hat das Unternehmen Bayerische Staatsforsten zumindest auf diesem Sektor Glück gehabt und im ersten Betriebsjahr einen Gewinn erzielt. Aber ich bin absolut sicher: Auch ohne die Organisationsreform mit dem alten Konzept der Bayerischen Staatsforsten hätte man den gleichen Gewinn gehabt, vielleicht sogar noch mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Preis wird weiter steigen. Daher gestatten Sie mir aktuell die erste Anmerkung. Man fragt sich deshalb schon, warum mit einem österreichischen Großunternehmen, nämlich der Firma Klausner, ein Vertrag mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem festgeschriebenen Preis geschlossen wird. Das ist, haushaltspolitisch betrachtet, fast schon Irrsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da hätte eine Gleitklausel hineingehört. Hier 56 Euro pro Festmeter festzuschreiben, das kann ich nicht verstehen. Man hat dies wohl auch im Ministerium irgendwann gemerkt und ein Rechtsgutachten eingeholt. Das hätte man vielleicht davor einholen sollen, aber nicht nach Abschluss des Vertrags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Nachfrage nach Holz ist außerordentlich gut. Die momentane Situation ist wirtschaftlich alles andere als erfreulich. Gerade die Staatsforsten liefern sehr viel Holz an Großunternehmen und Großsägereien, während mittelständische Unternehmen und Sägereien, die Hackschnitzel brauchen, in Bayern leer ausgehen. Das muss sich in meinen Augen ändern. Das darf also nicht dazu führen, dass die Staatsforsten mit einigen wenigen Unternehmen Großverträge abschließen und das kleine und mittelständische Gewerbe letztendlich in erhebliche Nöte kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollegen von der CSU, ich gehe davon aus, dass auch Sie diese Anrufe und Bedürfnisse kennen. Da sollten wir uns gemeinsam einer Aufgabe zuwenden, die dringend ist und mit Blick auf den Haushalt viel zu kurz kommt. Nachdem im Staatsforst in Zukunft nicht viel mehr eingeschlagen werden kann, müssen wir speziell die Vorräte in den kleinen Privatwäldern aktivieren; denn wir müssen dieses Land mit Holz versorgen. Dieser Aufgabe müssen wir uns daher künftig stellen.

Ein weiteres Problem, vor dem wir stehen, ist nach wie vor das Waldsterben, das mehr oder weniger auf Rekordniveau ist. Ich musste vor wenigen Wochen erfahren, dass es sich dabei um den drittschlechtesten Wert handelt, der im letzten Jahr ermittelt worden ist. Hier zeigt sich weniger die falsche Forstpolitik denn die falsche Verkehrspolitik der Minister Beckstein und Huber und die Auswirkungen dieser Verkehrspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben, wie das Vegetationsgutachten gezeigt hat, einen viel zu hohen Verbiss, der zudem angestiegen ist. Es ist eine Schande, dass die Abschussquoten von den Jägern nicht erfüllt werden, dass stattdessen der Präsident des Landesjagdverbandes gegen das Vegetationsgutachten polemisiert und den Grundsatz „Wald vor Wild“ aushöhlen möchte.

Sie sollten sich vielleicht diesbezüglich besser – ich zitiere ihn selten – an Herrn Sonnleitner orientieren, der genauso wie wir heftige Kritik an den Jägern und an der Nichterfüllung der Abschusspläne geübt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben – auch das ist nicht eine Sache der Forstpolitik, sondern der Verkehrs- und Energiepolitik – einen dramatischen Klimawandel, der auch dramatische Folgen für unsere Wälder haben wird. Ich nenne nur den Borkenkäfer. In den Wäldern wird das eine Artenveränderung mit sich bringen. Dringend erforderlich ist, wesentlich mehr Mittel für den Waldumbau zu verwenden als in der Vergangenheit. Ich schaue mir die neue schöne Broschüre an, die wir heute von den Staatsforsten verteilt bekommen haben. Als Ziel beim Umbau bei der Fichte wird ein Rückgang von 46 auf 40 % genannt. Das ist mir viel zu wenig. Da sind Sie noch viel zu lahm. Das muss beschleunigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da müssen Sie wesentlich mehr Anstrengungen als in der Vergangenheit unternehmen, als dies heute der Fall ist.

Meine Redezeit ist fast zu Ende. Ich möchte an dieser Stelle auch unseren Mitgliedern im Haushaltsausschuss, den Kollegen Mütze und Hallitzky, ganz herzlich für ihre Arbeit danken. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Die CSU hat noch eine Redezeit von einer guten Minute. Bitte schön, Herr Kollege Johann Neumeier.

Johann Neumeier (CSU): Frau Präsidentin, meine liebe Kolleginnen, meine lieben Kollegen! Ich möchte auf eine Kritik eingehen, die Herr Kollege Sprinkart an der Arbeit des Haushaltsausschusses angebracht hat. Er hat die Beratungen im Haushaltsausschuss als „erbärmlich“ bezeichnet. Ich möchte dies zurückweisen.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns finden keine erbärmlichen Beratungen statt, sondern nur sachlich begründete Beratungen.

Er hat auf einen Antrag der GRÜNEN Bezug genommen, der zum Inhalt hatte, dass Mittel für den Almwegebau umgeschichtet werden sollen und dass gänzlich auf den Almwegebau verzichtet wird. Wir haben diesen Antrag aus gutem Grund abgelehnt. Ich war Berichterstatter. Die Begründung war, dass die Maßnahmen zum Almwegebau zur Sicherung unserer Almen notwendig sind, dass die Erschließung der Almen für deren Wirtschaftlichkeit notwendig ist und dass dadurch die Lebensbedingungen der Hirten wesentlich verbessert werden. Deshalb haben wir den Antrag abgelehnt.

Ich unterstütze auch persönlich die Initiative des Almwirtschaftlichen Vereins Oberbayern zur Besserstellung der Almen, wenn Almen nicht erschlossen werden können, obwohl sie von den Bauern erschlossen werden sollen, die GRÜNEN aber dagegen sind. In diesem Falle unterstütze ich die Initiative des Almwirtschaftlichen Vereins.

(Beifall bei der CSU – Peter Hufe (SPD): Das diente der Klarstellung!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Ihnen, Herr Staatsminister Miller, das Wort geben. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich für die sehr sorgfältige, intensive Beratung im Haushaltsausschuss. Dieser Haushalt fällt in eine Zeit, in der sich die Zeichen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft grundlegend verändert haben. Auf den Weltmärkten werden derzeit keine Überschüsse mehr produziert, weder bei Nahrungsmitteln noch bei Holz. Die Märkte sind als Nachfragemärkte gekennzeichnet. Da hat

es sich schon gelohnt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft zu keiner Zeit abgeschrieben, die Mittel nicht drastisch reduziert oder eingestellt haben, wie das in anderen Bundesländern der Fall war. Ich danke ganz besonders Josef Ranner, der es als Landwirt versteht, in Generationen zu denken, was ich eigentlich auch von anderen erwartet hätte. Den Hinweis, dass seine Reden eher in die UNO als hierher gehören, weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CSU)

Wer nämlich in die Zukunft schaut,

(Zurufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

wird feststellen, dass heutzutage nahezu alle Zukunftsforscher sagen: Die drei großen Probleme sind Wasser, Energie und Lebensmittel.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Klima!)

Bei Wasser ist die Landwirtschaft beteiligt, bei Energie – das hat etwas mit Klima zu tun – können die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft einen wichtigen Beitrag leisten, bei den Lebensmitteln ohnehin.

Unsere Antwort auf diese neuen Herausforderungen ist erstens das bayerische Agrarwirtschaftsgesetz, zweitens die Programmplanung, die jetzt für sechs Jahre beschlossen wurde, und drittens der Haushalt, den wir heute beschließen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

– Frau Lück, Sie sollten aufpassen; denn Sie sind bereits beratungsresistent.

(Beifall bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Da nützt aufpassen auch nichts!)

Das ist schlimm. Sie haben beim Agrarwirtschaftsgesetz schon gesagt, dass der ländliche Raum im Landwirtschaftsförderungsgesetz eigens aufgeführt sei. Dem ist leider nicht so. Mit dem Agrarwirtschaftsgesetz ist der ländliche Raum erstmals in ein Agrargesetz aufgenommen worden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Weiter stellen Sie immer wieder fest, dass die Haushalte im Landwirtschaftsförderungsgesetz festgelegt würden. – Nein, die Haushalte werden alle zwei Jahre vom Landtag neu beschlossen und die Mittel dafür bereitgestellt. Sie haben gesagt, dass der Haushalt Landesmittel einspart. Das stimmt einfach nicht. Die Landesmittel wurden um 41,7 Millionen Euro bzw. um 5,4 % erhöht, bei landwirtschaftlichen Förderprogrammen um 37,1 Millionen Euro bzw. um 21 % gegenüber dem Vorjahr erhöht, beim Forst

um 7,4 Millionen Euro bzw. um 31 %. Die Haushaltsmittel sind gestiegen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Es geht um den Landeshaushalt. Früher ist der Gesamthaushalt nicht, so wie Sie es dargestellt haben, gefallen, sondern die EU hat die Mittel erhöht, was dieses Mal eben nicht der Fall ist.

Es ist schon herausgestellt worden, dass im Haushalt die Landesmittel mit 107,5 Millionen Euro in voller Höhe erhalten werden. Darüber hinaus fließen nach wie vor 30 % der Mittel, die von Brüssel in die alten Bundesländer gehen, nach Bayern. Darauf bin ich stolz, und darauf halte ich auch weiterhin großartige Reden. Ich bedanke mich für Ihr Kompliment zu meinen Reden.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, dies zeigt, dass wir entschlossen handeln und dass wir auf die Zukunft der Landwirtschaft setzen. Diese drei Maßnahmen geben ein deutliches Signal, dass Bayern in Deutschland auch weiterhin die Nummer 1 als Agrarstandort bleibt, damit die wichtigen Aufgaben für die Gesellschaft erfüllt werden können. Die Förderpolitik kommt nicht allein den Landwirten zugute, sondern die Förderpolitik kommt allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zugute. Lebensmittel erzeugen und Lebensraum gestalten sind Aufgaben der Agrarpolitik und dienen allen Menschen. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst.

(Beifall bei der CSU)

Frau Lück, ich weiß nicht, ob Sie hinsichtlich des Beichtens auf Ihrem Zettel die Namen verwechselt haben. Es könnte auch sein, dass Sie Kollegen Sprinkart gemeint haben.

(Heidi Lück (SPD): Sicher nicht!)

Kollege Sprinkart behauptet, dass man in Brüssel Mittel eingespart hat. Man hat in Brüssel keine Mittel eingespart, sondern die Nettoszahlen Deutschlands erhöhen sich von 2007 bis 2013,

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie finden das gut! Sie haben es bejubelt!)

nämlich von 24 Milliarden auf 28 Milliarden Euro. Die GRÜNEN und die Roten waren in der Berliner Koalition dafür, dass die Beitragszahlungen Deutschlands nach Brüssel gesenkt werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie haben das bejubelt!)

Das ist Faktum. Sie waren dafür, dass das gesenkt wird. Frau Lück, wenn Sie als jemand, der im Agrarausschuss ist, sagen, dass im Land- und Forstwirtschaftsministerium Wasserköpfe geschaffen wurden, muss ich Sie fragen:

Haben Sie denn nicht mitbekommen, dass der Bereich Forstwirtschaft abgeschafft wurde?

Die Stelle eines Ministerialdirektors und der Bereich Forstwirtschaft wurden abgeschafft. Eine Abteilung wurde aufgegeben, 32 Leitende Forstdirektoren und 21 Leitende Landwirtschaftsdirektoren wurden abgebaut. Haben Sie das nicht mitbekommen? Kein Ministerium hat solche Einschnitte durchgeführt. Sie sollten das zur Kenntnis nehmen und nicht wider besseres Wissen das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei der CSU)

Nun komme ich zu Ihrem Versuch, den Leuten glaubhaft zu machen, die Forstwirtschaft – die Sie gegen die Landwirtschaft ausspielen wollen – käme im Agrarwirtschaftsgesetz zu kurz. Ist Ihnen denn nicht bekannt, dass wir vor einigen Jahren ein eigenes Waldgesetz geschaffen haben? Da waren Sie doch dabei. Im Waldgesetz sind diese Dinge geregelt. Warum erzählen Sie hier solche Unwahrheiten – hätte ich beinahe gesagt. Sie verwirren mit Ihren Beiträgen, weil dadurch der Eindruck erweckt wird, die Forstwirtschaft wäre nicht angemessen berücksichtigt worden.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, ich habe zwei Zwischenfragen, einmal von Frau Kollegin Lück und einmal von Herrn Kollegen Sprinkart. Lassen Sie diese Fragen zu?

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Wenn diese Fragen nicht von meiner Redezeit weggehen, ja, ansonsten nicht.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, die Fragen würden von Ihrer Redezeit abgehen.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Dann kann ich die Fragen nicht zulassen.

(Heidi Lück (SPD): Das ist aber schade!)

Was sind unsere Ziele? – Wir wollen die Möglichkeit der Erzeugung hochwertiger Lebensmittel durch eine leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft weiter ausbauen; denn hier geht es um Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft zusammen stehen an dritter Stelle der Wirtschaftssektoren mit einem Umsatz von 33 Milliarden Euro und beschäftigen über 400 000 Arbeitskräfte. Die Land- und Ernährungswirtschaft ist damit der größte Arbeitgeber in unserem Land. Das muss auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Zur Gestaltung unseres Lebensraums durch eine flächendeckende Landbewirtschaftung: Schauen Sie nach Frankreich. Schauen Sie nach Baden-Württemberg. Schauen Sie nach Tirol. Dort gibt es große Probleme, die flächendeckende Landbewirtschaftung aufrechtzuerhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei uns ist die flächendeckende Landbewirtschaftung durch unsere

Programme gewährleistet. Ich sage Ihnen: Sie wird auch in Zukunft durch unsere weitsichtige Förderpolitik, die ihresgleichen in der Bundesrepublik Deutschland sucht, gewährleistet sein. Wir sind damit entweder an der Spitze oder zusammen mit Baden-Württemberg in der Spitzengruppe. Unter den zweiten Platz sind wir bisher nicht gefallen. Ich möchte das ganz deutlich zum Ausdruck bringen.

(Heidi Lück (SPD): Das waren wir bisher!)

Unsere wichtigste Aufgabe – ich knüpfe hier bei Herrn Kollegen Ranner an – ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir müssen den Boden fruchtbar erhalten, die Luft sauber halten und die Qualität des Wassers erhalten. Das sind wichtige Voraussetzungen für die Landbewirtschaftung.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und was haben Sie für das Klima übrig?)

– Wir setzen wie kein anderes Land auf nachwachsende Rohstoffe. Wir haben damit angefangen, als dies von anderen Parteien noch abgelehnt wurde. Schon damals haben wir uns für nachwachsende Rohstoffe eingesetzt. Wir haben bisher 216 Millionen Euro, davon 176 Millionen Euro an Landesmitteln, zur Verfügung gestellt. Dafür bedanke ich mich ganz besonders.

(Beifall bei der CSU)

Wo setzen wir in unserer Agrarpolitik Schwerpunkte? – Die Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Sie ist aber auch der Schlüssel zum verantwortungsvollen Umgang mit Umwelt und Natur. Dank der Unterstützung des Landtages war es möglich, ein vielfältiges und bedarfsorientiertes Bildungssystem für unsere Bäuerinnen und Bauern aufzubauen, das bundesweit einmalig ist und um das wir in allen Bundesländern beneidet werden. Heute kommt jeder zweite Landwirtschaftsmeister der Bundesrepublik Deutschland aus Bayern. Darauf sind wir zu Recht stolz.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem neuen Agrarwirtschaftsgesetz haben wir die Voraussetzung für die Weiterführung der Beratung zusammen mit der Verbundberatung geschaffen. Frau Kollegin Lück, Sie sagten, die Beratung sei abgeschafft bzw. reduziert worden. Ich sage Ihnen: Die Beratung wird im Zusammenhang mit der Verbundberatung auf neue Füße gestellt. Sie ist nämlich ein wesentlicher Faktor für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer klein strukturierten Landwirtschaft. Hier gehen wir neue und – das sage ich Ihnen voraus – erfolgreiche Wege.

(Heidi Lück (SPD): Das wird nicht kostenlos sein!)

Entscheidend ist: Wir verfügen auf dem Agrarsektor über Landesanstalten – drei an der Zahl. Dort wird eine breit gefächerte fachspezifische und angewandte Forschung betrieben. Unser Ziel ist es, Innovationsvorsprünge durch

Forschung zu sichern und neu zu erarbeiten. Wir müssen den anderen dort voraus sein, wo wir teurer sind. Wir müssen dort besser sein, wo die anderen billiger sind. Obwohl wir Sparmaßnahmen durchführen mussten, haben wir unsere Lehr-, Versuchs- und Fachzentren ausgebaut und auf den neuesten Stand gebracht. Zwei dieser Zentren müssen noch nachgerüstet werden. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in dieser Zeit Investitionen zu tätigen, ist eine große Leistung. Wo andere Bundesländer ihre Fachzentren geschlossen haben, haben wir sie aufgebaut. Das ist ein deutliches Zeichen für die Zukunft unserer Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Die Selbsthilfeeinrichtungen sind ein Markenzeichen bayerischer Agrarpolitik. Sie werden durch das Agrarwirtschaftsgesetz auf eine neue Grundlage gestellt. Ich erwarte, dass die Selbsthilfeeinrichtungen künftig ein noch wichtigerer Partner in der Beratung sein werden, damit wir die Potenziale, die wir in unserer Landwirtschaft haben, noch besser ausschöpfen können. Wenn wir die Einkommen, die im letzten Viertel und im ersten Viertel der Betriebe erzielt wurden, vergleichen, stellen wir fest, dass da und dort noch Reserven vorhanden sind. Die Selbsthilfeeinrichtungen sind hier gefordert, in der Beratung mitzuhelfen. Ich glaube, das wird sich lohnen.

(Beifall bei der CSU)

Nun zum bayerischen Zukunftsprogramm: Wir haben in der Zeit von 2007 bis 2013 rund drei Milliarden Euro – das sind pro Jahr 470 Millionen Euro – für die Maßnahmen der zweiten Säule zur Verfügung gestellt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Für die einzelbetriebliche Investitionsförderung stehen im nächsten Jahr 58 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um knapp 40 % gegenüber 2006.

Herr Kollege Sprinkart, Sie sagten, dass dieser Betrag höher als die Förderung aus dem Kulturlandschaftsprogramm und der Ausgleichszulage wäre. Als stellvertretender Ausschussvorsitzender sagen Sie das wider besseres Wissen. Wir haben die Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm von 1988 bis 2000 von 20 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro erhöht. Im nächsten Jahr werden für das Kulturlandschaftsprogramm 160 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das ist fast dreimal so viel wie bei der Agrarförderung.

(Beifall bei der CSU)

109 Millionen Euro stehen künftig für die Ausgleichszulage zur Verfügung. Ich habe immer geglaubt, dass sich auch die GRÜNEN für Nachhaltigkeit einsetzen. Was würde es nützen, wenn wir nur über die Ausgleichszulage und über das Kulturlandschaftsprogramm fördern und Investitionen unterlassen würden? Die Landwirte müssen wettbewerbsfähig sein. Sie müssen ihre Betriebe modernisieren. Wir müssen den Strukturwandel abfedern. Dazu brauchen wir Investitionen. Wir brauchen eine Investitionsförderung für die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft auch in den von der Natur benachteiligten Gebieten.

(Beifall bei der CSU)

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Herr Kollege Sprinkart, es ist unerhört, wenn Sie behaupten, wir würden in der ersten Säule das wegnehmen, was Frau Künast dazu gegeben hätte.

(Demonstrativer Beifall des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wenn es nach Frau Künast gegangen wäre, wären die Sonderförderungen für die Milcherzeuger und die Fleischerzeuger bereits nächstes Jahr zurückgebaut worden. Wenn es nach Frau Künast gegangen wäre, wäre 2007 bereits die Förderung für die Bauern in unseren Grünlandgebieten zurückgenommen. Das Gegenteil ist der Fall. Heute kommen Sie daher und wenden sich gegen die Deckelung, die wir vornehmen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir waren schon da!)

Frau Künast hätte es in der Hand gehabt, in der ersten Säule eine Begrenzung vorzunehmen, wenn sie das gewollt hätte. Herr Fischler hat das vorgeschlagen. Sie hat sich widersetzt. Wir handeln dort, wo wir selbst handeln können. Wir haben die Förderung im Kulap auf 35 000 Euro für Betriebe bis zu 190 Hektar begrenzt, und da fragen Sie, was wir für die kleinen Betriebe tun.

Ich muss mich fragen, wie Ihr agrarpolitisches Leitbild aussieht, für wen Sie sich einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Wir meinen, bei 190 Hektar kann die Förderung gedeckelt werden.

Was tun wir für die Kleinbetriebe? – eine eigene Ausbildung „BiLa“ – Bildungsprogramm Landwirt –. Wir haben keine Förderschwelen mehr. Wir haben sozialverträgliche Mindestbeträge und Förderobergrenzen eingeführt, um die kleineren Betriebe stärken zu können. Uns ging es um höhere Freibeträge – anstelle von 5000 Euro wollten wir 10 000 Euro bei der ersten Säule. Wir hätten nichts dagegen, wenn es bei einer bestimmten Höhe zu einer Deckelung käme. Ich sage es noch einmal: Wir sind mit gutem Beispiel vorangegangen. Wenn Sie behaupten, wir würden kürzen und keine Antragstellungen beim Kulturlandschaftsprogramm zulassen, dann muss ich feststellen, dass das schlichtweg nicht stimmt. Wir kürzen nur um die Anreizkomponente von 20 %, die in der folgenden Programmplanungsperiode nicht mehr möglich ist. Die Mittel, die zum Ausgleich der Leistungen nötig sind, werden auch weiter gewährt. Das wollte ich nur noch einmal deutlich machen.

Wir haben großes Interesse daran, am Agrarexport weiter beteiligt zu sein und diesen auszubauen, weil bei uns die Bevölkerung stagniert. Wir haben wachsende Weltmärkte mit einem großen Aufnahmevermögen, und wir sind sehr erfolgreich. Es ist in diesen Tagen schon dargestellt worden, dass wir mehr in die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union exportieren, als wir von dort importieren. Wir exportieren mehr Käse nach Frankreich, als wir von dort importieren. Das Agrarland Bayern hat einen positiven Exportsaldo. Unser Ziel ist es, nicht nur das Spezi-

alitätenland in Deutschland zu bleiben, sondern unsere Stellung weiter auszubauen. 50 % des Agrarexportes aus Bayern gehen in die Genussländer Österreich, Italien und Frankreich. Darauf sind wir stolz. Diese Tatsache zeigt, dass unsere Land- und Ernährungswirtschaft hervorragend mithalten kann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Gammelfleisch!)

Ich darf nun auf den ländlichen Raum eingehen, der im Agrarwirtschaftsgesetz berücksichtigt ist. Wir haben bei der Dorferneuerung die Mittel nicht gekürzt, sondern aufgestockt. Wir haben bei Leader um 9 Millionen erhöht. Für uns sind nachwachsende Rohstoffe ein wichtiger Faktor. Bayern hat inzwischen 1300 Biogasanlagen. Wir sind hiermit im bundesdeutschen Vergleich Spitze. Jede zweite Anlage steht in Bayern. Entscheidend ist, dass diese Anlagen zur Verbesserung der CO₂-Bilanz beitragen. Bayern erzeugt inzwischen 4,4 % der Primärenergie aus Biomasse. Im Bund sind es 3,3 %. Damit werden 2,5 Millionen Liter Heizöl ersetzt und 6,8 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart. Das ist ein ganz entscheidender Faktor.

Zum Klimaschutz wird die Landwirtschaft weiterhin einen Beitrag leisten, weil die Bildung von Öl, Kohle und Gas aus Pflanzen in Millionen von Jahren erfolgt ist, während heute in wenigen Tagen große Mengen Gas verbraucht werden. Es wird auch ermöglicht, dass sich durch die steigende Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen die Preise für Agrarprodukte erhöhen und sich so die Einkommenssituation für die Landwirte positiv gestaltet. Bayern ist Vorbild und Vorreiter. Wir werden auf diesem Feld nicht einsparen, sondern wir werden die Maßnahmen im Interesse der Einkommen der Bauern ausbauen. Wir werden dies auch tun, um einen Beitrag zur Energieversorgung, zur Exportunabhängigkeit und für unsere Natur sowie für den Klimaschutz zu leisten. Dabei lassen wir uns von anderen nicht übertreffen.

(Beifall bei der CSU)

Nun noch ein Wort zum Forst: Herr Magerl, wenn Sie die Gegebenheiten des Vertragsabschlusses mit der Firma Klausner kritisieren, dann dürfen Sie die Situation 2005 nicht außer Acht lassen. Seit 1999 sind die Holzpreise dramatisch gesunken, die Beschäftigungszahlen gingen massiv zurück, moderne und leistungsfähige Anlagen entstanden überall, aber nicht in Bayern.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da macht man das nicht über 10 Jahre!)

Drei Millionen Festmeter Holz wurden von Bayern außer Landes transportiert und verarbeitet. Der mit der Firma Klausner vereinbarte Durchschnittspreis mit der Verpflichtung zur Abnahme von Holz auch aus Sturmwürfen und Borkenkäferbefall lag seinerzeit über dem Preisniveau der vorangegangenen Jahre und war absolut marktkonform. Wir hatten auch vorher eine Anwaltskanzlei eingeschaltet, nämlich die renommierte Anwaltskanzlei Freshfields, Bruckhaus und Deringer. Die Preisgestaltung hat auch einer Nachprüfung durch die EU-Kommission in Brüs-

sel standgehalten. Das vom Sägewerksverband wegen Wettbewerbsverzerrung erbetene Untersuchungsverfahren wurde nach eingehender Prüfung eingestellt. Das ist die Situation. Dass anschließend innerhalb kürzester Zeit nach einem massiven Preisabfall – früher sind die Preise immer langsam angestiegen – die Preise rapide angestiegen sind, konnte so nicht vorausgesehen werden. Diese Preise wären so auch nicht möglich gewesen, aber es gibt natürlich Anpassungskomponenten.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Können Sie die Komponenten nennen?)

Es war wichtig, dass sich der Staatsbetrieb abgesichert hat, um bei einem weiteren Sinken der Preise versichert zu sein, insbesondere hinsichtlich der Abnahme von Schadholz. Die Bayerischen Staatsforsten sind in Verhandlungen mit Klausner. Ziel ist es, den Vertrag, auf dessen Grundlage bisher noch kein Holz geliefert wurde, auf ein entsprechendes Marktniveau umzustellen und nachzuverhandeln. Ich bin zuversichtlich, dass das letztendlich auch gelingt.

Zur Förderung nur noch ein paar Zahlen: Die Forstförderung hat massiv zugenommen. Im Haushalt ist ein Anstieg um 13 bzw. 10 Millionen Euro auf 28 Millionen bzw. 25 Millionen Euro zu verzeichnen – ein Anstieg um 23 %, bei einem Vergleich mit dem Zeitraum 2005 bis 2007 ein Anstieg um 50 %. Zu sagen, es würde zu wenig getan, stimmt nicht. Wir wissen nicht, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Aber die Beiträge zur Vorsorge sind massiv erhöht worden.

Zwei Aufgaben sind wichtig, denen wir nachkommen wollen. Die erste Aufgabe ist der Umbau von Monokultur in stabile Mischwälder, und die zweite Aufgabe ist die Mobilisierung von Holz aus den Privatwäldern. Die Staatsforsten haben nur ein Drittel des Holzbestandes, die Hälfte liegt in den Privatwäldern. Solange der Preis noch ansteigt, sind die Privatwaldbesitzer oft nicht zum Holzeinschlag bereit. Dieses Holz zu mobilisieren, ist ein wichtiger Auftrag.

Ich darf zum Abschluss kommen: Ich möchte mich ganz herzlich bei unseren Mitarbeitern in den einzelnen Ämtern, die viele Reformen – ich habe es schon gesagt – mitmachen mussten, die neue Aufgaben bekommen haben und zum Teil Fördermaßnahmen in einem Umfang bearbeiten müssen, wie das bisher noch nicht der Fall war, bedanken. In der ersten Säule wird am 27. Dezember rund eine Milliarde Euro ausbezahlt. Als nächstes Land in der Rangliste erscheint Niedersachsen mit 870 Millionen Euro. Noch darunter liegt Baden-Württemberg mit 550 Millionen Euro. Ich möchte mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Land-, Forst- und Flurbereinigungsverwaltungen bedanken. Ein herzliches Dankeschön, weil sie großartige Arbeit leisten.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich aber auch bei den Mitgliedern des Ausschusses sowie des Arbeitskreises, den Berichterstattern und auch ganz herzlich bei der CSU-Fraktion bedanken, die durch den vorliegenden Haushaltsentwurf beweist,

dass sie hinter den Bauern und den Waldbesitzern steht und für den ländlichen Raum und damit auch für die Zukunft unseres Landes eintritt. Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 08 sowie die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6607 mit 15/6611 und 15/6626 mit 15/6629 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 15/6933 zugrunde.

Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6933 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist wiederum die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Niemand. Stimmenthaltungen? Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bei den Ermächtigungen stimmen wir immer zu!)

– Entschuldigung. Die SPD stimmt zu. Ich frage also noch einmal: Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

hierzu:

**Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 15/6662),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6735 mit 15/6740),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6750 mit 15/6754)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die übliche Regelung für die Staatsregierung ist bekannt. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Kupka das Wort.

Engelbert Kupka (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur sind seit jeher besondere Schwerpunkte bayerischer Politik. Sie haben immer wieder starke Akzente in den Haushalten gefunden. Im zurückliegenden Doppelhaushalt 2005/2006 hatten wir Zuwächse von 4,4 bzw. 2,4 %. Für den vorliegenden Doppelhaushalt können wir erneute Zuwächse verzeichnen. Für 2007 sind es 1,7 % oder 70,3 Millionen Euro, und für 2008 sind es 1,3 % oder 57,2 Millionen Euro. Damit beläuft sich der Gesamtetat auf 4,328 Milliarden Euro im Jahr 2007 und auf 4,385 Milliarden Euro im Jahr 2008.

Das ergibt von 2005 bis 2008 Zuwächse von insgesamt circa 10 %. Der größte Teil entfällt auf den Bereich Wissenschaft und Forschung, also auf die Hochschulen. In Zahlen ausgedrückt sind das 34 Millionen Euro im Jahr 2007 und 73 Millionen Euro im Jahr 2008. Das sind die Zahlen ohne die den Hochschulen selbst und allein für Forschung und Lehre zustehenden Studiengebühren in Höhe von circa 150 Millionen Euro und ohne Versorgungsausgaben in Höhe von 236 Millionen Euro, die aus systematischen Gründen erstmals dem Hochschuletat zugerechnet werden.

Es gibt auch noch kleinere Korrekturen von 19,4 Millionen Euro, die Ausgabesteigerungen aus Einnahmekoppelungen betreffen.

Der Doppelhaushalt 2007/2008 sieht zudem 150 neue Stellen im Hochschulbereich vor. Das ist, so meinen wir, der notwendige Einstieg in eine Finanzierung, die die Hochschulen benötigen, um die wachsenden Studierendenzahlen bewältigen zu können. Es handelt sich bei diesen 150 Stellen um sogenannte ungeschlüsselte Stellen. Das heißt, sie sind nur an Mittelkontingente gebunden; je nach Wertigkeit können also auch mehr als 150 Stellen geschaffen werden. Auf die Fachhochschulen müssen zudem mindestens 73 dieser Stellen entfallen.

Diese nachhaltige Förderung hat dazu geführt, dass die Qualität der bayerischen Hochschulen auch in der Wirtschaft sehr anerkannt ist. Ich meine damit nicht nur die Einwerbung von Drittmitteln; die Wirtschaft finanziert 74 Stellen für Stiftungsprofessuren.

Ein ganz besonderes Qualitätszeichen aber haben unsere Hochschulen durch die Exzellenzinitiative erhalten. Zwei Münchner Universitäten konnten sich in der dritten Förderlinie mit ihren Anträgen zu Zukunftskonzepten durchsetzen. Bei der ersten und zweiten Förderlinie gehen fünf Exzellenzcluster und vier Graduiertenschulen an bayerische Universitäten; das ist eine hervorragende und ausgezeichnete Leistung, zu der man nur gratulieren kann. Wir rechnen mit einem jährlichen finanziellen Volumen von insgesamt knapp 70 Millionen Euro für die elf erfolgreichen bayerischen Anträge. Ein Drittel der bundesweit in der ersten Runde insgesamt bewilligten Fördersumme geht an Bayern.

Die Rahmenbedingungen für diese exzellente Leistung haben wir sicherlich durch unsere bayerische Wirtschaftsförderung über Jahre hinweg gelegt. Aber ein ganz besonderes Verdienst haben neben dem Minister und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Ministerium die Hochschulen selbst. Der Präsident der TU München und der Rektor der LMU haben mit ihren Professoren und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Studenten herausragende Leistungen erbracht. Das gilt auch für die Universität Würzburg. Dafür möchten wir an dieser Stelle einen herzlichen Dank und die Anerkennung dieses Hohen Hauses aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war dabei, als Professor Herrmann mit seiner Crew diese Exzellenzinitiative in einem Fachseminar etwas gefeiert hat, und darf Ihnen sagen: Erst bei solchen Gesprächen wird einem klar, welche Qualitäten notwendig sind, um überhaupt ein solches Antragsverfahren erfolgreich bestreiten zu können. Es ist hier eine außerordentliche Leistung zustande gebracht worden. Wir sind überzeugt, dass die anderen Universitäten das nächste Mal auch mitziehen werden. In diesem Zusammenhang gehört auch die Eliteförderung nach dem Eliteförderungsgesetz genannt. Hierfür stehen Mittel in Höhe von 8,7 Millionen Euro bereit. Im Zuge des Ausbaus des Elitenetzwerks werden zusätzliche Mittel investiert, die nicht zulasten der Breitenförderung gehen. Im Stellenplan 2007/2008 sind deshalb weitere 115 Stellen durch eine Umsetzung angesetzt worden, sodass nunmehr 222 Stellen bereitstehen.

Weiter zu erwähnen ist das Innovationsbündnis. Von den Universitäten wurden 600 Stellen für dieses Bündnis eingebracht, von den Fachhochschulen 30. Der Staat gibt weitere 140 dazu.

An Sachmitteln werden für den Innovationsfonds insgesamt 2,3 Millionen Euro im Jahre 2007 und 3,5 Millionen Euro im Jahre 2008 zur Verfügung gestellt.

Die Einzelheiten werden dann noch mein Kollege Ludwig Spaenle und andere ansprechen.

Neben der Förderung der Wissenschaft ist natürlich der zweite Schwerpunkt im Einzelplan 15 der Bereich Kunst und Kultur. Die Ausgaben für diesen Bereich einschließlich der Umfinanzierung von derzeit 407 Millionen Euro auf 412,7 Millionen Euro im Jahr 2007 und 417,9 Millionen im Jahr 2008 sprechen eine deutliche Sprache. Die Ausgaben werden in diesem Bereich auf hohem Niveau weitergeführt. Ein besonderes Highlight wird dabei sicherlich die für Frühjahr 2008 geplante Eröffnung des Brandhorst-Museums sein; das ist eine Sammlung im Wert von 100 Millionen Euro. Dieses Brandhorst-Museum wird weit über München hinaus auf ganz Bayern ausstrahlen.

Bei den staatlichen und nichtstaatlichen Theatern und den Bamberger Symphonikern wurden die tarifvertraglichen Anpassungen fortgesetzt, sodass es hier nicht zu erneuten Schwierigkeiten kommen kann.

Bei den Sing- und Musikschulen ist eine Erhöhung von 170 000 Euro vorgesehen; Zuwächse sind ferner eingeplant für das Staatstheater Nürnberg und das Textilmuseum in Augsburg.

Zur Bodendenkmalpflege ist zu berichten, dass hier eine Erhöhung um 340 000 Euro erfolgt. Das Geld ist hauptsächlich für das Projekt Limes vorgesehen. Bei der Bodendenkmalpflege sind die Mittel um 500 000 Euro aufgestockt worden.

Zum Einzelplan 15 gab es eine ganze Reihe von Anträgen, die wir im Haushaltsausschuss behandelt haben. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben Anträge mit einem Gesamtvolumen von 780 000 Millionen Euro eingereicht, die nur über neue Schulden hätten finanziert werden können, was natürlich einen Verstoß gegen Artikel 18 der Bayerischen Haushaltsordnung dargestellt hätte. Diese Anträge wurden gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die CSU hat ebenfalls fünf Anträge eingebracht, die allerdings alle eine Deckung vorwiesen. Ich darf die Anträge nur kurz erwähnen:

175 000 Euro wurden für beide Jahre für die Frauenförderung in Forschung und Lehre bereitgestellt. Jeweils 400 000 Euro für 2007 und 2008 wurden für Maßnahmen am UNESCO-Weltkulturerbe Limes bereitgestellt. Jeweils 1 Million wurde zur Erhaltung und Sanierung von Kunst- und Geschichtsdenkmälern beantragt. 200 000 Euro für beide Jahre wurden zur Förderung nichtstaatlicher Museen und 200 000 Euro für die bayerische Staatsbibliothek beantragt, welche damit ihren Bestand aufstocken kann. Wie gesagt, für diese Anträge lagen entsprechende Deckungsvorschläge vor. Sie wurden deshalb auch im Haushaltsausschuss positiv verabschiedet.

Ich möchte an dieser Stelle dem Minister und seinem gesamten Haus einen herzlichen Dank nicht nur für die Arbeit im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltsplans, sondern auch für die Arbeit in der Vergangenheit sagen. Wir sind wirklich in einer Situation, die weit über Bayern hinaus Beachtung findet. Wir können uns mit unseren Leistungen sehen lassen. Wir sind sicher, dass wir mit dem neuen Doppelhaushalt auf diesem Sektor

Zeichen gesetzt haben, die weit in die Zukunft reichen. Ich bitte deshalb das Hohe Haus, dem Einzelplan 15 in der vom Haushaltsausschuss beschlossenen Fassung zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Vogel.

Wolfgang Vogel (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich bei meinen Ausführungen auf den Wissenschaftsbereich konzentrieren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

– Lieber Ludwig Spaenle, warte halt erst einmal ab, was ich sage, und schrei dann dazwischen, dann wird es vielleicht substanzieller. Mein Fraktionskollege Peter Hufe wird später zu Kunst und Kultur Stellung nehmen.

Lieber Herr Kollege Kupka, die Kollegin Radermacher hat es Ihnen schon im Haushaltsausschuss gesagt. Es wird nicht richtiger, wenn Sie die Anträge der SPD und der GRÜNEN zusammenzählen, in einen Topf werfen und dann insgesamt - -

(Engelbert Kupka (CSU): Aber die Summe stimmt!)

– Die Summe sagt aber nichts aus, Herr Kupka. – Die SPD hat für 63 Millionen Euro Anträge eingebracht, und wir haben für diese 63 Millionen auch Deckungsvorschläge gemacht. Sie folgen unserer Haushaltssystematik nicht, aber wir wissen sehr wohl, was wir machen.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie unseren Anträgen nicht zustimmen, ist Ihr gutes Recht, aber unser Recht ist es auch, dass Sie mit den Zahlen redlicher umgehen.

(Engelbert Kupka (CSU): Deckungsvorschläge habt Ihr aber nicht vorgelegt! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Doch! – Engelbert Kupka (CSU): Für die 126 Millionen aber nicht!)

Herr Kollege Dupper hat Ihnen am Anfang gesagt, was genau wir alles vorhaben.

Herr Kupka, ich hätte mir überhaupt gewünscht, dass der erste Redebeitrag der die Regierung tragenden Fraktion etwas mehr von der hochschulpolitischen Realität geprägt gewesen wäre und nicht von haushaltspolitischen Schönfärbereien.

(Beifall bei der SPD)

Sie reden von Zuwächsen, aber es wird einiges dazu zu sagen sein, wohin diese Zuwächse gegangen sind. Sie flüchten sich die ganze Zeit mit dem berechtigten Lob für

Eliteuniversitäten über die hochschulpolitische Alltagsrealität hinweg. Die Realität an unseren Hochschulen sieht anders aus, als Sie es bei einem Empfang von irgendwelchen Exzellenzclustern erleben. Darüber müssen wir heute reden, wenn wir über diesen Haushalt reden. Dieser Hochschulhaushalt ist in Anbetracht der Aufgaben, vor denen die Hochschulen stehen, gelinde gesagt, ein Armutszeugnis.

Deswegen möchte ich mit einem Zitat des Historikers Golo Mann beginnen – Herr Goppel, das ist an Ihre Adresse gerichtet: „Es ist eine alte Erfahrung, dass jemand einen falschen Weg, den er schon lange gegangen ist, auch zu Ende gehen wird“. Herr Goppel, leider gehen Sie diesen Weg zu Ende, und wir sind es leid, immer wieder in Sonntagsreden das hohe Lob der bayerischen Hochschullandschaft zu hören.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Heute gibt es die Sonntagsrede schon am Mittwoch!)

Im Alltag erleben wir, dass es ganz anders aussieht. Die Hochschulen und die dort Lehrenden und Studierenden erfahren eine ganz andere Alltagsrealität.

Unterfinanzierte und überlastete Hochschulen schicken Sie in eine von dramatisch anwachsenden Studierendenzahlen gekennzeichnete Zukunft. Sie umgeben damit die Universitäten und Fachhochschulen mit einem Hauch von Autonomie, der angesichts der dramatischen Lage lediglich zur autonomen Mangelverwaltung zwingt. Elite- und Exzellenzförderung verkommen zu Alibiveranstaltungen, weil die akademische Breitenausbildung, aus der heraus sich eben Spitzenleistungen entwickeln können, nur noch dank des enormen Einsatzes der Lehrenden und Lernenden erfolgt. Das ist ein fataler hochschulpolitischer Kurs. Das ist Ihr fataler Kurs, Herr Goppel.

(Beifall bei der SPD)

Obendrauf gibt es dann ein marktkonformes Sahnehäubchen aus Innovationsbündnis, Exzellenzoffensive und Hochschulgesetzgebung, was nur denjenigen Menschen schmecken wird, die mit dem Humboldtschen Wissenschaftsbegriff wenig anzufangen wissen. Für sie kann Wissenschaft und Forschung nur noch unter Marktbedingungen bestehen. Zudem dürfen die Studierenden nur gegen die Bezahlung von Studienbeiträgen die Veranstaltungen besuchen, und zwar mit fragwürdigem Nutzen für ihr Weiterkommen, aber wegen der schwarzen Null zur Freude des Finanzministeriums.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Kurs halten Sie konsequent ein, und dabei unterliegen Sie einer fatalen Selbsttäuschung. Wider besseres Wissen und weil Ihnen angesichts der Misere nichts anders übrig bleibt, behaupten Sie kontinuierlich, die Hochschulen in Bayern wären auf einem guten Weg, sie wären bestens ausgerüstet und optimal aufgestellt für die Zukunft. Die an den Hochschulen Arbeitenden machen hervorragende Arbeit, aber Sie lassen sie damit allein, und Sie machen sich, uns und den Betroffenen etwas vor.

In der Wissenschaft bezeichnet man dieses Phänomen als kognitive Dissonanz.

(Beifall bei der SPD – Engelbert Kupka (CSU): Da müssen Sie einmal mit den Universitäten selber reden!)

– Sehr wohl, Herr Kupka. Ich rede vielleicht häufiger mit den Universitäten, nämlich dort, wo unterrichtet wird und wo geforscht wird, und nicht bloß bei Empfängen. Ihr falscher Weg wird auch nicht dadurch richtig, dass Sie ihn tagtäglich wiederholen und dabei immer wieder vor- und zurücktrampeln.

Die Universitäten und Fachhochschulen stehen mit dem Rücken zur Wand. Das Land erwartet von Ihnen endlich konkrete Vorschläge für die Bewältigung des bevorstehenden Ansturms junger Menschen. Die Wirtschaftsinstitute schlagen Alarm, weil zu wenig Absolventinnen und Absolventen ausgebildet werden. Es droht ein Fachkräftemangel. Die Innovationskraft schwindet, wenn nicht endlich gegengesteuert wird.

Trotz aller Ankündigungen und Vertröstungen, die bayerischen Hochschulen würden bei den aktuellen Haushaltsberatungen besonders berücksichtigt, werden die Hochschulen mit dem vorliegenden Haushaltsplan erneut enttäuscht. Herr Kupka, das ist die Wahrheit: Der Wissenschaftshaushalt wächst im Vergleich zu den anderen Haushalten nur unterdurchschnittlich. Herr Goppel hat uns diese Zahlen auch vorgerechnet. Man muss nur die Einnahmen aus den Studienbeiträgen und die Versorgungsleistungen abziehen.

Angesichts dieser Herausforderungen hätte es Ihnen, Herr Goppel, aber gelingen müssen, Ihrem Kollegen Falthäuser deutlich zu machen, dass Hochschulen und Wissenschaft ein zentraler Schwerpunkt der Landespolitik sind und deshalb ihre Finanzierung deutlich aufgestockt werden muss. Die Hochschulen haben Vorleistungen erbracht, nämlich eine Erhöhung des Lehrdeputats um 12,5 % für Professorinnen und Professoren sowie eine Erhöhung des Lehrdeputats um 25 % für die Assistentinnen und Assistenten. Alles das wird von Ihnen nicht gegengerechnet. Hier kommt keine Gegenleistung mehr. Die Selbstverpflichtung der Fachhochschulen zur Erhöhung der Studienplätze um 10 % und all diese Anstrengungen bleiben ohne Gegenleistung. Wir von der SPD-Landtagsfraktion fordern deshalb eine deutliche Aufstockung der Ressourcen; denn ohne die erforderlichen Mittel werden unsere Hochschulen in den kommenden Jahren arbeitsunfähig sein.

(Beifall bei der SPD)

Auf der Strecke bleiben die Studierenden. Auf der Strecke bleibt die Qualität der Lehre. Die Rechnung geht für die Studierenden nicht auf. Bei wachsenden Studierendenzahlen, bei zusätzlichen Aufgaben für die Hochschulen und bei einem minimalen Anwachsen des Wissenschaftsetats bleibt für die Verbesserung der Lehre fast überhaupt nichts übrig. So erfreulich zugegebenermaßen die Erfolge der bayerischen Universitäten bei der Auslegung der Exzellenzinitiative sind, umso deutlicher werden

dadurch die schwierigen, sich verschlechternden Studienbedingungen für die große Mehrheit wahrzunehmen sein.

Eine Tageszeitung hat vor Kurzem nicht zu Unrecht getitelt: Das Elend der Massen.

(Heiterkeit und Zurufe von der CSU – Engelbert Kupka (CSU): Worüber reden Sie eigentlich?)

Dafür seid Ihr verantwortlich.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Ich habe jetzt nicht an unsere Massen gedacht, sondern an die Massen der Studierenden an den Hochschulen!)

Die Zahl der Erstsemester an der TU wird nach einer Prognose zum Beispiel von derzeit 5800 auf bis zu 8000 in den nächsten fünf Jahren ansteigen. Der Präsident der Technischen Universität München, Herr Herrmann, hat an dieser Stelle circa 1000 neue Planstellen gefordert, die rechtzeitig geschaffen werden müssen. Wo sind sie denn? Die Universität München stellt fest, dass sich das Defizit von jährlich 70 Millionen Euro infolge der Entwicklung der Studierendenzahlen auf 185 Millionen Euro im Jahr 2016 erhöhen wird. Wie wird denn das alles im Haushalt berücksichtigt? Es fehlen die Hörsäle, es fehlen die Dozenten. Mehr als hundert Studierende sitzen in einem Seminar. Grundseminare können wegen Überbelegung nicht mehr gewählt werden. Pflichtveranstaltungen werden von Lehrbeauftragten abgehalten, die dafür nur einige hundert Euro pro Semester bekommen.

Die Prognosen der Hochschulen an dieser Stelle sind eindeutig. Wenn man die Abiturienten des Doppeljahrgangs 2010/2011 einbezieht, muss man feststellen: Die Hochschulen können diese Aufgaben nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen. Man befürchtet, dass man ganze Fakultäten schließen muss. Wenn man dann noch einbezieht – im Hochschulausschuss tun wir das auch oft genug –, dass die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge weitere Kapazitäten bindet, frage ich: Wo wird das in diesem Haushalt berücksichtigt?

Es kommt noch schlimmer. Die staatlichen Mittel für den Bauunterhalt und für Reinvestitionen sind defizitär. Dies führt dazu, dass die Substanz der Gebäude, Einrichtungen und Geräte vielfach verkommt. Die „Universität Bayern e. V.“ hat in ihrer „Eichstätter Erklärung“ geschrieben: Der aufgestaute Erhaltungsaufwand ist kaum mehr zu beziffern, geht aber in die Milliarden Euro und wird sichtbarer und greifbarer. – Es muss Ihnen doch wie ein Schlag ins Gesicht vorgekommen sein, als der Bayerische Oberste Rechnungshof in der letzten Woche veröffentlicht hat: Er sieht den Zustand der Bausubstanz an der Universität Regensburg als Ergebnis einer jahrelangen Vernachlässigung des Bauunterhalts.

Am Ende dieses falschen Weges stehen jetzt beispielsweise in Regensburg – und das steht für die gesamte bayerische Hochschullandschaft – baufällige Zugangstreppen zum Universitätsgebäude, die gesperrt oder ohne Ersatz abgerissen werden müssen. Fakt ist: Die Fassaden des vierzig Jahre alten Stahlbetonbaus sind brüchig

und müssen renoviert werden. Auch diese Problematik, Herr Goppel, findet im Haushalt keinen Niederschlag.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man durch die Uni Regensburg geht – nicht beim Empfang, Herr Kupka, sondern wenn man einfach durch die Flure geht –, kann man angesichts fallender Decken und Betonteile ganz persönlich erfahren, wie niederschmetternd die Hochschulpolitik in Bayern ist.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle könnte man noch auf viele andere Punkte eingehen. So wurde versprochen, dass die im Kürzungshaushalt 2004 gekürzten Titelgruppen 73, 76 und 79 wieder aufgestockt werden. Passiert ist aber nichts. Es gäbe eine Reihe weiterer Beispiele. Darauf haben wir mit unseren Anträgen reagiert. Sie wissen: Diese Anträge sind gedeckt. Angesichts von 2,3 Milliarden Euro wären auch andere hochschulpolitische Wege denkbar. Die Mehrheit ist unseren Vorschlägen nicht gefolgt. Aber ich habe eingangs schon gesagt: Sie halten sich verbissen an das Motto von Golo Mann; Sie müssen diesen falschen Weg leider Gottes weitergehen. Die Studierenden in Bayern, die Lehrenden und die Lernenden leiden darunter. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit oder Nichtaufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! Der Ministerpräsident hat in seiner gestrigen Rede Bayern vollmundig zum Chancenland ausgerufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

– Klatschen Sie nicht zu früh. Doch wie sieht es wirklich aus mit den Chancen im Hochschul- und Wissenschaftsland Bayern? Wie sieht es aus mit den Chancen für junge Menschen in diesem „Chancenland“? Eröffnen Sie Chancen, mehren Sie die Chancen für die jungen Leute? – Genau das tun Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie arbeiten seit Jahren daran, die Chancen junger Menschen auf eine akademische Ausbildung in Bayern zu verschlechtern. Seit Herr Stoiber Ministerpräsident ist, sind die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in Relation zum Gesamtvolumen des Staatshaushaltes stetig gesunken, und das bei stetig steigendem Bruttoinlandsprodukt. Noch nicht einmal ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist dieser Regierung das Zukunftsfeld Hochschulen wert. Wenn es Ihnen ernst ist mit dem „Chancenland“ Bayern, warum investieren Sie dann nicht in dieses Zukunftsfeld?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Obwohl Sie jetzt, zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl, das Füllhorn in verschiedenen Bereichen auffüllen, um es dann termingerecht über das Land zu entleeren, sparen Sie noch immer bei den Hochschulen. Ich habe mir die Rede des Ministerpräsidenten gestern genau angehört. Er hat dort nicht erklärt, wie er die Hochschulen über das Jahr 2010 hinaus ausstatten will, damit sie die Herausforderungen der hoffentlich steigenden Studierendenzahlen bewältigen können.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

– Du hast recht, Margarete; darüber müssen wir uns eigentlich gar nicht mehr wundern; denn dann wird er sich sicher mehr für den finanziellen Rahmen seines Ruhestandes interessieren als für den der Hochschule.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie geben unseren Hochschulen nicht die Mittel, die sie brauchen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, um in großer Breite zu Spitzenleistungen zu kommen. Zwei Eliteuniversitäten sind nicht genug für Bayern, Herr Kollege Kupka.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich warne Sie, sich auf diesem Erfolg auszuruhen. Für das Ziel, die vielen jungen begabten Menschen in Bayern und an den bayerischen Hochschulen zu fördern, geben Sie nicht genug Geld in diesen Haushalt. Sie geben nicht genug Geld, um endlich eine der am meisten vernachlässigten Zukunftsressourcen, nämlich die jungen Frauen, die Wissenschaftlerinnen an unseren Hochschulen, angemessen zu fördern. Da hilft auch die nachgeschobene Erhöhung nichts. Sie ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie geben nicht genug Geld, im Gegenteil, Sie kürzen sogar noch in diesem Bereich um ausländische Studierende, Nachwuchswissenschaftler/innen und Professor/innen anzulocken. Sie geben nicht genug Geld, um mehr junge Menschen eines Jahrgangs an den Hochschulen auszubilden, um die Lehre signifikant zu verbessern und die Betreuungsrelationen zu verbessern. Das alles wäre dringend nötig, wenn der Bologna-Prozess ein Erfolg werden soll. Sie geben nicht genug Geld, um die Bibliotheken, Labors und Rechenzentren vernünftig auszustatten. Sie geben nicht genug, um wenigstens den Bestand der Gebäudesubstanz zu sichern, geschweige denn ordentlich zu sanieren und zu modernisieren.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

– Das können Sie sich ruhig anhören, Herr Sibler. Das hat Ihnen der Rechnungshof schön vorgerechnet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Oftmals wissen die Hochschulen nicht, wie sie die Reinigungskräfte und die Stromrechnung bezahlen sollen.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das alles habe ich Ihnen schon mindestens einmal, schon mehrfach gesagt. Hier von diesem Redepult aus habe ich Ihnen diese Situation an unseren Hochschulen schon mehrfach vor Augen geführt, für die Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie das alles nicht mehr hören können oder hören wollen, dann ändern Sie doch etwas.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Franz Josef Pschierer (CSU))

Doch das tun Sie erklärtermaßen nicht, denn wie hat der Finanzminister seine Einbringungsrede zu diesem Doppelhaushalt überschrieben? – Er sagte „Kurs halten“. Da ist er ehrlich. „Augen zu und durch“ müsste das Motto mit Blick auf den Einzelplan, den wir im Moment diskutieren, eher lauten. Sie haben ein neues Programm angekündigt, das Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“. Darin sollen vier Zukunftsfelder bearbeitet werden. Eines davon sollen ja die Hochschulen sein. Was Sie allerdings versprechen, kann mit Blick auf die katastrophale Unterfinanzierung der Hochschulen nur ein kleiner Anfang sein. Ein Beispiel dazu: Sie kündigen mit Ihrem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ zusätzliche Investitionen in den Hochschulbau in Höhe von 140 Millionen Euro an. Das klingt nach viel Geld. Für einen Normalsterblichen ist das sehr viel Geld. Dem steht aber ein Sanierungsbedarf allein an der Uni Regensburg, an einer einzigen Hochschule in Bayern, von mindestens 388 Millionen Euro gegenüber. Ich sage das nur damit wir wissen, über welche Größenordnung wir hier reden und reden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Rechnungshof hat Ihnen in diesem Jahr auch sehr schön vorgerechnet, wie unvernünftig das jahrelange Sparen in diesem Bereich war. Sie haben nicht in den Gebäudeunterhalt und nicht in diese Gebäudesanierung investiert. Jetzt wird es in Zukunft in den nächsten Jahren sehr viel teurer werden. Ich bin gespannt, wie wir uns das dann leisten können.

Der Präsident der Technischen Universität München, einer der Ihren – Sie wollten ihn sogar mal zum Wissenschaftsminister machen –, mahnte kürzlich öffentlich: Falls die staatlichen Hochschuletats auf dem schon heute zu niedrigen Niveau eingefroren bleiben, wird sich auch das Bildungs- und Hightech-Land Bayern aus dem internationalen Wettbewerb verabschieden.

Das sagt der Präsident einer der beiden Eliteuniversitäten in Bayern. Die TU verzeichnet bereits seit 1991 ein jährliches Finanzierungsdefizit von 70 Millionen Euro, das sich bis 2016 auf jährlich 185 Millionen Euro erhöhen wird. Der Hochschuletat wächst entgegen aller Sonntagsreden, die wir hier und in öffentlichen Erklärungen gehört haben, unterdurchschnittlich in dem Doppelhaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Im Klartext heißt das: Sie setzen auch in diesem Doppelhaushalt den Rückzug aus der staatlichen Finanzierung fort. Das belegen die Kennziffern des Haushalts, auch wenn Sie nicht müde werden, öffentlich etwas anderes zu behaupten.

Noch einmal, damit Sie das eben Gesagte in Ruhe durchdenken können: Wir befinden uns im Jahr zwei nach Mittelstraß, den Sie sonst gerne zum Kronzeugen machen. Welche finanziellen Konsequenzen haben Sie aus dem Bericht und der Analyse der Mittelstraß-Kommission gezogen? – Dort wurde nämlich mit Blick auf die finanzielle Misere der deutschen Hochschulen ein Vergleich zwischen der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich – ETH Zürich – und der Technischen Universität München – TU München – gezogen. So ist das Verhältnis von Studierenden pro Professor an der ETH Zürich mit 35 deutlich günstiger als an der TU München mit 44 Studierenden pro Professorenstelle. Zudem stehen an der ETH Zürich mit 57 310 Euro pro Studierenden fast dreimal mehr Mittel zur Verfügung als an der TU München mit nur 20 540 Euro pro Studierenden. Pro Professorenstelle beträgt der Faktor im Vergleich rund 2,2. Wer behauptet, Bildung habe in Bayern oberste Priorität, ignoriert die Fakten des Haushalts – um es freundlich zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Engelbert Kupka (CSU))

– Ja, Herr Kupka, das ist noch freundlich ausgedrückt. Ich könnte auch sagen: Der lügt.

Im „Chancenland“ Bayern schrumpfen die Chancen der Hochschulen.

(Engelbert Kupka (CSU): Erst habt Ihr die Hauptschulen niedergemacht, jetzt kommen die Hochschulen dran!)

Wir haben deshalb ein echtes Sonderprogramm für die Hochschulen gefordert, mit dem in den nächsten sechs Jahren 2 Milliarden Euro in die Hochschulen investiert würden, beginnend mit je 300 Millionen Euro in den kommenden zwei Jahren. Das würde näherungsweise dem tatsächlichen Finanzbedarf entsprechen, ohne dass damit große Sprünge gemacht werden könnten. Sie werfen uns vor, das wäre nicht deckungsfähig. Darüber kann ich nur lachen. Ich muss mir nur einige Großprojekte ansehen, für die Sie das Geld hinauswerfen, dann weiß ich, wo das Geld herkommen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss nur im Haushalt die Prioritäten richtig setzen. Wir haben heute einige Einzelpläne durcheinander gewürfelt. Sie haben von uns gehört, wo man kürzen könnte und welche anderen Prioritäten wir setzen würden.

(Engelbert Kupka (CSU): Sie haben bisher alles mit dem Forschungsreaktor finanziert, das ist jetzt vorbei!)

– Herr Kollege Kupka, der Forschungsreaktor ist ein prima Beispiel. Auch dafür haben Sie viel Geld zum Fenster hinausgeworfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns nun die Perspektive wechseln und aus der Sicht der Betroffenen, der Studierenden und derer, die es werden wollen, auf die Hochschullandschaft in diesem angeblichen „Chancenland“ Bayern blicken.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Was heißt hier „angeblich“!)

Bayern ist nicht das Land, in dem sich Leistung lohnt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU)

Wir haben bereits gestern vom Kollegen Dürr gehört, wie schlecht es um die Chancengerechtigkeit, die Bildungsgerechtigkeit in diesem Land bestellt ist.

(Engelbert Kupka (CSU): Fernab der Realität!)

Wir haben es heute in der Diskussion um den Einzelplan 05 gehört. Das Prinzip der Bildungsgerechtigkeit setzt sich bei den akademischen Bildungschancen fort. An unseren Hochschulen – das werde ich Ihnen bei jeder Gelegenheit noch einmal sagen – –

(Engelbert Kupka (CSU): Durch Wiederholen wird das nicht richtiger!)

– Die Aussagen sind richtig, Herr Kollege Kupka. Auch Ihr Dazwischenrufen kann die Statistiken des Deutschen Studentenwerks nicht verändern. Das sind harte Zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An unseren Hochschulen studieren die Kinder der Reichen und Privilegierten. Vier Fünftel von ihnen studieren. Von hundert Kindern aus der sozialen Herkunftsgruppe „Hoch“ studieren 81 Kinder. Von hundert Kindern aus der Herkunftsgruppe „Niedrig“ sind es nur 11 Kinder. Diese Situation verschärft sich in Bayern. Dazu ist Ihr Stirnrundeln angebracht, Herr Kollege Spaenle.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wann ziehen Sie endlich Konsequenzen aus dieser Tatsache? Wann erkennen Sie endlich, dass dies der Auftrag an Ihre Hochschulpolitik ist? – Das zu ändern, ist der Auftrag. Es ist Ihre Aufgabe, aus der Verantwortung für die gesamte Gesellschaft und die Menschen in Bayern für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Mittlerweile und aus der Reaktion heute muss ich erleben – und ich bin mittlerweile davon überzeugt –, dass Sie daran gar nichts ändern wollen. Akademische Bildungsangebote sind in Bayern ein knappes Gut. Sie tun alles

dazu, dieses wertvolle Gut noch weiter zu verknappen. Sie beteuern, dass wir mehr Akademiker und Akademikerinnen in diesem Land bräuchten, um der Herausforderung der Zukunft gewachsen zu sein. Sie wissen, dass jetzt und nicht erst in ferner Zukunft die geburtenstarken Jahrgänge an die Hochschulen und auf den Ausbildungsmarkt drängen. Sie haben völlig unüberlegt und in chaotischer Weise die Schulzeit verkürzt und das G 8 eingeführt. Damit haben Sie die Hochschulen mit einer Herausforderung konfrontiert, die Sie mit den Mitteln, die Sie ihnen zur Verfügung stellen, nicht bewältigen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben bis heute keine Idee, wie Sie die Folgen des G 8 an den Hochschulen auffangen wollen. Sie haben keine Idee, keinen Plan und erst recht kein Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Herbert Ettengruber (CSU))

– Das ist gut, Herr Ettengruber. Nicht wahr, das ist richtig gut. Ich habe mir das selbst aufgeschrieben.

Sie haben mit der Föderalismusreform die Politik für Hochschulen, Forschung und Wissenschaft in Deutschland und eben auch im „Chancenland“ Bayern geschwächt. Sie haben einen Hochschulpakt ausgehandelt, der völlig unzureichend ist und nicht ansatzweise die Mittel bereitstellt, die wir in den nächsten Jahren brauchen würden. Das alles trifft die jungen Menschen in Bayern unmittelbar. Die Chancen auf eine gute akademische Ausbildung in Bayern sinken. Die Zugangsmöglichkeiten zur Hochschulbildung verringern sich. In den nächsten Jahren werden wahrscheinlich alle Studienfächer mit Zugangsbeschränkungen belegt werden. Hinzu kommt, dass die Abiturientinnen und Abiturienten die Realschüler und Hauptschüler auf dem Ausbildungsmarkt verdrängen werden. Da wagen Sie, vom „Chancenland“ Bayern zu sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es kommt noch schlimmer.

(Engelbert Kupka (CSU): Schlimmer kann es nicht kommen!)

In dieser Situation wagen Sie es auch, ab dem kommenden Jahr die Studierenden mit Studiengebühren abzukassieren. Sie sollen zahlen, wozu sie nicht bereit sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Glauben Sie, dass Studiengebühren ein geeignetes Instrument sind, um die Chancen im „Chancenland“ Bayern zu erhöhen? – Nein, Sie werden die Bildungsgerechtigkeit, die Chancenungleichheit weiter verschärfen. Sie verschlechtern die Situation derer, die es schon schwer genug haben. Die Studiengebühren treffen Studierende

aus sozial schwächeren Familien ungleich härter als die mit finanzkräftigem Hintergrund.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen die Schulden, die ihnen die Kredite aufbürden, die Sie als sozialen Ausgleich verkaufen, beim Start in das Berufsleben und wahrscheinlich häufig in der Familiengründungsphase zurückzahlen, genau dann, wenn der Finanzbedarf der jungen Menschen am größten ist.

(Engelbert Kupka (CSU): Das stimmt doch nicht!)

– Doch, das stimmt, Herr Kupka. Lesen Sie Ihre Regeln.

Das belastet besonders junge Frauen. Diese belastet das sogar noch stärker als junge Männer. Erfahrungen aus Australien zeigen zum Beispiel, dass Frauen viel länger an den Schulden abtragen, weil sie beschämenderweise bei gleicher Leistung immer noch weniger verdienen als die Männer. Die Studiengebühren machen für viele ausländische Studierende ein Studium in Bayern unmöglich. All dies zeigt: Sie bauen Chancen im „Chancenland“ Bayern ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Im Hochschulbereich machen Sie eine Politik gegen die Zukunft des Landes.

Lassen Sie mich abschließend noch wenige Worte zur Kulturpolitik sagen, die auch in diesem Haushalt stattfindet und die es verdient hätte, dass man länger darüber spricht.

(Thomas Kreuzer (CSU): 50 Sekunden!)

– Sie haben recht, Herr Kreuzer. Sie könnten mir aber etwas Zeit einräumen.

Mit den seit Jahren im Bereich des Denkmalschutzes anhaltenden Kürzungen richten Sie im Kulturstaat Bayern volkswirtschaftlichen und kulturpolitischen Schaden an.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die leichte Erhöhung der Denkmalschutzmittel kann dies nicht heilen. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Bayern mehr in den Erhalt und die Pflege seiner Kulturgüter investiert, das nicht zuletzt deshalb, weil das eine gute wirtschaftliche Investition mit hoher Rendite ist.

Kolleginnen und Kollegen, weil Sie Ihrem selbstgesetzten Anspruch, Bayerns Zukunft zu gestalten und die Chancen im „Chancenland“ Bayern zu mehren, mit diesem Haushaltsplan nicht gerecht werden, lehnen wir den Einzelplan ab.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Spaenle.

Dr. Ludwig Spaenle (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Gote, ideologisch motiviertes Keifen macht die Situation und auch die Glaubhaftigkeit Ihrer Ausführungen nicht besser.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN)

Das Schlechtreden des Wissenschaftsstandortes Bayern kann und wird nicht gelingen. Berechtigte Sorgen und Einwände, wie sie durchaus vorgetragen wurden, sind ernst zu nehmen und für eine verantwortliche Wissenschaftspolitik ein wichtiger Hinweis.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Gut, dass Sie das nicht entscheiden!)

– Sudelsepp, jetzt geht das schon wieder los. Du lernst es nicht, aber du hast den Orden. Einmalig.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch kein parlamentarischer Ausdruck!)

Dein Umfang an Dezibel macht die intellektuelle Dünne nicht besser.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich kenne den Anfang meiner Rede, ich kann auch zwanzigmal beginnen. Also: Wissenschaftspolitik am Standort Bayern ist einer der wichtigsten Faktoren für die Zukunftschancen und für die erfolgreiche Politik, die im Freistaat Bayern in den letzten Jahrzehnten gestaltet werden konnte. Sie gestatten mir einen letzten kurzen Hinweis auf den Erfolg der bayerischen Universitäten und Fachhochschulen – ich darf das betonen – in der Exzellenzinitiative und bei anderen, vergleichbaren bundesweiten Wettbewerben. Dies ist der signifikanteste Erfolgsnachweis für Wissenschaftspolitik am Standort Bayern, und zwar nicht nur in den Spitzen, sondern für die hervorragende Qualität der grundständigen akademischen Ausbildung an den bayerischen Hochschulen.

(Beifall des Abgeordneten Engelbert Kupka (CSU))

Das ist der entscheidende Moment: Die Spitze wird nur dort erreicht, wo wir eine breite, grundständige, tragfähige, leistungsfähige und leistungsorientierte akademische Ausbildung gestalten können.

Lieber Herr Kollege Vogel, es ist völlig unbestritten, dass wir dauerhaft mehr Geld im akademischen Ausbildungssystem, gleich welcher Hochschulgattung, brauchen. Das ist ganz eindeutig.

(Wolfgang Vogel (SPD): Wann fangen wir an?)

– Wir fangen mit diesem Doppelhaushalt an.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Vogel (SPD))

– Ich habe mich auf die Anmerkung zu deiner physischen Masse, nicht zu deiner psychischen beschränkt, und ich habe das auf mich selbst bezogen. Mit dem Innovationspakt und den drei Offensiven der vergangenen 12 Jahre haben wir ganz hervorragende Grundlagen für die weitere Entwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Bayern geschaffen. Wir haben in den kommenden Jahren drei strategische Kernaufgaben zu bewältigen. Erstens. Aus der Exzellenzinitiative heraus haben wir gelernt, dass die strategische Kooperation der außeruniversitären Forschung mit der universitären Forschung alle Hochschulgattungen einbeziehen muss. Die Fachhochschule München ist die einzige Fachhochschule in der Bundesrepublik, die mit einem erfolgreichen Modell – wie die Ludwig-Maximilians-Universität München und die Technische Universität München – in der Exzellenzinitiative gewinnen konnte. Diese Erfolgsstrategie in der angewandten Forschung und in der Grundlagenforschung müssen wir konsequent weitergehen. Standortübergreifend müssen wir das auch weiterentwickeln.

Zweitens. Wir haben in den kommenden 12 bis 14 Jahren die große Herausforderung hoher Studierendenzahlen als Chance zu bewältigen. Ich sage das sehr bewusst: als Chance zu bewältigen. Dabei ist das schwierigste Element der doppelte Abiturjahrgang im Jahr 2012, gefolgt von den auf hohem Niveau verharrenden Studierendenzahlen bis zum Jahr 2020. Danach folgt gnadenlos der demografische Abschwung, der auch für die Folgen der akademischen Ausbildung gilt und für die langfristige Zurverfügungstellung von akademischen Arbeitskräften. Der Bedarf an akademisch vorgebildeten Arbeitskräften absolut und pro Jahrgang wird zunehmen. Das gilt auch für das Flächenland Bayern. Wir müssen deshalb im Wettbewerb der Politiken die Bewältigung der adäquaten akademischen Ausbildung dieser großen Studierendenzahl prioritär sicherstellen.

Dafür sind die Weichen gestellt. Das entscheidende Instrument hierfür war der Innovationspakt mit einer auf mittlere Frist gesicherten finanziellen unteren Linie für die Hochschulen mit einer leistungsbezogenen Zuwachsoption. Eine solche Konfiguration für die Hochschulen gibt es in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland. Es ist ein erstes wichtiges Zeichen durch die Zurverfügungstellung eines deutlich erkennbaren Stellenzuwachses gesetzt, der – entsprechend der strategischen Zielsetzung eines Zuwachses der Fachhochschulen für 40 % eines akademischen Jahrgangs – zu gleichen Teilen an Universitäten und Fachhochschulen geht.

An dieser Stelle sage ich auch sehr deutlich – und hier ist der Hochschulpakt ein erstes wichtiges Signal des neuen Zusammenspiels von Bund und Ländern in der Hochschulpolitik –: Wir müssen größte Kraftanstrengungen unternehmen, um die hohen Studierendenzahlen bewältigen zu können. Das muss zum Teil im System geschehen, beispielsweise durch Synergien, es wird aber auch, und das sage ich ebenfalls sehr deutlich, in einer Prioritätensetzung zwischen den verschiedenen Politik-

feldern geschehen, wenn zusätzliche Stellen und Mittel in erheblichem Maße erforderlich werden. Wir können das mit der Nachhaltigkeit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik in Einklang bringen, wenn wir von einem erweiterten Nachhaltigkeitsbegriff für eine gewisse Zeit – wir haben einen Zeithorizont bis zum Jahr 2020 – ausgehen. Wir haben das Instrumentarium der sogenannten KW-Stellen, die durch eine Selbstbindung des Gesetzgebers befristet sind. So können wir zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, um die Ressource Humankapital der letzten geburtenstarken Jahrgänge hervorragend akademisch auszubilden. Diese Priorität wird die größte Herausforderung für die kommenden Jahre in der Hochschulpolitik darstellen, und sie wird mit diesem Doppelhaushalt eingeleitet.

Drittens. Eine Frage, die in der Tat hohe gesellschaftspolitische Sensibilität erfordert und einen gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel darstellt, ist die materiell wirksame Einführung von Studienbeiträgen ab dem kommenden Sommersemester. Angesichts der Zahlen, die Herr Kollege Kupka genannt hat – an dieser Stelle darf ich unserem Herrn Staatsminister für die sensible Einbindung der Frage danken, wie auch für sein Engagement in dieser Frage –,

(Beifall bei der CSU)

halten wir es für wissenschaftspolitisch geboten und für gesellschaftspolitisch verantwortbar, unter den gegebenen Bedingungen Studiengebühren in Bayern zu erheben. Ich darf die Zahlen noch einmal ins Gedächtnis rufen: Die für Forschung und Lehre zur Verfügung stehenden Mittel, die nicht stellungsbunden sind, belaufen sich auf etwa 100 Millionen Euro im Staatshaushalt. Wir werden durch die Studienbeiträge netto den Studierenden und der Lehre etwa die Summe von 150 Millionen Euro zur Verfügung stellen können. Das bedeutet, dass wir in der wichtigsten Frage, der Ressourcenbildung am Standort Bayern, durch die Regelungen des Innovationspaktes die Mittel aus den Studiengebühren ausschließlich den Hochschulen und ausschließlich zum Zwecke der Lehre zur Verfügung stellen, und zwar unter Mitwirkung der Studierenden bei der Entwicklung der Parameter. Und nun kommt etwas ganz Entscheidendes: Die Hochschulen haben hierüber öffentlich und nachvollziehbar Rechnung zu legen. Das sind die Voraussetzungen, die wir selbst definiert haben, die bei der Erhebung von Studiengebühren erfüllt werden müssen. Die wissenschaftspolitische Gebotenheit bei der Einführung von Studienbeiträgen kann so glaubhaft nachvollzogen werden.

(Wolfgang Vogel (SPD): Tiefgarage Passau!)

Die Frage der sozialpolitischen Verträglichkeit oder der sozialen Verdrängungswirkung ist in der Hochschulpolitik eine ganz ernst zu nehmende Frage. Wir sind mit den gebotenen Möglichkeiten, insbesondere durch das gefundene Kreditmodell, das unabhängig vom jeweiligen persönlichen und elterlichen Einkommen angewendet werden kann und Rückzahlungsmöglichkeiten eröffnet, die auf bis zu 25 Jahre gestaffelt werden können, abhängig von der persönlichen Einkommenssituation, sehr gut aufgestellt. Ich brauche das nicht näher zu erläutern.

Damit treffen die Bedenken, die Frau Kollegin Gote hier insbesondere im Hinblick auf die weiblichen Studierenden vorgetragen hat, nicht zu. Wir können auch die Frage nach der sozialpolitisch gebotenen Sensibilität mit Ja beantworten. Wir können also diesen wichtigen Schritt einer gesellschaftspolitischen Veränderung großen Ausmaßes gehen.

Die Frage des weiblichen akademischen Nachwuchses ist in der Tat eine drängende. Wir haben hier im Hochschulrecht wesentliche Neugestaltungen vorgenommen. Wir stehen vor der Tatsache, dass die Mittel des Bundesländer-Programms in Höhe von vier Millionen Euro zum Jahresende auslaufen. Die Mittel stehen derzeit noch zur Verfügung, um die laufenden Stipendien und andere Fördermaßnahmen abzufinanzieren. Im Moment sind wir nicht in der Lage, den Ausfall der Bundesmittel in vollem Umfang oder auch nur annähernd zu kompensieren. Die vorliegenden Änderungsanträge sind deshalb eine Möglichkeit, um hier ein wichtiges Zeichen zu setzen. Wir stehen im intensiven Dialog mit den Vertretern der Frauenbeauftragten, um positive Lösungsansätze zu finden. Uns ist ganz wichtig, dass wir, gemeinsam mit dem Herrn Staatsminister, die Möglichkeiten des Hochschulpaktes in Bayern aufgreifen werden und sie mit der Frage der Priorisierung des weiblichen akademischen Nachwuchses verknüpfen. Das ist ein wichtiger strategischer Ansatz, bei dem wir dem Herrn Staatsminister unsere volle Unterstützung zusagen wollen.

Lassen Sie mich einige Worte zur Kulturpolitik sagen. Kulturpolitik im Freistaat Bayern ist Standortpolitik. Das gilt für die großen Zentren und in der Region. Einige Projekte sind angesprochen worden, etwa das Museum Brandhorst oder das Textilmuseum in Augsburg. Dies ist eine der letzten großen Investitionsmaßnahmen des Freistaates Bayern mit einer entsprechenden staatlichen Trägerschaft.

Ich sage noch etwas zum Denkmalschutz. Was Frau Kollegin Gote so abtut, ist ein sehr wichtiges Moment. Wir wissen um die besondere ökonomische Wirksamkeit und die Dimension, die die Denkmalpflege hat. Es handelt sich um ein unmittelbar mittelstandswirksames Instrument, bei dem eine Investitionskette im Verhältnis bis zu 1 zu 15 pro eingesetztem staatlichen Euro gegeben ist.

Wir sind sehr froh – den Kollegen in der Landtagsfraktion und den Kollegen im Haushaltsausschuss bin ich persönlich dankbar –, dass wir die Ansätze für die Bau- und Denkmalpflege deutlich nach oben fahren konnten. Ich darf schon jetzt sehr nachdrücklich unterstreichen, dass wir die Zusage, die mit der Zuerkennung des Titels „UNESCO-Weltkulturerbe Limes“ durch die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion an verschiedenen Stellen gemacht wurde, mit deutlichen investiven Möglichkeiten begleiten und an die Entwicklung des Limes als Weltkulturerbe in Bayern herangehen. Wir wollen da mit einer Bruttoinvestitionssumme von 1,2 Millionen Euro im Staatshaushalt Wort halten, wobei die Möglichkeiten von Landesstiftungen nicht eingerechnet sind.

Wir dürfen für das kommende Jahr einen starken Akzent auf die Präsenz der staatlichen Kulturpolitik in der Region

setzen. Ich weise auf die positiven Beispiele der Überarbeitung von regionalen Zweigmuseen des Freistaates Bayern hin, ob das Neuburg an der Donau oder das Neue Schloss in Bayreuth oder andere Initiativen sind. Wir wollen hier einen starken Akzent setzen, die kulturpolitische Verantwortung von Kommunen und Freistaat im gesamten Land präsent zu machen.

Ich darf an die aus meiner Sicht sehr positive Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung von gestern bzw. an die Ankündigung des Ministerpräsidenten erinnern, dass die konservatorisch sensiblen Objekte aus dem Bamberger Dom für das entsprechende Jubiläum zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein ganz wichtiges Signal. Auf diesem Weg sollten wir konsequent weitergehen, ohne – das sage ich sehr deutlich – die Bedeutung der großen Sammlungen des überregional und weltweit ausstrahlenden Standorts München und anderer Standorte zu schwächen.

Insgesamt werden die Hochschulpolitik und die Kulturpolitik im Freistaat Bayern den großen Herausforderungen – ich sage es noch einmal: erstens Fortentwicklung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im weltweiten Wettbewerb, zweitens Bewältigung der großen Studierendenzahlen in den kommenden 15 Jahren, drittens eine dem Standort und dem Ruf des Kulturstaates Bayern entsprechende Kulturpolitik – durch nachhaltige Investitionsentscheidungen und Haushaltsschwerpunkte gerecht.

Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Peter Hufe.

Peter Hufe (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir bleiben fünf Minuten für die Kultur. Angesichts der Tatsache, dass der Transrapid vom Hauptbahnhof bis zum Flughafen zehn Minuten braucht, sind fünf Minuten nicht besonders viel. Ich will es einmal unterteilen: Bis Fröttmaning werde ich Kritik üben, und auf dem Rest der Strecke – vielleicht bis Garching – werde ich Anregungen zu geben versuchen.

Der Ministerpräsident hat eine kulturlose Haushaltsrede gehalten. Ich habe in seiner Rede kein Wort zur Kultur vernommen; ich habe es nachgelesen. Auch in der Clusterpolitik der Staatsregierung ist nirgends ein Kulturcluster zu erkennen. Wir haben 19 Cluster, aber in der praktischen Politik gibt es kein Kulturcluster. Wir haben wohl Mediencluster. Die Kulturpolitik der Staatsregierung erschöpft sich darin, dass sie jetzt ein neues Museum Brandhorst baut. Das ist wunderbar. Die Stiftung ist dem Freistaat Bayern geschenkt worden. Aber wir geben eine Menge Steuergelder dafür aus, auch für die Betriebskosten. Dieses Geld kriegen wir nicht von anderswoher. Wir müssen es aus unserem Etat aufbringen. Es hilft uns nicht weiter, dass in allen anderen Bereichen der Kulturpolitik gekürzt wird.

Wir müssen in der lebendigen Kulturpolitik mehr unternehmen. Die Sing- und Musikschulen darben. Jetzt wird

ihnen ein Trostpflaster gegeben. Aber 170 000 Euro sind weit weg von dem, was wir uns alle einmal vorgenommen hatten: mindestens 25 % der Lehrpersonalkosten zu tragen. Wir sind erst in der Größenordnung zwischen 8 und 9 %.

Ich sehe keinerlei Konzepte, gerade im Bereich der kulturellen Nachwuchsförderung Akzente zu setzen. Ältere Menschen müssten in die kulturelle Wertevermittlung einbezogen werden. Und wo sind die Konzepte, bildungsferne Schichten an die Kultur, an Theater und Museen heranzuführen? All das ist nicht erkennbar. Wir spielen in der Champions League. Wir stecken in die Münchener Staatsoper gemäß letztem Rechnungshofbericht pro Aufführung 157 000 Euro, aber wir vernachlässigen die Regionalliga.

Kultur ist aber Grundlage unserer politischen Ordnung. Wir haben hier einmal eine Debatte über „Popetown“ geführt. Ich weiß nicht, wer sich daran noch erinnern kann. Es war eine Debatte mit dem Kollegen Herrmann. Da haben wir über Wertevermittlung gesprochen. Kultur ist die Grundlage jeden politischen Handelns und jeder politischen Gesellschaft. Das ist in diesem Haushalt aber nicht erkennbar. Ich würde mich freuen, wenn wir die Haushaltsdebatte – der Herr Staatsminister kommt noch dran – zum Anlass nehmen, uns über den gemeinschaftsstiftenden Sinn der Kultur auszutauschen und einig zu werden.

Dabei sollten wir auch überlegen: Was machen wir mit unserer neu gewonnenen Freiheit? Wir haben sehr begrüßt, dass wir eine Föderalismusreform beschlossen haben. Aber wo sind denn die Ansätze in der Kulturpolitik? Es muss doch gesagt werden, dass die Landtage auf diesem Gebiet nun mehr Verantwortung haben. Auch die Staatsregierung hat mehr Verantwortung. Wo sind die Vorschläge dazu, dass wir in Europa jetzt eine größere Rolle spielen? Die Länder müssen für ihre Anliegen die Kulturbeauftragten selbst bestimmen. Ich sehe von den neuen Freiheiten im Blick der Föderalismusreform bei der Kultur aber wenig.

Meine fünf Minuten laufen mir davon. Wir haben Fröttmanning schon lange verlassen. Wir kommen jetzt auf Garching-Nord zu. Ich habe noch eine Minute. Da möchte ich auf den Ausgangspunkt zurückkommen und die kulturlose Rede des Ministerpräsidenten in Beziehung zum Denkmalschutz setzen. Kollege Spaenle hat schon angesprochen, dass wir dafür jetzt 400 000 Euro bekommen. Wie viel fehlen uns denn, Herr Denkmalratsvorsitzender? Ein hoher zweistelliger Millionenbetrag ist in der Denkmalpflege gekürzt worden, und jetzt werden die 400 000 Euro als die große Errungenschaft des Haushalts gefeiert. Das ist zu wenig. Vielleicht stimmt das Verhältnis von 1 zu 15. Ich glaube mich sicher erinnern zu können, dass in der Größenordnung von 20 Millionen Euro gekürzt worden ist. Da könnten wir einen wahren Investitionsboom auslösen.

Der Ministerpräsident hat ex cathedra verkündet, dass der Bamberger Domschatz nach Bamberg zurückkommt. Es ist schön, dass er zusammen mit seinem Kabinett unserem Antrag gefolgt ist. Der Kollege Aloisius Raben-

stein hat der Staatsregierung irgendwie diese Weisheit mitgegeben.

Diejenigen Schwerpunkte, die wir im Haushalt für die Kulturpolitik zumindest in kleinen Teilen gesetzt haben, nämlich die Erhöhung der Mittel für die Sing- und Musikschulen und die Erhöhung der Mittel für die Denkmalpflege, lassen mich sagen: Ich würde mich freuen, wenn die Staatsregierung nicht nur in ihrer verbalen, sondern auch in ihrer praktischen Politik dazu überginge, nicht allein Verehrungsdeponien wie die Sammlung Brandhorst zu fördern, sondern endlich auch den lebenden Künstlerinnen und Künstlern und der kulturellen Bildung einen größeren Stellenwert einzuräumen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat sich Herr Kollege Stockinger zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, als ich in Schweinfurt im Stadtrat in der Opposition war, habe ich ähnlich geredet wie Sie. Ich habe auch immer das Geld ausgegeben, das man nicht hatte. Es ist das Vorrecht der Opposition, dies zu tun.

(Wolfgang Vogel (SPD): Kollege Spaenle hat mehr Geld gefordert!)

Die in der Verantwortung Stehenden müssen verantwortlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen, und ich denke, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf im Einzelplan 15 ein Beweis dafür ist.

Kollege Vogel, ich bemühe mich, jetzt keine Sonntagsrede zu halten. Es ist Mittwoch, und der Inhalt von Sonntagsreden ist Ihnen bekannt. Was ich jetzt sage, wird vielleicht auch für Sie etwas Neues sein.

Das Jahr 2006 ist für die bayerischen Hochschulen in mehrerer Hinsicht ein bedeutsames Jahr gewesen. Wir haben in Bayern ein neues, zukunftsweisendes Hochschulrecht verabschiedet, in dem wir den Hochschulen mehr Verantwortung gegeben haben. Wir haben die Zielvereinbarungen zwischen den Universitäten, Fachhochschulen und dem Ministerium unterzeichnet. Wir haben Studienbeiträge eingeführt. Wir haben ein herausragendes Abschneiden bayerischer Hochschulen bei der Exzellenzinitiative des Bundes zu verzeichnen gehabt. Wir haben mit der Föderalismusreform mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Hochschulbereich in Bayern erhalten, und wir haben die Zustimmung zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen gegeben und werden sie aktuell in gesetzliche Vorlagen umsetzen. Allein diese hochschulpolitischen Highlights zeigen, wie aktuell Hochschulpolitik in Bayern gestaltet wird und wie hautnah an den gegebenen Bedürfnissen in diesem Haus reagiert wird.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf setzt unter den gegebenen finanzpolitischen Rahmenbedingungen einen deutlichen Investitionsschwerpunkt bei Bildung, Wissenschaft

und Forschung. Die Steigerungsraten des Einzelplans 15 für 2007 und 2008 liegen bei 1,7 % für 2007 und nochmals zusätzlich 1,3 % für 2008. Der Kollege Kupka hat darauf bereits hingewiesen. Diese Entwicklung trotz eines zum zweiten Mal vorgelegten ausgeglichenen Haushalts erfüllt uns doch – und ich meine, zu Recht – mit Stolz.

Trotz dieses – ich sage es noch einmal – nicht selbstverständlichen Zuwachses im Einzelplan 15 können wir uns aber nicht selbstzufrieden zurücklehnen, sondern wir müssen uns in den nächsten Jahren verstärkt darum bemühen, die finanziellen Rahmenbedingungen unserer Hochschulen weiter zu verbessern; denn sie müssen in der Lage sein, den steigenden Studierendenberg, der vor uns steht, zu bewältigen.

Der größte Teil der Zuwächse im Haushalt entfällt natürlich auf den Bereich Wissenschaft und Forschung. Darin sind auch die Mittel für zunächst einmal 150 neue Stellen im Hochschulbereich enthalten. Diese neuen Stellen betrachten wir als Einstieg in die Finanzierung, die die Hochschulen benötigen: durch die geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren, durch unser Ziel, die Akademikerquote zu erhöhen, und – darauf lege ich besonderen Wert – durch die gezielte Vorbereitung auf den doppelten Abiturientenjahrgang infolge der Einführung des G 8, der 2012/2013 auf uns zukommt. Im darauf folgenden Doppelhaushalt sind dafür große finanzielle Anstrengungen nötig. Ich sage bereits hier und heute, dass Vorstellungen, diesen Berg von Studierenden durch die Erhöhung von Deputaten der Lehrenden zu bewältigen, absolut kein taugliches Mittel darstellen. Wir werden in die Kasse greifen müssen, um die dann notwendigen Voraussetzungen auch zu erfüllen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Heben Sie das dem Herrn Kupka auch schon gesagt?)

Dann werden wir mit unseren bayerischen Hochschulen weiterhin so erfolgreich sein. Dass zwei Münchner, zwei bayerische Universitäten bei insgesamt drei geförderten bei der Exzellenzinitiative des Bundes vorne liegen, zeigt ein fast peinliches Nord-Süd-Gefälle unserer deutschen Hochschullandschaft. Hätte der Bund nicht nur drei, sondern fünf oder sechs Hochschulen, wie ursprünglich geplant, in seine Exzellenzinitiative aufgenommen, dann wären zwei weitere bayerische Universitäten, nämlich Würzburg und Erlangen-Nürnberg, dazugekommen – ein noch deutlicherer Beweis für die Potenz unserer Hochschulen, die vom Kollegen Vogel vielleicht in dieser Deutlichkeit noch nicht gesehen wird.

(Wolfgang Vogel (SPD): Doch!)

Das neue bayerische Hochschulrecht will ich an dieser Stelle auch noch einmal ganz kurz streifen. Die Eckpunkte dieses seit Juni dieses Jahres in Kraft befindlichen Gesetzes sind insbesondere ein Mehr an Selbstverantwortung der Hochschulen für die Qualitätssicherung und Profilbildung sowie die Weiterentwicklung der Hochschulorgane. Das geht sogar so weit, dass eine Absicht derer, die das Gesetz verabschiedet haben, die Amtszeit des Präsidenten oder des Rektors einer Universität nicht auf Lebenszeit bzw. unbegrenzte Zeit zu verlängern, jetzt bereits

von der Technischen Universität München konterkariert wurde, indem sie kraft ihrer eigenen Autonomie gesagt hat: Unser Präsident darf auch über die vom Gesetzgeber vorgesehene Zeit hinaus im Amt bleiben – ein beachtenswerter Schritt der Hochschule. Wir werden einmal sehen, wie es weitergeht und wie andere Hochschulen von solchen Möglichkeiten Gebrauch machen und ob sich solche Möglichkeiten dann tatsächlich auch bewähren.

Wir haben in diesem Jahr – ich habe es eingangs schon erwähnt – Studienbeiträge eingeführt. Wir stehen dazu. Kollege Kupka und insbesondere Kollege Spaenle haben hierzu bereits Stellung bezogen. Ich kann allen jungen Studierenden nur empfehlen, die zur Verfügung gestellten Studienbeitragsdarlehen in Anspruch zu nehmen; denn sie sind quasi eine Rückversicherung einer ordentlichen Berufsausbildung, die wirklich nur dann zurückgezahlt werden müssen, wenn a) ein Beruf und b) ein Mindesteinkommen vorhanden sind, sodass die Not, die hier gezeichnet wurde, durchaus etwas übertrieben dargestellt wird. Meinen Kindern werde ich auf jeden Fall die Inanspruchnahme eines solchen Studienbeitragsdarlehens empfehlen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ihre Kinder haben das Problem nicht!)

– Die haben natürlich das Problem. Sie müssen das Geld auch auftreiben.

Wir haben die Föderalismusreform nach langen Diskussionen endlich durchgesetzt. Wir profitieren in Bayern insbesondere im Bereich der Hochschullandschaft davon. Wir haben die Rahmengesetzgebung des Bundes abgeschafft – das Hochschulrahmengesetz gehört demnach der Vergangenheit an –, und wir haben neue Gestaltungsmöglichkeiten für uns. Insbesondere haben wir keine Mischfinanzierungen mehr, wie sie in der Vergangenheit bestanden.

Auch das jetzt in der Debatte befindliche Gesetz zur Vergabe der Studienplätze, das Hochschulauswahlverfahren, ist ein weiterer Bereich zur Stärkung unserer Hochschulen. Künftig können 20 % der Studienplätze nach der Abiturnote, 20 % nach der Wartezeit und 60 % durch die Hochschulen selbst vergeben werden. Wir erachten – ich habe das an dieser Stelle schon mehrfach betont – dies als einen wichtigen Weg in die Richtung eines vernünftig zu gestaltenden, erfolgreichen Studiums.

Bisher haben die Hochschulen von der Auswahlmöglichkeit noch nicht oder nicht ausreichend Gebrauch gemacht. Ich habe mir sogar erzählen lassen, dass eine Fakultät einer bayerischen Hochschule daran denkt, wegen der Auswahlverfahren eine Klage gegen den Freistaat anzustreben, weil die Herren Professoren meinen, sie hätten dafür keine Zeit. Sie berufen sich auf ihre Lehrfreiheit, die Artikel 5 des Grundgesetzes vorsieht. Diesen Herren Professoren, diesen Kolleginnen und Kollegen, müssen wir aber entgegenhalten, dass die Lehrfreiheit keine Einbahnstraße ist, sondern dass sie an der beamtenrechtlichen Lehrverpflichtung, die jeder Hochschullehrer mit Übergabe seiner Urkunde erhalten hat, natürlich ihre Grenzen findet. Ich bin sehr gespannt, wie sich das

Bayerische Verfassungsgericht, so die Klage wirklich weiterverfolgt wird, auslassen wird.

Auch Bologna ist ein nicht zu vergessendes und nicht zu vernachlässigendes Stichwort. Wir müssen sehen, wie wir damit zurechtkommen. Ich kann nur warnen, Bologna in absoluter Vollkommenheit umzusetzen. Andere europäische Staaten zeigen uns, dass es wohl etwas besser ist, wenn wir mit den Vorschriften von Bologna nicht ganz so konsequent umgehen, wie es üblicherweise eine deutsche Eigenart ist, wenn es um die Umsetzung europäischer Regelungen geht.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Haushalt, damit unsere Hochschulen in Bayern die Arbeit für Bayerns Zukunft weiter so erfolgreich gestalten können wie bisher und Qualität und Exzellenz noch gesteigert werden können. Auf dem besten Wege dazu sind unsere Hochschulen gemeinsam mit uns in der Politik.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Goppel das Wort.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Vielen herzlichen Dank für die Beratungen zu unserem Einzelplan 15!

Am Anfang meiner Antwort darf der Dank stehen. Er gilt all denjenigen, die mit diesem Haushalt ihre Mühe gehabt haben oder noch haben werden, und er gilt all denjenigen, die letztendlich mit ihren Namen für die Zuwächse des Einzelplans 15 stehen. Ich will mich beim Kollegen Manfred Ach, bei dem gesamten Haushaltsausschuss und bei Berichterstatter Kupka bedanken. Ich will mich ganz herzlich bedanken beim Kollegen Spaenle und bei den Mitgliedern des Hochschulausschusses. Ich will dabei die Kollegen der GRÜNEN nicht vergessen, weil viele der Diskussionen vorausgehen mussten, damit wir uns an der einen oder anderen Stelle zusammenraufen konnten. Die gedankliche Auseinandersetzung mit der Argumentation aus anderen Ländern, übertragen auf bayerische Verhältnisse, tut gelegentlich ganz gut; denn wenn ich all die heute aufgezählten Daten darüber zusammenzähle, wie schlecht es uns geht, und dann jeweils die Daten anderer Länder, in denen die SPD und die GRÜNEN – vornehmlich allerdings die SPD – das Sagen haben, dagegenstelle, stelle ich fest, dass wir im Vergleich dazu noch in einem als Paradies zu bezeichnenden Gelände unterwegs sind. Ab und zu sollte man daran interessiert sein.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Vogel, das ist das Einzige, das ich ansprechen will; denn es bleibt nicht viel Zeit, um sich mit jeder einzelnen Argumentation auseinanderzusetzen, die schnell dahingesagt ist. Sie haben uns kognitive Dissonanz vorgeworfen. Sie ist mir allemal lieber als affektive Ignoranz.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Wenn man schon mit solchen Begriffen operiert, muss man sie gegeneinander setzen. Affektive Ignoranz ist sofort belegt. Wenn die Realität anders aussieht als das, was Sie schildern, ist das affektive Ignoranz, unabhängig davon, dass Ihre Vermutungen darin eine große Rolle spielen.

(Wolfgang Vogel (SPD): Das sind Zitate!)

Da hat jemand seine inneren Bewegungen und Bemühungen ganz weit nach vorne geschoben, ohne darauf zu achten, dass auch die Realität eine Rolle spielt.

Lassen Sie mich nur ein Datum anführen: In Rheinland-Pfalz gibt es ein paar Studienplätze mehr als bei uns. Dafür lassen sich die Herrschaften von Herrn Schleicher und anderen der OECD im Vergleich zu Pisa feiern. Wenn Sie nachsehen, wie die Studienplätze ausgestattet und eingerichtet sind, stellen Sie fest, dass bayerische und baden-württembergische Studienplätze je Studienplatz ein Ausrüstungsplus zwischen 1500 und 2000 Euro verzeichnen. Es ist kein Wunder, dass dann im Ergebnis der Wettbewerbe die Baden-Württemberger und die Bayern besser abschneiden als der Rest, weil wir uns darum kümmern, dass das, was wir vorhalten, wirklich Qualitätsansprüchen genügt, und nicht nur Einrichtungen geschaffen sind. Das ist ein echtes Problem, und dieses will ich auch nicht abgeben. Ich möchte immer zuerst für alles, was ich einrichte, Qualität, und mich nicht dafür verantworten müssen, dass die Qualität Abschlüsse hinnehmen musste.

Dann lassen Sie den Vergleich stehen zwischen der ETH Zürich, die Sie ebenso wie Frau Kollegin Gote gerne im Mund führen, und der Technischen Universität. Die ETH Zürich ist eine Sonderuniversität der Schweizer, die – im Gegensatz zu anderen Hochschulen – der Bund finanziert, die sich noch nie mit unseren Hochschulen verglichen hat. Das lassen Sie immer schön weg. Das ist so etwas wie die Harvard der Schweiz, in die das ganze Geld fließt. Aber wenn Sie die Harvard mit uns vergleichen, können wir gleich zusperrern. Dafür schneiden alle unsere Hochschulen, bis hin zu kleinen Universitäten in Passau, Bamberg und in Eichstätt – auch die Privaten – sehr viel besser ab als der Durchschnitt der amerikanischen Universitäten, ohne die paar Privaten, die viel Geld kosten. So kann man nicht vergleichen. Man darf fragen, was uns noch fehlt; einverstanden, da bin ich dabei. Wir können gerne miteinander in dieser Defizitbeschreibung sehen, wo wir Schritt für Schritt Neues in Szene setzen und weitergehen.

Frau Kollegin Gote, Sie haben bei den Universitäten von 1 % am Bruttoinlandsprodukt gesprochen. Wir haben im Haushalt in den Jahren 1991 bis 2006 unverändert 5 % für die Universitäten zur Verfügung gestellt, egal ob der Haushalt gestiegen oder gesunken ist, denn Sie sagen, es sei gestrichen worden. Ich habe die Zahlen vorliegen und werde sie Ihnen nachher gerne geben. Dass Sie andere Zahlen nehmen, ist Ihr gutes Recht, aber in der Realität beträgt der Anteil 5 %, und das spricht für die Qualität der Arbeit der Kollegen im einschlägigen Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Bei allen Aufgaben, die noch vor uns liegen, sollten wir uns einen Augenblick Zeit nehmen und festhalten, wo wir stehen. Im Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft – DFG – liegen wir mit vier großen bayerischen Universitäten unter den Top ten in Deutschland. Drei von zehn Leibniz-Preisträgern kommen schon im dritten Jahr hintereinander aus Bayern; übrigens herzlichen Glückwunsch! Das haben wir von hier aus noch nicht getan.

Ich muss auch die Exzellenzinitiative ansprechen, weil wir bei jeder Wortmeldung von Ihnen das Gefühl haben, Sie hören nicht zu. Herr Vogel, ich bin Ihrer Meinung: Unsere Universitäten leisten Glanzendes und sind, gemessen an dem, was sie an Ausstattung haben, sogar weitaus überdurchschnittlich gut. Das spricht aber dafür, dass wir an der Universität ein Klima haben, das den Einsatz lohnt; denn andere sind unterdurchschnittlich schlecht. Diese Erfolge führt der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Herr Kollege Winnacker, auf unsere jahrzehntelangen Anstrengungen zurück, die wirtschaftliche und wissenschaftliche Infrastruktur in Bayern flächendeckend auszubauen. Das widerspricht Ihren Behauptungen; denn Sie beide haben vorhin gesagt, wir täten nichts dafür. Wenn das der Präsident der DFG sagt, nehme ich das ernster als die abendlichen Ausführungen von Frau Gote. Ich bitte dafür um Nachsicht. Vor diesem Hintergrund diskutieren wir mit Ihnen gerne über unseren aktuellen Haushalt.

Auch mit dem vorliegenden Doppelhaushalt stehen wir im Verhältnis gut da. Wir haben zwar nur Steigerungen um die berühmten 1,7 und 1,4 %. Aber wir liegen mit 4,4 Milliarden Euro im Gesamthaushalt im Vergleich zu anderen Ländern durchaus an ansehnlicher Stelle, wobei die Kultur enthalten ist. Es ist zwar nicht Ihr Wunsch, uns mit anderen zu vergleichen, sondern eigene Rechnungen aufzumachen – das steht Ihnen auch frei –, aber dieser Vergleich muss sein, weil er die einzige Messlatte dafür ist, um zu sehen, ob wir uns im Rahmen der Möglichkeiten der deutschen Länder ordentlich voranbewegen.

Der Oberste Rechnungshof hat auf den Handlungsbedarf im Hochschulbau aufmerksam gemacht. Ich will Ihnen ausdrücklich sagen, dass wir gemeinsam mit der Obersten Baubehörde den Problemen schrittweise zu Leibe rücken wollen. Ich gebe zu, wir haben dort in den zurückliegenden Jahren sicherlich Lücken entstehen lassen, die jetzt einen Mehraufwand nach sich ziehen werden. Ich bin ganz dankbar dafür, dass der eine oder andere aus dem Außenbereich daran erinnert, weil wir gemeinsam allzu schnell vergessen, dass da etwas erledigt werden muss.

Auf der Agenda steht noch vieles: Wir wollen und müssen die Akademikerquote deutlich erhöhen. Wir müssen die Chance nutzen, die sich für die Gesellschaft und Wirtschaft in steigenden Studierendenzahlen zeigt. Wir brauchen möglichst viele gut ausgebildete junge Leute, und dafür – ich sage es noch einmal – müssen die Universitäten gut ausgestattet sein, damit wir bei dem, was weltweites Wissen verlangt, entsprechend konkurrieren können.

Die derzeitigen Ressourcen und Kapazitäten reichen noch nicht. Wir müssen in den nächsten Jahren die finanziellen Rahmenbedingungen unserer Hochschulen stark verbessern. Deshalb werden wir uns im Nachtragshaushalt darum kümmern müssen, dass die Bewilligung zusätzlich notwendig werdender Mittel und Stellen auch erfolgt. Herr Kollege Stockinger hat darauf hingewiesen. Entsprechende Gespräche sind bei uns, in der Fraktion und in der Öffentlichkeit geführt worden. Ich bin Kollegem Faltlhauser mit Kollegen Schneider entgegengekommen, weil wir in diesem Jahr nach Ihrer Äußerung in ein paar Bereichen im Kultushaushalt erhebliche Zusatzfinanzierungen notwendig hatten. Ich habe ausdrücklich gesagt: An dieser Stelle wollen wir jetzt gemeinsam Zusätzliches tun, um in späteren Jahren umgekehrt das eine oder andere umschichten zu können.

Der größte Teil der Zuwächse im Staatshaushalt entfällt auf unseren Bereich, nämlich mit 73 Millionen Euro auf den Bereich der Hochschulen. Die 150 Stellen, die halbiert werden, sind genannt worden. Dass sie den Fachhochschulen genauso zugute kommen, liegt nicht nur am Umrüstungsprozess Bachelor/Master, der aber dazu beitragen wird, dass wir an den Fachhochschulen in Zukunft manche zusätzliche Grundausbildung unterbringen können. Unsere Universitäten und Fachhochschulen entwickeln sich dynamisch. Das neue Hochschulgesetz gibt dafür Freiräume, jedoch nicht wie in anderen Ländern, sondern die Möglichkeit, selber mit neuen Ideen auch ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten einzuschlagen.

Die Eigenverantwortung der Hochschulen wird betont. Das schließt die Möglichkeit ein, die Hochschulhaushalte als Globalhaushalte zu gestalten. Bis jetzt machen davon allerdings nur die Technische Universität und die FH München Gebrauch. Was dabei möglich ist, zeigt das Beispiel der Fachhochschulen; deren Haushaltskapitel benötigt zum Beispiel nur noch 16 statt 120 Einzeltitel. Das heißt, wenn der Freiraum genutzt wird, geht unglaublich viel. Sie sprechen den Hochschulen diese Möglichkeiten ab. Die Fachhochschule belegt, dass wir mit unserem Entgegenkommen weitgehend auf dem richtigen Weg sind.

Von den Zielvereinbarungen, der Schaffung zusätzlicher Lehrkapazitäten, die dadurch gegeben worden sind, will ich nur einmal kurz reden; denn ich will – von dieser Stelle natürlich auch den Finanzminister – daran erinnern, dass die erste Hauptleistung für den Zuwachs an Studierendenzahlen von den Lehrenden an unseren Hochschulen selbst schon erbracht ist und dass wir daher die entsprechende Vorleistung eingebracht haben.

Wir haben uns bei der Änderung der entsprechenden Lehrkapazitäten aus der Detailsteuerung zurückgezogen – etwas, das dem Finanzminister besonders schwer gefallen ist und wofür ich mich ganz besonders bedanken will; denn Hochschullehrer, die Freiräume haben, arbeiten lieber, als wenn sie ständig, in jeder Minute gegängelt werden.

Dazu gehört auch, dass schwächere Bereiche an den Hochschulen jetzt abgebaut und durch stärkere ersetzt werden. Von den Universitäten werden in diesem Prozess 600 Stellen und von den Fachhochschulen 30 Stellen in

einen Innovationsfonds gegeben, den wir mit 140 Stellen aufstocken, sodass bei der Stellenhinausgabe in die stärkeren Bereiche jede fünfte Stelle eine zusätzliche Stelle ist.

Über die Studienbeiträge haben Sie selbst so viel gesprochen, dass ich es weglassen will, da ich dem Herrn Vizepräsidenten versprochen habe, so pünktlich fertig zu werden, dass wir über den Haushalt abstimmen können und nicht morgen früh damit noch einmal beginnen müssen – nur deshalb. Zum Thema Studienbeiträge gibt es eine Menge zu sagen. Eines will ich Ihnen allerdings nicht ersparen: Die Studierenden an all unseren Hochschulen, egal wo ich hinkomme – es gibt immer Fachbereiche, in denen die Unruhe größer ist als anderswo; keine Frage –, sind bereit, eine solche Aufmörtelung der Mittel für den Betrieb der Lehre an der Hochschule zu akzeptieren, wenn sie wissen, dass das nicht in den eigentlichen Finanzierungsbedarf fließt. Wir sollten zusammenhelfen, eine vernünftige Entwicklung einzuleiten. Jenseits von Pro und Contra muss man darüber sprechen. Ich gehe im Januar zu drei Hochschulen; ich werde mir die Vorbereitungen ansehen.

(Zuruf von der SPD: Passau!)

Im Sommersemester werde ich mir an drei Hochschulen ansehen, was herauskommt. Ich will jedes Semester an drei Hochschulen prüfen, ob das vernünftig läuft. Das ist bereits gemeinsam ausgemacht.

Die Stiftungsprofessuren will ich nennen, da auch sie dazu beitragen, dass wir eine größere Kapazität haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir streiten beim Ausbau natürlich nicht nur um die Lehre, sondern auch um die Forschung. Wir können auch in der Großen Koalition zusammenhelfen – ich spreche die Kolleginnen und Kollegen der SPD an –, dass der Hochleistungsrechner, der jetzt nachgerüstet werden muss und der im europäischen Wettbewerb bestehen soll, nicht nur in Jülich oder in Stuttgart, sondern genauso gut auch in München und damit in einem Trio eingesetzt wird und damit unseren Hochschulen zusätzlich einen höheren Stellenwert zuordnet.

Wir brauchen in den nächsten Jahren die Einführung weiterer Anforderungen, die eben gerade dort, wo die Rechnungen aufgestellt werden, zusätzliche Qualität bringen. Frau Gote hat sich vorhin darüber beschwert, dass auswärtige Studierende nicht zu uns kämen. Die erste Voraussetzung sind Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen, die den besten Supercomputer für die Forschung brauchen. Diese kommen nur zu uns, wenn wir entsprechende Leistungen nachweisen. München I und II, TUM und LMU, sind beste Garanten dafür, dass sich Herausragendes leistende Wissenschaftler aus aller Welt bei uns bewerben. Die drei Leibniz-Preisträger der vergangenen drei Jahre sind der Beweis, dass das nicht erfunden, sondern Tatsache ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in den letzten Minuten etwas zum Thema Kunst und Kultur sagen, weil ich das für sehr wichtig halte. Ich darf Kollegen Hufe daran

erinnern, dass uns der Herr Ministerpräsident in seiner – wie haben Sie gesagt?, kulturlosen – Regierungserklärung intensiv erklärt hat, dass die Staatsregierung dort, wo international Qualität in den einzelnen Standorten Bayerns bei der Kultur da ist, darauf achtet, dass dies an den einzelnen Standorten auch gezeigt werden kann. Das ist ein Thema, das den Landtag mehr als andere beschäftigt hat. In den letzten Jahren haben wir dank Kulturfonds 500 Millionen Euro mit möglichen Abschöpfungen, dank der Gründung von Museen in den letzten Jahren, die jetzt gerade fertig geworden oder nicht fertig sind, dank der Entwicklung der in diesem Bereich geschöpften und in ihn gestoßenen Mittel eine Zahl von Museen eröffnet und eine Summe von Entwicklungen eingeleitet wie in keinem anderen Land. Während in anderen Ländern Theater geschlossen wurden, Orchester abgezogen wurden, habe ich in den letzten drei Jahren keinen Anlass gegeben, irgendein Theater zu schließen, keinen Anlass gegeben, irgendein Orchester zu schließen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe die Musikschulen mit einer Million Euro zusätzlich ausgestattet, nicht in diesem Jahr, sondern seit 2003. Ich habe dafür gesorgt, dass sie weiter gesichert werden. Ich habe mich bemüht, dass der Kulturfonds noch übrig bleibt. Letzte Woche haben Sie, Frau Kollegin Gote, und die GRÜNEN damit angefangen, im Kulturfonds wieder eine Million Euro mit gesperrten Mitteln aus dem anderen Bereich festzumachen. Wir haben im Kulturfonds Beweglichkeit, damit dieses Land eben nicht kulturlos ist. Der Ministerpräsident muss nicht alles selbst machen. Das machen wir gemeinsam. Sie mahnen immer alles an nur einer Stelle an, um sich dann darüber zu beschweren, dass sich die zuständigen Minister um ihr Zeug nicht kümmern. Ich kümmere mich mit Nachhalt. Dazu braucht der Ministerpräsident keine Ausführungen zu machen; denn wir beide haben oft genug Einvernehmen, wenn es darum geht, die Mittel in der Blasmusik und anderswo einzuziehen und einzusetzen. Sie wissen sehr wohl, wo sie da zusammenkommen.

(Lachen der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

– Einziehen ist völlig in Ordnung, verehrte Frau Muggendorfer. Einziehen heißt: Zunächst muss ich Mittel an einer Stelle konzentrieren; dann kann ich sie ausgeben. Die Reihenfolge, in der ich die Verben gebraucht habe, zeigt, dass es das Lachen nicht bräuchte, wenn Sie vorher nachdenken würden.

Gleiches gilt für das Angebot von Kunst und Kultur. Sie wissen aber um die schwierige Lage bei unserer Haushaltsaufstellung. Angesichts der Prioritäten für Bildung, Wissenschaft und Innovation haben wir in den Kultur-etat notwendigerweise eine Selbstbeschränkung aufnehmen müssen. Sie haben zusammen mit uns beschlossen, dass die Hochschulen und Fachhochschulen von Sparmaßnahmen in reduziertem Umfang betroffen und ab 2004 ausgenommen werden. Vor diesem Hintergrund haben wir, wie ich meine, den Spagat ordentlich hinbekommen.

Ich komme zu den reinen Zahlen. Die Ausgaben für Kunst und Kultur steigen von 407 Millionen Euro im Jahre 2006 auf 413 Millionen Euro im Jahre 2007 und auf 418 Millionen Euro im Jahre 2008. Das ist ein Plus von fast 11 Millionen Euro bzw. 2,7 %, also doppelt so viel. Das heißt: Wir holen ein Stück der früheren Einsparung wieder auf. Allerdings müssen wir weiterhin Augenmaß bewahren. Die Zuwächse des Doppelhaushaltes sind nämlich so verteilt, dass sie im ganzen Land gespürt werden. Wir gestalten die Kulturpolitik weiter konsequent regional und dezentral. Die Bamberger Symphoniker profitieren davon, ebenfalls alle staatlichen und nichtstaatlichen Theater sowie auch die Denkmalpflege. Ich darf dies mit einem Kompliment an die Kollegen in der CSU-Fraktion, lieber Ludwig Spaenle, festhalten.

– Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu, weil der Herr Vizepräsident meine Redezeit auf 25 Minuten begrenzt sehen möchte.

Bei der Denkmalpflege mussten wir im Nachtragshaushalt 2006 3 Millionen Euro sparen, weil ein weiterer Einzug stattgefunden hat. In diesem Haushalt stellen wir nun aufgrund des Beschlusses der Fraktion 2,4 Millionen Euro, also mehr als die Hälfte, wieder ein. Das heißt, wir kommen nahezu auf den alten Betrag. Von einer wirklichen Einschränkung kann daher nicht die Rede sein. Dass noch ordentliche Einschränkungen von früher aufzufangen sind, wissen wir alle, und dass in der Denkmalpflege mehr private Mittel als anderswo zu initialisieren sind, wenn wir selbst die Mittel erhöhen, wissen wir auch.

Zuwächse sind auch für das Staatstheater in Nürnberg geplant, um die paritätische Finanzierung zu erreichen. Ich erinnere auch an das Textilmuseum in Augsburg. Ich möchte auch gerne den Begriff – wie hieß es bei Ihnen so schön, Herr Kollege Hufe; das muss ich mir noch einmal ansehen; das war ein unglaublicher Begriff – „Verehrungsdeponie“ Brandhorst aufgreifen. Ich habe noch nie gehört, dass Sie von einer verehrungslosen Deponie gesprochen haben, wenn Sie den Domschatz nach Bamberg bringen wollen. Bei Brandhorst gilt dasselbe. Entweder wir machen etwas im Sinne einer Kulturerweiterung und dessen, was wir da insgesamt anzubieten haben, oder nicht. Nicht Sie entscheiden nach Belieben, wann Kultur beginnt. Dies überlassen wir den Bayern; denn wir gängeln niemanden.

Zur Frage des Domschatzes will ich Ihnen ausdrücklich sagen: Der Besitzer, das Haus Wittelsbach muss gefragt werden. Das hat der Herr Ministerpräsident gestern betont, und ich unterstreiche das. Ich freue mich, dass wir im Zusammenwirken mit dem Erzbischof und Herzog Franz womöglich nächste Woche eine Lösung finden, die akzeptabel ist. Gehen Sie aber nicht davon aus, dass ohne eine Beratung auch über die Qualität der Stücke, die wandern, jetzt schon festgelegt wäre, was dort hingeschickt wird. Sie fangen schon an, Dinge zu verteilen, von denen Sie noch gar nicht wissen, ob sie auf die Reise geschickt werden können. Da wäre ich vorsichtig.

Meine Damen und Herren, so bleibt lediglich das Ceterum censeo aller Haushaltsreden: Natürlich hätte ich mir als zuständiger Minister erheblich mehr gewünscht.

Gleichzeitig bin ich aber mit der gesamten Staatsregierung einig: Neben der Finanzierung wichtiger Schwerpunkte bleibt auch das Ziel des ausgeglichenen Haushalts unverändert. Wir wollen schließlich auch in Zukunft Schwerpunkte setzen. Dieser Haushalt setzt im Schulbereich eine Priorität – ich sage das noch einmal. Wir erwarten eine Umkehr, beginnend mit dem Jahr 2008.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen, weil dieser Punkt in den Reden der Oppositionsvertreter eine Rolle gespielt hat und auch von Herrn Kollegen Dr. Spaenle aufgegriffen wurde. Ich spreche von der Frauenförderung. Wir haben in den letzten beiden Jahren von dem Kapital, das wir vorgehalten hatten, etwas übrig behalten, weil die Bundesmittel nicht mehr in dem Maße ausgereicht worden sind. Zwei Millionen Euro bleiben uns übrig, um die Frauenförderung noch einmal zu steigern. Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Ach, beim Haushaltsausschuss, bei unseren Kollegen und nicht zuletzt beim Finanzminister dafür, dass diese Mittel nicht eingezogen wurden, sondern in diesem Titel dafür verwendet werden, einen Nachholbedarf zu decken.

Ich möchte ausdrücklich sagen: Ich tue alles, um die Benachteiligung der Frauen zu beseitigen. Ich stelle aber auch fest: Wenn sich jemand an unseren Hochschulen selbst zu behindern weiß, sind es die Damen. Es ist an der Zeit, dass wir unseren Teil dazu beitragen, nüchterner und abstandsfröhlicher an die Dinge heranzugehen. Man sollte sich nicht gegenseitig behindern. Ich bedanke mich für die Beratungen zum Haushalt und für manche Hilfestellung gerade meiner Kollegen aus der CSU-Fraktion. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008 – Einzelplan 15 –, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6662, 15/6735 mit 15/6740 und 15/6750 mit 15/6754 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6942 zugrunde.

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6942 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 15 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 15 mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6942 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6750 bis 15/6754 ihre Erledigung gefunden haben. Wir nehmen davon Kenntnis.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 15 abgeschlossen. Wir sind für heute am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen noch schöne Weihnachtsfeiern, wo auch immer.

(Schluss: 18.23 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Richter/Richterinnen an Amtsgerichten und Landgerichten
 - Staatsanwälte/Staatsanwältinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)(Drs. 15/6589)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)(Drs. 15/6590)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Mittlerer und einfacher Dienst
 - Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Justizsekretäranwärter/Justizsekretäranwärterinnen)
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
 - Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)(Drs. 15/6591)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Bewährungshelfer/Bewährungshelferinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 425 01)(Drs. 15/6592)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Angestellte
(Kap. 04 04 Tit. 425 01)(Drs. 15/6593)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten:
 - Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
 - Stellenobergrenzen; Aufstiegsstellen
BesGr. A 10 und BesGr. A 11
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)(Drs. 15/6594)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Täter-Opfer-Ausgleich u.a.
(Kap. 04 04 Tit. 684 01)
(Drs. 15/6595)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: „Schwitzen statt Sitzen“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
(Drs. 15/6596)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Straftentlassenenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
(Drs. 15/6597)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;

- hier: Zusätzliche Stellen für Bewährungshelfer und Bewährungshelferinnen
(Kap. 04 04 Tit. 425 01)
(Drs. 15/6601)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen einsparen
(Kap. 04 04 Tit. 532 11)
(Drs. 15/6602)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mittel für Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä. kürzen
(Kap. 04 04 Tit. 534 99)
(Drs. 15/6603)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Mittel für die Gefangenenpflege
(Kap. 04 05 Tit. 514 71)
(Drs. 15/6604)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Mittel für die Gefangenenpflege
(Kap. 04 05 Tit. 538 71)
(Drs. 15/6605)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Arbeitsentgelte anpassen
(Kap. 04 05 Tit. 681 72)
(Drs. 15/6606)

Zu Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bildungsmilliarde: Für ein gescheitertes Bayern - Keiner darf verloren gehen
 - Wohnortnahe Schule
 - Mehr pädagogisches Personal und Verwaltungspersonal an Schulen, bessere individuelle Förderung, kleinere Klassen
 - Integration in den Schulen verbessern
 - Flächendeckende Einführung von Ganztagschulen
 - Sonderinvestitionsprogramm Ganztagschulen
 - Sonderinvestitionsprogramm Schulhaussanierung
 - Entlastung der Kommunen durch vollen Ersatz der Lehrpersonalkosten
 - Innovationsfonds für innere Schulentwicklung
 - Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit
 - Lebenslanges Lernen realisieren
(Kap. 05 03 bis 05 19 und neues Kapitel Wohnortnahe Schule sowie nachrichtlich Kap. 13 10)
(Drs. 15/6661)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Schulsport
(Kap. 05 04 Tit. 427 11)
(Drs. 15/6697)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vereinspauschale
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
(Drs. 15/6698)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Den vereinseigenen Sportstättenbau stärken
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
(Drs. 15/6699)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Prävention und Integration durch außerschulische und schulbezogene Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
(Drs. 15/6724)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Schulsozialarbeit ausbauen
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 15/6725)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung des Breitensports statt Förderung von Schneekanonen
(Kap. 05 04 TG 91 Tit. 893 91 sowie Tit. 684 91)
(Drs. 15/6726)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Fördern statt kürzen, Stellabbau in Grund- und Hauptschule stoppen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
(Drs. 15/6727)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderschulen und mobile sonderpädagogische Dienste stärken
(Kap. 05 13 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
(Drs. 15/6728)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Stellen für Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 425 12)
(Drs. 15/6729)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Fördern statt kürzen, Stellenabbau im Berufsschulbereich stoppen
(Kap. 05 15)
(Drs. 15/6730)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Riesen Klassen in den Realschulen durch mehr Lehrerinnen und Lehrer verkleinern
(Kap. 05 18 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
(Drs. 15/6731)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Riesen Klassen im Gymnasium durch mehr Lehrerinnen und Lehrer verkleinern
(Kap. 05 19 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
(Drs. 15/6732)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Den demografischen Wandel aktiv gestalten, Schulsystem an den Parametern „soziale Gerechtigkeit und Integration von Migrantinnen und Migranten“ ausrichten
Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung
(Kap. 05 30 TG 80, neue TG)
(Drs. 15/6733)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Lehrerfortbildungen intensivieren Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen a.d. Donau
(Kap. 05 32)
(Drs. 15/6734)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2006 zum Änderungsantrag auf Drs. 15/6704 zum Einzelplan 07
(Tagesordnungspunkt 8)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann		X	
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dodell Renate		X	
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim			
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang		X	
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz		X	
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard			
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann		X	
Meyer Franz		X	
Miller Josef		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert			
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa		X	
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard			
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radermacher Karin			
Rambold Hans			
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian		X	
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika		X	
Schramm Henry		X	
Schuster Stefan		X	
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa		X	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich		X	
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang		X	
Volkman Rainer		X	
Wagemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig		X	
Wolfrum Klaus			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	17	131	0

Zu Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Hildegard Kronawitter, Werner Schieder u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Einmalzinszuschüsse für das Mittelstandskreditprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
(Drs. 15/6643)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Regionales Wirtschaftsförderprogramm
(Kap. 07 04 TG 72)
(Drs. 15/6644)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Thomas Beyer, Werner Schieder u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zuschüsse zur Errichtung der Magnetschnellbahn
(Kap. 07 05 Tit. 892 01)
(Drs. 15/6645)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken bei Fehlbohrungen bei der Nutzung von Erdwärme
(Kap. 07 05 Tit. 892 76)
(Drs. 15/6646)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Unterstützung der Kommunen bei der Einrichtung und beim laufenden Betrieb von Energieagenturen bzw. Energie-Projektmanagern
(Kap. 07 05 neue TG)
(Drs. 15/6647)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur – Datenautobahn in ganz Bayern
(Kap. 07 03 neuer Titel, Kap. 13 04 TG 53)
(Drs. 15/6701)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Einmalzinszuschüsse an die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung zur Ausreichung von zinsgünstigen Darlehen im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms und zur Finanzierung von sonstigen im staatlichen Interesse gelegenen besonders förderungswürdigen Maßnahmen
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
(Drs. 15/6702)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm
(Kap. 07 04 TG 72)
(Drs. 15/6703)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden
(Kap. 07 05 TG 74)
(Drs. 15/6704)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen im Energiebereich
(Kap. 07 05 TG 75 - 76)
(Drs. 15/6705)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung der Zuschüsse zur Errichtung der Magnetschnellbahn zum Flughafen München
(Kap. 07 05 Tit. 892 01)
(Drs. 15/6706)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung des Einnahmetitels für das Projekt Magnetschnellbahn
(Kap. 07 07 Tit. 231 03)
(Drs. 15/6707)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Keine Personalausgaben für ein sog. „Kernkompetenzteam für die Begleitung des Magnetschnellbahnprojekts“ aus den Regionalisierungsmitteln
(Kap. 07 07 Tit. 425 11)
(Drs. 15/6708)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung der Leistungen für das Magnetbahnprojekt zum Flughafen München
(Kap. 07 07 Tit. 682 06)
(Drs. 15/6709)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Leistungen an die BEG für Zugbestellungen
(Kap. 07 07 Tit. 682 03)
(Drs. 15/6710)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr
(Kap. 07 07 Tit. 883 01 und Kap. 07 07 Tit. 883 02 und Kap. 07 07 Tit. 892 05)
(Drs. 15/6711)

Zu Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung der Vergütung an Banken zur Abwicklung der Agrarförderung
(Kap. 08 03 Tit. 547 03)
(Drs. 15/6607)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm statt einzelbetrieblicher Investitionsförderung und Dorferneuerung
(Kap. 08 03 TG 72 - 74)
(Drs. 15/6608)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umwidmung der Mittel für den Bau von Alm- und Alpwegen
(Kap. 08 03 TG 87, Kap. 08 04 TG 70 - 71)
(Drs. 15/6609)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel zur Schutzwaldsanierung
(Kap. 08 05 Tit. 682 01)
(Drs. 15/6610)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umsetzung von Stellen aus der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in die Ämter für Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 40 und Kap. 08 42 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6611)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Teilweiser Ausgleich wegfallender EU-Mittel beim Kulturlandschaftsprogramm durch Landesmittel
(Kap. 08 03 Tit. 683 72)
(Drs. 15/6626)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Heidi Lück u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mittel für das Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe“ verstärken
(Kap. 08 03 Tit. 892 54)
(Drs. 15/6627)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Teilweiser Ausgleich wegfallender EU-Mittel bei der Ausgleichszulage durch Landesmittel
(Kap. 08 03 neue TG)
(Drs. 15/6628)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sicherung der Gewinnablieferung der Bayerischen Staatsforsten AöR für die Arbeitsfähigkeit der Forstverwaltung
(Kap. 08 05 Tit. 121 11)
(Drs. 15/6629)

Zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sicherung des Studien-, Wissenschafts- und Kulturstandorts Bayern
(Epl. 15)
(Drs. 15/6662)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zuschuss zu den Kosten der geplanten Bay-FORgGmbH nicht zu Lasten der Hochschulen
(Kap. 15 06 Tit. 686 10)
(Drs. 15/6735)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Zuschüsse an die bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
(Drs. 15/6736)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Internationalisierung der Hochschulen fördern – Ausgleich für entgangene Einnahmen durch Erlass von Studienbeiträgen für Studierende aus Entwicklungsländern
(Kap. 15 06 TG 81)
(Drs. 15/6737)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sonderprogramm zum Ausbau der bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06, neue TG 100 Ausbau der bayerischen Hochschulen bis 2012)
(Drs. 15/6738)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für die Bodendenkmalpflege
(Kap. 15 74 TG 74)
(Drs. 15/6739)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für die Denkmalpflege
(Kap. 15 74 TG 75)
(Drs. 15/6740)

